Dienstag, 9. Dezember 1986 - D * * *

DIE WELT

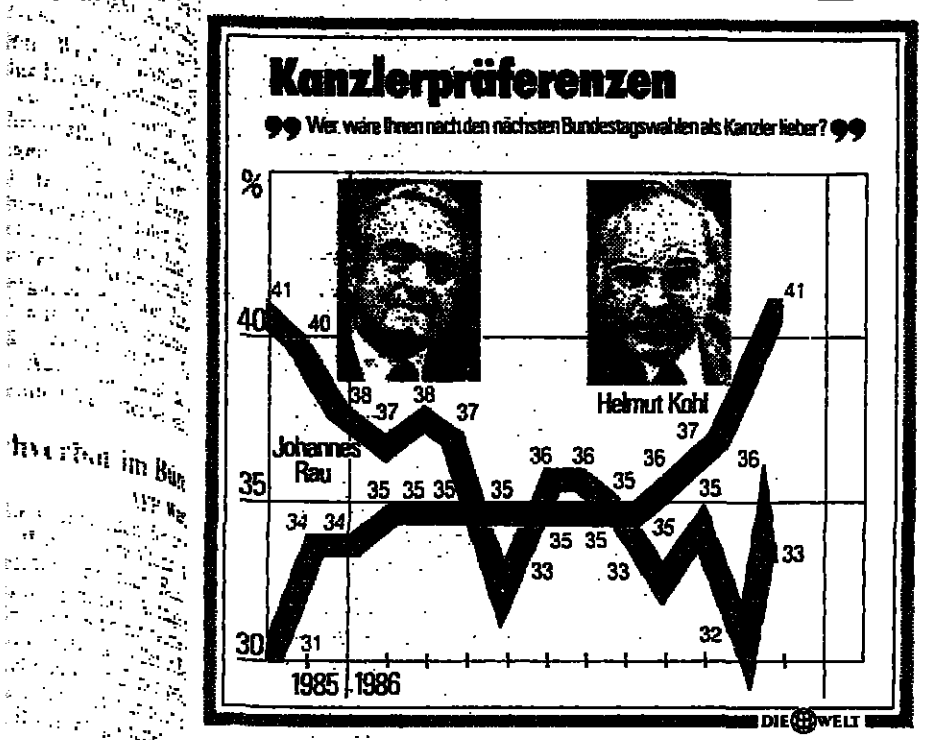
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Nr. 286 - 50.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 3,00 F, Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

exklusiv in der WELT



Ist die CDU/CSU zu siegessicher?

47 Tage vor der Bundestagswahl gleicht das politische Stimmungsbild sehr stark der Situation kurz vor der letzten Wahl. CDU/CSU und FDP können zur Zeit mit einem Zweitstimmen-Anteil von zusammen 53,7 Prozent rechnen (1983: 53,1 Prozent), SPD und Grüne haben ein Potential von zusammen 45,9 (46,4) Prozent. Doch in einem wichtigen Punkt ist die Ausgangslage heute anders: Die Anhänger der CDU/CSU zeigen deutlich weniger Einsatzbereitschaft und Kampfgeist als 1983. – Elisabeth Noelle-Neumann analysiert die jüngsten Umfrage-Ergebnisse im WELT-Wahlbarometer. Seite 8

Heute in der WELT

Zur Doktorarbeit ins Renaissance-Kloster

Das von den EG-Ländern finanzierte Europäische Hochschulinstitut in Florenz verleiht einen „Europa-Doktor". Unter seinem deutschen Präsidenten Werner Maihofer hat es sich kräftig entwickelt. Wer im Renaissance-Kloster in Fiesole erfolgreich abschließt, gehört zur akademischen Elite des Kontinents. Paul F. Reitze besuchte für die Hochschul-WELT die renommierte „Euro-Uni" im Herzen der Toskana. Seite 7

POLITIK

Israel: Die israelischen Behörden im Westjordanland haben nach anti-israelischen Unruhen Teile der palästinensischen Universität Bir Zeth bei Ramallah bis nach Weihnachten geschlossen.

Pläne: Das wichtigste Gesetzesvorhaben der derzeitigen Regierungskoalition für die nächste Legislaturperiode ist die Große Steuerreform. Die WELT beginnt heute mit einer Vorschau auf wichtige Gesetzesvorhaben. (S. 14)

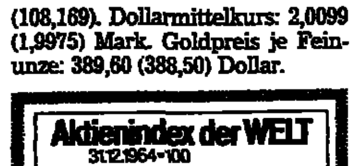
„DDR": Der Bundesregierung sind die Namen von 1025 politischen Häftlingen in der „DDR" bekannt. Nach Angaben des Innerdeutschen Ministeriums liegt die Gesamtzahl weit höher. (S. 4)

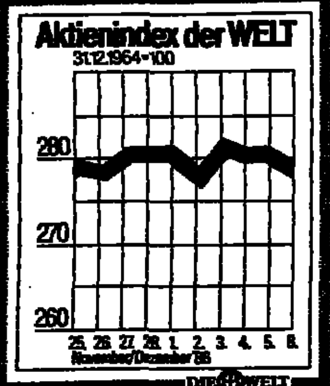
Reaktor: Der Thorium-Hochtemperatur-Reaktor in Hamm-Uentrop ist nach siebenwöchiger Inspektion wieder an das öffentliche Stromnetz geschaltet worden. Bis zum Jahresende soll er endgültig „eingefahren" sein.

WIRTSCHAFT

Leasing: Anlagen und Gebäude im Wert von fast 23 Milliarden Mark werden über die Leasing-Gesellschaften in diesem Jahr neu investiert, also fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei sind die Fahrzeuge mit einem Anteil von knapp einem Drittel erstmals die Nummer 1 im Leasing. – WELT-Report Auto-Leasing. (S. 13 und S. I bis IV).

Börse: An den deutschen Aktienmärkten gaben die Kurse zum Wochenbeginn überwiegend nach. Am Rentenmarkt verlief das Geschäft sehr ruhig. WELT-Aktienindex: 279,74 (281,83). BHF-Rentenindex: 106,627 (106,626). BHF-Performance-Index: 108,200 (108,169). Dollarmittelkurs: 2,0099 (1,9975) Mark. Goldpreis je Feinunze: 389,60 (388,50) Dollar.





KULTUR

„Cabaret": Musik von Walter Kollo und Paul Lincke im Foyer, S- und Eisenbahn rattern dazwischen: Berlin total im Düsseldorfer Schauspielhaus, das zum „Cabaret" verwandelt ist. (S. 20)

Scala: Der Gefangenenchor mußte unter dem Jubel des Publikums wiederholt werden. – Verdis „Nabucco" in der Mailänder Scala unter der Stabführung des neuen Chefdirigenten Muti. (S. 21)

SPORT

Skispringen: Thomas Klauser aus Reit im Winkl belegte beim zweiten Weltcup-Springen der Saison in Thunder Bay (Kanada) überraschend den 2. Platz hinter dem Finnen Matti Nykänen. (S. 10)

Motorsport: Der Finne Markko Alen führt nach seinem Sieg bei der letzten WM-Rallye die Wertung an. Über den Titel entscheidet der Verband nach einem Protest aber erst später. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Prozeß: In München hat der Schwurgerichtsprozeß gegen einen Zeitsoldaten begonnen, der einen Wachmann überfallen und mit zahlreichen Messerstichen getötet haben soll. (S. 22)

Gemeinderat: Ein brisanter Punkt steht heute auf der Tagesordnung des Gemeinderats von Bodenteich im Kreis Uelzen: Es geht um Alkoholverbot während der Ratssitzungen. (S. 22)

Chirac beugt sich dem Druck. Hochschulgesetz zurückgezogen

Jetzt setzt der Premierminister auf „breite Konsultation" / Krawalle in Frankfurt

DW. Paris

Der französische Premierminister Jacques Chirac hat gestern das umstrittene Hochschulgesetz zurückgenommen und damit den entscheidenden Schritt getan, um die krisenhafte Lage in Frankreich zu entschärfen. Nach einer Verhärtung der Fronten ist Chirac offenbar jetzt bestrebt, den Konsens der Kontrahenten wiederherzustellen. Der Streit hatte sich so zugespitzt, daß ein Generalstreik drohte.

Ein neuer Text soll nach einer „breiten Konsultation mit allen Betroffenen" erarbeitet werden, kündigte der Premierminister an. Damit sei Erziehungsminister Rene Monory beauftragt worden, um die französischen Universitäten „an die Entwicklung der modernen Welt, an die legitimen Wünsche der Jugend sowohl im kulturellen wie auch im Bereich der Beschäftigung und an die Ziele Frankreichs anzupassen".

Dies könne nicht ohne Zustimmung der Betroffenen und nur „in Ruhe" geschehen. „Das ist offensichtlich nicht der Fall. Die Demonstrationen mit all ihren Risiken und Gefahren zeigen dies." Deshalb habe er beschlossen, den „gegenwärtigen Gesetzentwurf" zurückzuziehen, sagte Chirac nach einer Beratung mit den Ministern.

Der Premierminister gab damit der Kernforderung der Studenten nach. Bislang hatte die Regierung lediglich die umstrittenen drei Teile der Reform zurücknehmen wollen. Nachdem ein 22jähriger Student nach einer Demonstration bei einem Polizeieinsatz am Wochenende ums Leben gekommen war, hatte dieses Entgegenkommen die erhoffte Wirkung verfehlt. Gestern stellten die Gewerkschaften sich hinter einen Aufruf der Studenten, die Arbeit für eine Stunde niederzulegen.

SEITE 2:
Eine weise Entscheidung

Chirac befand sich zwischen mehreren Fronten: Die Massenaktionen hatten immer mehr einen politischen Charakter angenommen; der Zusammenhalt der eigenen Regierungskoalition schien gefährdet; in der „Kohabitation" mit dem sozialistischen Staatschef drohte das öffentliche Eingreifen von François Mitterrand; die Börse reagierte bereits mit Kursverlusten.

Die Vorgänge in Paris geben aber denen Auftrieb, die in der „Kohabitation" eine Gefährdung für das Funktionieren des französischen Systems sehen. Chirac muß ebenso taktische Rücksichten nehmen wie Mitterrand. Durch den Konkurrenzkampf mit dem Staatschef fehlt der Dialogpartner an der Staatsspitze.

Umgekehrt befand sich aber auch Mitterrand in der Zwickmühle: Schwierigkeiten der Regierung könnten ihm politisch gelegen kommen. Als Staatschef muß er aber ernste Probleme vermeiden. Hinzu kommt, daß die Sozialisten nicht stark genug sind, um Chirac abzulösen.

Die Ausschreitungen in Paris haben auch in der Bundesrepublik Demonstrationen nach sich gezogen. Nach einem Protestzug von rund 150 Demonstranten in der Frankfurter Innenstadt, der sich gegen die Pariser Polizeieinsätze und den Tod eines Studenten richtete, rechnet die Polizei mit weiteren Unruhen.

DER KOMMENTAR

Keine Parallele

JOACHIM NEANDER

Die sinnreiche Parole „Paris brennt – Frankfurt pennt", mit der die Pflasterstein-Fraktion der deutschen Jugend am Sonntagabend wieder einmal mit einem Gesamtschaden von mindestens 300 000 Mark durch die Frankfurter City lärmte, verrät neben Mangel an Originalität auch die Denkrichtung. Was ärgert in Wirklichkeit die vermummten Damen und Herren? Nein, nicht das französische Hochschulgesetz, nicht der Tod des Studenten Oussekine. Sie machen vor allem ihrer Enttäuschung darüber Luft, daß der anarchische Funke nicht überspringen will.

Da hat ihnen der Himmel nun, wie sie glauben, diese einmalige Chance von jenseits des Rheins beschert. Und wieder gelingt es nicht, sie zu nutzen. In der Nachbarstadt Mainz, wo zunächst ebenfalls Scheiben bei französischen Institutionen eingeworfen worden sind, hat es der AStA der dortigen Universität offenbar sogar abgelehnt, zu einer Demonstration aufzurufen. Es liege ihm nichts an einer Eskalation hierzulande, ließ er erklären.

Ob das deutsche Echo auf die Unruhen in Frankreich tatsächlich so begrenzt bleibt, wird man abwarten müssen. Aber schon jetzt ist der gravierende Unterschied zu den Vorgängen um das Jahr 1968 sehr deutlich. Damals waren die Reaktionen über die Grenzen hin und her spontan, heftig; mitunter sprengten sie das Ausmaß dessen, was sie eigentlich erst ausgelöst hatte. In den Köpfen dieser Generation spukte wirklich ein wenig Weltrevolution.

Doch all die schönen Parolen haben sich mittlerweile abgewetzt – an der so gänzlich anderen Realität und an der höchst unterschiedlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern. In den linken Postillen und Traktaten werden in den kommenden Monaten sicher wieder tiefgründige Betrachtungen über die Ursachen zu lesen sein. In Wahrheit ist es ein Schritt in die Normalität.

RAF bereitet neue Attentate vor

Polizei sieht „erhebliche Defizite" bei der Übermittlung von Erkenntnissen / Lageanalyse

WERNER KAHL, Bonn

Die linksextremistische „Rote Armee Fraktion" (RAF) bereitet nach einer aktuellen Lageanalyse der Sicherheitsbehörden gemeinsam mit militanten Anhängern des sogenannten „legalen RAF-Arms" verstärkt schwere Anschläge vor. Mit gesteigerter Brutalität gegen Repräsentanten des Staates glaubten die Terroristen, dann auch den Staat selbst zerschlagen zu können, heißt es in einer Einschätzung der Sicherheits- und Gefährdungslage in der Bundesrepublik Deutschland zum Jahresende.

Bei der frühzeitigen Bekämpfung neuer terroristischer Überfälle sieht sich jedoch die Polizei nicht ausreichend vom Verfassungsschutz informiert. In einigen Bundesländern gebe es „erhebliche Defizite" bei der Vermittlung von Erkenntnissen über die gestaffelten Aktionsebenen durch den geheimen Nachrichtendienst an die Polizei. Das geht aus kritischen Auswertungen der Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutzämtern und Polizeibehörden hervor.

Zu den am meisten gefährdeten Anschlagszielen werden nach wie vor Einrichtungen und Führungspersonen der „Militärmaschine", von Forschungs- und Rüstungsunternehmen sowie von Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz gerechnet. Als Gegenstück zum „Militärisch-industriellen Komplex" bezieht die RAF die Bundesministerien für Verteidigung, Forschung und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie das Bundeswirtschaftsministerium in ihre Angriffspläne ein.

Nach dem Mord an dem Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl waren schon in der Selbstbezichtigungsschrift der RAF unter anderem die Bundesminister Warnke und Bangemann genannt worden. Politiker werden während des Bundestagswahlkampfes als zusätzlich gefährdet angesehen.

Obwohl die Sicherheitsbehörden in jüngster Zeit mehr Nachrichten aus der „Szene" sammeln konnten, gelang es dem RAF-Untergrundkommando weiterhin, sich vollkommen vor den Fahndern abzuschotten. Zum tatsächlichen „harten Kern" werden gegenwärtig rund 15 Mitglieder gerechnet; der „legale Arm" tritt besonders im südwestdeutschen Rhein-Main-Neckar-Raum und in Nordrhein-Westfalen sowie im Raum Hamburg auf.

Für 1987 will die RAF offensichtlich die Offensive an der seit längerem geforderten „anti-imperialistischen westeuropäischen Front" mit der französischen „Action directe" fortsetzen. Ein organisatorischer Zusammenschluß sei allerdings nicht festzustellen. Die RAF glaubt den „Imperialismus", wie aus letzten Schriften hervorgeht, bereits in der Defensive.

Untergrundkommandos, militante Unterstützer und die Gefangenen sollen jeweils an ihrem Abschnitt Personen und Institutionen angreifen, die die „zerfallende Hegemonialmacht USA und ihre westeuropäischen Verbündeten" auf den politisch-ökonomischen-militärischen Ebenen zu rekonstruieren versuchen.

Honduras sieht sich als Opfer einer Invasion Nicaraguas

Washington half Tegucigalpa mit einer Luftbrücke

DW. Tegucigalpa

Die Lage im Grenzgebiet zwischen Nicaragua und Honduras hat sich zu einem militärischen Konflikt ausgeweitet. Es kam offenbar zu Kämpfen zwischen Truppen der beiden Länder.

Die US-Luftwaffe flog am späten Sonntag abend mit Billigung von US-Präsident Ronald Reagan etwa 700 honduranische Soldaten in das Kampfgebiet, um rund 1000 nach Honduras einmarschierte nicaraguanische Soldaten zurückzuschlagen. US-Soldaten seien nicht an dem Kampfgeschehen in dem Gebiet, das auch die gegen die sandinistische Regierung kämpfenden Contras als Aufmarschgebiet benutzen, beteiligt gewesen, teilte ein Sprecher der US-Außenministeriums mit.

Nicaragua und Honduras beschuldigten sich gegenseitig der Grenzverletzungen. Während die Regierung in Tegucigalpa darauf beharrte, nicaraguanische Regierungstruppen seien nach Honduras eingedrungen, bestritt dies der sandinistische Außenminister d'Escoto energisch. Nach seiner Darstellung bombardierten amerikanische Flugzeuge zwei Dörfer in Nicaragua.

Honduras hat nach eigenen Angaben bereits am Freitag formell in Nicaragua gegen die schon mehrere Tage dauernde Anwesenheit nicaraguanischer Truppen protestiert. Dieser Einspruch sei von Managua aber zurückgewiesen worden.

Am folgenden Tag hätten die Streitkräfte Honduras die Anwesenheit von mehr als 100 nicaraguanischen Soldaten festgestellt. Tegucigalpa sprach von einer regelrechten Invasion. Am späten Samstag nachmittag hätten honduranische Streitkräfte Luftangriffe gegen sandinistische Ziele innerhalb von Honduras unternommen. Tegucigalpa habe zu diesem Zeitpunkt die Vereinigten Staaten um Hilfe beim Lufttransport gebeten.

Rundfunkstationen in Honduras berichteten, die sandinistischen Einheiten seien mittlerweile wieder vertrieben worden. Nach diesen Berichten hatten die Truppen Managuas Contras über die Grenze hinaus nach Honduras verfolgt.

Seite 2: Honduras im Krieg

Baum kritisiert SPD und die Grünen

Gegen Katastrophen-Szenarium / Wallmann will Umweltbeauftragten im Betriebsrat

DIETHART GOOS, Bonn

Der Einsatz arbeitsloser Chemiker und Physiker als Umweltpolizisten zur Kontrolle gefährlicher Industrien und die Überprüfung der bisherigen Steuervorteile für Dieselfahrzeuge gehören zu den wichtigsten umweltpolitischen Forderungen, mit denen die FDP nach der Bundestagswahl in Verhandlungen zur Bildung einer neuen Koalition mit der CDU/CSU gehen wird. Das kündigte gestern der frühere Innenminister Gerhart Baum nach einer Sitzung des FDP-Präsidiums an.

Baum verlangte im Namen der FDP „Waffengleichheit" für die Behörden gegenüber der Industrie, die gefährliche Stoffe produziere und lagere. Zusätzliches Personal und Geld beim Bund und den Ländern sei notwendig, um die Einhaltung der Umweltschutzvorschriften zu gewährleisten. Im Rahmen staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sollten Naturwissenschaftler ohne Beschäftigung eingesetzt werden. Baum kritisierte zugleich Gerichte, die bei Umweltvergehen fast nur Geldstrafen verhängen würden, statt zur Abschreckung auch die Möglichkeit von Haftstrafen bis zu zehn Jahren zu nutzen.

Ausdrücklich bedauerte es Baum, Dieselfahrzeuge in den umweltorientierten Steuervorteil einzubeziehen. „Ich halte den Diesel wegen der für die Atemluft schädlichen Rußpartikel nicht für umweltfreundlich." Das bestätigten auch neue amerikanische Untersuchungen. Die Steuerersparnis müsse dringend diskutiert und strengere Normen durchgesetzt werden. Nur Fahrzeuge mit Katalysator sind für Baum umweltfreundlich.

Scharfe Kritik übte der frühere FDP-Innenminister an den Grünen und an der SPD. Es bestehe kein Anlaß, ein Katastrophenszenarium nach Art der Grünen herbeizureden. Das SPD-Programm Arbeit und Umwelt schwächt nach Ansicht Baums den Umweltschutz, weil es vom Verursacherprinzip abrücke.

Baum wandte sich auch gegen die positive Bewertung der Grünen durch CDU-Präsidiumsmitglied Kurt Biedenkopf. „Ich habe meine eigene Meinung über die Grünen und teile nicht diejenige von Biedenkopf, wonach die Grünen bei ökologischen Themen eine Vorreiterrolle gespielt haben." Schon 1971 habe die FDP gefordert, Umweltschutz im Grundgesetz zu verankern. Unterdessen hat sich der Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag, Reinhard Göhner (CDU), gegen die Aufnahme des Umweltschutzes in das Grundgesetz ausgesprochen. Er sagte, dies würde die Verfassung entwerten und dem Umweltschutz nicht nutzen.

Umweltminister Wallmann stellte sich hinter die Gewerkschaftsforderung, in den Betriebsräten die Position von Umweltbeauftragten zu schaffen. In einem Interview der „Nordwest-Zeitung" sagte er: „Allerdings dürfte der Umweltbeauftragte des Betriebsrates nicht irgendeiner sein, der vier Etagen unter der Geschäftsleitung angesiedelt" werde. Das Amt müsse sich möglichst in der Führungsebene befinden.

NDR-Chef will vorzeitig gehen

dpa, Hamburg

Der Intendant des Norddeutschen Rundfunks (NDR), Friedrich Wilhelm Räuker (58), will aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand gehen. Wie die NDR-Pressestelle mitteilte, hat Räuker die Vorsitzenden von Rundfunkrat und Verwaltungsrat davon unterrichtet, daß er sich den hohen Belastungen seines Amtes nicht mehr aussetzen könne. Räuker, der seit 1980 NDR-Intendant ist, leidet an den Folgen einer Herzoperation. Er beabsichtigt nach diesen Angaben, im Laufe des Jahres 1987 auszuscheiden.

Baustopp für Zwischenlager

DW. Hamburg

Die seit Mai 1985 ruhenden Bauarbeiten zum Atommüll-Zwischenlager im westfälischen Ahaus dürfen nicht wieder aufgenommen werden. Das hat das Verwaltungsgericht in Münster in einem Eilverfahren entschieden. In dem gestern bekanntgewordenen Beschluß befanden die Richter nach einer Mitteilung der Rechtsvertreter des Klägers, daß die Ansiedlung eines Atommüll-Zwischenlagers in einem Gewerbegebiet dem „augenfällig widerspricht", was herkömmlicherweise in solchen Gebieten gebaut werden darf.

Warschau stoppt den Bau von ‚Zarnobyl'. Havarie befürchtet

Regierung gibt Protesten nach / Standort bei Danzig zu heikel?

J.G.G. Köln

Die polnische Regierung hat – wahrscheinlich endgültig – den Bau des ersten polnischen Kernkraftwerkes Zarnowitz bei Danzig gestoppt. Dies berichtete das als gut informiert geltende Londoner „Dziennik Polski" (Polnisches Tageblatt). „Es stellte sich heraus, daß beim Reaktorbau nicht die technischen Parameter eingehalten wurden, was in Zukunft zu einer Havarie führen könnte", heißt es in dem Blatt.

Eine Ingenieursgruppe hätte in einem Brief an die polnischen Sejm-Abgeordneten darauf hinwiesen, daß bislang die Sicherheitsbestimmungen des nach sowjetischen Musters gebauten Reaktors nicht eingehalten worden sind.

Der für den Kernkraftbau zuständige Direktor der Firma Energo Projekt hat jetzt eingeräumt, daß die polnische Regierung zahlreiche Protestschreiben aus der Bevölkerung der Umgebung von Zarnowitz erhalten habe. Aus anderer Quelle wurde dazu bekannt, daß die Regierung allein deswegen nachgeben wolle, weil sich Zarnowitz im Umfeld des Unruheherdes Danzig befindet.

Schon vor einem Jahr hat die Warschauer Regierung dem Druck der polnischen „Umweltliga", eine einmalige Organisation im Ostblock, und der Bevölkerung nachgegeben, ein zweites Kernkraftwerk an der Weichsel in einem Naturschutz- und Erholungsgebiet bei Plock nicht zu bauen; einem Gebiet, das öfter von großen Überschwemmungen heimgesucht wird. Es soll nun 40 Kilometer von Posen entfernt bei Samter an der Warthe entstehen. Der Standort ist rund 120 Kilometer von der Grenze zur „DDR" und etwa 200 Kilometer von Berlin entfernt.

Im Sommer hatte die polnische Regierung einen vorübergehenden Baustopp für Zarnowitz, das im Volksmund heute „Zarnobyl" genannt wird, verfügt. Damalige Begründung: Die Sicherheit sei zwar gegeben, aber es fehlen momentan Devisen für den Kauf von wichtigen Bauteilen. Darüberhinaus wurde eine ungeheure Vergeudung von Material und Baupfusch festgestellt.

Moskau warnt vor ‚Nachrüstung'

DW. Bonn

Zwei Tage nach der Warnung von SPD-Fraktionschef Vogel vor einem „zweiten Startschuß für eine Nachrüstung" hat das sowjetische KP-Organ „Prawda" Unionspolitikern vorgeworfen, sie wollten den völligen Abbau von Mittelstreckenwaffen verhindern. Vogel hatte Überlegungen der NATO kritisiert, im Falle einer Null-Lösung amerikanische Bomber mit Marschflugkörpern auszurüsten. In einem Bericht des Bonner „Prawda"-Korrespondenten Jachontow heißt es, der bayerische Ministerpräsident Strauß stehe an der Spitze derjenigen, die die Null-Lösung ablehnten. Die „Prawda" greift auch auf den „Spiegel" zurück, der berichtet hatte, daß deutsche Politiker die USA drängten, die Null-Lösung ad acta zu legen. Damit werde „wie 1979 der Grundstein für eine Aufstockung des nuklearen Arsenals in Europa gelegt".

Seite 2: In der ganzen Welt

Wiener Architekt baut die Kunsthalle

DW. Bonn

Der Wiener Architekt Gustav Peichl wird als Sieger des vom Bundesbauminister Schneider (CSU) ausgeschriebenen Wettbewerbs die Kunst- und Ausstellungshalle des Bundes in Bonn bauen. Nachdem ihm bereits im Juli der erste Preis verliehen worden war, die Jury jedoch noch einige Überarbeitungen vorgeschlagen hatte, habe sich jetzt das Preisgericht für den Entwurf Peichls ausgesprochen, erklärte Schneider in Bonn.

Peichls Bauvorschlag, so der Minister, versuche eine architektonische Lösung, die dem „Aspekt der kulturellen Demokratie in der Mitte Europas funktionell und gestalterisch gerecht" werde. Baubeginn soll 1989 sein, die Kosten werden auf rund 110 Millionen Mark veranschlagt. Der Bau soll dazu beitragen, Bonn zu einem „geistig-kulturellen Zentrum" auszubauen.

Seite 3: Elf Säulen

Sowjetsoldaten geflüchtet

DW. Hannover

Zwei Soldaten der in der „DDR" stationierten sowjetischen Truppen sind in die Bundesrepublik geflüchtet. Wie das Grenzschutzkommando Nord in Hannover mitteilte, überwanden die beiden 19 Jahre alten Männer unverletzt die Sperranlagen an der Grenze nach Niedersachsen. Über die Fluchtgründe konnte der BGS-Sprecher nichts sagen. „Sie sprechen kein Deutsch und wir kein Russisch", hieß es. Die beiden Männer kamen in Zivil und unbewaffnet in den Landkreis Wolfenbüttel und verständigten sich mit einigen englischen Wortbrocken. Daraus sei hervorgegangen, daß sie zu Verwandten in die USA wollten.

Die Flüchtlinge stammen aus der Sowjetrepublik Estland. Sie gehörten dem Vernehmen nach einer Infanterieeinheit an. Einer der beiden war erst seit einem Monat Soldat, sein Kamerad gehörte der sowjetischen Armee seit neun Monaten an.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Honduras im Krieg

Von Günter Friedländer

Sprecher des honduranischen Heeres bestätigen, daß honduranische Truppen seit Samstag nachmittag Angriffe der sandinistischen Artillerie und Infanterie im Grenzgebiet von Las Trojas/Las Vegas abwehrten. Am Freitag hatte Honduras gegen einen Angriff von 200 sandinistischen Soldaten gegen einen Grenzposten fünf Kilometer innerhalb honduranischen Gebietes protestiert, bei dem drei honduranische Soldaten fielen. Beobachter hatten gemeldet, daß in Las Trojas heftig gekämpft wird. US-Hubschrauber hätten dort Verstärkung eingeflogen. Das State Department bestätigte, Präsident Reagan habe „nach einer Unterhaltung mit Senior-Beratern die Verwendung dieser in Palmerola (Honduras) stationierten Hubschrauber erlaubt, um die Honduras gebeten habe".

Nicaraguas Außenminister Miguel d'Escoto leugnete die honduranische Version der Ereignisse mit der sarkastischen Bemerkung: „Wenn Honduraner mit Nicaraguanern kämpfen, muß es sich um Contras handeln, den einzigen Nicaraguanern auf honduranischem Gebiet." Er behauptet auch, Honduras habe Sonntag nachmittag fünf verschiedene Bombenangriffe gegen den Norden Nicaraguas, 20 Kilometer von der Grenze entfernt, durchgeführt. „Das ist Krieg", sagte er, „auch wenn er offiziell nicht erklärt wurde – Krieg der USA, die ihn führen und finanzieren, nicht Honduras."

Die Voraussage ist also falsch, daß die Iran-Krise und ihre Contra-Verzweigung die mittelamerikanischen Länder von den USA abrücken lassen werde. Der honduranische Präsident José Azcona hat selbst den USA-Botschafter Everett Briggs um die Hilfe der US-Hubschrauber gebeten. Die USA brauchten die Begrenzungen, die für die „Contra"-Hilfe gilt, nicht anzuwenden, weil sie Honduras halfen.

Honduras und Nicaragua scheinen nun die Bereitschaft der USA zu testen, ihren Verpflichtungen in Mittelamerika nachzukommen. Contadora nützt hier nichts. Nur eine feste Haltung der USA kann den Export der sandinistischen Revolution in die Nachbarländer verhindern.

In der ganzen Welt

Von Enno v. Loewenstern

Am Montag sah die „Prawda" wieder einmal Falken; unter der Überschrift „Die Falken sind alarmiert" warf sie der Bundesrepublik Deutschland vor, sie beanspruche die zweifelhafte Ehre, zum wichtigsten Raketenstartplatz Washingtons in Westeuropa zu werden. Den westdeutschen Falken würde eine Abrüstung „offenbar den Weltuntergang bedeuten". Dies alles ist natürlich beileibe keine Einmischung in den hiesigen Wahlkampf, sondern nur die Sorge des Weltfriedenslagers.

Um so verblüffender muß es anmuten, daß in derselben „Prawda" aus der Feder des Chefredakteurs Viktor Afanasjew soeben ein Lob des Krieges erklang – des gerechten Krieges, versteht sich; aber unter diesem Begriff wurde nicht nur, wie auch im Westen üblich, der Verteidigungskrieg subsumiert, sondern auch der „Befreiungskrieg".

Das Atomzeitalter erfordere zwar, so erläuterte Afanasjew seinen Lesern in Ost und West, ein neues Denken, das Gewalt und Krieg ablehnte. Das Ziel der KPdSU sei und bleibe aber der Aufbau des Kommunismus. Deshalb unterstütze sie in aller Welt Arbeiter- und Befreiungsbewegungen. „Marxisten sind keine Pazifisten", stellte Afanasjew klar; Lenin habe gesagt, daß der Sozialismus, die Vorstufe des Kommunismus, in der ganzen Welt siegen werde. Das Endziel der Arbeiterklasse sei der Kommunismus, und die KPdSU werde ihren Partei- und Klassenstandpunkt zu Kriegen nicht aufgeben.

Das ist ein wichtiger Hinweis an die Adresse derjenigen im Westen, die sich und anderen einreden, die Sowjetunion habe die Weltrevolution längst aufgegeben und betreibe ihre Politik nur noch unter dem Aspekt des Sicherheitsdenkens. Die beliebte Redensart „die sowjetischen Führer wollen keinen Krieg" ist wohlfeil. Sie wollen gewiß nicht den Atomkrieg, an dem sie zugrundegehen würden. Daher haben die NATO-Raketen bisher Europa vor einem Befreiungskrieg bewahrt. Wo aber keine Raketen stehen, von Afghanistan bis Nicaragua, ist der proletarische Internationalismus in vollem Gange. Eine Raketenabrüstung muß nicht den Weltuntergang bedeuten, aber sie könnte den marxistischen Nichtpazifisten Gedanken eingeben, denen es vorzubeugen gilt.

Arbeitnehmer einschalten

Von Eberhard Nitschke

Eigentlich müßte die gesamte chemische Industrie geschlossen werden, wie eine Behörde am Mittwochnachmittag. Eigentlich müßte man auch die Nuklearbetriebe dicht machen, und zwar noch schneller, am besten mittels Volkszorn – solche Sponti-Forderungen sind bisher an des Gedankens Blässe gescheitert. Denn es gibt tatsächlich Berechnungen, nach denen Hunderttausende von Arbeitsplätzen verlorengehen, wenn man beim Umweltschutz emotional entscheidet.

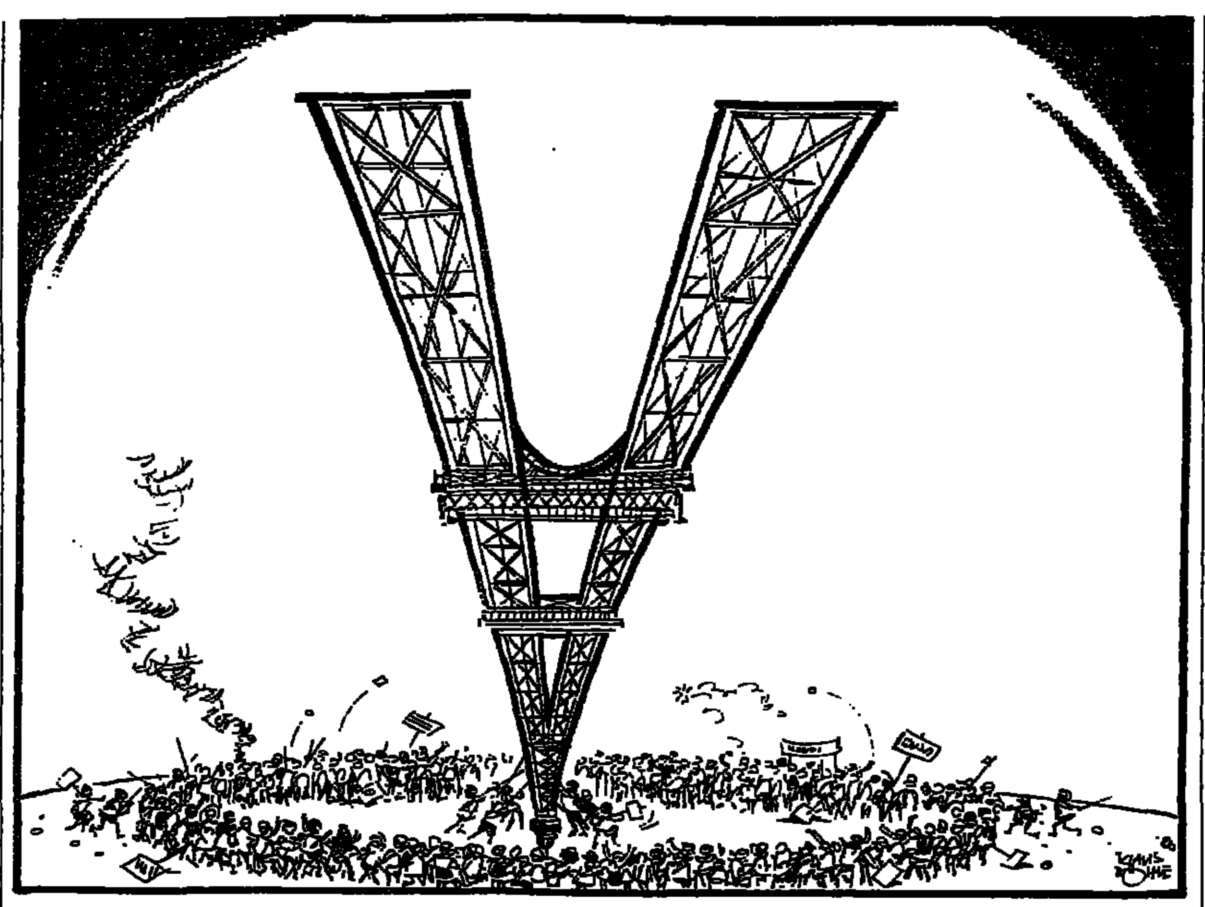
Diese Überlegungen haben immer dann an Boden gewonnen, wenn Gewerkschafter sich, wie in letzter Zeit häufig geschehen, schützend vor ihre Kollegen in solchen umstrittenen Betrieben stellten und auf die Unsinnigkeit der Radikallösungen aufmerksam machten.

Vor diesem Hintergrund ist die Anregung auch des Vorsitzenden der IG Chemie, Papier und Keramik, Hermann Rappe, zu sehen, der einen von Bundesumweltminister Walter Wallmann sofort aufgenommenen Vorschlag machte, Umweltschutzbeauftragte in den Betriebsräten einzurichten.

Eine gesetzliche Verankerung solcher Stellen, in denen Wallmann Positionen „mit echten Einwirkungsmöglichkeiten" sieht, würde freilich eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes erforderlich machen. Daran denkt der Minister nicht.

Auf der anderen Seite gibt es, außerhalb der Betriebsräte angesiedelt und eigenständig arbeitend, solche Beauftragten schon an vielen Stellen. In allen genehmigungsbedürftigen Betrieben sind sie tätig, zum Beispiel in der Abfall- und Wasserwirtschaft; es gibt Betriebs-Strahlenschutzbeauftragte, und die Bemühungen des Umweltministers, die Stellung des Umweltschutzbeauftragten generell zu stärken, zielen auch in diese Richtung.

Der Umweltschützer im Betriebsrat könnte also, darin laufen die Überlegungen von DGB und Ministerium wohl zusammen, ein wichtiges Meßgerät werden, an dem sich ablesen ließe, wie die in erster Linie von Schließungsforderungen in ihrer Existenz Bedrohten reagieren. „Betroffenheit", das schöne neue Wort, gewänne dabei eine weitere, wirklich treffende Bedeutung.



Die V. Republik auf den Kopf gestellt KLAUS BÖHLE

Eine weise Entscheidung

Von Peter Ruge

Über Nacht ist in Frankreich scheinbar alles möglich geworden: Barrikaden, Studentenaufruhr, Generalstreik-Verbrüderung, Elitedenken, politischer Kurswechsel. Den deutschen Nachbarn hält diese Sprunghaftigkeit in Atem. Er fragt sich, ob das, was sich in den Straßen von Paris abspielte, wirklich eine Revolution war. Und ob hier eine Regierung etwa unter Druck nachgab, indem sie gewissermaßen in letzter Minute den Stein des Anstoßes aus dem Wege räumte – die geplante Hochschulreform.

Die Studentenbewegung hatte friedlich begonnen. Das Ziel der Proteste war eingegrenzt, sie richteten sich gegen einen Erziehungsplan, aber nicht gegen den Kurs der Regierung oder das System der V. Republik. Das ist der erste Unterschied zu den Mai-Unruhen von 1968, die von einer staatszerstörenden Ideologie ausgingen.

Daß seit dem Wochenende der Protest in der französischen Hauptstadt in Gewalt umschlug, mag den Vergleich zu den Vorgängen vor achtzehn Jahren heraufbeschwören. Doch diesmal waren es die Vertreter der studentischen Organisationen selbst, die sich von den Straßenschlachten distanzierten. Die Studenten und Schüler blieben nur in einem kategorisch: Der „Plan Devaquet" muß weg, erst dann ist ein Dialog möglich.

Diese akademische Jugend hat den Mai 1968 nicht erlebt, dafür aber 1984. Damals kam es zu einem ähnlichen landesweiten Marsch auf Paris, wegen eines Erziehungsvorhabens der Linken: Abschaffung der Privatschulen. Das hatte die Eltern aufgebracht.

Ein Millionen-Protest erhob sich. Die Staatsführung blieb neun Tage lang scheinbar unberührt. Dann handelte François Mitterrand. Der Präsident zog nicht nur die sozialistische Regierungsvorlage zurück, er entzog auch Ministerpräsident Mauroy das Vertrauen. Als neuen Premierminister setzte er den jungen Laurent Fabius ein. Es war für alle ein Neuanfang.

So also stellten sich die Studenten im Winter 1986 das auch vor: Ein friedlicher, aber massiver Protest, und das umstrittene Erziehungspaket verschwindet wieder in der Schublade. Doch die Regierung Chirac sagte zuerst nein. Dann zeigte sie sich anhörungsbereit. Als sich die Fronten verhärteten, wurde dem Hochschulminister Devaquet die Zuständigkeit entzogen und auf Erziehungsminister Monory verlagert. Dann bot Monory die Ausklammerung der drei umstrittenen Punkte aus dem Gesetz an: Eingangsauslese, Anhebung der Studiengebühren, Änderung der nationalen Diplome.

Die Regierung Chirac also überwand den Mangel an Gesprächsbereitschaft, der französische Administrationen auszuzeichnen pflegt – aber spät. Sie gab dabei ein denkbar schlechtes Bild ab: Sie war über diesem Taktieren und Manövrieren erpreßbar geworden. Sie reagierte auf jede Aktion der Studenten mit Entgegenkommen. Sie appellierte an die Geschlossenheit der Demokraten vor ihrem eigenen Parteikongreß, als ob sie Hilfe nötig hätte. Sie ließ jedoch keine Tatkraft erkennen, die aus der Sackgasse herausgeführt hätte. War sie zu schwach dazu, oder raubte ihr der Überraschungseffekt einer anwachsenden, kaum noch kontrollierbaren Protestwelle die Handlungsfähigkeit?

Drei Vorgänge in den letzten Stunden dürften den Kurswechsel von Premierminister Chirac bestimmt haben: der Tod eines Studenten, der Ruf nach dem Generalstreik, die Warnung des Staatspräsidenten vor einer Eskalation der Gewalt. Dies hatte sofort die Spekulation ausgelöst, François Mitterrand werde, um das Schlimmste zu verhüten, jetzt die Initiative übernehmen – wie 1984. Die Linke schien sich schnell auf ihre neue unverhoffte Rolle einzuspielen. Sozialistische, trotzkistische und kommunistische Steuerungen wurden erkennbar. Man brauchte sich nur an die Protestwelle anzuhängen, die Frankreichs Jugend vom Elsaß bis zum Atlantik und vom Kohlerevier in Lille bis zum Mittelmeer erfaßt hatte.

Daß der Funke von den Studenten auf die Arbeiterschaft überspringen würde – wie im Mai 1968, als die Renault-Werke spontan die Arbeit für etwa drei Monate niederlegten –, blieb dagegen ausgeschlossen. Die Arbeitsmarktlage zeige sich zu verschieden, hieß es. Damals erlebte Frankreich blühende Wachstumsraten, heute herrsche der Existenzkampf bei einer der höchsten Arbeitslosenquoten in Europa. Da vergehe vielen, die Arbeit haben, die Lust an der Revolution, sagten selbst Gewerkschaftsfunktionäre.

Der Aufruf zur Solidarität der Arbeitnehmer mit den Studenten hatte daher ein unterschiedliches Echo. Die mitgliedsstarke F. O., die gemäßigte, liberal eingestellte Force Ouvrière, erteilte dem für morgen vorgesehenen Generalstreik eine Absage. Der Zusammenbruch der nationalen Funktionsfähigkeit würde die Republik in eine Krise führen, die dem Präsidenten nach der Verfassung die Möglichkeit zum Handeln eröffne.

Doch die Cohabitation verwehrt jetzt François Mitterrand die Absetzung des Regierungschefs. Jacques Chirac hätte selbst um seine Demission einkommen müssen. Wie aber sollte sich die bürgerliche Regierung vor einer Demontage ihrer Autorität schützen können? Allenfalls wäre die Auflösung der Nationalversammlung geblieben.

Frankreich braucht keinen Retter aus dem sozialistischen Lager – die Regierung Chirac hat die Gefahr eines inneren Notstandes abgewendet: Sie hat politisch gehandelt. Eine weise Entscheidung, die einen anschließenden vernünftigen Dialog über das Notwendige auf dem Hochschulsektor nicht ausschließt. Die Rücknahme des „Plans Devaquet" wird allerdings von der anderen Seite als Sieg gefeiert – ob es ihr dabei, wie es die Studenten vorgeben, nur um die Parlamentsvorlage geht, wird sich morgen zeigen: bei der Gedenkdemonstration für den toten Studenten Malik Oussekine.



Ob es nur um den „Plan Devaquet" geht? Brennende Barrikaden vor dem Pantheon FOTO: DPA

IM GESPRÄCH S. Arbeli-Almoslino

Ohne Fallschirm

Von Reuven Assor

Shoshana Arbeli-Almoslino ist mit ihren sechzig Jahren keine alte Frau; im Gegenteil, man hat ihr eben eine wichtige Aufgabe übertragen, die Phantasie und unverbrauchten Schwung erfordern – aber in einer Hinsicht ist sie „alt": Sie ist heute das dienstälteste Knessetmitglied. Vor zwanzig Jahren wurde sie erstmals ins israelische Parlament gewählt.

Die neue Ministerin für Gesundheitswesen ist im Jahre 1926 in Irak geboren. Sie kam im Jahre 1947 in das damalige Palästina, ein Jahr vor der Staatsgründung Israels, und ging zunächst in den Kibbuz Nevey-Ur im Bet-Schean-Tal. Schon in sehr frühem Alter widmete sie sich in Israel der Politik. Dabei konzentrierte sie sich hauptsächlich auf Fragen der sozialen Bedingungen, auf Arbeit und Gesundheit, und das vor allem vom Standpunkt der Frauen.

In der Regierung der Nationalen Einheit war sie zunächst stellvertretende Ministerin für Gesundheitswesen. Als sie ernannt wurde, waren gerade der Minister für Gesundheitswesen, Motta Gur, und auch der Generaldirektor im Ministerium, Professor Michaelis, zum Dienst in einem Fallschirmregiment einberufen. Damals sagte sie: „Leider kann ich da nicht mitziehen, denn ich war niemals Fallschirmspringer."

In der Geschichte der israelischen Regierungen gibt es nur sehr wenig Frauen; bekannt geworden ist eigentlich nur Golda Meir. So sieht Shoshana Arbeli-Almoslino einen gewissen Erwartungsdruck auch auf ihrem Gebiet, dem der Sozialrechte der Frauen. Ihre Ernennung ist freilich nicht nur ein Beispiel dafür, daß im Lande der vollkommenen – längst völlig selbstverständlich gewordenen – Gleichberechtigung von Mann und Frau nun auch die Frauen eine stärkere Rolle in der Politik spielen, sondern sie weist auf eine verstärkte Integration der vor dreißig Jahren eingewanderten Juden aus dem orientalischen Kulturkreis. Allerdings fühlt Frau Arbeli-Almoslino sich keinesfalls als deren spezielle Vertretung.



Frau Minister aus dem Orient: Shoshana Arbeli-Almoslino FOTO: DIE WELT

Ihre Bescheidenheit und Geduld sowie ihr enormes Fachwissen auf dem Gebiete der Geriatrie und Psychologie haben ihr große Achtung in Fachkreisen verschafft. Die Psychologie half ihr auch in der Politik, als es ihr nach ihrer Ernennung gelang, den langen und gefährlichen Streik der Krankenschwestern zu beenden, den andere vorher vergebens zu lösen versuchten.

Wenn Frau Arbeli-Almoslino Zeit hat, ist sie eine begeisterte Sportlerin; ihr Interesse gehört vor allem dem Handballspiel. Ihr Mann Natan Almoslino war lange Zeit Schatzmeister der Gewerkschaften; sie selbst ist ein sehr aktives Mitglied in der Leitung dieser Partei.

Ihre Berufung war ein besonderes Ereignis für das israelische Fernsehen: Nach ihrer Vereidigung in der Knesset ließ keiner der dreiundzwanzig Minister es sich nehmen, ihr vor laufender Kamera einen Begrüßungskuß auf die Wange zu drücken.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

FLENSBURGER TAGEBLATT

Es kommentiert den SPD-Landesparteitag Schleswig-Holstein:

In Kiel wurde am Sonnabend auf einem außerordentlichen Landesparteitag ein „Organisationskonzept zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie" beschlossen. Für angebrachte Zweifel war in der Ausstiegseuphorie … kein Platz. Da wurde so getan, als sei das ersehnte Ziel politisch, juristisch und wirtschaftlich schlichtweg „organisierbar".

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung meint zum Verhältnis der Supermächte:

Das Ost-West-Klima ist rauh geworden. Nichts bewegt sich zwischen Washington und Moskau… Amerikas Präsident ist mit sich selbst beschäftigt. Eine „lame duck" (wie die Amerikaner sagen). Eine lahme Ente für die nächsten zwei Jahre an der Spitze der westlichen Gemeinschaft? Nicht nur in Bonn wird diese Sorge laut geflüstert.

Frankfurter Neue Presse

Sie bemerkt zum EG-Gipfel:

Es ist wirklich schwer zu ergründen, was ein Dutzend europäischer Staats- und Regierungschefs samt einem Troß von Ministern und hochbezahlten Beamten nach London trieb. Da haben sie getafelt und getagt und beraten, am Kamin oder in großer Runde und unter der Last ihrer Verantwortung doch nicht mehr hervorgebracht als Gemeinplätze und viel heiße Luft. Gegen den Terror sind sie alle, wie fein, das wird der IRA, der RAF oder der Action Directe mächtig in die Knochen fahren. Für das weitere Zusammenwachsen Europas plädieren sie auch. Das muß doch unser aller Pulsschlag in die Höhe jagen. Und wer hätte gedacht, daß sie die Arbeitslosigkeit in der EG für ein Übel halten, und gar noch den Krebs und Aids bekämpfen wollen? Europagipfel finden alle sechs Monate statt. Das ist politische Inflation, sie entwertet den Sinn der Sache.

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zur Situation Reagans:

Die Außenpolitik der Regierung – dies machen Äußerungen im Kongreß deutlich – läßt sich nicht an den Volksvertretern vorbeimogeln. Bislang scheinen auch die Demokraten noch zur Zusammenarbeit mit dem Präsidenten bereit zu sein. Reagan wird nichts anderes übrigbleiben, als führende Abgeordnete stärker in die Planungen des Weißen Hauses einzubeziehen; das Versprechen des neuen Sicherheitsberaters Carlucci, „Offenheit" zu zeigen, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung beleuchtet die Lage in Irland:

Die Irische Republik wird voraussichtlich Ende Januar Wahlen erleben. Zahlreiche politische Rückschläge haben dazu geführt, daß die Koalition des irischen Regierungschefs FitzGerald bei den Meinungsumfragen inzwischen weit hinten liegt. Jetzt hat die Regierungspartei Fine Gael mit ihrem Labour-Koalitionspartner (durch Abspringen einer Abgeordneten) auch noch die Mehrheit im Parlament verloren. Die wichtigste Oppositionspartei Fianna Fail unter Führung von Charles Haughey liegt seit Monaten bei den Meinungsumfragen vorn. Die gleichen Umfragen zeigen jedoch auch, daß die Progressiven Demokraten das Zünglein an der Waage spielen könnten.

Die Sache mit dem Arbeiterkind ist ganz anders

Und: warum wieder weniger Mädchen aus sozial schwächeren Familien studieren / Von Paul F. Reitze

Vor Wahlen pflegt man die im Bildungssystem zu kurz kommenden, am Aufstieg gehinderten Arbeiterkinder zu entdecken, als Belege dafür, wie rasch die Bundesrepublik unter der Regierung Kohl in die „Ellenbogengesellschaft" voranschreite. Dafür muß nun auch die eben erst veröffentlichte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks herhalten.

Zwar ist danach die Zahl der studierenden Arbeiterkinder mit 18 Prozent gegenüber 1982 gleich geblieben, indes sank in dieser Zeit die Quote der BAföG-Geförderten von 37,1 auf 27 Prozent. Also doch ein sozialer Kahlschlag, seit die Unterstützung – ab 1983 – nicht mehr als Stipendium, sondern als Darlehen gewährt wird? Angeblich hemmt in vielen Fällen Angst vor einem „Schuldenberg" die Neigung zum Studium.

Wer auf die Brille der Parteilichkeit verzichtet, gelangt zu einem anderen Bild. Gesunken ist unter den BAföG-Empfängern die Zahl derer, die auf Grund der Einkommenssituation der Eltern allenfalls Kleinbeträge bis 150 Mark monatlich erwarten könnten. So mancher jobbt da lieber, statt einen Antrag auf ein Darlehen in dieser geringen Höhe zu stellen. Steht aber mehr auf dem Spiel, greift man beherzt zu. Die Quote der mit dem vollen Satz Geförderten stieg zwischen 1982 und 1985 kräftig, von knapp 30 auf 36 Prozent. Weit überproportional werden Studierende aus kinderreichen Familien begünstigt: ein erwünschter Effekt.

Listet man den Empfängerkreis nach dem Beruf der Eltern auf, so zeigt sich, daß an den Fachhochschulen sechzig Prozent der Arbeiterkinder (42 Prozent aller Geförderten) BAföG erhalten. An den Universitäten sind es 49 Prozent.

Daraus lassen sich begründet nur folgende Rückschlüsse ziehen: Wenn sich sozial Schwächere für ein Studium entscheiden, dann wählen sie Aufsteigerberufe mit klarem Profil. Lange wurde dabei das Lehramt bevorzugt; seit die Chancen dort drastisch gesunken sind, hat die Ingenieursausbildung an Interesse gewonnen.

Freilich funktioniert dieser „Austausch" einstweilen nur bei Jungen voll. Wenn sich Mädchen aus solchen Familien nach dem Abitur mittlerweile stärker zu einer Lehre entschließen, dann nicht aus sozialen Gründen. Sie empfinden ganz einfach die neuen akademischen Aufsteigerberufe im Bereich der technischen Fächer als eher wesensfremd. Dies erklärt zugleich, warum bei den Universitätsstudentinnen der Anteil jener, die aus einem wohlhabenden Milieu stammen, gestiegen ist.

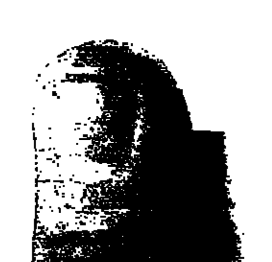
Festzuhalten bleibt, daß nach relativen wie absoluten Zahlen unter den BAföG-Empfängern keine Gruppe so stark vertreten ist wie die der Arbeiterkinder (obwohl der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung sinkt). Abkömmlinge „ausführender Angestellter" weisen demgegenüber nur vier Prozent auf. Beamtenkinder sind unter den Geförderten mit lediglich acht, Kinder kleiner Selbständiger mit 14 Prozent vertreten.

Wenn es Benachteiligungen gibt, dann liegen sie nicht bei den Arbeiterkindern, sondern hier. Der Gesetzgeber wird darüber nachdenken müssen, wie man Mehr-Kinder-Familien aus der Mittelschicht besser als bisher helfen kann. Freilich halten sich die Möglichkeiten in engen Grenzen.

Würde beispielsweise der Elternfreibetrag von derzeit 1570 Mark auf 2000 Mark angehoben, so würde dies zusätzlich rund eine Milliarde Mark kosten. Diskutiert wird in der Unionsfraktion, ob nicht analog zum Bausparen mit staatlicher Hilfe ein Modell für ein Bildungssparen entwickelt werden könnte, das über Banken oder Bausparkassen liefe. Die Vorzüge: Während des Studiums der geburtenstarken Jahrgänge entstünden dem Bund nur die Kosten für Zinszuschüsse und Ausfallbürgschaftsbeiträge. Später gäbe es nicht allein durch die geburtenschwachen Jahrgänge Entlastungen, sondern auch Kapitalrückflüsse.

Das wäre zumindest ein Schritt in die vernünftige Richtung. Für das ordnungspolitisch klarere, freilich an die Wurzeln des Systems gehende Modell des Bundes Freiheit der Wissenschaft – Finanzierung der universitären Lehre, wie in den USA und in Japan, durch Studiengebühren, die von den Hochschulen im freien Spiel der Kräfte kalkuliert werden; gleichzeitig Bereitstellung zinsgünstiger Kredite für alle, die davon Gebrauch machen wollen – ist im Augenblick keine Mehrheit in Sicht, obwohl Gerechtigkeit wie Effizienz dafür sprächen. Warum sollte eigentlich der Professor, der in Forschung und Lehre deutlich besser ist, der sich stärker engagiert, daraus nicht auch materiell Nutzen ziehen? Und warum wäre es gar so abwegig, wie heute dargestellt, wenn der Student sich die erwünschte Ausbildung – so wie später ein Haus – „kaufen" könnte?

Einstweilen ist jeder Schritt zu begrüßen, der angehenden Akademikern bewußt macht: Ein Studium kostet wie alle anderen Zukunftsinvestitionen viel Geld. Daß die meisten in der Sozialerhebung ein hohes Maß an Zufriedenheit geäußert haben, zeigt, daß sich diese junge Generation Augenmaß bewahrt. Mit billigen Schlagworten wie dem vom benachteiligten, am sozialen Aufstieg gehinderten Arbeiterkind hantieren andere.



Ein Zeichen der Hoffnung am Ort des Entsetzens

Nahe dem Lager, in dem vier Millionen Menschen vernichtet wurden, ist in Auschwitz eine Stätte der Begegnung für junge Polen und Deutsche entstanden. Von der Idee bis nun zur Einweihung vergingen fünfzehn Jahre, in denen manches Hindernis auftauchte.

Von EBERHARD NITSCHKE

Trotz seines unwillkürlich immer langsamer werdenden Schrittes vor den zerborstenen Resten der Krematorien des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau merkt Heinz Galinski nicht, daß er einem Wegweiser mit der an dieser Stelle schmerzhaft unpassenden Aufschrift „Sightseeing" folgt. Der ehemalige Häftling mit der eintätowierten Nummer 104412, der jetzt mit einer Regierungsdelegation aus Bonn zur Einweihung einer Jugend-Begegnungsstätte der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste nach Polen kam, ist nach 41 Jahren zum ersten Mal wieder an dem Ort, wo er auf der Rampe damals von seiner Familie getrennt wurde, die er nie wiedersehen sollte.

Der jetzt 74jährige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin hat von den polnischen Gastgebern dieses Tages gehört, ob er denn nicht lieber in einem Saal als hier draußen sprechen wolle. Aber er hat mit großem Nachdruck darauf bestanden: „Hier!", denn „es erfüllen mich Empfindungen, die man mit Worten nicht ausdrücken kann". Sein Blick streift die Bäume draußen vor dem doppelten Zaun mit dem einst elektrisch geladenen Stacheldraht, die er noch als kleine Bäumchen in Erinnerung hat, die verrosteten Eisenbahnschienen, auf denen einst die Züge mit den vier Millionen Opfern dieser Vernichtungsanstalt ankamen.

Die Erinnerung übermannt ihn sichtlich, als er sagt: „Auschwitz – dieser Name steht für Untaten einer bis dahin unbekannten Dimension. Alles, was ich hier fühle, fügt sich zu dem Wort ‚Mahnung' zusammen." Wer immer die Idee einer gerechteren, friedlicheren Zukunft, die Vision eines wahrhaft menschenwürdigen Lebens im Herzen trage, der müsse seinen Appell aufnehmen, sich über alles Trennende hinweg der gemeinsamen Werte bewußt zu bleiben, aus denen jegliche menschliche Zivilisation erwachse. Nirgendwo dürfe man sich mit Zuständen abfinden, die jemals an irgendeinem Ort ein neues Auschwitz möglich machen könnten – die Erfahrung kenne da keine nationalen oder territorialen Einschränkungen. Und vor den vielen Gedenksteinen, die in vielen Sprachen der Welt, nicht in der deutschen, dem Besucher die Mitteilung machen, daß er auf dem Boden steht, wo vier Millionen Menschen gequält und umgebracht wurden, spricht die Nummer 104412 ein Gebet in Hebräisch.

Über 800 000 Besucher sind im abgelaufenen Jahr dem „Sightseeing"-Wegweiser von Auschwitz gefolgt, mindestens 100 000 davon aus dem Ausland. Die Stadt Oświecim, die unter deutscher Besatzung Auschwitz hieß, hat inzwischen 40 000 Einwohner. Sie arbeiten zum großen Teil in den Fabriken der chemischen Industrie, die damals für die Zwangsarbeiter aus den KZ-Lagern rings umher gebaut wurden. Dicht neben einem solchen Komplex liegt die neue Internationale Jugend-Begegnungsstätte der Aktion Sühnezeichen, die in ihrem jetzigen Ausbaustadium 4,2 Millionen Mark gekostet hat und die im Beisein einer Bonner Delegation unter Leitung von Bundesjugendministerin Frau Rita Süssmuth (CDU) eingeweiht wurde. Die Hürden auf dem Weg der Verwirklichung dieser Idee von 1971 waren bei diesem deutsch-polnischen Fest kein Thema mehr.

Zwei Jahre hatte es gedauert, bis die Polen zu dem Plan 1973 schließlich „ja" sagten. Zwei weitere Jahre gingen ins Land, bis man einen Vertrag schloß. Er sah schon die heutige Konstruktion vor, daß unter einem polnischen Direktor in dem bis zum letzten Wasserhahn aus Deutschland importierten Fertigbau-Komplex für vorerst jeweils rund 70 Bewohner zwei Studienleiter tätig sein werden, von denen einer Pole, der andere Deutscher ist.

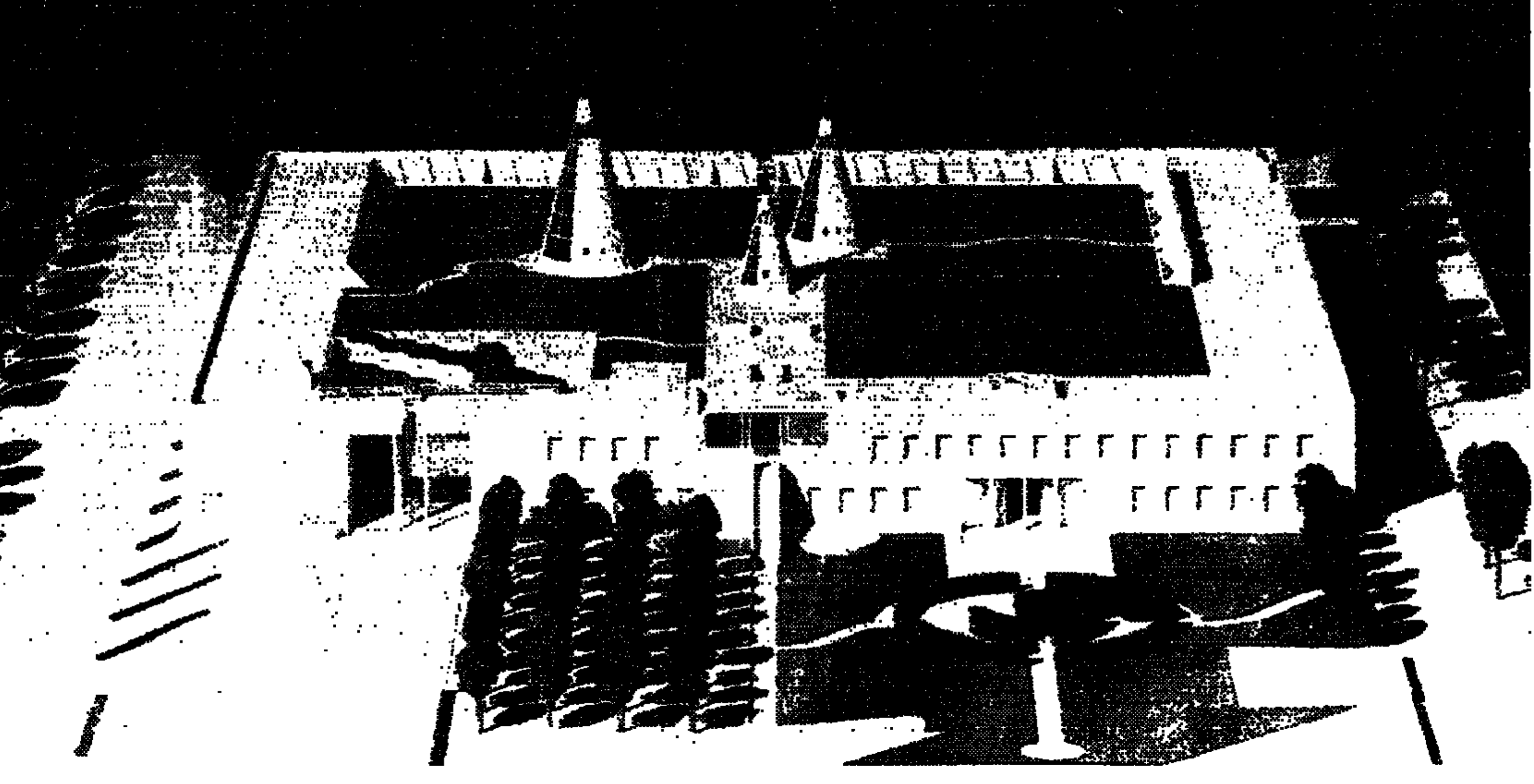
Unter der Regierung Brandt/Scheel stand schließlich 1976/77 kein Geld mehr für die Auschwitz-Begegnungsstätte zur Verfügung. Nach der Erinnerung der Initiatoren von der Aktion Sühnezeichen kam damals das Wort vom „Banne der Vergangenheit" auf, in dessen Zeichen ein solches Haus vielleicht gar nicht ratsam sei. Neue Impulse brachte dann der Evangelische Kirchentag 1977 in Nürnberg, auf dem der ehemalige Bundesaußenminister Gerhard Schröder (CDU) zu den Unterzeichnern eines Spendenaufrufs für die Internationale Jugend-Begegnungsstätte Auschwitz gehörte.

1981 endlich konnte im Beisein von Hans-Jochen Vogel (SPD) der Grundstein gelegt werden, nachdem der deutsche Architekt Helmut Morlock sich bereit erklärt hatte, zum Nulltarif in Oświecim tätig zu werden. Die Turbulenzen um die polnische Gewerkschaft Solidarność und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen machten erneut alle Planungen zunichte.

Als man wieder neu ansetzte, zeigte sich nicht recht zu fassender Widerstand, weil das Bild vom uneinsichtigen, revisionistischen Deutschen durch das neue Zentrum einen Sprung bekommen kann. Nicht zuletzt aber lehnte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher Auschwitz als Standort für den Komplex ab.

„Den mühsamen Prozeß der deutsch-polnischen Versöhnung voranbringen", wie Frau Süssmuth in ihrer Rede sagte, wird die Begegnungsstätte schon von Anfang an. Gebaut wurde sie in Zusammenarbeit mit dem polnischen Verband ehemaliger Widerstandskämpfer. Warschau entsandte zur Einweihung – am 16. Jahrestag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages von 1970 – unter anderem den Vize-Präsidenten des Parlaments, Rakowski, den Vize-Außenminister Olechowski und Jugendminister Kwasniewski, einen kommandierenden General.

Bundespräsident Richard von Weizsäckers Grußworte zu dem Ereignis von Oświecim lösten bei ihrer Verlesung bei den Polen den größten Beifall aus. Er sagte über Auschwitz: „Hoffnung wird nirgendwo tiefer empfunden als hier."





Der Wiener Architekt Professor Gustav Peichl gewann den Architekten-Wettbewerb für den Bau der neuen Bundeskunsthalle in Bonn. Die Halle soll ein Forum werden für den Dialog zwischen Kultur und Politik, für die verschiedenartigen Kulturen der Welt und für kulturelle Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Eigene Sammlungen oder Dokumentationsbestände sind nicht vorgesehen.

Elf Säulen symbolisieren die Vielfalt der Kultur

Es wird noch einige Jahre dauern, bis sie dem Besucher den geistigen und kulturellen Reichtum der Bundesrepublik Deutschland zeigen kann. Doch wie sie aussehen soll, die neue Bundeskunsthalle in Bonn, das wurde gestern in Bonn gezeigt.

Von DANKWART GURATZSCH

Zum erstenmal wird sich die Bundesrepublik Deutschland einen Kulturbau, ein Repräsentationsbauwerk, in der Bundeshauptstadt leisten. 1989, im Jahr des 40jährigen Bestehens des deutschen Teilstaates und im Jahr des 2000. Geburtstages der Stadt Bonn, soll der Grundstein gelegt werden.

Freilich ist schon der Name umstritten. Die Kulturhoheit liegt bei den Ländern. „Bundeskunst" gibt es offiziell nicht. Offizieller Titel des Hauses ist deshalb schlicht: „Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn".

Den Ersten Preis trug der Österreicher Gustav Peichl (58) davon. Schon im ersten Durchgang war sein Entwurf favorisiert worden. Trotzdem wollte die Bundesregierung noch keinen Auftrag vergeben. Sie schickte statt dessen im Sommer die drei ersten Preisträger – neben Peichl den Dortmunder Josef Paul Kleihues und die Hamburger Architektengemeinschaft von Gerkan, Marg und Partner – nochmals zur Überarbeitung ihrer Entwürfe an die Zeichentische zurück. Nun ist Peichl endgültig als Triumphator durchs Ziel gegangen.

Die Entscheidung schmeckte vor allem den Hamburgern schlecht. Mit Sonderkurieren versandten sie, als schon alles entschieden war, noch einmal Fotos von ihrem Entwurf und erklärten dazu: „Die Kunsthalle hat zwar primär eine bauliche Hülle für Kunst zu sein; sie hat aber zugleich Signalwirkung für die Standortbestimmung der Architektur in der Bundesrepublik Deutschland." Auch wenn sich die Architekten „als betroffene und unterlegene Wettbewerbsteilnehmer ... eines kritischen Kommentars enthalten" wollten, wurde mit dieser Glossierung doch mindestens unterschwellig die Meinung mitgeliefert, daß der Wiener mit seinem Bau gerade diesem Anspruch nicht gerecht würde.

Dennoch: Die Entscheidung ist in der Jury – wie intern zu hören war – mit der breiten Mehrheit von 11:4 Stimmen gefallen. Sie ist unumkehrbar. Die Bundesregierung ist entschlossen, diesen und keinen anderen Entwurf nun auch zu verwirklichen.

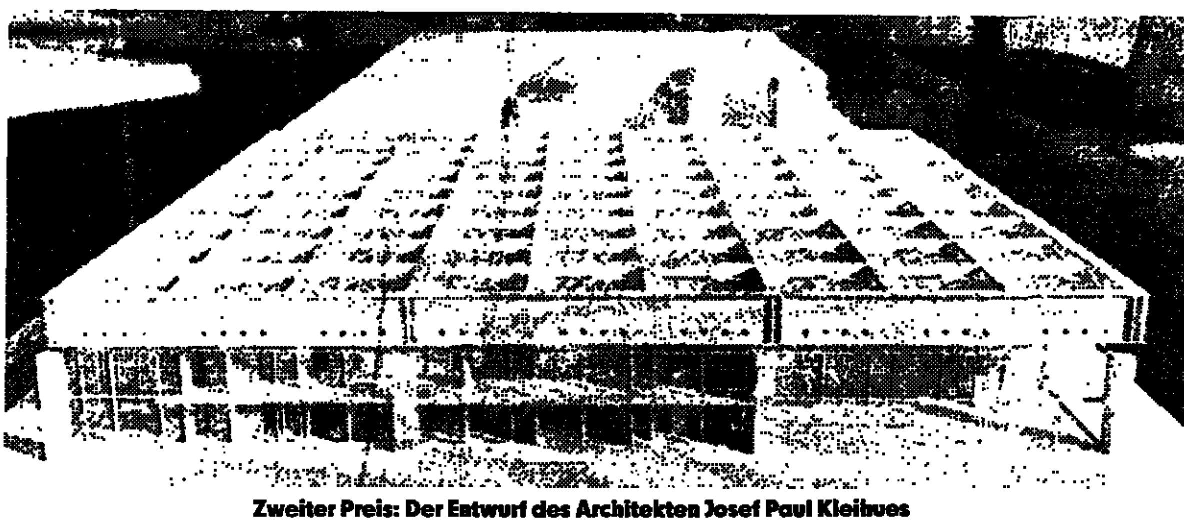
Bundesbauminister Oskar Schneider zur WELT: „Vier Forderungen sind erfüllt: Der Bau wird seiner Funktion gerecht, die Konstruktion korrespondiert mit der Funktion, die äußere Erscheinungsform ist ansprechend und die städtebauliche Zuordnung stimmig." Ein wenig enthusiastischer der Bonner Oberbürgermeister Daniels: „Peichl hat jeden Knalleffekt vermieden. Er verbindet Bescheidenheit mit Würde und schlägt einen Bau vor, der ein harmonisches Ganzes mit dem entstehenden Städtischen Kunstmuseum bildet."

Der also gefeierte Baukörper präsentiert sich als zweistöckiger, quadratischer Kasten mit glatter Fassade und hineingelochten Fenstern. Er wird von drei Spitztürmen überragt, die aus seiner Mitte herauswachsen und mit ihrem aufgeschlitzten Kupfermantel und ihren goldenen Spitzen eine exotische Mischung von Pagode und Nomadenzelt bilden. Peichl selbst will durch das Chrysler-Building in New York zu diesen „Leuchttürmen der Kultur", wie er sie nennt, inspiriert worden sein. Und er unterstreicht, er habe sie, wie den ganzen Bau, allein aus der Funktion entwickelt: Durch einen nach Norden in sie eingespannten Glasvorhang empfangen die inneren Ausstellungsräume, sonst nur durch einen Kranz von Scheds erhellt, zusätzliches Licht.

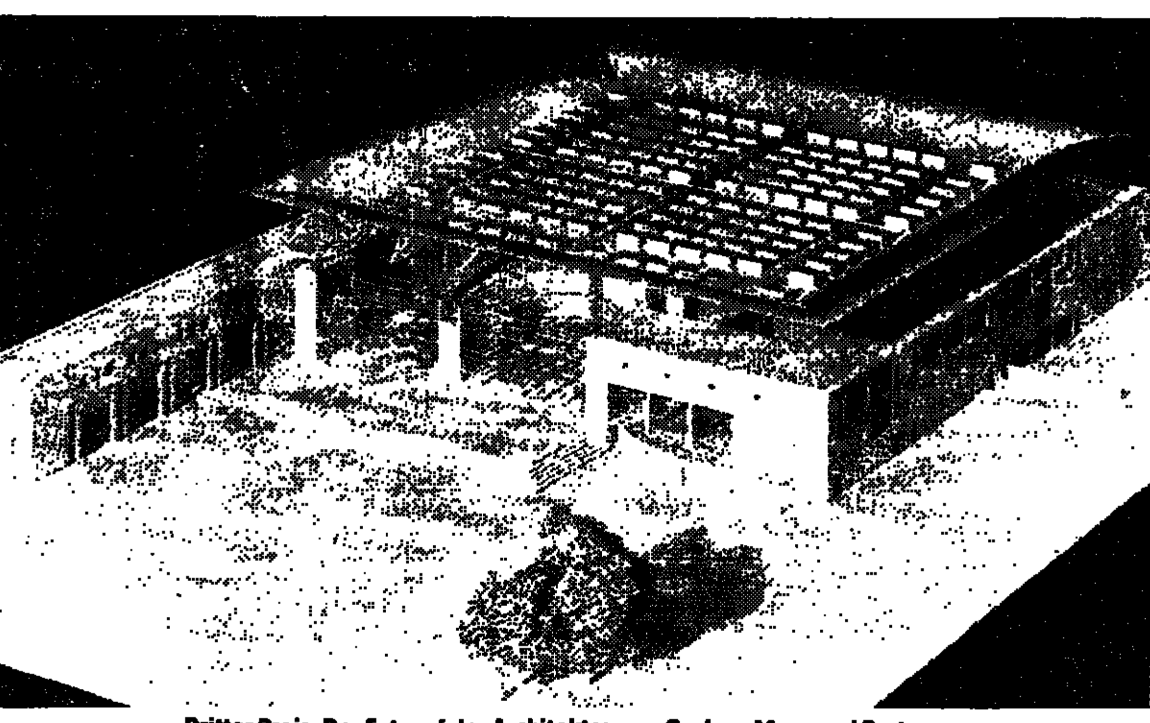
Aber auch ohne diese maßvoll-exzentrische Note hebt sich Peichl mit seinem Entwurf von den beiden übriggebliebenen Konkurrenten durch ein zurückhaltendes Spiel mit Würdeformen ab: Der Bauplatz liegt direkt neben dem Hochhausturm des Steigenberger-Hotels, schräg gegenüber dem Bundeskanzleramt. Aus dieser Konfrontation mit dem Parlamentsbezirk ergab sich eine besondere Herausforderung für die Architekten. Ursprünglich war an eine Mauer gedacht, die den Kunstbezirk gegen die Sphäre der Politik wie auch gegen den Straßenlärm der B 9 abschirmen und zum „kontemplativen", also der Einkehr gewidmeten Raum, erheben sollte. Peichl nun begnügte sich nicht damit, diese Mauer entsprechend den Wünschen der Auslober zu durchbrechen oder aufzulösen – er wandelte sie in elf hochaufragende Obelisken um, die jeder für sich eines der Bundesländer repräsentieren und von diesen auch gestaltet werden sollen.

Vielfältig sind die Ideen des Wieners für die Gestaltung des Vorplatzes, der die Verbindung zum geplanten Städtischen Kunstmuseum der Berliner Architekten Bangert, Janssen, Scholz und Schultes herstellt. Hier ist an einen Hain sowie an einen Skulpturengarten in der Form eines „Labyrinthes" gedacht, der seinerseits, über eine als Rampe ausgebildete Steintreppe, bis auf das Dach der neuen Kunsthalle hinaufgezogen wird.

Am deutlichsten jedoch hebt sich der Entwurf von der Konkurrenz durch seine Innenraumgestaltung ab. Hatten Kleihues und v. Gerkan/Marg mit der Vision einer weiten, hohen, lichten Halle mindestens konzeptionell offensichtlich das Vorbild der Nationalgalerie Mies van der Rohes in Berlin vor Augen, so splittet der Wiener den Innenraum in eine Vielzahl von Einzelräumen, die untereinander zwar verbunden sind, aber auch einzeln abgetrennt werden können. Mit unterschiedlichen Raumhöhen, Balustraden, Galerien, Balkonen, mit Kojen, Saalfluchten, einer „Agora" für Veranstaltungen und einer Mischung der verschiedensten Arten von Licht entsteht eine äußerst phantasievolle Raumlandschaft, die bis zu fünf Ausstellungen gleichzeitig gestattet. Da der Wiener auch noch den preiswertesten Entwurf anbietet (er soll um 100 Millionen Mark kosten), ließ er der Jury kaum noch eine andere Wahl. Nun soll er sein – übrigens erstes – Museum bauen. Sein Kommentar: „Ich fühle mich ein bißchen geehrt und bin sehr stolz."



Zweiter Preis: Der Entwurf des Architekten Josef Paul Kleihues



Dritter Preis: Der Entwurf der Architekten von Gerkan, Marg und Partner

FOTOS: H. G. OED

1025 Namen von politischen Häftlingen

dpa, Bonn

Der Bundesregierung sind die Namen von 1025 politischen Häftlingen in der „DDR" bekannt. Das teilte die Regierung dem SPD-Abgeordneten Jürgen Schmude gestern mit. Schmude hatte wissen wollen, mit welchem Wissensstand Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede von Tausenden politischen Gefangenen in der „DDR" habe sprechen können.

Das Innerdeutsche Ministerium hatte dem SPD-Politiker die Zahl von 1025 genannt, jedoch hinzugefügt, daß nach vorliegenden Erkenntnissen die Gesamtzahl weit höher sei. Sie lasse sich jedoch aufgrund der *Gegebenheiten nicht ermitteln. Auf* Schmudes Frage, ob und wann der Bundeskanzler schon einmal auf die von ihm genannte Größenordnung aufmerksam gemacht habe, lautete die Antwort, die Bundesregierung habe mehrfach deutlich gemacht, „daß es in der DDR eine große Zahl politischer Häftlinge gibt".

NH-Südwest an Hessen verkauft

rtr, Wiesbaden

Der Verkauf der Regionalgesellschaft Südwest des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat an das Land Hessen ist perfekt. Ein Sprecher des hessischen Finanzministeriums erklärte, das Land werde für die 30 000 Wohnungen in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland einen Kaufpreis von 259,7 Millionen Mark zahlen. Der Kaufvertrag solle morgen unterzeichnet werden. Das Land Hessen hatte unabhängig vom vorübergehenden Verkauf des Mutterkonzerns an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser an seiner Kaufabsicht festgehalten, um die Sozialbindung der Wohnungen zu erhalten.

„Dohnanyi regiert, als hätte es das Votum vom 9. November nie gegeben"

Hamburger CDU spricht von Verhöhnung des Wählers / „Dringlichkeitsprogramm"

UWE BAHNSEN, Hamburg

Die Hamburger CDU bläst zum politischen Sturm auf das nach der Wahlniederlage des 9. November ins Wanken geratene sozialdemokratische Regierungslager in der Hansestadt. Vor der ersten Arbeitssitzung der neuen Bürgerschaft, zu der sich die 120 Abgeordneten morgen im Plenarsaal des Rathauses versammeln werden, hat CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau die SPD-Führung massiv attackiert.

Klausurtagung

Nach einer Klausurtagung des Fraktionsvorstandes, an der auch der Landesvorsitzende Jürgen Echternach teilnahm, erklärte Perschau, die Wähler hätten der SPD am 9. November durch den Entzug der absoluten Mehrheit „ein eindeutiges Mißtrauensvotum" ausgesprochen. Jedoch weigere die bisherige Regierungspartei sich beharrlich, „dieses Ergeb*nis zu respektieren und zu akzeptie*ren". Die SPD und der von ihr bislang getragene Senat „stützen sich in ihrer Machtausübung nach wie vor auf das Wählervotum vom 19. Dezember 1982, das durch die Wahl vom 9. November 1986 und ein neues Wählervotum jedoch erledigt ist". Die SPD-Führung verhalte sich so, „als ob dieser Tag und diese Wahl überhaupt nicht stattgefunden hätten." Dies sei ein „nicht mehr überbietbares Maß an Arroganz und Verhöhnung des Wählers". Eine Koalition mit dem Wahlgewinner, der CDU, werde von den Sozialdemokraten „ohne Begründung und ohne Grund abgelehnt. Statt dessen erwartet die SPD, daß die stärkste Fraktion ihr ein weiteres Amtieren erlaubt. Das ist unredlich, unehrlich und unsittlich." Die Ablehnung einer Großen Koalition sei gleichbedeutend mit politischer Instabilität als Folge eines Minderheitssenats. Durch einen solchen Zustand werde die Hansestadt schwer geschädigt. Scharfe Kritik übte der CDU-Fraktionschef in diesem Zusammenhang an dem von Bürgermeister von Dohnanyi angekündigten „Arbeitsprogramm" für die Bürgerschaft, das der Regierungschef gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Henning Voscherau und dem SPD-Landesvorsitzenden Ortwin Runde zusammenstellen und im Januar der Öffentlichkeit und dem Landesparlament präsentieren will. Perschau: „Anschließend erwarten die Sozialdemokraten, daß die anderen politischen Kräfte diesem Programm zustimmen. Schon wieder erhebt also die SPD einen Anspruch auf totale Dominanz". Die CDU werde die Art und Weise, in der die Sozialdemokraten den Konsequenzen des 9. November auszuweichen suchten, „als einen Skandal mit allen Mitteln offenlegen und anprangern".

Der parlamentarische Teil der politischen CDU-Offensive soll nach den Worten Perschaus in zahlreichen Anträgen zu zentralen Problemfeldern Hamburgs bestehen, die die Christdemokraten in den nächsten Wochen und Monaten in der Bürgerschaft einbringen wollen: „Hamburg kann eine politische Lähmung und einen politischen Stillstand in dieser schwierigen Zeit nicht verkraften. Es muß gehandelt werden". Dieses „Dringlichkeitsprogramm" erstreckt sich unter anderem auf energische Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft, die Verzahnung des Bildungs- und Beschäftigungssystems, die Sanierung der Staatsfinanzen, den Ausbau der Inneren Sicherheit und ein vielfältigeres Kulturangebot.

Im einzelnen will die CDU vor allem die Anwerbung von Unternehmen und zugleich die öffentlichen Investitionen verstärken, um so die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort *Hamburg zu verbes*sern. Dazu gehören ferner Maßnahmen für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit des Hafens und ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (zum Beispiel durch den Bau der vierten Elbtunnelröhre).

Pläne für die Wirtschaft

Großen Nachdruck lege die CDU, so Perschau, auf einen Ausbau der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und ein ausgeweitetes Flächenangebot für Industrie- und Gewerbebetriebe.

Das *Arbeitskräftepotential* der Hansestadt wollen die Christdemokraten durch verbesserte natur- und ingenieurwissenschaftliche Ausbildungsgänge, eine Verstärkung der Facharbeiterausbildung und eine berufliche Qualifizierung der Erwerbslosen intensiver als bisher auf den Bedarf der Wirtschaft vorbereiten.

Eine Frau bricht für Brummis eine Lanze

MICHAEL JACH, Everinghausen

Hoher Konkurrenz- und Termindruck im Straßengüterverkehr, Wettbewerbsverzerrungen vor allem durch osteuropäische Billig-Transporteure und die Aussicht auf zusätzlich verschärfte ausländische Konkurrenz bei Verwirklichung der EG-Binnenmarktordnung in fünf Jahren erzeugen wachsenden Unmut unter den deutschen Fernfahrern. Die Kapitäne der Landstraße sehen sich als „letztes Glied in der Kette" nahezu ausweglos eingezwängt zwischen dem „knochenharten Überlebensgesetz" ihres Gewerbes – einschließlich der Folgen für *Arbeitsplatzsicherheit, Gesundheits*gefährdung, Freizeitverzicht – und den strikten Gesetzesvorschriften zur Sicherheit im Straßenverkehr.

„Bei aller Liebe gerade zu unserem Beruf – wenn dieser Druck unerträglich wird, dann gibt's plötzlich mal kein frisches Gemüse und keine Autoersatzteile, weil wir den Zündschlüssel abziehen." Fernfahrer Wilfried Schröder *(32) aus Rotenburg/* Wümme, Sprecher eines losen Zusammenschlusses von „Brummi-Fahrern" aus dem nordwestdeutschen Raum, sagt es ohne Drohton, vielmehr um Verständnis werbend.

Ähnlich dächten, das wisse er von den Autobahnparkplätzen und Rast*höfen, die 500 000 Kollegen* überall im Bundesgebiet. Meist noch länger als die tariflich erlaubten 56 Stunden in der Woche „auf dem Bock", immer die Uhr im Nacken und die Angst vor der nächsten *Lenkzeit*kontrolle der Polizei, vielleicht am Wochenende einen Tag bei der Familie, das sei das Leben derer, „die doch mit der Güterversorgung die ganze Wirtschaft in Gang halten". Zum Beispiel, verdeutlicht Kollege Günter Frank (43), auf Polen-Tour: 1600 Kilometer in 21 Stunden nonstop. „Sonst macht das eben ein anderer."

400 Fahrer jährlich bezahlten dafür mit dem Leben, 800 weitere mit *Berufsunfähigkeit nach schweren* Unfällen. Schröder: „Das müßte nicht sein, aber die Politik geht über uns hinweg, wir haben keine Lobby." Von „ihrer" Gewerkschaft ÖTV seien die meisten auch enttäuscht, „die kämpfen woanders für die 35-Stunden-Woche."

Keine Lobby? Die CDU-Bundestagsabgeordnete Ingeborg Hoffmann, Inhaberin der Autobahnraststätte Grundbergsee an der A 1 östlich von Bremen, hat sich der Sorgen der „Brummis" angenommen. Am 2. Advent abends, bei Kerzenschein, Lebkuchen und Bratwürsten, bringt sie Schröders Kollegengruppe mit Journalisten zusammen.

Das Durchgangsland Bundesrepublik, meint Frau Hoffmann, könne um des Gewerbes und der Fahrer willen ohne ein Minimum an Schutzvorkehrungen gegen schrankenlose Auslandskonkurrenz kaum auskommen. Wenigstens die Sicherheitsauflagen, Ursache mancher Wettbewerbsverzerrung, müßten in der EG und bei Ostblock-Lastzügen einheitlich durchgesetzt werden.

Schlag acht Uhr abends muß „Brummi"-Sprecher Schröder aufbrechen. In zwei Stunden startet er mit der Sattelzugmaschine nach Travemünde, vom Skandinavienkai einen Auflieger abholen. Das Frachtziel ist Straßburg – montag früh um zehn. Ohne Pause? „Wie denn sonst?"

„Wackersdorf liegt voll im Terminplan"

PETER SCHMALZ, München

Am Donnerstag jährt sich zum ersten Mal der Tag, an dem unter starker Polizeibewachung Fälltrupps in den Taxöldener Forst bei Wackersdorf zogen und für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Schneisen in den Nadelwald sägten. Mittlerweile ist die benötigte Fläche von 100 Hektar gefällt, zehn Hektar Wald konnten innerhalb des 4,8 Kilometer langen Zaunes stehen bleiben. Und Walter Weinländer von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) konnte gestern – auf die zum Teil bürgerkriegsähnlichen Proteste anspielend – erleichtert feststellen, „daß trotz widriger Umstände die Arbeiten zügig vorangehen und die Baustelle voll im Terminplan liegt".

Das rechtliche Fundament bekam die Anlage, die jährlich 350 Tonnen ausgedienter Brennelemente aufarbeiten kann, am 27. September vergangenen Jahres mit der ersten atomrechtlichen Teilgenehmigung. 86 Tage später, am 11. Dezember, folgte der Baubeginn. Inzwischen sind die Fäll- und Rodungsarbeiten abgeschlossen, mit 1,2 Millionen Kubikmetern Erdreich wurden 60 Prozent der Erdarbeiten ausgeführt, die zum Höhenausgleich des geneigten Geländes notwendig sind. Auch der grüne Zaun aus dicken Spezialstahl-Rohren ist vollendet. Ein großräumiger Sicherheitsstreifen *schützt das Gelände* vor überraschenden Attacken, ein Trockengraben vor dem Zaun, für den 80 000 Kubikmeter ausgehoben wurden, wird in den nächsten Tagen fertiggestellt.

Im kommenden Jahr beginnt der Bau des Brennelemente-Eingangslagers, der Anlagenwache, der Zentralwerkstatt und des Modulteststandes. Die zweite Teilgenehmigung, die mit dem Hauptprozeßgebäude auch das Herzstück der Anlage umfaßt, wurde bereits Ende Oktober beantragt und soll nach Vorstellungen der Bauherrin 1988 erteilt werden, um die Betriebsaufnahme wie geplant 1996 zu gewährleisten.

Die Baukosten wurden bisher „laut Preisstand 1985" mit 5,5 Milliarden Mark angegeben, die DWK bezeichnet inzwischen jedoch Meldungen als korrekt, die von insgesamt 6,4 Milliarden sprechen. Die Bausumme von 5,5 Milliarden sei zwar weiterhin gültig, darin seien aber nicht die 900 Millionen Mark enthalten, die von der DWK zu tragen sind und die sich zusammensetzen aus Steuern, Zinsen, Gebühren für die Genehmigungsverfahren und Kosten für ein Hauptverwaltungsgebäude. Der Gesamtbetrag von 6,4 Milliarden Mark ist auch in dem Antrag enthalten, mit dem die DWK um eine Investitionszulage für Projekte in strukturschwachen Regionen nachsucht.

Als beachtlich wird der regionale Arbeitseffekt bezeichnet: Ein Auftragsvolumen von 86 Millionen Mark wurde bereits an bayerische Firmen vergeben, wobei mit 44 Millionen Mark über die Hälfte auf den Landkreis Schwandorf fiel. Auf der Baustelle sind zur Zeit knapp 250 Arbeiter beschäftigt, die Wackersdorfer DWK-Belegschaft wird mit 350 ange*geben. Darunter ist auch eine Lehr*werkstatt mit 40 Lehrlingen und vier Ausbildern. Bei vollem Betrieb wird die WAA rund 1600 Mitarbeiter beschäftigen.

Wenn in der „DDR" ein Kran umkippt

SED-Führung besorgt über volkswirtschaftliche Schäden durch Fahrlässigkeit und Betrug

DIETER DOSE, Berlin

Gorbatschow läßt grüßen. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU im März 1986 hatte der sowjetische Parteichef ungewohnt offen auf den Putz gehauen: Schlamperei, schlechte Arbeitsmoral, Bürokratismus, Faulheit und Raffgier prangerte er in Industrie und Landwirtschaft an.

„Havarien und Brände"

In moderateren Tönen zwar noch, aber unüberhörbar schlägt die „DDR"-Führung nun in dieselbe Kerbe. Auf einer Sitzung des SED-Zentralkomitees hat Erich Honecker die volkseigene Industrie zu mehr „Disziplin" aufgerufen und appelliert, die „Auflagen des Fünfjahresplanes" zu erfüllen.

Noch deutlicher wurde sein Adlatus, Politbüromitglied Hermann Axen. „In der Berichtsperiode", verkündete er den „Genossinnen und Genossen", seien in verschiedenen Betrieben „Havarien und Brände" mit „beträchtlichem volkswirtschaftlichen Schaden aufgetreten". So hätte allein der Wiederaufbau der Anlage zur Herstellung von Kautschuk im Buna-Werk Schkopau (Bezirk Halle) über 200 Millionen Mark gekostet. Sie war abgebrannt.

„In den meisten Fällen besteht die Ursache darin, daß durch unsachgemäße Arbeit, Verletzung von Bedienvorschriften und des Betriebsregimes Fehlhandlungen ausgelöst wurden", wurde Axen vor den 222 ZK-Mitgliedern nicht ganz so deutlich wie Gorbatschow auf dem KPdSU-Parteitag.

Dafür sind in den „DDR"-Medien in den vergangenen Monaten sehr häufig Mißstände in ungewohnter Offenheit kritisiert worden. Die Frauen*zeitschrift* „Für Dich" *schilderte* kürzlich einen Fall aus dem Bezirk Magdeburg. Dort sei durch „eine ganze Reihe von Pflichtverletzungen" ein Baukran umgestürzt – Schaden rund 100 000 Mark. Der Kranführer und sein Vorgesetzter wurden zu Gefängnisstrafen mit Bewährung und Wiedergutmachung des Schadens verurteilt.

Vier Millionen Mark Schaden und zwei Tote waren die Folgen einer Brandstiftung im Juni in einer Leipziger Wollkämmerei. Ein 23jähriger, der sich über Kollegen geärgert hatte, legte den Brand in der Nachtschicht. Er erhielt eine zwölfjährige Haftstrafe.

Verurteilungen von 15 Kraftfahrern des volkseigenen „Kraftverkehr Halle", weil sie Industriewaren und Konsumgüter im Wert von 125 000 Mark gestohlen hatten, ein anderer Fall. Durch „tote Seelen" in der Lohnabrechnung besserte ein die EDV-Anlage bedienender Reichsbahner sein Einkommen um 31 000 Mark auf. Dreieinhalb Jahre Gefängnis für einen Magdeburger Arzt, der Patienten „erfand" und deren Behandlung (insgesamt 55 000 Mark) bei der Sozialversicherung abrechnete.

„Maßnahmen gegen Diebstahl und Betrug", forderte der stellvertretende Schweriner Oberbürgermeister Wolfgang Heydrich öffentlich. Beispiel: Im Zeiss-Werk Jena sind erhebliche Mengen für den Export bestimmter Ferngläser verschwunden und privat verhökert worden.

Die Monatszeitschrift „Der Schöffe" berichtet in der Novemberausgabe, daß der Betriebsleiter und „weitere Leitungskader" eines volkseigenen Betriebes disziplinarisch und materiell zur Verantwortung gezogen worden seien: „Sie hatten die Rechtspflichten zum Schutz des Volkseigentums verletzt. Dadurch war die Begehung von strafbaren Handlungen durch andere ermöglicht und erleichtert worden." Den Hinweisen von Bürgern „auf Anhaltspunkte für Rechtsverletzungen wird von der Staatsanwaltschaft in jedem Falle gewissenhaft nachgegangen", ermuntert die Zeitschrift des Justizministeriums die Bürger zur Unterstützung der Staatsorgane.

Alkoholkontrollen

Weil Unfälle, Fahrlässigkeit und Produktionsausfälle in den Betrieben häufig die Folge von Alkoholgenuß sind, werden in zahlreichen „DDR"-Betrieben seit einiger Zeit Alkoholkontrollen vorgenommen. Stichprobenartig müssen während der Arbeitszeit Belegschaftsmitglieder wie Autofahrer bei der Verkehrskontrolle ins Röhrchen pusten ...

Moderator in der SPD

Den Zweifelnden kann Eppler nicht in sich verbergen

PETER PHILIPPS, Bonn

Altersweisheit – nein, sie kann man Erhard Eppler auch zu seinem heutigen 60. Geburtstag nicht attestieren. Daran ändert die Tatsache nichts, daß der vom Pietismus geprägte Sozialist, den Herbert Wehner gallig „Pietcong" titulierte, inzwischen zum Guru einer sozialdemokratischen Enkel-Generation geworden ist. Mehrheitsfähig in der Bevölkerung ist der gelernte schwäbische Schulmeister nie gewesen, auf Parteitagen aber allemal.



Wird 60: Erhard Eppler
FOTO: DIE WELT

Wer dem seit einigen Jahren Bärtigen zuhört, erkennt hinter manch fanatisierendem Satz auch immer wieder den Zweifelnden, den Suchenden, mehrfach Gehäuteten, den asketischen Pessimisten.

Wer dabei war, dem ist noch seine demagogische Glanzleistung auf dem Kölner „Raketenparteitag" in Erinnerung, als der scheinbar geborene Verlierer Eppler endgültig über den scheinbar geborenen Sieger Helmut Schmidt triumphierte: „Für den Kampf auf dem Berge Harmagedon steht die SPD nicht zur Verfügung", schleuderte er der jubelnden Versammlung in Köln im November 1983 entgegen.

Der politische Lebensweg Epplers – das war lange Zeit der Dualismus mit Helmut Schmidt, das waren viele persönliche Niederlagen und viele zerplatzte Illusionen, die sich in das zumeist griesgrämig wirkende Gesicht eingegraben haben.

Und wie steht es mit Eppler heute? Willy Brandt, der über all die Jahre hinweg seine schützende Hand über ihn gehalten hat, lobt Eppler ob seiner weitsichtigen Ausstiegs-Philosophie auf Parteitagen. Die Genossen jubeln ihm zu, er gehört zur engsten Führungsriege im Präsidium.

Erhard Eppler ist am Ende seines sechsten Dezeniums plötzlich zum Moderator in der SPD geworden: weniger, weil er sich, sondern vor allem, weil sich die Partei verändert hat.

Deutsche Welle sendet Wahlspots

dpa, Köln

Als erste Rundfunkanstalt hat gestern die Deutsche Welle mit der Ausstrahlung von Werbespots der Parteien zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 begonnen. Wie der Kölner Auslandssender mitteilte, lief am Morgen im deutschen Programm für die überseeischen Empfangsgebiete ein zweieinhalb Minuten dauernder Spot der SPD. Es war das erste Mal, daß auch die Deutsche Welle im Auftrag der Parteien Wahlwerbung sendete. *Nach Darstellung* des Kölner Senders hatten die im Bundestag vertretenen Parteien nach der Ausweitung des Wahlrechts auf im Ausland lebende deutsche Staatsangehörige – ihre Zahl wird auf eine halbe Million veranschlagt – auch bei der Deutschen Welle Sendezeiten beantragt.

Der Profit des Genossen Honecker

dpa, Saarbrücken

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker hat unversehens vom Kapitalismus im anderen Teil-Deutschlands profitiert: Die Aktie der ASKO *Deutsche Kaufhaus AG in* Saarbrücken, die Honecker im März 1984 vom saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (SPD) bei einem Besuch in der „DDR" als Gastgeschenk überreicht bekam, ist mittlerweile im Wert von damals 540 auf mehr als 4300 Mark gestiegen.

Um in den Genuß der Aktien-Wertsteigerung zu kommen, müßte Honecker die an dem Wertpapier hängenden Kupons an eine Bank in der Bundesrepublik einschicken oder sie persönlich eintauschen. Das Recht dazu bleibt immerhin 30 Jahre bestehen. Jetzt, so glossierte der Saarländische Rundfunk, wisse man endlich, „warum der Honecker immer in den Westen fahren will".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Locker plauderte von Ardenne über östliche Tabu-Themen

Von HANS-RÜDIGER KARUTZ

Moskau wäre nur auf Kosten eines besseren Lebensstandards in der UdSSR in der Lage, auf Ronald Reagans SDI-Programm zu antworten. Deutsche Atomspezialisten, von den Sowjets 1945 nach Osten gebracht, verkürzten den Bau der russischen A-Bombe um „ein, zwei Jahre". Die „DDR" muß Erfindungen und Produkte forcieren, die es noch nicht gibt und für die der „Weltmarkt offen" steht.

Mit diesen ungewöhnlichen Fakten, Beschreibungen oder Kommentaren wartete vor einigen Tagen einer der erfolgreichsten deutschen Forscher und Wissenschaftler, Professor Manfred von Ardenne (Dresden), bei einem Gespräch im Ostberliner Fernsehen auf. Unter dem Titel „Mehr geben als nehmen" zog Ardenne, Chef des wichtigsten „DDR"-Forschungsinstituts auf dem „Weißen Hirsch" am Elbufer, eine Bilanz seines Lebens. Der gebürtige Hamburger, Sproß einer großbürgerlichen Adelsfamilie, *begeht am 20.* Januar 1987 seinen 80. Geburtstag.

Mit seltener Offenheit, die das „DDR"-Publikum zu später Sonntagabendstunde möglicherweise nur zum Teil ermessen konnte, setzte sich Ardenne auf Fragen eines Ostberliner TV-Journalisten mit Tabu-Themen wie der deutschen Hilfe beim Bau der Atombombe unter Stalin, den Folgen des SDI-Programms für die UdSSR und dem Geheimnis seiner Dauererfolge auf mannigfachen wissenschaftlichen Gebieten auseinander.

Die WELT dokumentiert wichtige Teile, vielfach im Wortlaut:

SDI-Programm: Interessanterweise bestritt von Ardenne nicht den Verteidigungscharakter des SDI-Programms, bezweifelte jedoch entschieden seine Wirksamkeit. Wörtlich sagte er:

„Dieses SDI-Projekt, was unwahrscheinliche Kosten verursacht, weil alles ja in den Weltraum transportiert werden muß, das ist ja immer furchtbar teuer, dieses SDI-Projekt hat drei Phasen und hat das theoretische, *meiner Ansicht nach utopische* Ziel, daß ein nuklearer Angriff damit abgewehrt werden soll. Ich halte die Planung schon für utopisch, weil ich gewiß bin, daß beim Anflug – nicht einer Einzelrakete, da könnte es gehen – sondern von Raketenschwärmen und mehreren Raketenschwärmen, dieser sogenannte Verteidigungs-Vorhang durchlässig werden würde, um so durchlässiger, je mehr Raketen anfliegen."

Moskauer Gegen-Programm: Auf die Frage des Interviewers, ob die UdSSR die Möglichkeit besitze, auf SDI zu antworten, gab von Ardenne eine sehr *aufschlußreiche, differen*zierte Antwort, die zugleich die eigentlichen politischen Impulse und Motive von Gorbatschow erklärt:

„Wenn es um Fragen des Seins oder Nichtseins geht, das habe ich ja miterlebt 1945 bei der Atomwaffenentwicklung, dann hat die UdSSR außergewöhnliche Experten und außergewöhnliche Möglichkeiten bereit. Und es ist gar keine Frage, die SU hat ja auch eine Reihe Nobelpreisträger, daß dann die Gegenmaßnahmen gegen solche Entwicklungen auch in der SU relativ kurzfristig geschaffen und wissenschaftlich beherrscht werden."



Verantwortung als Prinzip: Manfred von Ardenne. Bereits 1930 arbeitete er an der Vorstufe der heutigen Fernsehröhre
FOTO: DIE WELT

Mit ausgesprochener Betonung fuhr von Ardenne dann aber fort: „Es ist aber natürlich so, das geht natürlich auf Kosten des Lebensstandards der Menschen in der SU. Es ist klar: Es ist ja nur begrenzte Kapazität, begrenztes Geld da. Wenn das eben in unproduktive Zwecke geleitet werden muß, dann fehlt das an den anderen Stellen." Weshalb Moskau des*halb ständig neue Abrüstungsinitia*tiven ergreift, führte von Ardenne – etwas indirekt formuliert – auf die dringende Notwendigkeit besserer Lebensverhältnisse zurück: „Auch aus diesem Grund ist es eigentlich klar erkennbar, daß die SU nur ein Interesse haben kann: Abrüstung und Frieden und eine friedliche Entwicklung auch eben im sozialistischen System, um den Bürgern dann dort einen hohen Lebensstandard geben zu können."

Deutsche ermöglichen A-Bombe: „Jetzt nach 40 Jahren kann man ja, darf man ja über diese Dinge sprechen." Mit diesem Satz leitete von Ardenne seine detaillierte Schilderung der entscheidenden wissenschaftlichen Vorarbeit deutscher Forscher für den Bau der Sowjet-A-Bombe ein. Ardenne berichtete: „Eines Tages kam einer unserer Begleiter zu uns: Ja, ich möchte also nach Moskau. Und ich kam dann hin in einen Besprechungsraum, und es waren dort die sowjetischen Kernphysiker Kurtatow, Fleurow und wer das alles war, am Tisch versammelt. Am anderen Ende saß der damals zweite Mann nach Stalin. Er eröffnete das Gespräch mit den Worten: ‚Wir möchten, daß Sie die sowjetische Atombombe bauen!'

Das war völlig unerwartet für mich. Ich hatte zehn Sekunden Zeit, nachzudenken und machte einen Gegenvorschlag: Es wäre doch eigentlich richtig, daß die sowjetischen Kernphysiker die große Tat für die eigene Heimat machen und die A-Bombe entwickeln und bauen, daß wir deutschen Spezialisten eigentlich die schwierigere Aufgabe übernehmen – der Entwicklung industrieller Isotopen-Trennverfahren für die Reindarstellung des Uran 235.

Da ging der Marschall raus mit den Herren und kam nach zehn Minuten zurück und sagte: ‚Ihr Vorschlag ist gut, wir machen das so.'" Die deutsche Vorarbeit habe dazu geführt, „die Aufgabe vielleicht ein, zwei Jahre schneller" gelöst zu haben.

Tschernobyl: Während die Ostberliner Medien entweder zu spät oder mit einem verharmlosenden Tenor über die Tschernobyl-Katastrophe berichteten, zog von Ardenne vor der Ostkamera eine nachdenkliche Bilanz: „Ich glaube, man muß aus den Unfällen – ‚Challenger'-Unfall und Tschernobyl-Unfall –, so tragisch sie gewesen sind, eine nützliche und entscheidende Folgerung ziehen: Man muß erkennen, daß auch Hochtechnologien Grenzen ihrer Sicherheitsmechanismen haben."

Es sei ein „Glück der Menschheit", daß beispielsweise bei den beiderseitigen Atomraketen (SS 23 und andere Modelle stehen in der „DDR", die Red.) bisher kein menschliches Versagen zum unbeabsichtigten Abschuß geführt habe.

Fehlende Spitzenleistungen: Ardenne ging auch auf die Frage ein, welche Maßstäbe er an technisch-wissenschaftliche *Spitzenleistungen* lege – ein Wort, das drüben hoch im Kurs steht, obschon oder weil es so gut wie keine „DDR"-Patente mit Durchbruch auf dem Weltmarkt gibt. Von Ardenne meinte dazu:

„Es ist notwendig, Welt-Spitzenleistungen zu schaffen, um dann auf dem Weltmarkt die Dinge abzusetzen und sich damit Devisen zu erschließen." Er erinnerte in diesem Zusammenhang an seine eigenen Erfindungen – zum Beispiel den Elektronenstrahl: „Da stand der ganze Weltmarkt offen, weil es die eben nicht gab."

Leistungswille und Verantwortung: Indirekt kritisierte von Ardenne die noch immer weit verbreitete Praxis der Übertragung von Verantwortung, den mangelnden Leistungswillen in der eigenen Gesellschaft: „Forscher vor gute Themen setzen, und denjenigen, die das Vertrauen verdienen, also auch hohen Leistungswillen haben, echt Vertrauen schenken, das heißt Verantwortung" – dies sei sein Prinzip.

Er verfahre ausschließlich so, ein Projekt von Anfang an von einem zuständigen Experten betreuen zu lassen: „Das hat einen riesigen Vorteil – der Betreffende kann nicht die Schuld auf andere schieben, wenn etwas nicht funktioniert. Er muß dann die Schuld immer bei sich selber suchen."

70 NS-Kriegsverbrecher in Australien versteckt?

Amtliche Untersuchung / Unruhe unter Minderheiten

JÜRGEN CORLEIS, Sydney

Das australische Kabinett befaßt sich gegenwärtig mit dem Ergebnis einer amtlichen Untersuchung, nach der NS-Kriegsverbrecher als Einwanderer in Australien Unterschlupf gefunden haben. Der mit der Untersuchung beauftragte Beamte des Justizministeriums, Andrew Menzies, hat der Regierung eine Liste mit den Namen von 70 Einwanderern vorgelegt, die unmittelbar an Kriegsverbrechen während der NS-Zeit beteiligt gewesen sein sollen. Es handelt sich fast ausschließlich um Balten, Weißrussen und Südosteuropäer, denen vorgeworfen wird, bei der Judenverfolgung oft brutaler vorgegangen zu sein als SS oder Gestapo.

Der in Canberra vorgelegte Untersuchungsbericht bestreitet eine vorsätzliche Nachlässigkeit der australischen Einwanderungsbehörden bei der Gewährung von Einwanderungsvisa. Der Menzies-Bericht erwähnt jedoch, daß ehemalige Agenten der britischen und amerikanischen Geheimdienste bis 1956 ohne Wissen der australischen Regierung einwandern konnten. Einige bekannte Kriegsverbrecher arbeiteten nach dem Kriege für westliche Geheimdienste.

Die Veröffentlichung der Dokumente dazu durch den liberal-konservativen Senator Peter Baume hatte im Juni dieses Jahres die amtliche Untersuchung ausgelöst. Andrew Menzies hatte keine Befugnis, die Beschuldigten zu verhören, dies muß den Gerichten überlassen bleiben. Es ist zu erwarten, daß die australische Regierung einen Gerichtshof einsetzen wird. Ein Anwalt, der im Auftrag des US-Justizministeriums über in den USA lebende Kriegsverbrecher ermittelte, erklärte, er sei angewiesen, dem Menzies-Ausschuß keine Auskünfte zu erteilen.

In den „ethnischen" Gruppen des Vielvölkerstaates Australien, besonders bei den Kroaten, Ukrainern und Esten, hat die Erwartung solcher Nachprüfungen Unruhe ausgelöst. Die Regierung muß sich bemühen, den Zwiespalt zwischen den Volksgruppen nicht zu vertiefen.

Das Simon-Wiesenthal-Centre in New York, das der australischen Regierung kürzlich eine eigene Namensliste von 40 NS-Kriegsverbrechern in Australien übergab, drängt auf rasche Verfolgung der Täter. Es hat angekündigt, daß es seine Namensliste veröffentlichen würde. (SAD)

Fahndungs-Panne im Mordfall Palme

dpa, Stockholm

Ein Revolver, der 36 Stunden nach dem Mord an Schwedens Ministerpräsident Olof Palme in der Nähe des Tatortes gefunden und der Polizei übergeben worden war, ist spurlos verschwunden. Das berichtete gestern die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter". Nach ihren Angaben hatten zwei Privatpersonen den Revolver am 2. März 1986 in einem Lichtschacht entdeckt und ihn einem Polizeibeamten, der sich am Mordplatz aufhielt, übergeben.

Kriminalkommissar Wincent Lange, Mitglied der Fahndungskommission, ist über den Waffenfund nicht informiert worden. Auch im Datenregister über Tips und Hinweise zum Palme-Mord ist kein Eintrag zu dem Fund enthalten.

Unterdessen wächst die Kritik an dem Leiter der Palme-Fahndungskommission, Hans Holmer. Unter Berufung auf einen in die Untersuchung des Mordfalles eingeschalteten Staatsanwalt schrieb „Dagens Nyheter", daß die Fahndungsleitung die Lage zu optimistisch einschätze.

Südpazifik bald atomfreie Zone

dpa, Canberra

Australien hat gestern die Weichen dafür gestellt, daß die südpazifische Region noch vor Ende dieses Jahres zu einer nuklearfreien Zone erklärt werden kann. Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Rarotonga durch Labor-Premierminister Robert Hawke liegen jetzt dem südpazifischen Büro für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Suva (Fidschi) die nötigen acht Ratifikationen vor, um das im August 1985 in Rarotonga (Cookinseln) beschlossene Abkommen über die atomfreie Zone im Südpazifik in Kraft zu setzen.

Das von Australien initiierte Abkommen verbietet in diesem Teil der Welt die Herstellung, Anschaffung, Installation und Tests von Kernwaffen und untersagt die Ablagerung von Atommüll in der südpazifischen Region. Der Vertrag überläßt es allerdings jedem Unterzeichnerland, selbst darüber zu entscheiden, ob es atomar angetriebene und mit Nuklearwaffen bestückte Kriegsschiffe, vor allem die der USA, seine Häfen anlaufen läßt oder nicht.

Höffner: „Die Kirche dieser Region blüht wieder auf"

W. THOMAS, San Salvador

Es war eine Reise voller Kontraste. Der deutsche Gast hat marxistische und christdemokratische Staatspräsidenten gesehen, vor dem Grab eines ermordeten Erzbischofs und vor Erdbebenruinen gebetet, Flüchtlingslager besucht, Messen zelebriert. „Ich kehre mit vielen Eindrücken zurück", sagte Joseph Kardinal Höffner der WELT.

Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz besuchte eine Woche lang die mittelamerikanische Krisenregion. Nicaragua, Costa Rica, El Salvador, Honduras, Guatemala und Mexiko standen auf dem Programm. Die Delegation, der auch Weihbischof Emil Stehle, der Geschäftsführer der Hilfsorganisation Adveniat, und Prälat Wilhelm Schätzler, Sekretär der Bischofskonferenz, angehörten, wird noch die Philippinen besuchen.

Der Kölner Kardinal, der am 24. Dezember in rüstiger Verfassung sein 80. Lebensjahr vollendet, kam in seiner Eigenschaft als Oberhaupt der Katholiken Deutschlands nach Mittelamerika, nicht als Emissär des Papstes. „Wir wollen die Verbindungen zu diesen kleineren Bischofskonferenzen intensivieren", erläutert Höffner, „ihnen helfen und ihnen den Rücken in ihrem Verhältnis zur jeweiligen Regierung stärken." Die deutschen Katholiken sind mit ihren Hilfswerken die am stärksten engagierte Kirche der Welt in diesem Erdteil. Zwei Männer mit gleichem Namen gehörten zu den ersten Gesprächspartnern des Kardinals: Bei der Zwischenlandung in Havana begegnete er dem Erzbischof der kubanischen Hauptstadt, Jaime Ortega. Die beiden Kirchenführer vereinbarten die Aufnahme engerer Kontakte. In Managua saß Höffner Comandante Daniel Ortega gegenüber.

Offen, aber freundlich

Diese aufsehenerregendste Unterredung der Reise ist von der nicaraguanischen Bischofskonferenz arrangiert worden. Sie fand im Erziehungsministerium des Priesters Fernando Cardenal statt, einem Jesuiten, der sich zur linken Volkskirche bekennt. Der Meinungsaustausch dauerte eineinviertel Stunden. Höffner nennt ihn „offen, aber freundlich". Sein Eindruck von dem nicaraguanischen Präsidenten, der seine olivgrüne Comandante-Uniform trug: „Ein emotionaler Mann." Er argumentiere „wirkungsvoll".

Der Kardinal äußerte die Sorgen der deutschen Katholiken über das spannungsgeladene Verhältnis zwischen Kirche und Staat im sandinistischen Nicaragua. Die Ausweisung von 14 ausländischen Priestern. Die Deportation des Bischofs Pablo Antonio Vega. Das Sendeverbot von „Radio Catolica", die Schließung und Konfiszierung der kirchlichen Druckerei. Diese Einrichtungen waren von Adveniat und Miserior finanziert. Solche Schritte hätten die „schlechte öffentliche Meinung" in Deutschland beeinflußt. Höffner erinnerte daran, daß auch die deutschen Katholiken gelegentlich Kritik üben an ihrer Regierung. Dennoch unterhielten Staat und Kirche ein gutes Verhältnis.

Spielregeln ungeklärt

Ortega antwortete, beide Seiten müßten erst einmal die „grundsätzlichen Spielregeln" klären. Dann könne man sich über „Einzelfragen" wie den Vega-Fall oder „Radio Catolica" unterhalten. Der Comandante bekannte sich selbst zum christlichen Glauben. Seine sieben Kinder hätten eine katholische Taufe erhalten. Seine Mutter besuche regelmäßig die Kirche. Er folge zwar weitgehend der marxistischen Lehre, nicht jedoch bei der Beurteilung des kirchlichen Einflusses. Für ihn sei die Religion nicht Opium des Volkes.

Die nächste Station, El Salvador, bot ebenfalls politische Brisanz. Höffner erwähnte bei seinen – von der salvadorianischen Bischofskonferenz – geplanten Gesprächen mit Präsident José Napoleon Duarte und Verteidigungsminister Carlos Eugenio Vides Casanova das Thema Menschenrechte. Sowohl Duarte als auch General Vides betonten, daß sich die Situation wesentlich verbessert habe. Duarte beklagte das „falsche Salvador-Bild im Ausland".

Joseph Kardinal Höffner hat diese Reise hoffnungsvoll beendet. Beeindruckt registrierte er die „tiefe Gläubigkeit dieser Menschen". Die Kirche habe an Einfluß gewonnen, weil sie sich stärker sozial engagiere. Sie könne einen wichtigen Beitrag leisten zur Lösung der sozialen Probleme der Region. Nach Ansicht des Kardinals ist die einst von tragischen Turbulenzen geschüttelte Kirche Mittelamerikas, die in El Salvador und Guatemala in den siebziger und achtziger Jahren 35 Priester durch gewaltsamen Tod verlor, heute gefestigter denn je. Höffner: „Die Kirche dieser Region befindet sich in einem großen Aufblühen."

Spaniens Rechte braucht den Generationswechsel

Keine Alternative zu den Sozialisten / Parteiensystem versagte

ROLF GÖRTZ, Madrid

Manuel Fraga Iribarne hatte bereits die Führung der liberal-konservativen Volksallianz (AP) abgegeben, als Parteifreunde und Anhänger ihn noch immer zum Bleiben aufforderten: „Wir wollen nur dich als Parteichef." Aber Fraga (64), die Streitaxt der Rechten im demokratischen Spanien, sagte bewegt: „Es bleibt dabei, ich gehe!" Inzwischen hat der Vorstand einen Interimsvorsitzenden gewählt: Miguel Herrero de Miñon, ein scharfer Debattierer.

Die junge Demokratie in Spanien braucht eine selbstsichere, gut geführte Opposition. Ob jedoch Miguel Herrero der Mann ist, der den Verfall der Rechten auffangen kann, wird sich frühestens im März abzeichnen, wenn der außerordentliche Parteitag über die endgültige Nachfolge Fragas abstimmt. Wer dann auch immer die Zügel der stärksten Oppositionspartei in die Hand nehmen wird – als wirksame Alternative zur sozialistischen Regierungspartei wird die Volksallianz auf lange Zeit ausfallen.

Bis die verschiedenen Gruppen des bürgerlichen Lagers insgesamt – Konservative, Liberale, Christdemokraten und ein undefinierbares Zentrum – zu einer aktionsfähigen Familie zusammenfinden, wird auch die zweite sozialistische Regierungsperiode, die im März 1990 endet, vergehen.

„Der Rücktritt von Fraga zeigt, daß das System der politischen Parteien in unserem Lande gescheitert ist. Ohne eine ernsthafte Rechte wird die Sozialistische Partei rasch korrumpieren." Auf diesen Nenner brachte der Sprecher der „Sozialistischen Linken" (Gruppierung innerhalb der regierenden PSOE), Pablo Castellano, zugleich einer der Obersten Richter, die derzeitige Lage.

Schon jetzt ziehen Gegner und kritische Anhänger der Regierungspartei den Vergleich zwischen PSOE und dem Regierungsstil der Einheitsparteien der Dritten Welt, etwa der PRI in Mexiko. Wie dort versagt auch in Spanien die Regierung den Oppositionsparteien die aktive Mitarbeit bei Gesetzgebung und Kontrollfunktionen. Untersuchungsausschüsse werden mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit abgeschmettert.

Fraga scheiterte noch mehr jedoch am archetypischen Verhalten der klassischen Rechten des Landes, die ein anderer konservativer Kommentator in bitterer Selbstkritik „die alte Füchsin" nannte.

Noch immer wollen die „Dorfgewaltigen" aller Ebenen Pfründe erhalten und ihre eigenen Pfründe verteilen. Fraga konnte und wollte ihnen diesen Wunsch nicht erfüllen, weil eine moderne Partei dieser überholten Vorstellung nicht mehr folgt. Fraga büßte daher zwangsläufig an Zuspruch ein, als er die Zügel lockerte.

Die Parteiausschüsse, deren Führung er den „Baronen" seiner Partei überließ, nutzten diese zur Festigung ihrer eigenen Machtposition. In den unmittelbar danach ausbrechenden Diadochenkämpfen zeigte dann die „alte Füchsin" ihre Eigenwilligkeit: Auch die Rechte Spaniens neigt zu Disziplinlosigkeit, ohne Rücksicht auf die Schäden für ihr Fußvolk. Erst wenn die Rechte jenen Generationswechsel vornimmt, den die Sozialistische Partei schon vor 15 Jahren vollzogen hat, wird sie wieder Tritt fassen. (SAD)

NATO-Admiral Moreau gestorben

cvb, Brüssel

Der NATO-Oberbefehlshaber in Südeuropa, US-Admiral Arthur S. Moreau, ist in der Nacht zum Montag in seinem Haus in Neapel einem Herzanfall erlegen. Der Admiral war seit dem 15. November 1985 in Neapel als NATO-Oberbefehlshaber Südeuropa tätig und damit verantwortlich für den größten Flächenbereich in der Allianz. Moreau, der einen Magistergrad der Georgetown-Universität in Washington besaß, galt als einer der begabtesten Admirale der US-Navy.

Kommunisten warnen Aquino

rtr, Manila

Der geplante Waffenstillstand auf den Philippinen ist nach Darstellung der kommunistischen Rebellen gefährdet, wenn das Militär nicht zur Zurückhaltung bereit ist. Die Warnung, an Präsidentin Aquino adressiert, bezog sich auf eine Ankündigung von Generalstabschef Fidel Ramos. Dieser hatte am Wochenende erklärt, auch während der Waffenruhe würden Soldaten in den Gebieten der Rebellen patrouillieren und bewaffnete Regierungsgegner festnehmen.

Drogen-Prozeß: Förster im Kreuzverhör

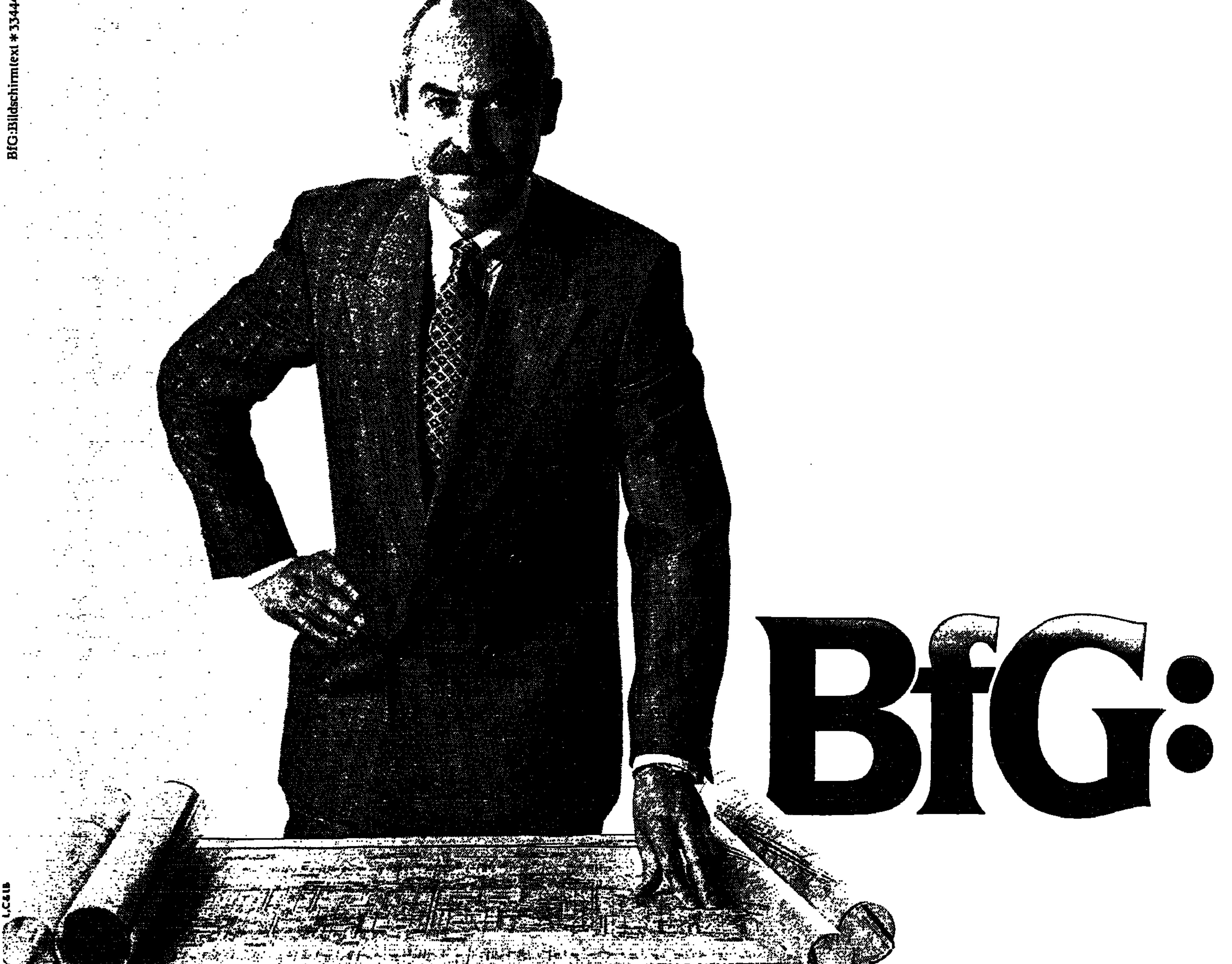
dpa, Georgetown

Der 24jährige Frank Förster hat vor dem Gericht in Georgetown auf Penang ein rund einstündiges Kreuzverhör mit dem Ankläger durchgestanden. Staatsanwalt Mohamad Bazain warf dabei dem Angeklagten vor, nicht die Wahrheit zu sagen. Darauf Förster: „Was ich gesagt habe, ist die Wahrheit." Der Deutsche ist nach Paragraph 39b des verschärften malaysischen Drogengesetzes angeklagt, das bei einer Verurteilung die Todesstrafe vorsieht.

Der Deutsche sagte unter Eid aus, daß ihm zwei Polizeibeamte in den ersten beiden Tagen nach seiner Festnahme am 20. November 1983 die Aussicht auf eine Abschiebung in die Bundesrepublik Deutschland in Aussicht gestellt hätten, wenn er vorher zu einer schriftlichen Aussage bereit sei. „Es sah für mich alles so einfach aus", sagte Förster dem Ankläger.

Dieser versuchte in dem Kreuzverhör, mit seinen Fragen Förster in die Enge zu treiben. Bazain unterstellte, daß kein Beamter Förster dessen Deportation in Aussicht gestellt hätte. „Ich unterstelle, daß sie einen falschen Eindruck gehabt haben."

Förster hatte vor diesem Kreuzverhör eine knappe Stunde lang Fragen von Verteidiger Rajasingam und Richter Edgar Joseph beantwortet. Er berichtete, daß ihm ein Beamter im Polizeihauptquartier kurze Zeit nach der Festnahme in einem Hotelzimmer die Möglichkeit einer Abschiebung in Aussicht gestellt habe. Förster sagte später im Kreuzverhör mit dem Ankläger, daß er damals verwirrt gewesen sei. „Aber ich denke, daß ich richtig verstanden habe, was der Mann zu mir gesagt hat." Eine ähnliche Andeutung sei ihm bei seiner ersten Vorführung vor Gericht einen Tag später gemacht worden.



In diesen Spätherbst-Tagen droht wieder das typische „Inversionswetter", das in den Ballungszentren die Smoggefahr erhöht. Eine Analyse dieser „austauscharmen Wetterlage" aus dem Hessischen Landesamt für Umwelt brachte jetzt überraschende Erkenntnisse über die Herkunft des Smogs.

Wenn Schadstoffe aus fremden Schloten herangetragen werden

Von MARTIN BOECKH

Mit der Zeit der Herbstnebel wächst die Gefahr von „Smog"- Wetterlagen. Der Begriff entstand aus den englischen Worten „smoke" (Rauch) und „fog" (Nebel). Im nebelgeplagten Großbritannien kann man auf eine traurige Bilanz in der Geschichte des Smog zurückblicken: Der berüchtigte Londoner Nebel führte im Dezember 1952 zu einer so hohen Anreicherung der Luft mit aggressiven Schadstoffen, daß mindestens 4000 Menschen starben.

Wie entsteht Smog-Wetter? Trotz aller Maßnahmen zur Luftreinhaltung ist die weithin sichtbare Dunstglocke immer noch das Erkennungszeichen unserer Großstädte. Mögen Staub, Rauch und Ruß schon Belästigung genug sein, kritisch wird die Situation erst, wenn das Wetter seinen Teil dazu beiträgt: Baut sich in den Herbst- oder Wintermonaten über Mitteleuropa eine Hochdruckzone mit absinkenden Luftströmungen auf, so darf man sich meist auf eine längere Periode mit stabilem Schönwetter freuen. Auf den Bergen herrscht durch die klare und trockene Luft eine bestechende Fernsicht.

Gleichzeitig bildet sich aber in tieferen Lagen eine dichte Nebeldecke aus, die sich durch Wärmeabstrahlung abkühlt. Über diesem „Kaltluftsee" werden wesentlich höhere Temperaturen gemessen. Das übliche Temperaturgefälle ist in diesem Fall genau umgedreht: Die Inversion, wie dieser Effekt heißt, trennt die Atmosphäre in einen kalten Nebelbereich unten und einen warmen Bereich oben.

Mit jedem Wassertröpfchen aber wird die Sonne mehr abgeschirmt, die Temperaturen sinken weiter ab und es entstehen noch mehr Nebeltröpfchen. Da die Sonne den Boden nicht mehr erwärmen kann, fehlt die Verwirbelung der Luft durch aufsteigende Warmluft, und nur Industrieabgasen aus hohen Schornsteinen gelingt es, die Sperrschicht zu durchstoßen.

Besonders kritisch wird die Situation, wenn sich die Untergrenze der Inversionsschicht zwischen 500 und 700 Metern über der Erde befindet. Dann nämlich werden auch Industrieabgase durch fehlenden vertikalen und horizontalen Austausch nicht mehr abtransportiert. Es kommt zu einem raschen Anstieg der Schadstoffkonzentration in der Luft.

Die Abgase von Industrie, Haushalt und Straßenverkehr enthalten neben Staub hauptsächlich Schwefeldioxid (SO_2), Kohlenmonoxid, Stickoxide und deren Folgeprodukte wie beispielsweise Ozon, ein giftiges und aggressives Gas, das unter dem Einfluß von Sonnenstrahlung aus Stickoxiden entsteht. In Verbindung mit dem Wasser der Nebeltröpfchen entstehen nun Säureverbindungen, die die Spuren ihrer Zerstörung an Baudenkmälern, Gebäuden und Kleidung, aber auch in der Vegetation hinterlassen. Bei Menschen kann diese Luftzusammensetzung zu Schleimhautreizung, Bronchitis und Lungenentzündung führen.

Nach einer Analyse des Meteorologen Wolfgang Vitze (Hessische Landesanstalt für Umwelt) waren im Jahr 1985 SO_2 und Schwebstaub Hauptverursacher der Smog-Wetterlagen. Besonders auffallend war dabei, daß die Höchstwerte der SO_2-Tagesmittel von über 1,2 mg/m³ nicht, wie erwartet, in emissionsnahen Industriegebieten, sondern in hessischen Waldgebieten fern jeder Schadstoffquelle gemessen wurden. Aufgrund der Windstärke und Windrichtung wurden neben dem Rhein-Ruhr-Gebiet eindeutig die Industriegebiete Polens, der CSSR und der DDR als „Hauptlieferanten" ausgemacht.

Da Angaben über Emissionswerte aus Ostblockstaaten nicht zu erhalten sind, belief sich der Fernanteil des Transport-Smogs von SO_2 je nach Meßstation auf schätzungsweise über 90 Prozent. Nach Meinung von Wolfgang Vitze ist „importierter Smog" in der Bundesrepublik wesentlich wahrscheinlicher als hausgemachter.

Es wäre sinnvoll, wenn die Bestimmungen der neuformulierten, ländereigenen Smog-Verordnungen diesem Umstand mehr Rechnung trügen. Hier wurden zwar die Schadstoffgrenzwerte verschärft und vereinheitlicht, doch wird Smog-Alarm noch immer nach unterschiedlichen Wetterbedingungen ausgelöst: Genügt in den meisten Bundesländern eine mittlere Windgeschwindigkeit von unter drei Meter pro Sekunde im 12-Stunden-Mittel, so muß diese in Nordrhein-Westfalen für eine Alarmierung erst unter 1,5 Meter pro Sekunde absinken. Gerade bei Fern-Smog wird diese Geschwindigkeit selten unterschritten, so daß trotz kritischer Schadstoffwerte kein Alarm ausgelöst wird.

Erst wenn die genannten Windgeschwindigkeiten unterschritten werden und die Inversionsuntergrenze unter 700 Meter sinkt, dürfen die Wetterämter an die zuständigen Landesbehörden die Warnung vor einer „austauscharmen Wetterlage" geben. Diese lösen die Smog-Vorwarnstufe dann aus, wenn beispielsweise die Konzentration von SO_2 oder NO_2 in der Luft über 0,6 mg/m³ steigt. Von Empfehlungen abgesehen, bleibt die Vorwarnstufe für den Bürger ohne Konsequenz.

Die erste oder gar zweite Alarmstufe wird im Fall von SO_2 bei 1,2 beziehungsweise 1,8 mg/m³ ausgelöst. Die Verordnungen sind wiederum je nach Bundesland unterschiedlich: Ist in Nordrhein-Westfalen bei Stufe eins der Individualverkehr in Sperrbezirken nur zeitlich eingeschränkt, so gilt in anderen Bundesländern bereits absolutes Fahrverbot. Auch Auflagen für Industrieanlagen gestalten sich regional sehr unterschiedlich und sind sogar individuell abgesprochen. Kommt es tatsächlich zum Smog-Alarm, wird ihre Einhaltung bestenfalls stichprobenartig überprüft.



Smog-Alarm wie hier im Ruhrgebiet wird in den Bundesländern bei unterschiedlichen Wetterbedingungen ausgelöst FOTO: DPA/BERTRAM

Hochspannung für die Flammenfront

Elektromagnetisches Zündsystem verbessert die Leistungsfähigkeit von Mager-Motoren

Von ARNO NÖLDECHEN

Der sogenannte Mager-Motor gilt mit seinem hohen Luftüberschuß als ein umweltfreundliches Motoren-Konzept. Vor seiner Serienreife sind allerdings noch zahlreiche Hürden zu nehmen. Jetzt zeigen Ingenieure des Forschungslabors der Combustion Electromagnetics Inc. in Arlington, US-Bundesstaat Massachusetts, daß sie mit der Entwicklung eines neuartigen Zündsystems der Magermotor-Realisierung einen gewaltigen Schritt näher gekommen sind.

Die Erfinder haben ihr Zündsystem „Emis" genannt: Electromagnetic Ignition System. Dieses „elektromagnetische Zündsystem" ist vom Konstruktionsprinzip her nicht so ganz neu. Bis zur Einführung der heute allgemein üblichen Batteriezündanlagen am Ende der dreißiger Jahre wurden schon Magnetzünder verwendet. Sie boten den Vorteil, daß Motoren, die keinen von einer Batterie versorgten Elektrostarter besitzen, per Kickstarter oder Handkurbel angeworfen werden konnten.

Das damalige Hochspannungssystem kehrt mit Emis jedoch nicht zurück. Bei der US-Neuentwicklung handelt es sich um ein Zündsystem, das mit extrem starken elektromagnetischen Feldern operiert. Sie weisen eine derartige Stärke auf, daß sie im Brennraum der Motoren die gezündeten Gasplasmen lenken und steuern.

Dabei kommt hinzu, daß die Verbrennungsvorgänge bei hohem Luftüberschuß langsamer ablaufen. In vielen Fällen führte das bei bisherigen Versuchen mit mager eingestellten Motoren zu Zündaussetzern, weil die Verbrennung durch eine zu starke Abkühlung unterbrochen wurde.

Beim Emis wird diese unerwünschte Verhaltensweise durch eine zusätzliche Zündflammfront verhindert, deren plasmaartige Verbrennungspartikel vom Hochspannungsfeld so gelenkt werden, daß die Verbrennung gleichmäßig in Gang gehalten wird. Bislang hatte man vergeblich versucht, eine starke Verwirbelung des Kraftstoff-Luft-Gemisches durch spezielle Drallerzeugung im Ansaugsystem zu erreichen, bzw. eine variable Verdichtung einzuführen, die aber einen hohen mechanischen Aufwand benötigt hätte.

Ein umgebauter Serienmotor kann, auf die Emis-Weise gezündet, noch mit einem Kraftstoff-Luft-Gemisch von 1:26 auskommen. Heutige Durchschnittsmotoren verlangen demgegenüber ein Mischungsverhältnis um und unter 1:17. Ein derartiger Magermotor besticht aber noch in anderer Hinsicht. So lassen sich durch die magere Einstellung Kraftstoffeinsparungen bis zu 20 Prozent erzielen. Nicht nur Umweltschützer werden sich besonders darüber freuen, daß sich der sonst schwierig zu beseitigende Stickoxidanteil um rund 90 Prozent senken läßt.

Motorenkonstrukteure interessieren sich ganz besonders für die Neuentwicklung, weil diese Leistungen lediglich durch anders gebaute Zündkerzen, kräftigere und abgeschirmte Zündkabel und Zündverteiler zu schaffen sind.

Derzeit existiert bereits ein Versuchsmotor, der sich sowohl auf dem Prüfstand als auch in einem PkW im Straßenverkehr bewährt hat. Es hat den Anschein, als ob sich General Motors diese Neuerung sichern will, zumal sie sich finanziell an dem inzwischen zum Patent angemeldeten Verfahren beteiligt. Wie der Geschäftsführer von Combustion Electromagnetics jedoch verlauten ließ, will er sich auch anderen amerikanischen Lizenznehmern gegenüber offenhalten.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Zu wenig Spenderherzen

Berlin (AP) In der Bundesrepublik könnte es rund 3000 bis 4000 mehr Herzspender geben als bisher, wenn rechtliche und organisatorische Hindernisse vebessert würden. Diese Ansicht vertrat der Leiter des Deutschen Herzzentrums Berlin, Professor Roland Hetzer, zum Abschluß des ersten deutschsprachigen Symposiums über Herztransplantationen. Bisher sind in der Bundesrepublik rund 190 Herzen verpflanzt worden, knapp 80 Prozent der Empfänger lebten noch ein Jahr nach der Operation.

Krankenhauseinweisung

Köln (AP) – Die Zahl der in Krankenhäuser eingewiesenen Kassenpatienten ist um 0,26 Prozent zurückgegangen, wie die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) gestern in Köln mitteilte. Damit wandte sich die KBV gegen die Darstellung der Deutschen Krankenhausgesellschaft, wonach die Kassenärzte verantwortlich für den Anstieg der Fallzahlen in den Krankenhäusern um 4,1 Prozent seien. Die KBV forderte zur Überprüfung der unterschiedlichen Angaben erneut die Untersuchung durch eine unabhängige Kommission.

Dauerhafter Hüftersatz

Boston (DW.) – Eine neue Methode zur Verbesserung des künstlichen Hüftersatzes hat Dr. Dennis Burke vom Bostoner Massachusetts General Hospital (USA) entwickelt. Vor Einsatz der Prothese zentrifugiert er den festigenden Knochenzement, damit alle Luftblasen entweichen können. Diese waren nach vielen Studien dafür verantwortlich gemacht worden, daß sich rund 10 Prozent der künstlichen Hüftgelenke nach einer gewissen Zeit lösen.

Umweltbeauftragte

Oldenburg (dpa) – Für die Schaffung der Position eines Umweltbeauftragten in den Betriebsräten hat sich Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften geäußert. Diese Stellung dürfe allerdings nicht „vier Etagen unter der Geschäftsleitung" angesiedelt werden und nur eine Alibi-Funktion tragen, sondern müsse echte Einwirkungsmöglichkeiten in die Unternehmenspolitik einbringen.

Bonn möchte Planck-Institut in Japan

DW. Bonn

Der Haushalt der von den Universitäten unabhängigen Max-Planck-Gesellschaft (rund eine Milliarde Mark Etat, 60 Institute mit mehr als 2000 Wissenschaftlern) wird zwar 1987 um weniger als drei Prozent erhöht, jedoch stellten die Ministerpräsidenten der Länder für 1988 eine Anhebung um fünf Prozent in Aussicht. Auch der Haushaltsausschuß des Bundestags sprach sich für eine verbesserte Mittelausstattung aus. Als einzige an der Finanzierung beteiligte Bundesländer sind das Saarland und Bremen bisher nicht Sitz eines Max-Planck-Instituts. Bei entsprechenden Eigenleistungen könnte nach Saarbrücken eine Forschungsstelle für Informatik, nach Bremen für Hochseebiologie kommen. Die Bundesregierung hat angeregt, daß in Japan ein Max-Planck-Institut für gegenwartsbezogene Japan-Forschung gegründet wird. Die Gesellschaft prüft derzeit die Möglichkeiten zur Realisierung.

Ausfallzeit für Rente

DW. Kassel

Ein im Ausland absolviertes Studium muß als „Ausfallzeit" anerkannt werden, die die späteren Rentenansprüche erhöht. Dies hat jetzt das Bundessozialgericht in Kassel entschieden (Aktenzeichen: 11 a RA 18/85). Anerkannt werden bis zu fünf Jahre.

Mediziner-Preis

DW. Bochum

Ein alle zwei Jahre vergebener, mit 5000 Mark dotierter Forschungspreis ist von der Medizinischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum für 1987 wieder ausgeschrieben worden. Bewerben können sich nicht nur Mitglieder der Fakultät und Bochumer Absolventen, sondern auch Studenten. In Frage kommen veröffentlichte wie unveröffentlichte Arbeiten aus dem Gesamtbereich der Medizin, auch Dissertationen und Habilitationen. Das Publikationsdatum darf allerdings nicht länger als ein Jahr zurückliegen. Bewerbungen sind an den Dekan der Medizinischen Fakultät zu richten (Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstr. 150, 4630 Bochum 1).

Stipendien für Dritte Welt

DW. München

Das bayerische Wissenschaftsministerium fördert mit gut 200 000 Mark im laufenden Wintersemester knapp 50 in Bayern eingeschriebene Fachhochschul-Studenten aus Entwicklungsländern. Die monatliche Zuwendung beträgt 800 Mark. Die Bewilligung erfolgt unter der Auflage, daß die Geförderten nach Abschluß des Studiums in ihre Heimat zurückkehren. Auskünfte: Carl-Duisberg-Gesellschaft, Hohenstaufenring 30–32, 5000 Köln 1, Telefon: 0221/20 980.

Akademische Entwicklungshilfe auch in Niedersachsen: An der Universität Hannover hat für Absolventen aus der Dritten Welt ein Lehrgang „Bauingenieurwesen" begonnen. 1987 wird er mit Bundes- und Landesmitteln erweitert.

Samstags: Die Serviceseiten Berufs-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.



Zur Doktorarbeit ins Renaissance-Kloster: Das Europäische Hochschulinstitut in Fiesole bei Florenz FOTOS: NAGY / SIMON

30 Professoren für knapp 200 Studenten

Im Herzen der Toscana unterhält die Europäische Gemeinschaft ein Studienzentrum für akademische Eliten

Von PAUL F. REITZE

Ein junger Italiener entschließt sich, über Rousseau eine Doktorarbeit zu schreiben. Er bedient sich dafür der Sprache des Philosophen, zu dem er einen Forschungsbeitrag leisten will, des Französischen. Die hochrenommierte Cambridge University Press wird auf die fertige Dissertation aufmerksam, läßt sie auf eigene Kosten ins Englische übersetzen und veröffentlicht sie dann. Eine Fabel aus der Wissenschaftswelt? Keineswegs, der Vorgang ist verbürgt. Der Italiener hat sich seine Gelehrten-Sporen freilich nicht an einer x-beliebigen Universität verdient, sondern am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, das soeben zehn Jahre alt geworden ist.

Getragen wird es von allen Mitgliedsländern der EG, mit Ausnahme Spaniens und Portugals (die sich aber in Bälde beteiligen wollen). Zum Etat von derzeit 21 Millionen Mark steuert die Bundesrepublik 3,3 Millionen bei. Denselben Beitrag leisten Großbritannien, Frankreich und Italien. Den Rest finanzieren die kleineren Länder abgestuft (Luxemburg beispielsweise 0,19 Prozent) und die EG-Kommission. Präsident ist ein Deutscher, der frühere FDP-Bundesinnenminister Werner Maihofer.

Die Studenten kommen vorwiegend aus den Mitgliedsländern, ihre Zahl hat sich in den letzten zwei Jahren auf fast 200 verdoppelt. 300 ist ein Nah-, 600 ein Fernziel. Sie finden paradiesische Arbeitsbedingungen vor, etwa eine Bibliothek mit 300 000 Bänden und nahezu 3000 wissenschaftlichen Zeitschriften. Entsprechend nobel das Ambiente. Das Stammgebäude liegt auf dem Gelände eines Renaissance-Klosters. Der Garten einer soeben zugekauften Villa weckt literarische Erinnerungen, er war die würdige Kulisse von Boccaccios „Decamerone".

Betreut werden die Studenten von rund dreißig Professoren (auf drei, maximal sieben Jahre berufen). Kontakt gibt es darüber hinaus zu 150 „externen" Gelehrten, die bei bestimmten wissenschaftlichen Spezialfragen mit Rat und Tat zur Verfügung stehen. Gleichfalls etwa 150 Professoren halten jährlich in Florenz Vorträge. Hinzu kommt ein kreativer, sich ständig erneuernder akademischer Mittelbau: Etwa dreißig Nachwuchswissenschaftler erhalten aus EG-Mitteln ein Jean-Monnet-Stipendium, um ein Jahr lang eigene Forschungen vorantreiben zu können. Auch mit ihnen stehen die Studenten im Gedankenaustausch.

Bei der Gründung des Europäischen Hochschulinstituts gab es – EG-gewohnt – jahrelangen Streit. Die zunächst geplante Voll-Universität blieb auf der Strecke. Verwirklicht wurde eine Ausbildungsstätte für „Postgraduierte", also für Studenten mit einem ersten nationalen Abschluß. Ihnen stehen heute vier Departments zur Verfügung: eines für Geschichte und Kulturgeschichte, eines für Wirtschaftswissenschaften, ein weiteres für Jura sowie eines für Politik und Sozialwissenschaften. Bearbeitet werden, ähnlich wie an den Sonderforschungsbereichen der deutschen Universitäten, Schwerpunktthemen (die mit dem Lehrkörper wechseln).

Wer in Florenz seinen Doktor machen will, muß sich darüber vorher im Detail informieren. Die größten Chancen, am Europäischen Hochschulinstitut zugelassen zu werden, hat, wer mit seinem Thema in ein solches Programm paßt. Dafür einige Beispiele: Die Historiker beschäftigen sich derzeit u. a. mit Arbeit und Familie im vorindustriellen Europa, mit dem Mittelmeerraum im 16. und 17. Jahrhundert, mit Geselligkeit und Kultur in der Aufklärung, ferner mit der zweiten industriellen Revolution in Europa und den USA. Die Wirtschaftswissenschaftler untersuchen u. a. die Arbeitermitbestimmung in Westeuropa, die Handels- und Finanzbeziehungen zwischen Ost und West. Einige Schwerpunkte der Juristen: Vertragspraxis im internationalen Energiehandel, die europäische Konzernverfassung, die Rechtsstruktur der Produktionsfaktoren.

Für die Promotion sind drei Jahre vorgesehen. Juristen können auch bereits nach nur einem Jahr abschließen, mit dem „Master of Legal Studies in Comparative European and International Law".

Die Regierungen stellen eine Reihe von Stipendien zur Verfügung, für Absolventen aus den eigenen Ländern. Am besten statten die Bundesrepublik (monatlich knapp 1600 Mark Grundbetrag) und Dänemark ihre Kandidaten aus. Weniger erfreulich: Aus beiden Ländern kommen auch die ältesten Bewerber. Europaweit haben die jungen Damen aufgeholt; sie sind inzwischen zu fast fünfzig Prozent vertreten.

Das Studium beginnt jeweils im September. Im ersten Monat sind Intensivsprachkurse zu absolvieren, vor allem für Italienisch. Die meisten Veranstaltungen werden in Englisch oder Französisch durchgeführt; in einer der beiden Sprachen muß sich der Student daher möglichst rasch sicher ausdrücken können, die zweite sollte er zumindest verstehen. Von der Möglichkeit, die Dissertation in der Muttersprache zu schreiben, wird von den Studenten kaum Gebrauch gemacht.

Nach Weihnachten erhält jeder Doktorand dann einen Doktorvater zugewiesen. Im Juni sind erste Teile der Arbeit vorzulegen, mit einem detaillierten Konzept: die Voraussetzung für die Zulassung zum zweiten Studienjahr. Für das dritte Jahr genügt die Bestätigung des Vertrauensdozenten, daß die Dissertation zügig voranschreitet. Wer die Strapazen durchsteht, braucht kaum Arbeitsplatzsorgen zu haben. Die bisherige Bilanz: Ein Drittel der Florentiner Absolventen machte akademische Karriere, ein weiteres gutes Drittel kam in internationalen Institutionen unter, der Rest war in der Wirtschaft gefragt, nicht zuletzt bei international interessierten Verlagen.

Deutsche Bewerber wenden sich am besten zunächst an den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD, Kennedyallee 50, 5300 Bonn 2) oder an das Auslandsamt der Heimathochschule. Eine Vorsichtung nehmen nationale Ausschüsse vor. Die Entscheidung fällt dann zentral im Frühjahr. Bisher übersprang etwa jeder neunte bis zehnte deutsche Kandidat die Hürde. Informationsmaterial: Akademischer Dienst des Europäischen Hochschulinstituts, Badia Fiesolana, Via dei Roccettini, 5, I-50 016 San Domenico di Fiesole (Firenze).

Ein Deutscher ist Chef

Noch bis zum Herbst nächsten Jahres ist mit dem Jura-Professor Werner Maihofer, FDP-Innenminister in der sozialliberalen Koalition, ein Deutscher Präsident des renommierten Europäischen Hochschulinstituts in Florenz. Jeder neunte bis zehnte Studienbewerber aus der Bundesrepublik schafft die hohen Zulassungshürden.

Jörgs letzte Hoffnung

Das Ergebnis des Vordiploms fiel vernichtend aus. „Nichts geht mehr", sagt der Elektrotechnik-Student Jörg S. und holt den Negativ-Bescheid des Prüfungsamtes aus der Tasche. Zum wiederholten Mal hat er die Prüfung nicht bestanden, ohne die er sein Studium nicht fortsetzen kann. Nun will er das Fach wechseln, eine andere Möglichkeit sieht er nicht mehr.

Jörg S. ist einer von 22 000 Studenten, die alljährlich die zentrale Studienberatung der Universität Aachen aufsuchen. „Sie sind meine letzte Hoffnung", sagt er zu dem Leiter der Beratungsstelle, Hans Klösges (51). Für den Diplom-Ingenieur ist das Problem von Jörg S. ein „Alltagsfall". Im Gespräch mit dem resignierenden Studenten versucht er, ein Studienfach zu finden, das dessen Eignung und Neigung besser entspricht.

An sämtlichen Universitäten der Bundesrepublik ist die Studienberatung mittlerweile institutionalisiert. Der Fachwechsel ist nur ein Problem von vielen. Klösges: „Zahlreiche unserer Besucher sind noch Abiturienten, die von uns wissen wollen, was sie studieren sollen." Hier überschneidet sich die Aufgabe des Studienberaters mit der des Berufsberaters. Denn die Chancen, später einen Job zu bekommen, interessieren viele Schulabgänger noch vor den Detailinformationen zum Studienablauf.

Dazu zählen zum Beispiel die Zulassungsbedingungen und mögliche Fächerkombinationen. Aber auch das Prüfungsverhalten bestimmter Professoren gehört zu dem „Insider-Wissen", das die Beratungsstellen vermitteln können. „In manchen Fällen verweisen wir auch auf die Studienberatungen der einzelnen Fachbereiche", erklärt Klösges.

Hauptklientel sind natürlich die Erstsemester. Für sie gibt es ein bewährtes „Orientierungsprogramm": Studentische Tutoren führen ihre jüngeren Kommilitonen in die Bibliotheken ein, erläutern das Vorlesungsverzeichnis und initiieren Arbeitsgruppen, um dem „Einzelkämpfertum" zu begegnen.

Für Erstsemester lohnt sich der Gang zur Studienberatung auf jeden Fall, auch wenn die Hürde des Semesterbeginns bereits genommen ist. „Überlebensfragen" wie Wohngeld und BAföG können hier zur Sprache kommen. Vermag die Studienberatung einmal nicht selbst zu helfen, so wird sie doch an die zuständigen Stellen weitervermitteln und spart dem Anfänger damit lange Suchzeiten.

„Jedenfalls haben wir noch nie jemanden ohne einen konkreten Tip wieder nach Hause geschickt. Bei uns wird jeder bedient", resümiert Klösges seine fast 15jährige Beratungsarbeit.

So kommt auch die „Lebenshilfe" nicht zu kurz. „Studenten sind es vielfach nicht gewöhnt, Schwierigkeiten durchzustehen. Die Belastbarkeit hat abgenommen", stellt Klösges fest. Er registriert ein „übertriebenes Sicherheitsbedürfnis", eine wachsende „Risikoscheu". Den Grund sieht Klösges in einer verschärften „Orientierungskrise": „Viele wissen nicht, warum sie studieren, weil sie nicht wissen, warum sie leben."

In Aachen soll ein „Anti-Streß-Programm" den Nervenbündeln das Studieren jetzt leichter machen. In kleinen Seminargruppen werden Prüfungssituationen simuliert: Mögliche Klausurfragen müssen unter Zeitdruck beantwortet werden; trainiert wird auch das Gesprächsverhalten im Examen.

CHRISTIAN GEYER

Fachzeitschrift vom Zunftnachwuchs

Von Harvard und der Bayerischen Staatskanzlei abonniert: „Geschichte in Köln"

Die Liste der Abonnenten ihrer Zeitschrift reicht von der Bayerischen Staatskanzlei bis zur amerikanischen Harvard-Universität. Zu den Autoren von „Geschichte in Köln" (GiK) zählen renommierte Historiker wie die Professoren Hillgruber, Irsigler und Meuthen. Doch das Durchschnittsalter der Herausgeber liegt bei Mitte 20. „Geschichte in Köln" gilt als die einzige wissenschaftlich-historische Zeitschrift in der Bundesrepublik, die nicht von Professoren verantwortet wird, sondern vom „Zunftnachwuchs", der oft nicht einmal die niederen akademischen Weihen des Staatsexamens besitzt.

Aus dem Studentenalltag ist die Halbjahresschrift, die mit ihrer 20. Ausgabe im Dezember ein kleines Jubiläum begehen kann, auch hervorgegangen. Georg Mölich und Johannes Helmrath studierten im 5. bzw. 7. Semester Geschichte an der Universität Köln, als sie im Herbst 1977 den Plan einer eigenen, vorwiegend landes- und stadtgeschichtlichen Zeitschrift faßten.

Ein eigener Verlag für tausend Exemplare

„Wir waren", berichtet Georg Mölich, „frustriert, daß wir im Grunde für den Papierkorb arbeiteten." Seminararbeiten von Studenten werden ja nirgendwo bibliographisch erfaßt, sondern nach der Benotung durch den Dozenten zurückgegeben oder vernichtet.

„Dabei entspricht manches Referat, das mit aufwendiger Quellenarbeit erstellt wurde, durchaus wissenschaftlichen Ansprüchen", urteilt Dr. Johannes Helmrath. Solchen überdurchschnittlichen Seminar- und Examensarbeiten wollten die „GiK"-Macher ein Forum bieten.

Erinnerte die erste Ausgabe von „Geschichte in Köln" in ihrer schlichten Aufmachung noch ein wenig an das hausbackene Konzept manch anderer Studentenzeitung, streifte die Redaktion das Infoblatt-Image bald ab.

Die praktischen Hilfestellungen für das Geschichtsstudium in Köln wurden zunehmend durch die Publikation wissenschaftlicher Beiträge in den Hintergrund gedrängt, und der Umfang der Hefte wuchs von ursprünglich 44 auf rund 200 Seiten. Mittlerweise erscheint „Geschichte in Köln" sogar im eigenen Verlag – mit einer für wissenschaftliche Zeitschriften beachtlichen Auflage von 700 bis 1000 Exemplaren.

Das Spektrum der behandelten Themen reicht vom Forschungsbericht über das römische Germanien bis hin zu einer originellen Untersuchung der Geschichte des Kölnisch Wassers. Neben studentischen Beiträgen wurden von Anfang an auch Aufsätze und Vorträge etablierter Wissenschaftler veröffentlicht.

So wundert es nicht, daß „Geschichte in Köln" in Fachkreisen aufmerksam gelesen wird. Vor einiger Zeit erschien in den angesehenen „Rheinischen Vierteljahrsblättern" eine wohlwollende Besprechung der ersten zehn Ausgaben.

Welches Niveau die veröffentlichten Arbeiten besitzen, beweist eindrucksvoll die Jubiläumsnummer. Das Heft bringt unter anderem eine Untersuchung Martin Rüthers über die bis heute nicht ganz aufgeklärte Amtsenthebung Adenauers als Kölner Oberbürgermeister im Oktober 1945.

Der Verfasser konnte im Rahmen seiner Promotion bisher unbekannte Akten in englischen Archiven einsehen, die es plausibel erscheinen lassen, daß Adenauers Entlassung alleine in die Verantwortlichkeit des britischen Militärgouverneurs fiel, der mit dem Stand der Aufräumungsarbeiten in Köln unzufrieden war.

Ein Beitrag des Kölner Studenten Götz Tewes dokumentiert auf Grund neuer Quellen einen interessanten Konflikt, der zwischen Rat und Universität im spätmittelalterlichen Köln ausgebrochen war.

Die zweite Generation ist mittlerweile nachgerückt

Es handelte sich dabei um erste Versuche wohlhabender Fernhändler, auf die Lehrinhalte der 1388 gegründeten Hochschule Einfluß zu nehmen. Trotz massiver finanzieller Pressionen konnte sich die Universität damals erfolgreich gegen die politische Bevormundung zur Wehr setzen.

Die „GiK"-Herausgeber von einst sind unterdessen längst den studentischen „Kinderschuhen" entwachsen. Einige von ihnen arbeiten als Lehrer oder Journalisten, andere stehen nach der Promotion am Beginn einer wissenschaftlichen Laufbahn. Eine Veröffentlichung in „Geschichte in Köln" ist zweifelsohne ein Plus für die Bewerbungsunterlagen, besonders im akademischen Bereich.

Die Zukunft der Zeitschrift scheint trotz der personellen Fluktuation gesichert zu sein. Eine „zweite Generation" junger Historiker ist in der Redaktion nachgerückt, die nun zur Hälfte aus Studenten und zur anderen Hälfte aus Doktoranden und Assistenten besteht. Und die Zahl der angebotenen Manuskripte aus dem studentischen Bereich sei nie so groß gewesen wie im Moment, berichtet Georg Mölich.

KARL DOEMENS

PRAKTIKANTEN ● BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Bauwesen

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Heilbronn	Regionalplanung	Raumordnung	min.8Wo
2	Neustadt/Weinstr.	Verwaltung	Geodäsie, Verwaltung	3 Mo.
3	Herne	Baugewerbe	Deponietechnik	n.V.
4	Kirchberg	Holzbau	ges.fachspez.Gebiet	n.V.
5	Frankfurt	Baugewerbe	Baustelleneinsatz	n.V.
6	Osnabrück	Baugesellschaft	Verwaltung,Baustelle	3 Mo.
7	Bremen	Bauindustrie	konstr. Ing.bau	n.V.
8	Kreuztal (NRW)	Tief- u. Straßenbau	Kabel-, Leitungsbau	n.V.
9	Mönchengladbach	Bauunternehmung	Hoch-, Wohnungsbau	n.V.
10	Siegen	Bauunternehmen	Bauleitung,Kalkulat.	4 Mo.
11	Düsseldorf	Fenster, Türen	Preisermittlung	3 Mo.
12	Schifferstadt	Wasserversorgung	Werkleitung, techn.	1 Mo.
13	Weibern	Bauunternehmen	Baustelle, Verwaltg.	max.3Mo.
14	Bad Kreuznach	Beratungsbüro	Baustatik	n.V.
15	Wesel	Ingenieurbüro	Tragwerksplanung	bis 6Mo.
16	Wesseling	Ingenieurbüro	Straßen-,Hoch-,Tiefb.	4 Wo.
17	Göllheim	Zementindustrie	Produktion, Instandh.	max.4Wo.
18	Heuchelheim	Holzbau	fachspez. Bereich	n.V.
19	Frankfurt	Immobilien	Instandhaltung	3 Mo.
20	Peterslaöhr	Bauunternehmen	Bauleitung	n.V.
21	Straelen	Bauunternehmen	Computer	n.V.
22	Braunschweig	Bauforschung	Bauphysik, -ökonomik	1–2 Mo.
23	Karlsruhe	Holzbau	statische Berechnung	n.V.
24	Burbach	Bauwirtschaft	Projektleitung	n.V.
25	Singen	Montagebau	techn. Büro, Baust.	n.V.

In der nächsten Woche: Landwirtschaft und Chemie

STUDIENPLATZ ● TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Vorklinik Humanmedizin

1.Semester

	von	nach
1	RWTH Aachen	Uni Bonn
2	RWTH Aachen	Uni Freiburg
3	RWTH Aachen	Uni Heidelberg
4	RWTH Aachen	Uni Hamburg
5	RWTH Aachen	Uni Köln
6	Uni Bochum	Uni Bonn
7	Uni Bochum	Uni Erlangen
8	Uni Bochum	Uni Frankfurt
9	Uni Bochum	Uni Freiburg
10	Uni Bochum	Uni Heidelberg
11	Uni Bochum	Uni Köln
12	Uni Bochum	Uni Münster
13	Uni Bochum	Uni München
14	Uni Bochum	Uni Regensburg
15	Uni Bochum	Uni Tübingen
16	Uni Bochum	Uni Ulm
17	Uni Bochum	Uni Würzburg
18	Uni Bochum	Uni Düsseldorf
19	FU Berlin	Uni Erlangen
20	FU Berlin	Uni Göttingen
21	FU Berlin	Uni Hannover
22	FU Berlin	Uni Hamburg
23	FU Berlin	Uni Würzburg
24	Uni Düsseldorf	Uni Bonn
25	Uni Düsseldorf	Uni Freiburg
26	Uni Düsseldorf	Uni Heidelberg
27	Uni Düsseldorf	Uni Tübingen
28	Uni Düsseldorf	FU Berlin
29	Uni Düsseldorf	Uni Ulm
30	Uni Düsseldorf	Uni Würzburg
31	Uni Essen	RWTH Aachen
32	Uni Essen	Uni Bonn
33	Uni Essen	FU Berlin
34	Uni Essen	Uni Düsseldorf
35	Uni Essen	Uni Erlangen
36	Uni Essen	Uni Frankfurt
37	Uni Essen	Uni Freiburg
38	Uni Essen	Uni Heidelberg
39	Uni Essen	Uni Köln
40	Uni Essen	Uni Münster
41	Uni Essen	Uni Mainz
42	Uni Essen	Uni Regensburg
43	Uni Essen	Uni Tübingen
44	Uni Essen	Uni Würzburg
45	Uni Freiburg	Uni Hamburg
46	Uni Freiburg	Uni Münster
47	Uni Gießen	Uni Bonn
48	Uni Gießen	FU Berlin
49	Uni Gießen	Uni Erlangen
50	Uni Gießen	Uni Köln
51	Uni Gießen	Uni Münster
52	Uni Gießen	Uni München
53	Uni Gießen	Uni Mainz
54	Uni Gießen	Uni Würzburg
55	Uni Gießen	RWTH Aachen
56	Uni Gießen	Uni Bochum
57	Uni Gießen	Uni Essen
58	Uni Gießen	Uni Frankfurt
59	Uni Göttingen	Uni Frankfurt
60	Uni Göttingen	Uni Lübeck
61	Uni Göttingen	Uni Köln
62	Uni Lübeck	Uni Bonn
63	Uni Lübeck	Uni Hamburg
64	Uni Lübeck	Uni Münster
65	Uni Kiel	Uni Frankfurt
66	Uni Kiel	Uni Hamburg
67	Uni Kiel	Uni Bonn
68	Uni Kiel	Uni Freiburg
69	Uni Kiel	Uni Heidelberg
70	Uni Kiel	Uni Köln
71	Uni Kiel	Uni Mainz
72	Uni Marburg	Uni Bonn
73	Uni Marburg	Uni Göttingen
74	Uni Marburg	Uni Hannover
75	Uni Marburg	Uni Münster
76	Uni Marburg	Uni Gießen
77	Uni Marburg	Uni München
78	Uni Marburg	Uni Regensburg
79	Uni Marburg	Uni Ulm
80	Uni München	Uni Freiburg
81	Uni Mainz	Uni Freiburg
82	Uni Mainz	Uni Heidelberg
83	Uni Mainz	Uni Mannheim
84	Uni Mainz	Uni Tübingen
85	Uni Mainz	Uni Hannover
86	Uni Heidelberg	Uni Köln
87	Uni Münster	Uni Bonn
88	Uni Regensburg	TU München
89	Uni Regensburg	Uni München
90	Uni Tübingen	Uni München
91	Uni Saarbrücken	RWTH Aachen
92	Uni Saarbrücken	Uni Bonn
93	Uni Saarbrücken	Uni Düsseldorf
94	Uni Saarbrücken	Uni Erlangen
95	Uni Saarbrücken	Uni Freiburg
96	Uni Saarbrücken	Uni Heidelberg
97	Uni Saarbrücken	Uni Hamburg
98	Uni Saarbrücken	Uni Köln
99	Uni Saarbrücken	Uni Kiel
100	Uni Saarbrücken	Uni Mannheim
101	Uni Saarbrücken	TU München
102	Uni Saarbrücken	Uni München
103	Uni Saarbrücken	Uni Regensburg
104	Uni Saarbrücken	Uni Tübingen
105	Uni Saarbrücken	Uni Ulm
106	Uni Saarbrücken	Uni Würzburg
107	Uni Ulm	Uni Freiburg
108	Uni Ulm	Uni Erlangen
109	Uni Ulm	Uni Regensburg
110	Uni Ulm	Uni Würzburg
111	Uni Würzburg	Uni Erlangen

2.Semester

	von	nach
112	FU Berlin	Uni Göttingen
113	FU Berlin	Uni Hamburg
114	FU Berlin	Uni Münster
115	FU Berlin	Uni München
116	FU Berlin	Uni Regensburg
117	FU Berlin	Uni Ulm
118	Uni Erlangen	Uni München
119	Uni Frankfurt	Uni München
120	Uni Frankfurt	Uni Regensburg
121	Uni Frankfurt	Uni Würzburg
122	Uni Gießen	Uni Bonn
123	Uni Gießen	Uni Düsseldorf
124	Uni Gießen	Uni Heidelberg
125	Uni Gießen	Uni Hamburg
126	Uni Gießen	Uni Lübeck
127	Uni Gießen	Uni Köln
128	Uni Gießen	Uni Kiel
129	Uni Gießen	Uni Mainz
130	Uni Göttingen	Uni Freiburg
131	Uni Heidelberg	Uni Hamburg
132	Uni Köln	Uni Bochum
133	Uni München	Uni Hamburg
134	Uni Mainz	Uni Lübeck
135	Uni Mainz	Uni Kiel
136	Uni Mainz	TU München
137	Uni Mainz	Uni München
138	Uni Mainz	Uni Regensburg
139	Uni Mainz	Uni Saarbrücken
140	Uni Mainz	Uni Bonn
141	Uni Mainz	Uni Köln
142	Uni Bonn	Uni Würzburg

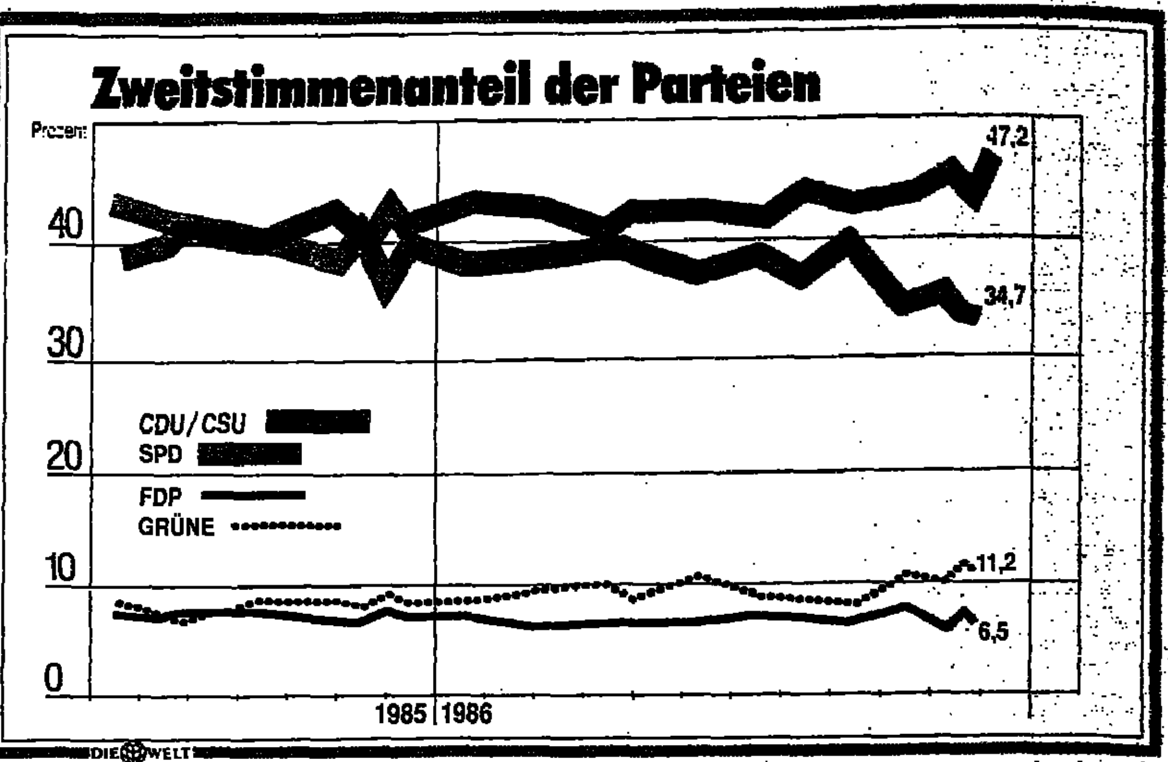
3.Semester

	von	nach
143	Uni Bochum	Uni Freiburg
144	Uni Bochum	Uni München
145	Uni Bochum	Uni Tübingen
146	Uni Essen	Uni Münster
147	Uni Erlangen	Uni Münster
148	Uni Erlangen	TU München
149	Uni Erlangen	Uni München
150	Uni Erlangen	Uni Würzburg
151	Uni Hannover	Uni Erlangen
152	Uni Hannover	Uni München
153	Uni Hannover	Uni Würzburg
154	Uni Heidelberg	TU München
155	Uni Heidelberg	Uni München
156	Uni Lübeck	Uni Hamburg
157	Uni Kiel	Uni Freiburg
158	Uni Münster	TU München
159	Uni Münster	Uni München
160	Uni Mainz	Uni Freiburg
161	Uni Mainz	Uni Hannover
162	Uni Mainz	Uni Münster
163	Uni Mainz	Uni Tübingen
164	Uni Mainz	Uni Göttingen
165	Uni Saarbrücken	Uni Heidelberg
166	Uni Saarbrücken	Uni Mannheim
167	Uni Saarbrücken	Uni Tübingen
168	Uni Saarbrücken	Uni Würzburg
169	Uni Saarbrücken	Uni Ulm
170	Uni Würzburg	Uni Lübeck
171	Uni Hamburg	Uni München
172	FU Berlin	Uni Marburg

4.Semester

	von	nach
173	RWTH Aachen	Uni Freiburg
174	RWTH Aachen	Uni Heidelberg
175	RWTH Aachen	Uni Tübingen
176	Uni Bonn	Uni Freiburg
177	Uni Bonn	Uni Saarbrücken
178	Uni Bochum	FU Berlin
179	Uni Bochum	Uni Münster
180	FU Berlin	Uni Frankfurt
181	FU Berlin	Uni Freiburg
182	FU Berlin	Uni Göttingen
183	FU Berlin	Uni Hannover
184	FU Berlin	Uni Heidelberg
185	FU Berlin	Uni Hamburg
186	FU Berlin	Uni Lübeck
187	FU Berlin	Uni Kiel
188	FU Berlin	Uni Mannheim

Dies ist der dritte Bericht darüber, wie sich die Entscheidung der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 in der Bevölkerung vorbereitet. Er stützt sich – wie die vorangegangenen Berichte – auf wöchentliche Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der WELT bei mehr als 1000 Personen, einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im Bundesgebiet mit West-Berlin. Die Interviews fanden zwischen dem 21. und 24. November statt. So lassen sich jetzt Wahlabsichten, die Stärke der Lager für Kohl und Rau, die Erwartungen, wer die Wahl gewinnt, für Anfang, Mitte und Ende November vergleichen. Hinter den Trenddaten verbirgt sich mehr als man auf den ersten Blick sieht: Das Ringen geht nicht nur um den einzelnen Wähler, es geht um das Meinungsklima! Die Psychologie der öffentlichen Meinung wirft ein neues Licht auf den Wahlkampf.



Kampfgeist der Unions-Anhänger läßt nach

Von PROF. ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Man könnte denken, es sei gar nichts los: Die Wahlabsichten für SPD und Grüne haben sich zwischen Mitte und Ende November nur um Bruchteile eines Prozents verschoben. Nach den Regeln der Stichprobenstatistik einer Umfrage mit rund 1000 Interviews liegen so geringe Veränderungen im Schwankungsbereich, der bei jeder solchen Umfrage einkalkuliert werden muß. (Graphik auf dieser Seite)

Etwa zwei Prozent der Wähler wechseln zwischen CDU/CSU und FDP hin und her. Unter diesen Umständen wird die Frage weiter aktuell bleiben, wie die Chancen einer absoluten Mehrheit für die CDU/CSU sind. In der Bevölkerung gibt es wenig Sympathie für den Gedanken, daß eine Partei allein an der Regierung ist. Zwischen 1983 und 1986 hat sich die Stimmung erkennbar zugunsten einer Mehr-Parteien-Regierung verschoben. (Tabelle 1)

Um Bruchteile eines Prozents hat sich zwischen Anfang und Ende November das Lager der SPD-Wähler und Grüne-Wähler verschlechtert, das Lager der CDU/CSU- und FDP-Wähler verbessert. (Tabelle 2)

Auch bei der Entscheidung: Kohl oder Rau gibt es zwischen Anfang und Ende November kaum Bewegung. (Graphik auf Seite 1)

Tatsächlich ist die Lage zur Zeit überraschend ähnlich wie vor der letzten Bundestagswahl. Mitte Januar 1983 besaßen CDU/CSU und FDP zusammen einen Zweitstimmen-Anteil von 53,1 Prozent, SPD und Grüne zusammen 46,4 Prozent. (Tabelle 2)

Anfang Januar 1983, etwa acht Wochen vor der Wahl, bevorzugten 41 Prozent Helmut Kohl als Kanzler, 37 Prozent Hans-Jochen Vogel – fast genau die Situation wie jetzt bei der Wahl zwischen Kohl und Rau.

Auch wenn man untersucht, wie stark die Parteien in verschiedenen Bevölkerungsgruppen sind, erkennt man auf der breiten Basis von 4000 Interviews vom Herbst 1982 und Herbst *1986* nur geringe Veränderungen. Die Frage lautet in diesem Fall, welche der Parteien man am sympathischsten findet – eine Frage, die von den Wahlberechtigten vollzähliger, nämlich zu mehr als 95 Prozent, beantwortet wird, während bei der Frage nach der Wahlabsicht regelmäßig 20 Prozent oder mehr sagen, sie seien noch unentschieden oder wollten ihre Wahlabsicht nicht verraten.

Die Differenzierung nach Geschlecht und Alter ergibt, daß die Unionsparteien bei den Männern insgesamt ihren Sympathisanten-Anteil gehalten haben. Bei den Frauen sind sie dagegen von 50 auf 45 Prozent zurückgefallen, und dies in erster Linie, weil sie bei den unter 45jährigen *Frauen Boden verloren haben.* (Tabelle 3)

Die Aufgliederung der jungen Wähler nach Schulbildung zeigt keinerlei signifikante Veränderung. Wie 1982 liegt auch 1986 die SPD ziemlich deutlich vor den Unionsparteien. Bei den jungen Leuten mit höherer Schulbildung ist der SPD-Vorsprung geringer, weil in diesem Wählersegment die Grünen mit *18* Prozent ihre relativ größte Bedeutung haben, und dies überwiegend zu Lasten der SPD geht. (Tabelle 3)

Seit dem Bundestagswahlkampf 1965 wissen wir, wie trügerisch eine solche Demoskopie sein kann, die eine Ruhelage vorspiegelt, wo in Wirklichkeit Strömungen im Meinungsklima miteinander ringen. 1965, das war der erste Wahlkampf nach dem Ende der Ära Adenauer mit Ludwig Erhard als Spitzenkandidat der CDU/CSU. Neun Monate hindurch, vom Dezember 1964 bis zum August 1965, lagen bei den Umfragen CDU/CSU und SPD Kopf an Kopf, mal hatte die eine, mal die andere einen Ein- oder Zwei-Prozent-Vorsprung.

Aber zugleich zeigte sich ein ganz anderes Bild, wenn man fragte: „Was glauben Sie, wer die Wahl gewinnt?" Es war, als ob man die Temperatur in zwei verschiedenen Welten messe. Unaufhaltsam zog die Erwartung, die CDU/CSU werde siegen, nach oben, von etwa 30 Prozent am Jahresende 1964 auf über 50 Prozent im Spätsommer 1965, und zugleich fiel die Erwartung, die SPD werde siegen, immer mehr in sich zusammen bis schließlich auf 16 Prozent, *und dabei gab es* eigentlich kein Ereignis, mit dem diese Wandlung der Erwartungen hätte erklärt werden können.

Erst in den letzten zwei, drei Septemberwochen vor der Wahl wurden damals schließlich auch die Wahlabsichten gleichsam ergriffen vom Meinungsklima der Erwartungen. Die Wahlabsichten für die CDU/CSU zogen an, diejenigen für die SPD fielen ab – mit einer 8,6-Prozent-Führung ging die CDU/CSU durchs Ziel.

Es hat viele Jahre gedauert, bis man sich diese merkwürdige Erscheinung – gleichbleibende Wahlabsichten, aber ein Anschwellen der Erwartungen des Sieges für eine der Parteien – erklären konnte.

Die Ausgangsüberlegung war, daß *es in den zwei politischen Lagern,* die sich im Wahlkampf gegenüberstanden, unterschiedliche Bereitschaft geben könnte, sich öffentlich zu seiner politischen Überzeugung zu bekennen, zum Beispiel durch Abzeichen und Autoaufkleber oder durch die Motivation, privat und öffentlich im Gespräch dafür einzutreten, zu reden, zu argumentieren. Wenn eine solche unterschiedliche öffentliche Sichtbarkeit und Hörbarkeit der beiden Lager besteht, dann muß sich das auf die Einschätzung der Stärke der Lager und damit auch ihrer Siegeschancen auswirken: Das eine Lager wird überschätzt, das andere unterschätzt werden. Von diesen Überschätzungen und Unterschätzungen werden Anschlußwirkungen ausgehen: Das überschätzte Lager wird weitere Anhänger motivieren, sich ebenfalls öffentlich zu bekennen, die Anhänger des unterschätzten Lagers werden zunehmend in Schweigen verfallen und damit selbst zur Niederlage dieses Lagers beitragen.

Bei lang anhaltendem Prozeß des *starken öffentlichen Auftretens* der Anhänger einer Seite und bei zunehmendem Schweigen der Anhänger der anderen Seite mit entsprechend hochgehenden Erwartungen eines Sieges der öffentlich triumphierenden Partei werden sich – wenn auch mit erheblicher Verzögerung – rechtzeitig vor der Wahl die unsicheren Wähler zu dem Lager schlagen, das stärker erscheint.

Warum sollten die Anhänger der CDU/CSU vor der Bundestagswahl *1965 zwischen Januar und September* stärker als die Anhänger der Sozialdemokraten in der Öffentlichkeit aufgetreten sein? Anhaltspunkte bietet das politische Geschehen des Sommers 1965, das – bei strahlendem Wetter – den ersten Besuch der englischen Königin im Nachkriegsdeutschland brachte, ein tagelang anhaltendes Volksfest, zum erstenmal auch durch das Fernsehen in die *Mehrheit der Wohnungen transportiert.* Ludwig Erhard, der populäre CDU-Bundeskanzler und Spitzenkandidat der Union im Wahlkampf, teilte gleichsam den Triumphzug mit der englischen Königin.

Eine Bundestagswahl, bei der ein solcher Spiralprozeß – eine Partei setzt sich durch in der Öffentlichkeit, die andere verstummt – besonders gut beobachtet werden konnte, war die Bundestagswahl 1972 mit Willy Brandt als Kanzlerkandidaten und dem Thema Ostpolitik, bei der die SPD ihr bisher bestes Erst- und Zweitstimmenergebnis erzielte. Da*mals nahmen* die Christdemokraten die Wahlabzeichen ab, verzichteten auf Autoaufkleber und sahen tatenlos zu, wie ihre Plakate zerrissen und beschmiert wurden. **Auch 1972 gewann die in der Öffentlichkeit dominierende Partei, die SPD, ganz am Schluß noch drei Prozent Stimmenanteil dazu.**

Was läßt sich aus dieser Erkenntnis, der Theorie der „Schweigespirale", für 1987 lernen? Es läßt sich lernen, daß es für ein überzeugendes Wahlergebnis auf das öffentliche Erscheinungsbild einer Partei an*kommt, auf öffentlich gezeigte* Stärke und auf das Reden, nicht auf das Schweigen ihrer Anhänger.

Wenn man mit einem solchen auf die Sozialpsychologie gerichteten Interesse die Lage vor der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 beobachtet, dann fallen eigentümliche Unterschiede zur Wahl von 1983 auf.

1983 rauften sich viele CDU/CSU-Anhänger die Haare, wie man nur, kaum war eine CDU/CSU-FDP-Regierung im Oktober 1982 an die Macht gekommen, *alles so leichtfertig aufs* Spiel setzen konnte mit der Ausschreibung der Neuwahl für März 1983. Zwischen Anfang Januar und Anfang Februar schien alles verloren. Die Erwartung eines CDU/CSU-Sieges sackte ab, Mitte Januar überholte Hans-Jochen Vogel in der Wählergunst Helmut Kohl als bevorzugter Bundeskanzler, in der Zweitstimmen-Wahlabsicht lagen Ende Januar CDU/CSU und SPD gleichauf.

In dieser Lage kämpfte die CDU/CSU-Basis beständig mit größerer Kraft als die SPD-Basis. Man kann das demoskopisch beobachten mit der Frage: „Haben Sie in letzter Zeit mal versucht, jemanden von Ihrer eigenen politischen Einstellung zu überzeugen?" *Aber noch zuverlässiger* ist es, sich von der anderen Seite her bei denen zu erkundigen, die angesprochen wurden: „Hat in letzter Zeit irgend jemand versucht, Sie von einer bestimmten Partei zu überzeugen, ich meine, daß Sie dieser Partei Ihre Stimme geben sollten?" Und, falls das bejaht wird, weiter zu fragen: „Und für welche Partei?" Bei dieser zweiten Frageform bescheinigt sich nicht jemand selbst, daß er aktiv war, sondern er berichtet über die Aktivität, die ein anderer aufbrachte. Von Anfang Januar 1983 an berichteten immer mehr Leute, sie seien für die CDU/CSU angesprochen worden als für die SPD. (Tabelle 4)

Mitte Februar 1983 war das Ringen *zugunsten der CDU/CSU und FDP* entschieden, auch im Wettstreit um die Führung als bevorzugter Kanzlerkandidat fiel Vogel zurück.

Jetzt, vor der Bundestagswahl 1987, fehlen diese dramatischen Momente. Statt 20 Prozent oder mehr der Wähler berichten nur 15 Prozent, sie seien angesprochen worden, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollten, und wenn man fragt: „Für welche Partei?", lag Ende November die SPD um eine Nasenlänge vorne. (Tabelle 4)

Auch von eigener Aktivität – „Habe versucht, jemanden zu überzeugen" – berichten *CDU/CSU-Anhänger* weniger als SPD-Anhänger, nicht zu reden von FDP-Anhängern und Grünen. (Tabelle 5)

Wer überzeugt wen? Können – wie es Kurt Biedenkopf gefordert hat – CDU/CSU-Anhänger Grüne gewinnen? Das ist nicht sehr wahrscheinlich. Unter allen Grünen neigen im November 1986 nur 13 Prozent als zweitbeste Wahl zur CDU/CSU. Umgekehrt sagt fast jeder zweite Grüne-Wähler (45 Prozent): „Die CDU/CSU *ist für mich die unsympathischste* von allen Parteien."

Das Meinungsklima steht auf Sieg für die CDU/CSU. Auf die Frage: „Wer gewinnt die Wahl?" legte die CDU/CSU noch einmal zu, Ende November nannten sie zusammen mit der FDP 67 Prozent. (Tabelle 6)

Aber die Frage: „Wer gewinnt die Wahl?" hat heute nicht mehr viel Prognose-Wert. Sie ist in ihren Ergebnissen wahrscheinlich stärker beeinflußt durch Medienberichterstattung. Bei der *letzten Oberbürgermeister*wahl in München 1984 sagte bei Umfragen eine erdrückende Mehrheit, der CSU-Kandidat werde siegen – aber der SPD-Kandidat siegte. Umgekehrt rechnete bei der Hamburger Wahl so gut wie niemand damit, daß die CDU stärker werden könnte.

Wenn die Frage: „Wer gewinnt die Wahl?" heute als Frühindikator für Erfolg oder Mißerfolg bei einer Bundestagswahl nicht mehr viel taugt, so werden um so wichtiger alle Fragen, aus denen man auf Reden und Schweigen der Parteianhänger im Wahlkampf schließen kann.

Seit dem Wahlkampf 1976 gibt es eine Allensbacher Frage, die speziell darauf gerichtet ist, öffentliches Eintreten für die bevorzugte Partei im Wahlkampf zu messen. Es wird nach der Bereitschaft gefragt, Wahlveranstaltungen der Parteien zu besuchen, dort aufzustehen und zu sprechen, auch in Straßendiskussionen das Wort zu ergreifen, Wahlabzeichen zu tragen oder an das Auto zu kleben.

Für die CDU/CSU-Anhänger war es schon seit Anfang der 70er Jahre schwieriger, sich öffentlich zu ihrer Partei zu bekennen, weil der Meinungsklimadruck stärker gegen sie war. *Auf die Frage,* mit welchem Autoaufkleber ein Autobesitzer Gefahr laufe, daß ihm die Reifen aufgeschnitten würden, antworteten *1980* 33 Prozent: „Mit einem CDU/CSU-Aufkleber", fünf Prozent: „Mit einem SPD-*Aufkleber*". *1983* wurde der Meinungsklimadruck gegen die CDU langsam geringer. Ende Februar sagten nur noch 17 Prozent: CDU/CSU (SPD: vier Prozent). (Tabelle 7)

Indessen blieben im Wahlkampf 1983 die CDU/CSU-Anhänger in der Bereitschaft, sich öffentlich für ihre Partei einzusetzen, hinter den SPD-Anhängern nicht zurück. (Tabelle 8)

Jetzt (November 1986) sehen 19 Prozent vor allem ein Auto mit einem CDU/CSU-Aufkleber gefährdet, vier Prozent eines mit SPD-Aufkleber. Das heißt, die CDU/CSU-Anhänger haben mit weniger Meinungsklimadruck gegen sich zu kämpfen als in früheren Wahljahren. Aber zugleich läßt ihre Neigung, sich öffentlich für ihre Partei einzusetzen, erkennbar nach, während die SPD-Anhänger ihre kämpferische Bereitschaft steigern. (Tabelle 8)

Erscheint den CDU/CSU-Anhängern der Sieg zu sicher?

Wenn Sie die ersten beiden Beiträge von Elisabeth Noelle-Neumann versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

Am nächsten Dienstag lesen Sie in der WELT:

Die Rolle der Gewerkschaften im Wahlkampf – Soll Strauß nach Bonn? – Wie ernst muß man die Besuchs-Absagen der Sowjetunion nehmen?

WELT Wahlbarometer

Ausstieg kein Thema

Soll man einen Wahlkampf mit Sachthemen führen, oder vor allem die Spitzenkandidaten herausstellen? Nach Tschernobyl sah es so aus, als ob der Ausstieg aus der Kernenergie ein gutes *Sachthema für die Bundestagswahl 1987 sein* würde. Aber jetzt, am Ende des Jahres, stellt sich die Lage schon wieder anders dar.

Eine Frage Ende November lautete: „*Vor kur*zem hat es ja in der UNO, den Vereinten Nationen, eine Abstimmung über die Kernenergie gegeben. Bei dieser Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie unterstützt werden soll. Haben Sie schon davon gehört oder noch nicht gehört?"

Sie hätten davon gehört, sagten 43 Prozent. Alle wurden weiter gefragt: „Und begrüßen Sie diese Entscheidung oder nicht?". „Begrüße ich", sagten 49 Prozent, „begrüße ich nicht", 23 Prozent.

Wenn das so ist, können höchstens die Grünen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie werben.

1. „Was ist für die nächsten Jahre für die Bundesrepublik wohl das beste – wenn eine Partei allein die Bundesregierung stellt, oder zwei oder mehr Parteien zusammen?"

	Februar 1983 %	Nov./Dezemb. 1985 %	Oktober 1986 %
Eine Partei allein	43	32	29
Zwei oder mehr Parteien zusammen	45	51	54
Unentschieden, *weiß nicht*	12	17	17

2. Die Stärke der politischen Lager (Zweitstimmen-Anteil)

	Zum Vergleich: Januar 1983 6–8 Wochen vor der *Bundestagswahl* %	November 1986 Anfang %	Mitte %	Ende %
CDU/CSU und FDP	53,1	52,9	53,4	53,7
SPD und Grüne	46,4	46,6	46,3	45,9

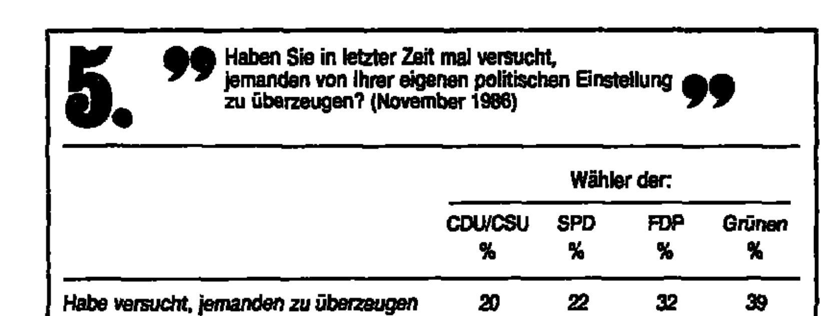
3. Welche Partei ist am sympathischsten?

Als sympathischste Partei wird genannt:

		CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grüne %
Wahlberechtigte insgesamt	1982	47,8	40,5	3,5	6,7
	1986	45,4	40,1	4,8	6,8
Männer					
Insgesamt	1982	46	42	4	7
	1986	46	40	4	7
18 bis 29 Jahre	1982	33	46	3	16
	1986	37	41	3	15
30 bis 44 Jahre	1982	44	45	3	7
	1986	41	44	5	7
45 bis 59 Jahre	1982	52	38	5	2
	1986	52	38	6	1
60 Jahre und älter	1982	57	36	5	1
	1986	55	36	4	1
Frauen					
Insgesamt	1982	50	39	3	7
	1986	45	40	5	7
18 bis 29 Jahre	1982	37	41	4	16
	1986	32	45	4	15
30 bis 44 Jahre	1982	45	42	3	9
	1986	37	45	6	10
45 bis 59 Jahre	1982	51	43	3	2
	1986	49	42	6	1
60 Jahre und älter	1982	61	33	2	2
	1986	59	31	6	2
Schulbildung – Alter: 18 bis 29 Jahre					
Mit Volksschulbildung	1982	36	47	4	11
	1986	36	47	2	11
Mit höherer Schule	1982	35	40	4	20
	1986	33	40	5	18

4. „Hat in letzter Zeit irgend jemand versucht, Sie von einer bestimmten Partei zu überzeugen, *ich meine, daß Sie dieser Partei Ihre Stimme geben sollen?* FALLS JA: Und für welche Partei?"

		Anfang Januar 1983 %	Mitte Januar 1983 %	Ende Januar 1983 %	Anfang Februar 1983 %	Mitte Februar 1983 %	Ende Februar 1983 %	Ende Febr./ Anf. März 1983 %	Mitte November 1986 %	Ende November 1986 %
Ja		19,8	18,6	19,7	18,9	19,7	22,3	27,2	14,7	14,7
und zwar für:	CDU/CSU	7,9	7,4	8,6	8,1	8,9	9,3	12,2	5,5	4,5
	SPD	5,2	5,8	7,0	6,4	7,2	8,4	9,3	4,4	4,9
	FDP	1,2	2,0	1,5	1,9	2,2	2,7	4,2	0,6	1,0
	Die Grünen	5,5	4,2	4,5	4,2	5,4	4,8	7,1	4,1	4,3
Nein		80,2	81,4	80,3	81,1	80,3	77,7	72,8	85,3	85,3



5. „Haben Sie in letzter Zeit mal versucht, jemanden von Ihrer eigenen politischen Einstellung zu überzeugen? (November 1986)"

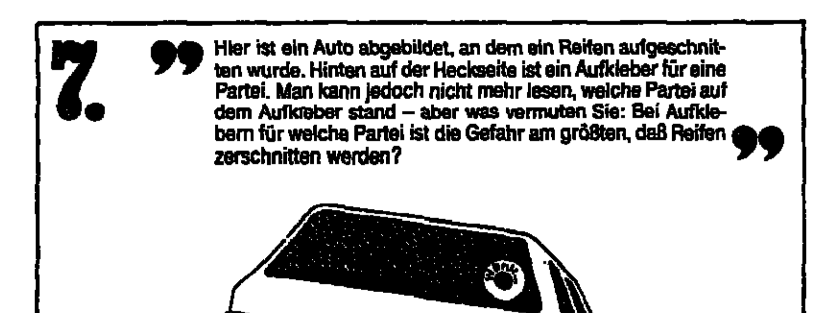
Wähler der:

	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Habe versucht, jemanden zu überzeugen	20	22	32	39
Nicht versucht	74	73	63	59
Keine Angabe	6	5	5	2

6. „Wissen kann das natürlich niemand, aber was glauben Sie, wer bei der kommenden Bundestagswahl die meisten Stimmen bekommt: die CDU/CSU und die FDP oder die SPD und die Grünen?"

	Anfang *November* 1986 %	Mitte *November* 1986 %	Ende *November* 1986 %
Die CDU/CSU und die FDP	58	65	67
Die SPD und die Grünen	15	11	12
Unmöglich zu sagen	27	24	21

7. „Hier ist ein Auto abgebildet, an dem ein Reifen aufgeschnitten wurde. Hinten auf der Heckseite ist ein Aufkleber für eine Partei. Man kann jedoch nicht mehr lesen, welche Partei auf dem Aufkleber stand – aber was vermuten Sie: Bei Aufklebern für welche Partei ist die Gefahr am größten, daß Reifen zerschnitten werden?"



Die Gefahr ist am größten *bei:*	September *1976* %	September *1980* %	Januar *1983* %	Ende Febr./ Anf. März *1983* %	November *1986* %
CDU/CSU	21	33	24	17	19
SPD	9	5	3	4	4
FDP	1	1	9	7	2
NPD	11	8	9	9	8
DKP	17	14	11	15	7
Die Grünen	–	3	10	12	16
Andere und keine Angabe	45	40	37	39	47

8. „*Jetzt eine Frage zu der Partei, die Ihren Ansichten am* nächsten steht: Wenn man Sie fragen würde, ob Sie für diese Partei etwas tun möchten, zum Beispiel etwas von diesen Karten hier. Ist da irgend etwas dabei, was Sie für diese Partei tun würden, die Sie für die beste halten? (Vorlage eines Kartenspiels)"

	CDU/CSU-Anhänger *Januar* 1983 %	Mitte Nov. 1986 %	Ende Nov. 1986 %	SPD-Anhänger *Januar* 1983 %	Mitte Nov. 1986 %	Ende Nov. 1986 %
Ich wäre bereit –						
an einer Wahlversammlung meiner Partei teilzunehmen	51	41	37	51	42	46
in einer Wahlversammlung meiner Partei aufzustehen und in der Diskussion etwas zu sagen, wenn es mir wichtig erscheint	28	20	19	28	19	24
den Standpunkt meiner Partei auch in Veranstaltungen anderer Parteien zu vertreten	18	11	13	18	10	14
eine Anstecknadel, einen Ansteckknopf zu tragen	16	15	11	22	18	22
einen Aufkleber ans Auto zu machen	28	23	18	31	28	29
an einer Straßendiskussion teilzunehmen *und* für meine Partei einzutreten	18	12	12	20	14	19
„Nichts davon	35	47	53	34	45	42

Ganghofers Traumfabrik für mündige Bürger

Hochalpines heimatlich

In den Schloß-Führern durch die deutsche Literatur liegt zwischen Tucholskys flapsigem Traumurlaub auf „Schloß Gripsholm" und Wedekinds satirischem Familienalbtraum vom „Schloß Wetterstein" das „Schloß Hubertus" von Ludwig Ganghofer, wie es heißt, „außerhalb der eigentlichen Literatur und spiegelt den damaligen (1895) Publikumsgeschmack ab". Und wer heute in einer urbangehobenen Buchhandlung danach fragt, erkennt schon am sanften Seminarblick eines Ganghofer-Nichtlesers das Herrschaftswissen aus dem Kindler-Lexikon: das

Schloß Hubertus – ZDF, 20.15 Uhr

halt auch bei diesem Heimatschriftsteller „die politischen und sozialen Probleme nicht mit der gebotenen kritischen Bewußtsein dargestellt und zu Ende gebracht werden ..."

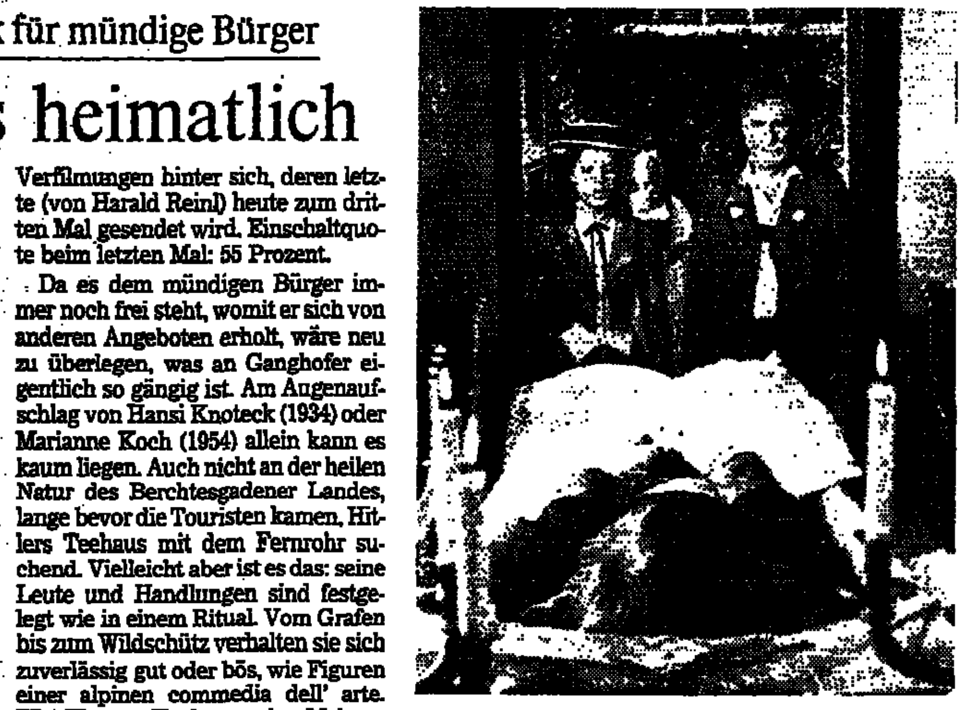
Derart auf den Nerven heutiger Literatursoziologen herumtrampelnd, hat es Ganghofer zu einer Gesamtauflage von 32 Millionen gebracht – nach seinem unter Schriftstellern eher genierlichen Kernspruch (aus „Schweigen im Walde"): „Wann ich a Büchl les, möcht ich mei Freud haben ... Sonst pfeif ich auf die ganze Dichterei!" und „Schloß Hubertus", mit etwa zwei Millionen Auflage sein populärster Roman, hat schon drei Verfilmungen hinter sich, deren letzte (von Harald Reinl) heute zum dritten Mal gesendet wird. Einschaltquote beim letzten Mal: 55 Prozent.

Da es dem mündigen Bürger immer noch frei steht, womit er sich von anderen Angeboten erholt, wäre neu zu überlegen, was an Ganghofer eigentlich so gängig ist. Am Augenaufschlag von Hansi Knoteck (1934) oder Marianne Koch (1954) allein kann es kaum liegen. Auch nicht an der heilen Natur des Berchtesgadener Landes, lange bevor die Touristen kamen, Hitlers Teehaus mit dem Fernrohr suchend. Vielleicht aber ist es das: seine Leute und Handlungen sind festgelegt wie in einem Ritual. Vom Grafen bis zum Wildschütz verhalten sie sich zuverlässig gut oder bös, wie Figuren einer alpinen commedia dell' arte. Wie Werner Koch vor der Mainzer Akademie zu „Ganghofers Haltung" ausführte: „Er irrt, wenn er meint, er stelle die Menschen so dar, wie sie sind". Umgekehrt aber hat bei aller vereinfachenden Naivität auch typenbildend gewirkt, und manche seiner Verächter sehen sich insgeheim noch mit seinen Augen (des Jahrgangs 1855) im Lande um, wenn sie dort Urlaub machen.

Seine Hochlandmenschen hat er in der heimatlichen Traumfabrik fest in der Hand. Doch als er Anno 1914 zu 91 Kriegsliedern in 152 Tagen ansetzte („Die Eiserne Zither") und später Kriegsberichte für insgesamt vier Bände schrieb, schlug der immer genau beobachtende Naturschwärmer um in einen emphatischen Schlacht-Idylliker von West und Ost nach dem Muster: „Ganz unglaublich ist es, wieviel behagliche Stimmung in einem Schützengraben herrschen kann, während er umzwitschert ist vom Gesang der eisernen Vögel ..." Kein Wunder, daß er sich die Anerkennung seines Lesers Kaiser Wilhelm II. zuzog: „Ganghofer, sind Sie denn überall!" und eine „Simpl"-Karikatur mit dem Generalsruf: „Ganghofer ist da – der Sturm kann beginnen!"

Wie Ganghofers Patriotismus vom Historiker nicht unterschlagen werden kann gegenüber etwa Remarques „Im Westen nichts Neues" auf der literarischen Hochebene – so sind Ganghofers Heimatgefühle zweifellos ein schlichtes Gegengewicht zu den „Auguren der überschnürten Ästhetik", wie er sie genannt hat und heute mehr denn je nennen könnte.

ARMIN EICHHOLZ



Mesalliancen und Unglücksfälle greifen Graf Sennefeld (Karl Lange) ans schlichte Herz: Sohn Tassilo verspricht sich einer Sängerin und bricht mit der Familie, Tochter Kitty (Ute Kittelberger) verfällt gar einem Maler, während Sohn Willy (im Vordergrund liegend) tödlich verunglückt. Regisseur Harald Reinl verfilmte 1973 „Schloß Hubertus". Im Oktober 1986 wurde er erstochen – seine Frau ist tatverdächtig. FOTO: KINDERMANN

ARD

9.45 Info: Gesundheit
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Tennis Masters-Turnier
Endspiel Lendl – Becker

15.00 Tennis Masters-Turnier
Endspiel Lendl – Becker
15.50 Tagesschau
16.00 Die Sklavin Isaura (10)
16.25 Rund um den Dom
Kölner Geschichten (3)
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Donnerlippchen
Spiele ohne Gewähr
Mit Jürgen von der Lippe
21.00 Panorama
SPD-Dilemma. SDS-Veteranen-Treffen. Vietnam-Krieg und die Folgen für eine amerikanische Familie. Diesel-Abgase
21.45 Miami Vice
Pakt mit dem Teufel
22.30 Tagesthemen
23.00 Bücherjournal
Hemingway: Revision einer Legende. Gustafsson: Dritte Rochade des Bernhard Foy. Fuente: Der alte Gringo. Schwestern Brontë
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken
Kurt Tucholsky: Leere

ZDF

11.20 Hals über Kopf
Amerikanischer Spielfilm (1979)
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mit dem Kopf durch die Wand
Familienquiz mit B. Lechtermann
18.20 Der Untermieter
Der Vetter aus Dingsda
Mit Dieter Hallervorden, Rotraud Schindler
19.00 heute
19.30 Brudermord im Paradies
Bericht von Alexander Niemetz über den Bürgerkrieg in Sri Lanka
20.15 Schloß Hubertus
Deutscher Spielfilm (1973)
Mit Karl Lange, Ute Kittelberger, Karlheinz Böhm, Sascha Hehn
Regie: Harald Reinl
21.45 heute-journal
22.05 Blaubart
Video- und Tanzopernprojekt von Rosamund Gilmore
Nach der Oper von Franz Hummel
Libretto: Susan Oswell nach dem Hysteriefall „Dora" von Sigmund Freud und Texten von Georg Trakl
23.30 heute

SAT 1

15.35 Indian River
Das Abkommen
16.00 Der Junge und der Hund
Russischer Jugendfilm (1965)
16.25 Die Waltons
Olivia und die große Welt
17.10 Western von gestern
Fuzzy, der Ritter vom Drahtesel
18.00 Verliebt in eine Hexe
Samantha und Leonardo da Vinci
18.30 blick
18.45 Schirm, Charme und Melone
Diesmal mit Knalleffekt
Anschließend: Dialektsongs
19.45 Love Boat
Captain Stubing auf Freiersfüßen
Finger weg von meiner Braut
Was hat er, was ich nicht habe?
20.40 Airwolf
Unschuldig hinter Gittern
21.30 blick
22.15 F. A. Z. etten
Thema: Literatur
22.45 Vegas
Das Platten-Komplott



19.00 Nachbar Europa
Arbeitsvermittlung in der Krise?
19.45 Rückblende
Vor 185 Jahren: Nestroy geboren
20.00 Tagesschau
20.15 Sechs Wochen im Leben der Brüder G.
Von Daniel Christoff
Regie: Peter Beauvais
21.30 Der andere Blick
Ungarischer Spielfilm (1982)
Regie: Karoly Makk



18.00 Mini-ZiB
18.10 Okay
Jugend-Illustrierte
19.00 heute
19.30 Diese Drombuschs
Die manipulierte Chance
20.35 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Wie weiter am Rhein?
Bericht über Chemiekatastrophen
Diskussion mit Behörden und Betroffenen



18.15 Deutsche Szene/Regional
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
Der Mörder wird entlarvt
20.20 Filmvorschau
20.30 Lautlose Angst
Französischer Spielfilm (1977)
Mit Michel Piccoli, Marie-Christine Barrault, Claude Brasseur
Regie: Françoise Girod
22.30 Nachrichten
22.40 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.50 Popeye, der Tierpfleger
22.55 Alles für die Katz

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Todesdroge Crack – Handel in Bolivien, USA und Bahamas
20.45 Vor 55 Jahren
Letzte Völkerschauen auf der Kolonialausstellung in Paris
21.00 Formel Eins
Hitparade
21.45 Wasserkraft – ja bitte
Hat alternative Energie Zukunft?
22.15 Deutscher Alltag
Meine ungehörigen Träume. Über die „DDR"-Schriftstellerin Helga Königsdorf
23.00 Irgendwo Power machen
Entwicklung eines Schülers
Reportage von Wolfgang Ettlich

NORD

19.15 Arbeitsmarkt Amerika
Von Sabine Rheinhold
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
100 Jahre Kaugummi. Austern in Deutschland. Marzipankünstler. Rentner in China
21.00 Der Sprinter
Die Zeit der Scherze ist vorbei
Deutscher Spielfilm (1984)
Mit Wieland Samolak, Gerhard Olschewski, Renate Muhri
22.25 Lichtwark – die Kunst und die Banausen
Vor 100 Jahren trat Alfred Lichtwark sein Amt als Direktor der Hamburger Kunsthalle an.

HESSEN

18.35 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Die Dame ohne Kamelien
Italienischer Spielfilm (1953)
Mit Lucia Bosè, Andrea Cecchi
Regie: Michelangelo Antonioni
21.40 Drei aktuell
21.55 Allerlei Theater
Neues von hessischen Bühnen
22.40 Hochschulreport
23.25 Focus on Jazz
Allan Holdsworth Quartett

SÜDWEST

18.30 Schwarzes Theater
18.53 Welt der Zoos
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Ein deutsches Jahrzehnt
Wie die Nationalsozialisten die Arbeitslosigkeit beseitigten
20.15 Der Fall Yukio Mishima
Vor 15 Jahren starb der Schriftsteller durch Seppuku. Der Film rekonstruiert sein Leben.
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Die Marx Brothers im Krieg
Amerikanischer Spielfilm (1933)
22.20 8 x USA

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Der direkte Draht
Live-Sendung zum Mitspielen mit einem Spiele-Erfinder und einem Kartenkünstler
19.55 Z. E. N.
St. Peter in München
20.00 Münchner Künstler
Die drei Kreibigs
20.45 Die Sprechstunde
Erstes Jahr im Kindesleben
21.30 Rundschau
21.45 Das verlorene Wochenende
Spielfilm (USA 1945)
Regie: Billy Wilder

KRITIK

Miami Quirl

Wieso sollte man sich **Miami Vice** (Lasterhöhle Miami) ansehen? Die Jüngeren werden vielleicht sagen: wegen der Popmusik und der lockeren Sprüche. „Miami Vice" ist ansonsten Kaugummi fürs Gehirn wie „Dallas", „Denver" oder andere routiniert gemachte nordamerikanische Serien. Das Erfolgsrezept: zu hochglanzbunten Bildern wird eine seichte Story aufgetischt, die zu zerpflücken leichtfiele, was die Produzenten jedoch nicht träfe, weil Logik kein Bestandteil der Unterhaltung ist.

Und solche Serien haben einen umfassenden Unterhaltungsanspruch. Da werden keine unterschwelligen Botschaften transportiert. Man versucht nicht, etwas zu suggerieren. Was vermittelt werden soll, wird verbal grobschlächtig, doch mit handwerklich perfekter Dramaturgie dargelegt. Luxus, Schmuggel, Kokain, Verfolgungsjagden in tollsten Booten und Autos, Liebe oberhalb der Gürtellinie und Schießereien – das kommt in einen Quirl, und mindestens alle fünf Minuten muß eine dieser Zutaten einen Zwischen-Höhepunkt erzeugen, sonst fallen Spannungskurve, Zuschauerzahl und Produzenten-Köpfe.

So ist diese Fernsehserie, die von heute an wöchentlich anstelle von „Dallas" läuft, wahrscheinlich auch auf unendlichen Fortgang angelegt. Nicht die Bilder erzählen eine Geschichte, nein, sie illustrieren ein Geschehen, das sich vorwiegend über einen ziemlich banalen Dialog mitteilt.

Das Recht ist auf Seite des Stärkeren. Ziel ist das Gewinnen um jeden Preis, und dafür darf man sich dann nötigenfalls gegen Vorschriften und die Gemeinschaft wenden. Die *tough guys* von „Miami Vice" sind als Helden im Großstadtdschungel wie Sheriffs in der Prärie, auf die immer neue Banditen warten. Sie reiten und reiten. Und wieso sollte man sich das nicht ansehen?

ANDREAS ENGEL

Emporgehoben

Es ist sicher schwer, einen Fernseh-Bericht über den Bundespräsidenten zu machen. Man erinnert sich an manche Geschmacklosigkeiten auch des Fernsehens über Heinrich Lübke. Dafür war Karl Neumann um so respektvoller gegenüber Richard von Weizsäcker in seinen Bericht **Wirken durch Reden** (wobei erstaunte, wie viel Respekt das sonst gegenüber Politikern dieser Couleur so unerbittliche Fernsehen in 45 Minuten unterbrachte).

„Wo er erscheint, löst sich alle Steifheit", hieß es im ARD-Beitrag. Woher jedoch Neumann die bundesrepublikanische Selbsteinschätzung nahm, die Westdeutschen lebten keinesfalls „stark aus dem Gefühl", bleibt sein Geheimnis – man übersetze nur Gefühl mit Emotion, und schon ist man, wenn nicht in der deutschen Wirklichkeit, so doch jedenfalls in der deutschen Medienwirklichkeit.

Weizsäckers Wirklichkeit indes ist eine andere; er ist weit weniger Medien-Amtsträger als viele andere in Bonn. Er stelle sich der Vergangenheit, wobei man aber „keine Auswahl treffen" dürfe, wie er sagte. Hier hätte auch ein respektvoller Gesprächspartner gewiß nachfragen können.

Für den Tiefgang der Sendung sorgte ein „Zeit"-Redakteur: „Charisma" und „Prophet in der Wüste" waren Worte seiner Weizsäcker-Deutungen, während Neumann poetisierte: „Er hört die Hymne, schüttelt Hände." Um dann, sich an den Präsidenten wendend, zu fragen: „Darf ich fragen?" da

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Meinungsfreiheit für alle

„Wurde Havels Redetext in Holland doch zensiert?": WELT vom 14. November

Im Januar dieses Jahres gab die private Stiftung Praemium Erasmianum bekannt, daß der Erasmuspreis 1986 an Vaclav Havel zuerkannt wurde. Zu diesem Zeitpunkt konnte man in den Niederlanden nicht ahnen, daß um die Preisverleihung selbst große Aufregung entstehen würde.

Was ist eigentlich passiert? Ende Oktober wurde bekannt, daß die niederländische Regierung Bedenken gegen einige Passagen der Rede hatte, die Havel anläßlich der Verleihung des Erasmuspreises verlesen lassen wollte. Daraufhin beschloß die liberale Partei der Niederlande VVD (eine Schwesterpartei der FDP), die Regierung deswegen zu befragen. In einer Debatte der „Tweede Kamer", dem niederländischen Bundestag, unterstützten andere Parteien die VVD. Es entspann sich eine Debatte, in der das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung im Mittelpunkt stand.

Diese Debatte brachte an den Tag, daß die Stiftung den Erasmuspreis eigentlich an die Charta 77 hatte zuerkennen wollen. Aber der niederländischen Regierung, die von der Stiftung konsultiert worden war, gelang es durchzusetzen, daß der Preis nicht an die Charta, sondern an ein prominentes Mitglied, Havel, ging. Die Regierung fürchtete, daß sonst das Königshaus in eine politisch brisante Angelegenheit verwickelt werden könnte. Prinz Bernhard ist der Regent der Stiftung. Und seine Tochter, Königin Beatrix, verleiht in der Regel durch ihre Anwesenheit der Zeremonie Glanz. Durch eine Preisverleihung an die Charta 77, so fürchtete man, könnte es Komplikationen auf diplomatischer Ebene und bei den Beziehungen zu Prag geben.

Auch der diplomatische Dienst der Niederlande beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Dabei ging es um den Inhalt des Dankwortes, das im Namen von Havel ausgesprochen werden sollte. Darin wollte er bemerken, daß der Preis mehr der Charta 77 als ihm persönlich zustünde. Als Kompromiß wurde abgesprochen, daß das Dankwort kurz sein sollte. Der gesamte Text sollte nach Beendigung der Preisverleihung während der abendlichen Aufführung eines Theaterstückes von Havel ausgeteilt werden. Havel wollte den Preis übrigens deswegen nicht selbst in Empfang nehmen, da er fürchtete, nicht mehr in die Tschechoslowakei zurückkehren zu können. Deshalb sollte ein Freund die Rede verlesen.

Glücklicherweise hat die liberale VVD in diesem Fall erreicht, was sie wollte: die Bestätigung des Rechtes von Ausländern, in den Niederlanden auch von einem niederländischen Grundrecht Gebrauch machen zu können; und die Beschränkung einer zu weit gehenden Interpretation der



Joris J. C. Voorhoeve

ministeriellen Verantwortung für Mitglieder des Königshauses. Daß die Führung in Prag durch die Auszeichnung der Charta 77 irritiert wurde, zeigt doch schließlich, daß man richtig gehandelt hat.

Joris J. C. Voorhoeve, Fraktionsvorsitzender der „Volkspartei für Freiheit und Demokratie", „Tweede Kamer" des Niederländischen Parlaments, Den Haag

Rechenexempel

„Der Samstag darf nicht tabu sein": WELT vom 27. November

In der WELT der Wirtschaft wurde, angeblich von Gesamtmetall, die Behauptung aufgestellt, daß bei konsequenter 38,5-Stunden-Woche mit einer Regelarbeitszeit von 7,7 Tagesarbeitsstunden Betriebsanlagen nur noch zu 17 Prozent genutzt würden. Das ist doch wohl reine Polemik, die darauf hofft, daß niemand nachrechnet.

Das Jahr hat 365 Tage zu 24 Stunden, also 8760 Stunden. 17 Prozent davon sind 1489,2 Stunden. Teilt man diese durch 38,5, so errechnen sich 38,68 Wochen, in denen überhaupt nur gearbeitet wird. Ergo hat der Arbeiter 13,3 Wochen Ferien beziehungsweise an über 13 Wochen im Jahr steht der Betrieb (wohl infolge Auftragsmangel) still.

Wenn man schon die betriebliche Kostenbelastung beziehungsweise die Unwirtschaftlichkeit einer zu schlechten Nutzung des Anlagekapitals demonstrieren will, sollte man entweder richtig rechnen oder auftragsbedingte Kurzarbeitszeiten nicht zu Lasten der 38,5-Stunden-Woche verbuchen, auch nicht in Wahlkampfzeiten, wo es niemand mit dem Wahrheitsgehalt seiner Aussagen so ganz ernst nimmt.

Dr. Heinrich Frinken, Wetter 4

So viel anders?

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit viel Interesse und Anteilnahme haben wir immer den Freikauf von Häftlingen aus der sogenannten DDR verfolgt. Oft kamen uns auch Zweifel, ob dieser Menschenhandel vertretbar ist. Da aber alle Regierenden und auch die jeweilige Opposition sich für diese humanen Maßnahmen einsetzten, konnte man glauben, daß diese vom ganzen Volke zu vertreten seien.

Weil jetzt aber unsere Medien, besonders Rundfunk und Fernsehen, den amerikanischen Präsidenten aufs schärfste angreifen, weil er aus humanen Gründen mit allen Mitteln versuchte, seine Landsleute aus den Händen der schlimmsten Fanatiker zu befreien, müssen doch wohl folgende Fragen erlaubt sein:

Haben unsere Medien plötzlich kein Verständnis, daß ein Präsident alle offenen und geheimen Mittel in Erwägung zieht, um seine Mitmenschen aus der Gewalt von Fanatikern zu befreien?

Wurden uns von unseren Regierenden immer alle Zahlungen in Tausenden-von-Millionen-Mark-, ja Milliarden-Höhe bekannt gegeben?

Konnte Herr Honecker diese Gelder auch dazu verwenden, daß die unmenschliche Grenze im geteilten Deutschland noch unüberwindbarer, mit Wachtürmen befestigt wurde, beziehungsweise die Zahl der dort stationierten Volksarmisten noch erhöht werden konnte, so daß, wie vor einigen Tagen wieder passiert, Deutsche auf oder an der Mauer ermordet wurden?

Wie sagt doch so schön der Volksmund: Jeder halte zunächst sein Haus in Ordnung und kehre vor seiner eigenen Tür.

Wilhelm Rohberg, Zell/Mosel

Wort des Tages

„Es ist in der Politik niemals möglich, mathematische Beweise zu geben."

Otto von Bismarck (1815–1898)

Märchenstunde

„Schnitzlers Neffe verließ sich auf die Gestirne"; WELT vom 26. November

Es ist schlechterdings unmöglich, mit einem Privatwagen ins Sperrgebiet an der Ostseeküste zu fahren und sich dort einen halben Tag versteckt zu halten, zumal dann nicht, wenn der Küstenschutz in Alarmbereitschaft steht.

Es gibt an der Küste keinerlei Unterholz, alle Wege zum Strand, die nachts mit Scheinwerfern taghell erleuchtet werden, sind für Autos gesperrt. Die Spurensuche arbeitet rund um die Uhr, um Leute ausfindig zu machen, die das „Verbrechen" begehen wollen, diesen Staat zu verlassen.

Das Schlauchboot will Hans-Karl von Schnitzler „unbeschädigt durch Sperrzaun und Drähte" gebracht haben. Jeder, der über die innerdeutsche Grenze geflohen ist, wird darüber nur lachen können. Man lese Tina Österreichs Buch „Ich war RF" (1977), worin eine schon im Vorfeld verhinderte Flucht über die Ostsee geschildert wird.

Mir scheint, Hans-Karl hat vor Bernd Hummel nur das wiederholt, was sein Onkel Karl-Eduard wöchentlich im DDR-Fernsehen praktiziert: „Schnitzlers Märchenstunde"!

Dr. Jörg Bernhard Bilke, Bonn

Zarte Pflanze

„Versuch zu spalten"; WELT vom 28. November

Gerade die den Russen gegenüber angeführte „politische Intelligenz" des deutschen Volkes sollte vor allen Rückfällen des „kalten Krieges" bewahren, wie er leider durch den unglücklichen Vergleich „Goebbels – Gorbatschow" neu entfacht worden ist. War es nicht gerade die Goebbelsche Beschwörung: „Wollt Ihr den totalen Krieg?", die uns heute noch erschauern macht??

Auf der anderen Seite steht die Totalität der Unmenschlichkeit und Grausamkeit in der Erinnerung der miterlebenden Zeitgenossen beim Sichvergegenwärtigen vom Krieg auch gegen die Zivilbevölkerung, bis hin zu den entsetzlichen Vorgängen beim Einmarsch der Roten Armee in die deutschen Ostprovinzen und darüber hinaus.

Sollte es nicht gerade der Sinn der Begegnungen von Reykjavik sein, das zarte Pflänzchen der Hoffnung auf „Nie wieder Krieg" zu hegen und zu pflegen? Von dieser Hoffnung läßt die gegenwärtige Kontroverse, um die es zur Zeit geht, leider nur noch wenig Verheißungsvolles erkennen.

F.-W. v. Seydlitz, Hannover 1

Personen

VERNISSAGE

Anläßlich der ersten Ausstellung von Werken sämtlicher Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels seit seiner ersten Vergabe im Jahre 1950, die in der Landesvertretung von Hessen in Bonn eröffnet wurde, las der Preisträger von 1981, **Lew Kopelew**, aus eigenen Werken. **Günther Christiansen**, Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels: „Eine Präsentation in dieser Breite hat es bisher nicht gegeben." Er benutzte die große Festversammlung, die als Hausherr der Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund, Staatsminister **Willi Görlich**, begrüßte, um einen häufig vergessenen Tatbestand zu korrigieren: „Es ist nicht in erster Linie ein literarischer Preis. Das Statut kennt keine Begrenzung der Bereiche, in denen Menschen für den Frieden wirken können." Görlich: „Bei dem Preisträger 1986, **Wladyslaw Bartoszewski**, stehen Friedensgesinnung und Menschenrechte im Vordergrund seines Werkes."

EHRUNGEN

Den mit 100 000 Dollar dotierten israelischen Karl-Wolf-Preis 1987 für Musik erhalten der amerikanische Violinist **Isaac Stern** und der polnische Komponist **Krzysztof Penderecki**. Die als Israels Nobelpreis gel-



Isaac Stern

tende Auszeichnung wird jedes Jahr von der internationalen Stiftung finanziert und vom Staatspräsidenten verliehen. Der Preis soll im Mai 1987 überreicht werden.

*

Der mit rund 13 000 Mark verbundene Jan-Palach-Preis 1986 ist in Paris dem in Bratislava (Preßburg) lebenden Schriftsteller **Milan Simecka** zuerkannt worden. Die Auszeichnung erinnert an den gleichnamigen Studenten, der sich nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts 1968 in Prag öffentlich verbrannte. Der seit acht Jahren von dem internationalen Komitee zur Unterstützung der „Charta 77" vergebene Preis wird am 17. Januar in Wien verliehen. An diesem Datum jährt sich der Selbstmord Palachs zum 18. Mal. Der 56jährige Doktor der Literatur Simecka war mehrmals im Gefängnis. Er veröffentlichte eine politische Analyse über die Normalisierung in der Tschechoslowakei. Frühere Preisträger waren der Schriftsteller **Vaclav Havel**, das „Komitee zur Verteidigung ungerecht verfolgter Personen" (VONS) und der Untergrund-Verlag Petlice.

GEBURTSTAG

Der Kunstmäzen **Knud Jensen** feierte seinen 70. Geburtstag. Er hat Dänemark in Sachen moderner Kunst zu einer erstklassigen Adresse verholfen. Louisiana heißt sein Museum in Humlebaek, etwa 30 Kilometer von Kopenhagen entfernt. Vor rund 30 Jahren verkaufte Jensen das väterliche Unternehmen und investierte seine Millionen in das Museumsvorhaben. 1958 wurde die Louisiana als unabhängige Stiftung gegründet, aus deren Mitteln und inzwischen auch mit Unterstützung des dänischen Staates finanziert. Untergebracht ist das Mekka der internationalen modernen Kunst von Arp bis Schwitters und Moore in immer wieder erweiterten Bauten der Kopenhagener Architekten **Jörgen Bo** und **Vilhelm Wohlert**.

THEATER

Ernö Weil, derzeit Oberspielleiter am Stadttheater Pforzheim, wird mit Beginn der Spielzeit 1987/88 neuer Intendant des Landestheaters Coburg. Unter 62 Bewerbern wählte der Verwaltungsausschuß einstimmig den 1947 in München geborenen Weil als Nachfolger von **Tebbe Harms Kleen**, dessen Vertrag nicht mehr verlängert worden war. Weil studierte in seiner Heimatstadt Theaterwissenschaft und Kunstgeschichte sowie Opernregie an der Hochschule für Musik.

RUHESTAND

Der Schlesier vom Jahrgang 1922 kam nach Krieg und Gefangenschaft 1946 mit britischen Zeugnissen aus einem Lagersender zum NWDR in Hamburg: **Werner Honig**, Stellvertretender Direktor und Leiter der Transkriptionsdienste der Deutschen Welle, darf sich deshalb mit Recht einen „Mann der ersten Stunde" nennen. Er tritt jetzt nach 40 Jahren Rundfunktätigkeit in den Ruhestand. Im Kölner Funkhaus war Honig bis 1964 als Kulturredakteur, Regisseur und Moderator tätig. Seine Sendereihe „Die stille Stunde" im WDR war die über den längsten Zeitraum hin gesendete literarische Hörfunkreihe. Bei der Deutschen Welle, dem „Auslandsdienst" der Bundesrepublik Deutschland, war der Journalist aus Görlitz, dem in seiner Jugend ein künstlerisches Lehramt als Berufsziel vorschwebte, als Programmchef der Fernseh-Transkription am Aufbau der Trans-Tel beteiligt, leitete acht Jahre lang den Zentraldienst Kultur, wurde dann stellvertretender Programmdirektor und ist seit 1978 als stellvertretender Direktor Chef der beiden Transkriptionsdienste Hörfunk und



Werner Honig

Fernsehen. Honig hat viele Publikationen über musikalische und literarische Themen, vor allem aber aus dem Spezielgebiet „Ordens- und Uniformkunde" veröffentlicht. Er fungiert als Berater in heereskundlichen Fragen bei Film und Fernsehen.

MUSEUM

Engagierte Bonner Bürger haben jetzt die Initiative ergriffen, dem schönsten Schmuckstück Bonns, dem Geburtshaus von Ludwig van Beethoven in der Bonngasse Nr. 20, wieder zu neuem Glanz zu verhelfen. Der Bonner Malermeister **Manfred Knopp** bot Bankier **Hermann Josef Abs**, dem Vorsitzenden des Vereins Beethovenhaus, an, die Fassade des Hauses auf eigene Kosten zu renovieren. Knopp tat darüber hinaus den Bonner Dachdeckermeister **Hans Rommerscheidt** auf, der die notwendigen Dachreparaturen kostenlos übernimmt. Schließlich fanden beide Herren auch noch Unterstützung bei dem Bonner „Gerüstbau Keil" und seinem Inhaber Maurermeister **Alfred Schmitt**. Dem guten Beispiel folgend boten daraufhin auch Bonns Architekt **Ralph Schweitzer** und Dozent **Wolfgang Setzler**, Lehrbeauftragter für Denkmalschutz, ihre beratende Mithilfe an.

Alfred Balen gestorben

sid/dpa, Zürich

Der Wasserballsport trauert um Alfred Balen. Der Erfolgstrainer des achtmaligen deutschen Meisters und Pokalsiegers Spandau 04 Berlin starb am Sonntag abend um 22.12 Uhr in einem Züricher Hospital nach einem Gehirnschlag. Wenige Stunden zuvor hatte der 56jährige Jugoslawe noch den *zweiten Supercup-Erfolg seiner* Mannschaft erlebt, die das Duell der Europacupsieger (Meister und Pokalgewinner) gegen Mornar Split nach einer spannenden Auseinandersetzung mit 10:8 gewann.

Balen war unmittelbar nach dem Sieg seines Teams zu den Spielern ins Wasser gesprungen, wie immer, wenn Spandau gewonnen hatte. 60 Minuten später klagte Balen über Unwohlsein und zog sich zusammen mit Masseur *Peter Bohleber auf sein Hotelzimmer* zurück. Als sein Zustand immer schlechter wurde, wurde Balen notärztlich behandelt. Doch auch auf der Intensivstation des Züricher Waid-Hospitals konnte er nicht mehr gerettet werden.

Alfred Balen war im Frühjahr 1969 als ehemaliger jugoslawischer Nationalspieler nach Berlin gekommen. Zuvor hatte er unter anderem die mexikanische Nationalmannschaft bei den Olympischen Spielen 1968 in Mexico City betreut. In Berlin sollte er eine Doppelfunktion als Landestrainer für Schwimmen und Wasserball ausüben.

Der Diplom-Sportlehrer verhalf *Spandau 04 Berlin nach zweiten Plätzen* 1977 und 1978 im Jahr darauf erstmals zur Deutschen Meisterschaft. Diese Serie ist bis heute erhalten. 1982 folgte der erste Europacup-Gewinn gegen Dynamo Alma Ata, *1985 und 1986 stand Spandau mit* Balen weitere zwei Male an der europäischen Spitze.

Unter Alfred Balen wurde Berlin zur Hochburg des europäischen Wasserballs, und sein Team galt zuletzt *als beste Klubmannschaft der Welt*, wie er als einer der weltbesten Trainer gefeiert wurde. Balen war am Beckenrand stets ehrgeizig, litt mit der Mannschaft und freute sich mit ihr. Seine Schützlinge stellten auch *stets das größte Kontingent in der* Nationalmannschaft, an deren Erfolgen sie maßgeblich beteiligt waren. Von seiner höchsten persönlichen Auszeichnung, die er nun nicht mehr in Empfang nehmen kann, konnte *der wasserballbesessene Alfred Balen* vor wenigen Tagen Kenntnis nehmen. Er wurde bundesweit zum „Trainer des Jahres" gewählt.

Die fassungslosen Spieler und Funktionäre aus Spandau erhielten die Nachricht vom Tode Alfred Balens beim Bankett nach dem Supercup-Spiel. „Wir können es immer noch nicht begreifen", sagte Abwehrspieler Thomas Loebb schockiert. Alfred Balen soll in Ljubljana beigesetzt werden. Er hinterläßt eine Frau und eine Tochter.

TENNIS / Boris Becker wieder im Finale des New Yorker Masters-Turniers

„Daß ich angelangt bin, wo ich stehe, ist ein Verdienst des ganzen Teams"

H.-J. POHMANN, New York

Das war schon ein seltsames Schauspiel im New Yorker Madison Square Garden, als Boris Becker im Halbfinale des Masters-Turniers *seinen Matchball zum 6:4, 6:4 gegen* Stefan Edberg verwandelte. Da huschte kurzfristig ein Lächeln über das Gesicht des blassen Trainers Günter Bosch, und Coach Ion Tiriac verschwand nach verhaltenem *Klatschen in der Spielergarderobe.*

Ganz anders der Wimbledonsieger, der frohgestimmt vor die Fernsehkameras trat und sichtlich angetan über seine eigene Leistung sprach. Erst eine Frage zur derzeitigen Stimmung *im Becker-Clan ließ Becker kurz und* überrascht aufblicken. Ein Erstaunen, das sich auf der anschließenden Pressekonferenz noch steigerte.

Denn die deutschen Journalisten, aufgeschreckt durch eine Meldung der Deutschen *Presse-Agentur* (dpa), wähnten die größten Streitigkeiten zwischen Tiriac und Bosch. Ja, es wurde sogar über die bevorstehende Entlassung des ehemaligen Bundestrainers spekuliert. Zur Sache befragt, stellte Becker erst einmal einige Dinge klar: „Daß ich da angelangt bin, wo ich heute stehe, ist ein Verdienst des gesamten Teams. Wenn es wirklich atmosphärische Störungen geben würde, hätte ich nicht die Turniere in Sidney, Tokio, Paris und Atlanta in Reihenfolge gewonnen."

Noch krasser äußerte sich Ion Tiriac auf einem der zahlreichen Flure im Garden. „Das ist absolut verrückt. Wenn es wahr wäre, hätte ich mich *hier vor alle Journalisten gestellt und* eine eigene Pressekonferenz abgehalten." Der wahre Leidtragende der ganzen Geschichte, Günter Bosch, konnte sich dann vor lauter Verbitterung nicht mehr dazu entschließen, die Pressekonferenz zu besuchen. Zumal die zahlreichen Spekulationen dem sonst immer gesprächsbereiten Bosch derart aufs Gemüt schlugen, daß er über Stunden von starken Magenschmerzen geplagt wurde.

Dabei *wäre, realistisch betrachtet*, nur eins angebracht gewesen: Freude. Denn wiederum bot Becker, vor diesmal rund 14 000 Besuchern in der größten Tennis-Arena der Welt, eine spektakuläre Leistung. Lediglich in der *Anfangsphase* schien der 19jährige nervös zu sein, als er nach einem schnellen Break gegen seinen Freund Edberg gleich im Anschluß seinen Aufschlag zum 2:2 im ersten Satz verlor.

Dann aber *zeigte* Becker die Qualitäten eines Champions. Wie auf Bestellung gewann er die wichtigsten Punkte, so beim Break zum 5:4 im ersten und zum 3:2 im zweiten Durchgang. Wieder spielte dabei seine verbesserte Rückhand die entscheidende Rolle. Perfekt zum Ball stehend, spielte er einige Returns als sogenannte direkte Winner, und blieb dabei mit seinem Körpergewicht bis zum Treffpunkt in den Knien.

Diese Punktgewinne nötigten auch den Respekt der Tennisgrößen früherer Tage, Fred Perry, Rod Laver, Manolo Santana, Ilie Nastase, Guillermo Vilas und Stan Smith, ab, die Becker einstimmig und neidlos als absolute *Ausnahmeerscheinung akzeptieren.*

Nach einer Stunde und zehn Minuten war das Match gegen den heimlichen Angstgegner Edberg beendet und der erneute Einzug in das Masters-Finale perfekt. Hier traf er in der vorigen Nacht in der Neuauflage des letzten Endspiels auf Titelverteidiger Ivan Lendl.

Der Tschechoslowake war bis dahin der solideste Spieler des Turniers. In seinen vier Matches vor dem Fina*le gab er keinen einzigen Satz ab.* Nichts war da mehr von der langwierigen Hüftverletzung zu spüren, im Gegenteil. Selten hat man Ivan Lendl so flink auf den Beinen gesehen. So waren ideale Voraussetzungen ge*schaffen*, um *nicht nur das Traum*finale dieses Turniers, sondern auch der gesamten Saison zu erleben.

Zumal auch die persönliche Rivalität der beiden Weltbesten für die pikante Note sorgte. Immer wieder hat*te Lendl an den Leistungen* des Deutschen herumgestichelt und vor allem Beckers vermeintliche psychische Schwäche angeprangert. Der hatte gut daran getan, mit Siegen auf dem Platz zu antworten. Auch vor diesem Finale besaß Becker *die Reife*, nüchtern und sachlich die Situation zu analysieren. „Noch ist Ivan für mich die Nummer eins, aber hier werde ich versuchen, an seinem Thron zu kratzen. *Ich will so häufig wie möglich meine Schläge variieren, damit* er seinen Rhythmus an der Grundlinie nicht findet." Das Erste Deutsche Fernsehen ARD sendet heute von 10.23 Uhr an und zwischen 15 und 15.50 Uhr eine Aufzeichnung des *Endspiels.*

SPORT-NACHRICHTEN

Ohne Groß und Henkel

Düsseldorf (sid) – Die Mannschaft des Deutschen Schwimm-Verbandes wird beim Kurzbahn-Europapokal in Malmö von Donnerstag an ohne die Weltmeister Michael Groß (Offenbach) und Rainer Henkel (Köln) starten. Das deutsche Herrenteam startet als Titelverteidiger.

Weltcup für Anja Fichtel

Bochum (dpa) – Fecht-Weltmeisterin Anja Fichtel aus Tauberbischofsheim sicherte sich zum dritten Mal in Folge den Weltcup für Juniorinnen. Der 18jährigen genügte ein dritter Rang beim dritten Turnier der Saison in Bochum zum vorzeitigen Erfolg.

Nicht durch die „DDR"

Berlin (dpa) – Die Tour de France der Radprofis wird 1987 nicht durch die „DDR" führen. Das bestätigten gestern die Organisatoren. Die Tour wird nach dem Prolog und zwei Halbetappen in Berlin in Süddeutschland oder Hessen weitergeführt.

Tancic kündigte

Düsseldorf (sid) – Dragan Tancic, Teilzeit-Bundestrainer für Hochsprung, hat seinen Vertrag mit dem Deutschen Leichtathletik-Verband zum Jahresende gekündigt. Tancic, der sich im spanischen Estepona niedergelassen hat, wird allerdings einen Beratervertrag mit dem DLV unterschreiben.

Schockemöhle fiel zurück

Bordeaux (sid) – Der Mühlener Paul Schockemöhle scheiterte beim Weltcup-Turnier der Springreiter in Bordeaux auf Deister bereits im ersten Durchgang und verlor die Führung in der Gesamtwertung an den Sieger Pierre Durand (Frankreich) auf Jappeloup de Luze. Bester Deutscher war der Mühlener Franke Sloothaak auf Farmer als Siebter.

Barcelona führt

Barcelona (sid) – Zur Halbzeit der spanischen Fußballmeisterschaft führt der FC Barcelona die Tabelle mit drei Punkten Vorsprung vor Real Madrid an. Barcelona besiegte zuletzt den FC Osasuna mit 2:0.

ZAHLEN

TENNIS

Masters-Turnier in New York, Halbfinale: Lendl (CSSR) – Wilander (Schweden) 6:4, 6:2, Becker (Bundesrepublik Deutschland) – Edberg (Schweden) 6:4, 6:4.

EISHOCKEY

Bundesliga: Köln – *Rosenheim* 2:8, Düsseldorf – Rießersee 6:4, Kaufbeuren – Iserlohn 2:6, Landshut – Schwenningen 3:4, Mannheim – Frankfurt 9:1.

REITEN

CSI in Bordeaux, 5. Weltcupspringen: 1. Durand (Frankreich) Jappeloup de Luze 0 Fehler/37,05 Sek., 2. Tarnapol (USA) Adam 0/38,23, 3. Bourdy (Frankreich) Lichen 0/39,21, ... 7. Sloothaak auf Farmer 3/51,82.

HANDBALL

Weltmeisterschaft der Frauen in Holland, Vorrunde, Gruppe A: Österreich – *Polen* 18:15, *Jugoslawien* – UdSSR 14:14; Gruppe B: „DDR" – Ungarn 14:14, Holland – USA 18:17; Gruppe C: CSSR – China 27:17, Norwegen – Japan 33:18; Gruppe D: Bundesrepublik Deutschland – Südkorea 24:16, Rumänien – Frankreich 27:8.

SKI NORDISCH

Weltcup-Springen in Thunder Bay, 90-m-Schanze: 1. Nykänen (Finnland) 236,1, 2. Klauser (Bundesrepublik Deutschland) 235,7, 3. Opaas (Norwegen) 235,2, 4. Felder (Österreich) 217,3, 5. Tepes (Jugoslawien) 208,6.

SKISPRINGEN

Klauser auf Rang zwei

dpa/sid, Thunder Bay

Einen überraschenden zweiten Platz belegte Thomas Klauser aus Reit im Winkl beim zweiten Weltcup-Skispringen der Saison im kanadischen Thunder Bay. Der 22jährige deutsche Meister auf der Großschanze, der in Kanada einen seiner größten internationalen Erfolge feierte, erhielt für Sprünge von 127,5 und 118 m von der 90-m-Schanze die Note 235,7. Er lag damit nur knapp hinter dem Finnen Matti Nykänen (236,1), der 124,5 und 119,5 m weit sprang. Dritter war der Norweger Vegard Opaas (235,2).

Nach seinem zwölften Rang auf der 70-m-Schanze vom Vortag liegt Klauser in der Weltcupwertung mit 24 Punkten auf dem dritten Platz, einen Zähler hinter Vortagssieger Jens Weisflog („DDR"), der auf der Großschanze Siebter wurde. Matti Nykänen führt mit 45 Punkten.

Den Erfolg rundete Lorenz Wegscheider aus Hammer ab. Der 22jährige wurde 13. mit 185,5 Punkten für Sprünge von 110 und 107,5 m und erhielt drei Weltcuppunkte.

RALLYE

WM-Titel am grünen Tisch

sid/dpa, Olympia

Dem Rallye-Sport bleibt in diesem Jahr nichts erspart. Nach den schweren Unfällen und dem Krach um das neue Reglement wird jetzt auch noch der Weltmeister am grünen Tisch ermittelt. Markku Alen oder Juha Kankkunen: Das letzte Wort, welcher der beiden Finnen den Titel erhält, hat jetzt der Weltverband FISA.

Markku Alen, 35 Jahre alter Lancia-Werkspilot, gewann zwar mit Kopilot Ilkka Kivimäki die Olympus-Rallye im US-Bundesstaat Washington, den 13. und letzten WM-Lauf, vor Juha Kankkunen und Juha Piironen auf Peugeot 205 Turbo und führt damit in der Gesamtwertung. Doch erst wenn die FISA am 19. Dezember in Paris die Disqualifikation der Werks-Peugeots bei der Rallye San Remo im Oktober bestätigt, ist Alen endgültig Weltmeister.

In Windkanal-Versuchen wurde mittlerweile nachgewiesen, daß die Disqualifikation wegen der Verwendung von Kunststoffleisten am Fahrzeugboden unbegründet war. Entscheidet die FISA, daß San Remo überhaupt nicht gewertet wird, oder aber, daß WM-Punkte für den aktuellen Stand vor der Peugeot-Disqualifikation vergeben werden, dann wäre der 27jährige Juha Kankkunen Weltmeister.

Vergebliches Warten auf Eishockey-Torwart Friesen – er war zu müde

Die Idee war gut. Aber sie war nicht ganz durchdacht. Der Deutsche Eishockey-Bund (DEB) hatte die Rechnung ohne seine Vereine gemacht, als er vor Wochen den Koordinatoren der Fernsehanstalten ARD und ZDF vorschlug, die durch die ungewohnt lange Winterpause im Fußball frei werdende Sendezeit mit Eishockey zu füllen. Der Vorschlag des DEB: In den fußballfreien Wochen (die Rückrunde der Fußball-Bundesliga beginnt erst am 21. Februar) könne die Eishockey-Bundesliga ihre Spieltage auf mittwochs und samstags verlegen und damit jene Termine besetzen, die bislang für Fußball reserviert waren. Der DEB hatte sich sogar die wöchentliche Live-Übertragung eines Spiels erhofft.

Doch die Wunschträume haben sich endgültig zerschlagen. Am Wo*chenende hat die Fußball-Winterpau*se begonnen, Eishockey aber wird auch künftig nicht wesentlich mehr Sendezeit erhalten als bisher. „Der DEB hatte etwas vorschnell geschossen," sagt **Werner Ell** (58), der für das ZDF die Verhandlungen mit dem Bundesliga-Leiter **Sepp Pflügl** (56) geführt hatte, „mitten in der Saison lassen sich solche Pläne nicht mehr verwirklichen." Und er nennt auch den Grund: „Die Vereine haben viele Abonnenten von Jahreskarten. Allein in Düsseldorf sind es 6000. Und die haben ihre Karten schließlich für die Spieltage freitags und sonntags gekauft. Da kann ein Verein nicht plötzlich umdisponieren, wenn er nicht seine Fans vergraulen will."

Eine kleine Hoffnung bleibt den Eishockey-Fans trotzdem: Gestern morgen wurde in der Sport-Redaktionskonferenz des ZDF erwogen, dem Eishockey in den nächsten Wochen durch Hintergrundberichte *mehr Aufmerksamkeit zu widmen.* „Solche Beiträge sind in der Vergangenheit immer zu kurz gekommen, weil das aktuelle Tagesgeschehen natürlich Vorrang hatte", so Werner Ell.

*

Aktuelle Bilder aus der Bundesliga lieferte nach dreiwöchiger Spielpause die ARD in ihrer Sportschau am Sonntag. Sie berichtete vom Spitzenspiel zwischen Meister Kölner EC und Vorjahresmeister SB Rosenheim, der seinen zurückgekehrten Torwart **Karl Friesen** (28) präsentieren wollte. Friesen, einst Nationaltorhüter des DEB, saß aber nur auf der Bank. „Ich war nach der Rückkehr aus den USA einfach noch zu müde," sagte er.

Erst am Freitag *nachmittag* war Friesen mit Frau **Judith** (26) sowie den Kindern **Joel** (2) und **Kristi** (fünf Monate) am Flughafen München-Riem angekommen. „Endlich wieder zu Hause, ich freue mich unheim*lich," sagte Friesen bei seiner An*kunft und fuhr direkt weiter nach Rosenheim, wo er abends den 5:3-Sieg über den EV Landshut miterlebte und von den Fans mit stürmischem Jubel begrüßt wurde.

Mit dem SB Rosenheim war Friesen 1982 und 1985 Deutscher Meister geworden, bevor er vor eineinhalb Jahren in der nordamerikanischen Profiliga NHL sein Glück suchte – aber nicht fand. Zuletzt spielte er nur noch in einem Farmteam der New Jersey Devils, in einer Mannschaft also, in der sich Rekonvaleszenten, Nachwuchs- und Ersatzspieler fit halten sollen. „Ich habe nicht richtig in die Mannschaft gepaßt, aber einen neuen Verein wollte ich mir nicht *mehr suchen*, weil mir der Lebensstil dort nicht mehr gefiel," sagte Friesen, der am Freitag erstmals wieder für Rosenheim spielen will. In Köln sorgte Rosenheim auch ohne Friesen für eine Überraschung und besiegte *den Meister deutlich und verdient* mit 8:2.

So groß die Freude in Rosenheim war, so bitter war die Niederlage für den Kölner EC, der in dieser Saison nicht richtig in Schwung kommt. „Das war das schlechteste Spiel seit meiner Amtszeit," sagte Trainer **Hardy Nilsson** (39), der die Kölner im zweiten Jahr betreut.

Ein Lob gab es nur für den neuen kanadischen Verteidiger **Tom Thornbury** (27). „Er hat mir heute als einziger gefallen," sagte Kölns Präsident **Heinz Landen** (38). Thornbury war in der vergangenen Woche eilig verpflichtet worden, weil die ohnehin dünne Personaldecke der Kölner durch die Verletzung von Verteidiger **Brian Young** (28) weiter dezimiert worden war.

Landen stellte deshalb weitere Verpflichtungen in Aussicht: „In der nächsten Woche werden wir noch zwei weitere Spieler, einen Verteidi*ger und einen Stürmer, verpflichten.*"

ULLA HOLTHOFF

Ford BORIS BECKER CHALLENGE Cup '87

BERLIN DEUTSCHLANDHALLE 3. JANUAR 1987	FRANKFURT FESTHALLE 4. JANUAR 1987	DORTMUND WESTFALENHALLE 7. FEBRUAR 1987	MÜNCHEN RUDI-SEDLMAYER-HALLE 9. FEBRUAR 1987
gegen HENRI LECONTE	gegen JIMMY CONNORS	gegen STEFAN EDBERG	gegen MILOSLAV MECIR

Seit Boris Becker zur Weltelite gehört, ist in Deutschland das Publikumsinteresse am weißen Sport sprunghaft gestiegen. Aber Tennisfans haben es hierzulande nicht leicht. Wimbledon ist weit, und hochklassige Turniere finden in Deutschland zu selten statt. Ford will deshalb mit dem Boris Becker Challenge Cup 87 ein Zeichen setzen.

Ford sponsert für die deutschen Boris- und Tennisfans eine Veranstaltung, bei der fünf Weltklassespieler aufeinander treffen und ihrem Publikum Tennis auf höchstem Niveau bieten werden.
Eine Herausforderung für Boris Becker – ähnlich der Herausforderung, der sich Ford täglich gegenübersieht, denn in der Automobilindustrie, wie im weißen Sport, gilt es ständig in der Spitzengruppe zu sein.
Vor diesem Hintergrund hoffen wir auf ein schönes und faires Spiel und einen Boris Becker in Hochform.



SOVIEL AUTO BRAUCHT DER MENSCH.

Bei den Kirchenaustritten hält der Norden die Spitze

idea, Hannover

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) schrumpft weiter: Wie aus der jüngsten Kirchenstatistik hervorgeht, haben die 17 Gliedkirchen der EKD von 1970 bis Ende 1985 mehr als 3,3 Millionen Mitglieder verloren, davon knapp 2,2 Millionen durch Austritte. Die Zahl der evangelischen Christen in der Bundesrepublik Deutschland sank in diesem Zeitraum um fast zwölf Prozent von 28,5 Millionen auf 25,1 Millionen.

Die meisten Austritte wurden im Norden registriert: Die Nordelbische Kirche verlor in den vergangenen 15 Jahren 440 000 Mitglieder, die Rheinische fast 295 000, die Hannoversche Landeskirche rund 270 000. In Berlin-Brandenburg (West) traten 242 000 Menschen aus.

Die Nordelbische Kirche wird seit Jahren von heftigen Auseinandersetzungen erschüttert, die vor allem politische Themen wie Friedenspolitik und Kernkraft aber auch innerkirchliche Streitpunkt wie die feministische Theologie betreffen.

Tendenz negativ

Auch im Jahr 1985, für das jetzt Zahlen vorliegen, setzte sich der Negativtrend fort. Die Gesamtzahl der evangelischen Kirchenmitglieder ging von 25,3 Millionen (1984) auf 25,1 Millionen zurück, ein Minus von mehr als 200 000. Rund 140 553 kündigten ihre Mitgliedschaft auf, 10,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Neuaufnahmen erhöhte sich demgegenüber nur geringfügig von 38 200 im Jahr 1984 auf 38 400.

An der Spitze bei den Austrittszahlen lagen wiederum die großen Kirchen Nordelbien mit 2,7 Millionen Mitgliedern und 27 700 Austritten, Hannover (3,5 Millionen Mitglieder, 19 600 Austritte) und das Rheinland (3,2 Millionen Mitglieder, 18 400 Austritte). An vierter Stelle rangierte mit 11 800 Berlin-Brandenburg (West), gefolgt von Hessen-Nassau mit 11 200 und Westfalen mit fast 11 000. Seit 1970 hatte Berlin-Brandenburg (West) den stärksten Mitgliederrückgang überhaupt zu verzeichnen: 37,8 Prozent. Bei den Aufnahmen lag in den vergangenen 15 Jahren Nordelbien mit 75 600 an der Spitze, gefolgt von der Rheinischen (57 800), der Hannoverschen und der westfälischen Kirche (45 400).

Die Herausforderung

Zu den Ergebnissen sagte der Referent für Statistik im Kirchenamt der EKD, Oberkirchenrat Dieter Rohde (Hannover), idea auf Anfrage, die hohe Zahl der Austritte seit 1970 stelle eine große Herausforderung für die EKD dar. Es müsse verstärkt nach den Gründen gefragt werden, warum Menschen die Kirche verlassen. In Zukunft sollten nach seiner Ansicht Mission und Evangelisation in den Gemeinden einen höheren Stellenwert erhalten. Keine Kirche könne sich damit abfinden, daß sie Mitglieder verliere.

Trotz des Schrumpfungsprozesses der EKD dürfe man – so Rohde – jedoch nicht vergessen, daß die Kirche insgesamt weiterhin die größte und wirkungsvollste gesellschaftliche Gruppierung in der Bundesrepublik darstelle. Auch wenn die Zahl der Mitglieder abnehme, so sei andererseits teilweise ein qualitatives Wachstum zu verzeichnen, was sich in einer höheren Teilnahme am Abendmahl oder an den Gottesdiensten am Heiligen Abend zeige. Hier liege der Besuch bei 29 Prozent der Kirchenmitglieder. Rohde: „Eine solche Rekordbeteiligung bei Wind und Wetter soll uns erst einmal eine andere gesellschaftliche Gruppe nachmachen."

Shultz: Präsident Reagan ist ein Freiheitskämpfer. Die Welt weiß das

Der Außenminister sagt vor dem Repräsentantenhaus über das Iran-Geschäft aus

FRITZ WIRTH, Washington

„Mein Wissen über amerikanische Waffenlieferungen an Iran war bruchstückhaft und sporadisch. Mein Wissen über die Weiterleitung der Profite dieser Waffenlieferungen an die Contras in Nicaragua war gleich Null." Mit diesen Sätzen beschrieb Außenminister George Shultz gestern in einer Anhörung vor dem außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses unter Eid seine Rolle in der Iran-Affäre. Shultz war das erste Kabinettsmitglied der Reagan-Administration, das seit dem Bekanntwerden der Affäre öffentlich in dieser Sache aussagte.

Der Außenminister, dem im Verlauf dieser Affäre von republikanischen Kritikern mangelnde Loyalität zum Präsidenten vorgeworfen worden war, machte klar, daß er voll den Versuch des Präsidenten unterstützte, Iran wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung in einen Dialog hineinzuziehen. Er habe sich jedoch stets den Plänen widersetzt, Waffen an Iran zu liefern, solange er keine Neigung zeige, den Golfkrieg zu beenden und solange er seine terroristischen Aktivitäten fortsetze.

Der Auftritt von Shultz im Kongreß gab einen Einblick in die Spannungen und Widersprüche, die sich in den letzten 18 Monaten hinter den Kulissen des Weißen Hauses in der Iran-Affäre entwickelten. Er selbst sei in der zweiten Hälfte des Jahres 1985 über die Pläne und Absichten noch auf dem Laufenden gewesen und habe den Eindruck gehabt, daß die Absicht von Waffenlieferungen fallen gelassen worden sei. Im Januar 1986 müsse jedoch eine Meinungsänderung in dieser Frage stattgefunden haben. „Was ich indirekt über die Iran-Affäre hörte, war widersprüchlich." Auf die Frage, warum er den Kongreß nicht rechtzeitig über diese Vorgänge informierte, antwortete Shultz, daß er es nicht für sinnvoll gehalten habe, den Kongreß über interne Streitereien zu informieren, zumal ihm nicht alle Fakten vertraut waren.

Dagegen distanzierte sich Shultz scharf von der Weiterleitung der Profite aus diesem Waffengeschäft mit Iran an die Contras in Nicaragua. Shultz nannte diese Transaktion illegal. Sie habe im übrigen der Sache der Contras geschadet. „Der Präsident ist ein Freiheitskämpfer. Die Welt weiß es und ich stehe dabei an seiner Seite", erklärte Shultz.

Der Außenminister dementierte im übrigen jüngste Zeitungsberichte, nach denen er persönlich den Sultan von Brunei um Finanzhilfe für die Contras angehalten habe. „Ich habe mit ihm niemals darüber gesprochen." Er gab jedoch zu bedenken, daß der Kongreß im Jahre 1985 selbst 27 Millionen Dollar für humanitärte Hilfe für die Contras bewilligt habe. Es sei deshalb legal für das State Department durchaus in Ordnung, zu versuchen, auf anderem Wege für gleiche Zwecke Gelder zu beschaffen.

„Über Kabel in DDR senden"

dpa, Bonn

Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich, hat Verhandlungen mit Ost-Berlin über die Ausstrahlung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen über Kabel und Satellit in die „DDR" angeregt. Bei einer Klausurtagung der Medienarbeitsgruppe seiner Fraktion begründete Weirich dies mit der „Pflicht zur Förderung der Wiedervereinigung". Weirich trat außerdem dafür ein, „DDR"-Programme auch weiterhin in Kabelnetze der Bundesrepublik einzuspeisen.

Anzeige gegen Contra-Funktionär

dpa, Bonn

Wegen angeblicher Beteiligung an der Entführung von acht deutschen „Aufbauhelfern" im Juni dieses Jahres in Nicaragua haben die Grünen im Bundestag Strafanzeige gegen den nicaraguanischen Oppositionellen Indalecio Rodriguez bei der Staatsanwaltschaft Köln erstattet. Die Grünen warfen dem Direktoriumsmitglied der von den USA unterstützten Contra-Organisation FDN, der sich zur Zeit in Köln aufhält, vor, die Entführung öffentlich gerechtfertigt zu haben.

„Bombe" bei Ost war eine Attrappe

DW. Bonn

Eine im Garten des Privathauses von Regierungssprecher Ost in Bad Honnef aufgefundene „Bombe" hat sich entgegen ersten Annahmen als ungefährliche Attrappe erwiesen. Das Bonner Polizeipräsidium teilte gestern mit, nach Untersuchungen eines Kölner Feuerwerkers hätte es weder eine Explosion noch eine Verpuffung geben können, da sich in dem Gegenstand weder Sprengstoff noch brennbare Substanzen befunden hätten. Hinweise für eine terroristische Aktion lägen nicht vor.

Kohl warnt vor einem akademischen Wahlkampf

Indirekte Rüge für Biedenkopf: Profilierung schadet der Sache

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat auf dem „kleinen Parteitag" der CDU, der Bundesausschußsitzung, die vier vorrangigen Felder für den Wahlkampf der Union bis zum 25. Januar 1987 umrissen. An erster Stelle nannte der CDU-Vorsitzende die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses, wobei er seine Bereitschaft zur Normalisierung der in den vergangenen Wochen belasteten Beziehungen bekundete; danach erwähnte Kohl die Frage, in welcher Weise die durch den wirtschaftlichen Aufschwung entstandenen neuen Spielräume zu nutzen seien, weiter das Bemühen um den Erhalt einer natürlichen und lebenswerten Umwelt – „Die Gesundheit der Bürger muß Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben" – sowie die Bedrohung unseres Rechtsstaates durch den Terrorismus.

Kohl mahnte in seiner knapp einstündigen Grundsatzrede vor den 500 Delegierten die Unionsparteien, nicht zu früh in Siegesgewißheit zu verfallen. Zwar „haben wir Rückenwind. Jeder kann das spüren." Dennoch sei die Wahl „noch keineswegs entschieden". CDU und CSU müssten deshalb „um jede Stimme kämpfen, die wir erreichen können". Mit Blick auf die FDP sagte der CDU-Vorsitzende, die Union habe keine Stimme „zu verleihen oder zu verschenken".

Als Kritik an der Äußerung des nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorsitzenden Kurt Biedenkopf über die angeblich richtige politische Fragestellung durch die Grünen wurde Kohls Wort verstanden, daß „alles das, was an eigener Profilierung geschieht, zu Lasten der Allgemeinheit der Sache schadet". Die Union dürfe keinen „akademischen Wahlkampf" über die Köpfe der Menschen hinweg führen.

Kohl, wie später auch Generalsekretär Geißler, setzte sich ausführlich mit dem Terrorismus und mit der Verharmlosung der Gewaltanwendung durch Teile der Grünen und der SPD auseinander. Der Kanzler appellierte an die Bevölkerung, die Polizei im Kampf gegen Terroristen nicht allein zu lassen: „Wer Fahndung unterstützt, hilft Menschenleben retten." Und „wer Gewalt gegen Sachen rechtfertigt, trägt Mitverantwortung für Gewalt gegen Menschen". Parteien, die Gewalt predigten oder verharmlosten seien „nicht wählbar."

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler befaßte sich in seiner gewohnt kämpferischen Art mit der inhaltlichen Annäherung zwischen SPD und Grünen. Er zweifle nicht an einem rot-grünen Pakt, wenn dieser nach der Bundestagswahl rechnerisch möglich werden sollte. Geißler warf der Sowjetunion vor, sich in den deutschen Wahlkampf einzumischen. Er forderte die Wahlbevölkerung auf, sich von der sowjetischen Kampagne für die SPD – die innenpolitisch von der DKP unterstützt werde – „nicht unter Druck setzen zu lassen und nicht die Partei zu wählen, die für die Sowjetunion politisch am Bequemsten ist".

CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger zog eine positive Bilanz der vierjährigen Arbeit der Fraktion, die alle wesentlichen Beschlüsse einstimmig gefaßt und damit dem Kanzler den Rücken frei gehalten habe. Dregger griff den SPD-Kandidaten Johannes Rau an, der sich bis zum Schluß der Legislaturperiode nicht im Bundestag gestellt habe. Wenn Rau nicht fähig sei, sich im Forum der Nation zu stellen, so sei er „ungeeignet, Deutschland zu regieren".

„Die Neue Heimat sollte alle Wohnungen abstoßen"

FDP-Obmann in Untersuchungs-Ausschuß zieht Bilanz

DIETHART GOOS, Bonn

Der FDP-Abgeordnete Josef Grünbeck ist offenbar der Meinung, daß die Bundestagsparteien im Neue-Heimat-Skandal auf Schuldzuweisung verzichten und sich darauf konzentrieren sollten, im Interesse der vielen Millionen Sozialmieter die Wohnungsgemeinwirtschaft schnellstens den heutigen wohnungspolitischen Anforderungen anzupassen. Diese Bilanz der mehrmonatigen parlamentarischen Ermittlungen zog Grünbeck, der FDP-Obmann im Untersuchungsausschuß, gestern in einem WELT-Gespräch.

„Die Dezentralisierung des gesamten NH-Konzerns einschließlich der Regionalgesellschaften ist für meine Begriffe die beste Lösung." Der ganze NH-Wohnungsbestand mit etwa 190 000 Einheiten sollte verkauft werden. „Den Mietern ist ein Erstrecht für den Erwerb ihrer Wohnungen einzuräumen und ihnen sind gleichzeitig die zinsverbilligten öffentlichen Förderungsmittel zu übertragen." Dieses Modell sei auch nach Auskunft des Finanzministers realisierbar.

Ein Verkauf von Mietwohnungen der Neuen Heimat an privatwirtschaftliche Gesellschaften kommt für den FDP-Politiker nicht in Betracht. Dies sei auch nicht notwendig, da der Verband gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften bereit sei, Wohnungen zu übernehmen, die nicht von NH-Mietern gekauft werden. Ob es kommunale, kirchliche oder betriebsbezogene gemeinnützige Wohnungsgesellschaften sind, bleibe gleich.

Für den mittelstandspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion geht es jetzt darum, neben der dauerhaften Wahrung der Mieterinteressen die 1800 Unternehmen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft davor zu schützen, „in den Sog der Verfehlungen der Neuen Heimat hineingezogen zu werden". Gemeinsam mit ihnen sollte der Gesetzgeber Lösungen für die künftige Ausgestaltung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht erarbeiten. Dies werde eine wichtige Aufgabe des nächsten Bundestages sein.

Nach den Erfahrungen mit Geschäftspraktiken der Neuen Heimat sind nach Ansicht von Grünbeck noch weitere Änderungen notwendig: „Ich schlage vor, die Instandhaltungspauschale den Mietern zu überlassen und ihnen die sogenannte kleine Instandhaltung selbst zu übertragen." Der Untersuchungsausschuß habe festgestellt, daß gerade in diesem Bereich die Mieter der Neuen Heimat im großen Stil benachteiligt wurden. So sei die Instandsetzungspauschale zwar kassiert, oft aber für andere Zwecke verwendet worden. „Die Wohnungen vergammelten, bis die Modernisierung fällig wurde. Die entsprechenden Kosten wurden dann auf die Mieter umgewälzt, so daß sie zweimal zahlen mußten."

Die Landesplaner wollen nicht mehr nur reagieren

Akute Bodenschäden zu begrenzen, ist zu wenig

M. SCHLINGMANN, Bonn

Die Fachleute schlagen Alarm: Gift in der Erde werde auch in Generationen noch schädlich wirken, warnt Karl Ganser, Vorsitzender der Vereinigung von Stadt-, Regional- und Landesplanern (SRL) in einem Gespräch mit der WELT. Er fordert ein umfassendes Schutz- und Sanierungsprogramm. Einen Anfang macht jetzt Baden-Württemberg. Die Landesregierung will sich bis zum Jahresende einen Überblick über die Belastungen verschaffen, um anschließend zu handeln.

Die größten Probleme entstehen, so Ganser, durch Schwermetalle, Kohlenwasserstoffe und Nitrate. Am stärksten vergiftet seien Landstriche in Ballungsräumen, wie die Kölner Bucht.

Doch die Landesplaner stehen vor Hürden: Um ein „Belastungsbild" der gesamten Bundesrepublik zeichnen zu können, müßten zunächst Erhebungen überall gemacht werden. „Doch bislang gibt es noch keine rechtliche Grundlage, die Meßtrupps Zugang zu den verschiedenen Flächen garantiert", sagt Ganser. Seine Forderung: Für Untersuchungen, die zu einem Umwelt-Kataster führen könnten, müßten die notwendigen Voraussetzungen in einem Bodenschutzgesetz verankert werden.

Bei der Behandlung des Bodens müsse man sich heute oft darauf konzentrieren, akute Schäden zu begrenzen. Doch die Landesplaner wollen nicht mehr nur reagieren. Um weitere Belastungen zu vermeiden appellieren die Stadt- und Regionalplaner an die Kommunen, dem Freiraumschutz bei ihrer Flächennutzungs- und Bauleitplanung größeres Gewicht zu geben. Noch immer würden wertvolle natürliche Areale der Ansiedlung von Industrie geopfert.

Bei der Diskussion um Ökologie und wirtschaftliche Prosperität darf nach den Worten von Ganser nicht vergessen werden, daß auch Freiraum und Freizeitwert wichtig sind für die Standortqualität einer Region. Baden-Württemberg hat diese Forderung in seinem Programm verankert. Stuttgart strebt eine Verminderung des Flächenverbrauchs sowie eine Rekultivierung nicht mehr benötigter, durch Beton und Stein „versiegelter", Flächen an.

Um die Belastungen für die Zukunft so gering wie möglich zu halten, fordern die SRL-Fachleute außerdem verstärkte Immissionsbeschränkungen. „Beim Auto und beim Kraftwerksbetrieb darf das letzte Wort noch nicht gesprochen sein", sagt Ganser. „Außerdem brauchen wir ein wirkungsvolles Chemikaliengesetz und einen verantwortungsvollen Umgang mit Düngemitteln in der Landwirtschaft."

Opposition gegen Jaruzelskis „Konsultativrat"

AFP, Warschau

Der von General Jaruzelski gegründete und ihm direkt zugeordnete „Konsultativrat" stößt in den Kreisen der demokratischen Opposition auf äußerste Skepsis. Fast mehrheitlich lehnten die von offizieller Seite nominierten zehn Intellektuellen, die dem Episkopat und der Oppositionsorganisation „Solidarität" nahestehen, die Mitarbeit ab. Unter ihnen: Stanislas Stomma, ein auch in Deutschland bekannter ehemaliger katholischer Abgeordneter, Jerzy Turowicz, Direktor des einflußreichen katholischen Wochenblatts „Tygodnik Powszechny" und Ryszard Bugaj.

Zurückhaltender ist die Position der Kirche, die „neutral" bleiben möchte. Sie lehnt es ab, eigene Kandidaten zu entsenden, ohne dabei den Rat offiziell zu verurteilen. Allerdings finden sich auf der Mitgliederliste des „Konsultativrats" drei „unpolitische" dem Episkopat nahestehende Persönlichkeiten.

Großfeuer in Betrieb für Müllbeseitigung

gü. Stuttgart

Bei einem Brand auf dem Betriebsgelände einer Firma für Sonderabfallbeseitigung im Kreis Waldshut ist in der Nacht zum Montag ein Sachschaden von rund fünf Millionen Mark entstanden. Das Feuer, das von mehreren heftigen Explosionen begleitet war, zerstörte im Bereich der betriebseigenen Abwasserbeseitigungsanlage das Betriebsgebäude, Labor, Büro und Abwassertank. Nach Polizeiangaben sollen überwiegend flüssige Stoffe und Chemikalien in „kleinen Labormengen", nicht aber Sonderabfälle in fester Form verbrannt sein. Auch ist nach bisherigen Erkenntnissen kein Löschwasser in den nahen Hochrhein abgeflossen.

Spendenrückgang bei Welthungerhilfe

epd, Bonn

Vor dem Hintergrund eines starken Spendenrückgangs gegenüber dem Vorjahr hat die Deutsche Welthungerhilfe in Bonn unter dem Motto „Aus eins macht zwei – geteilte Freude" einen dringenden Spendenappell veröffentlicht.

Die Welthungerhilfe hofft bis zum Jahresende auf weitere Spenden in Höhe von rund zwölf Millionen Mark, um die Bewilligungen in Höhe von 50 Millionen zu erreichen. 1984/85 waren 110 Millionen Mark bewilligt worden. In diesem Jahr stehen 37,5 Millionen zur Verfügung, davon 20 Millionen aus öffentlichen Zuschüssen.

Generalsekretär Bernd Dreesmann führt den Spendenrückgang auf Publikationen über „tödliche Hilfe" zurück. Verantwortlich für den Rückgang macht er aber auch die „aggressive Werbung" ausländischer Hilfswerke, die den deutschen „Spendenmarkt" verstärkt bearbeiteten. Namentlich nannte Dreesmann die US-amerikanische Organisation „World Vision", die in der Bundesrepublik 1986 ungefähr 25 Millionen Mark aufgebracht habe.

Unternehmens – Insolvenzen
Entwicklung 1976 bis 1985

Bundesgebiet: 1976: 6.808 – 77: 6.929 – 78: 5.949 – 79: 5.483 – 80: 6.315 – 81: 8.494 – 82: 11.916 – 83: 11.845 – 84: 12.018 – 85: 13.625

Nordrhein-Westfalen

IMU
Quelle: Gemeinsame Statistische Stelle der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern

Niedrige Kapitalausstattung und unzureichende Ertragskraft sind die Hauptursachen der über 13 000 Insolvenzen im Jahr 1985. Nur der Einzelhandel schnitt im Vergleich der Wirtschaftszweige günstiger ab als im Jahr zuvor. Sämtliche anderen Bereiche wiesen Steigerungen auf, die im Baugewerbe mit einem Plus von 18,4 Prozent, kaum überraschend, am stärksten ausfiel. QUELLE: IMU

FÜR DEN ANLEGER

Dollar: Seinen Aufwärtstrend setzte der Dollar gestern fort. An der Frankfurter Devisenbörse wurde ein amtlicher Mittelkurs von 2,0099 DM festgestellt.

KHD-Anleihe: Mit Fälligkeit 19. Dezember 1996 begibt das Unternehmen über ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank eine 6,5prozentige Anleihe über 150 Mill. DM. Der Ausgabekurs liegt bei 99,50 Prozent.

Zinstender: Die Bundesbank bietet neue Wertpapierpensionsgeschäfte in Form eines Zinstenders zum Mindestbietungssatz von 4,30 Prozent mit einer Laufzeit von 36 Tagen (10. Dezember 1986 bis 14. Januar 1987) an.

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 279,74 (281,83); Chemie: 166,00 (167,02); Elektro: 357,59 (357,97); Auto: 745,40 (752,25); Maschinenbau: 147,45 (149,31); Versorgung: 168,59 (169,13); Banken: 406,51 (412,08); Warenhäuser: 189,09 (191,49); Bauwirtschaft: 541,19 (547,61); Konsumgüter: 185,88 (184,67); Versicherung: 1371,28 (1378,57); Stahl: 143,06 (145,54).

Kursgewinner:	DM	+%
Kali Chemie	494,00	9,78
Fujitsu	14,60	5,04
Vögele	113,60	4,99
Gehe	237,00	4,87
Bell Canada	54,90	4,57

Kursverlierer:	DM	-%
Sumitomo Metal	1,75	28,2
Dt.Hyp. F.-Bl.	702,00	8,12
Nippon Kokan	2,80	6,67
Fuchs Petr. Vz.	160,50	4,75
FAG Kugelfischer	457,00	3,89

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Gehalten

WELTWIRTSCHAFT

EG: Die Agrarminister haben gestern zweitägige Beratungen über die Eindämmung der Überschußproduktion bei Milch und Rindfleisch begonnen. Mit Beschlüssen wird nicht gerechnet.

Mexico: Um rund zehn Prozent wurde die Erdölförderung reduziert. Damit sollen die Opec-Bemühungen zur Preisstabilisierung unterstützt werden, erklärte Präsident Miguel de la Madrid.

Aufgabe: Wall Street Spekulant Ivan Boesky wird am Freitag seine Geschäfte einstellen.

Venezuela: Nach Angaben von Präsident Lusinchi wird ein dritter Devisenkurs von 14,50 Bolivar für einen Dollar für alle Handelstransaktionen festgelegt.

China: Bis zu 320 Mill. Dollar will die Regierung in den nächsten fünf Jahren für die Forschung in der Luftfahrtindustrie bereitstellen, um die Produktion von Zivilflugzeugen zu fördern.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	5. 12. 86	4. 12. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	139,50	142,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	74,00	73,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	121,25	121,50	104,00	226,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK

Auftrag: Die japanische Fluggesellschaft All Nippon Airways (ANA) hat 20 Flugzeuge des Airbus-Modells A320-200 bestellt. Zehn dieser Bestellungen im Gesamtwert von einer Milliarde Dollar sind Festaufträge, die andere Hälfte Optionen.

Warnung: Höhere Renten für Trümmerfrauen sollten nicht durch einen relativ hohen Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung finanziert werden, erklärte das Institut für Weltwirtschaft (IFW) zu einem entsprechenden Konzept der Regierung.

Vertrauen: Deutsche Zollbürgschaften werden weltweit am wenigsten reklamiert, dies geht aus einer Auswertung des Deutschen Industrie- und Handelstages über die Zollbürgschaften der Deutschen Industrie- und Handelskammern hervor.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Großbanken: Vor einem Rekordjahr stehen „die großen Drei". Die Aktionäre partizipieren daran mit einer höheren Dividende. (S. 15)

Mietfinanz: Für die Industrie bleiben die Geschäftsaussichten auch 1987 günstig. Die Investitionsneigung ist immer noch ungebrochen. (S. 14)

Metallgesellschaft: Erst 1988 erwartet das Unternehmen einen Sprung nach vorn, bisher leidet man noch unter dem Verfall der Metallpreise. (S. 14)

Interfinanz: Gesucht werden auf dem Beteiligungsmarkt Pharma-, Chemie- und Recyclingfirmen. Angeboten werden Maschinenbauunternehmen. (S. 15)

Pläne: Bis zum Jahresende soll es zu einer vertraglichen Regelung über eine Zusammenarbeit zwischen Ford und Nissan kommen, die unter anderem den Bau eines gemeinsamen Werkes in Nordamerika vorsieht.

Procter + Gamble: Die heftige Umweltdiskussion über die Gefährdung des Wassers drängt das Unternehmen auf neue Märkte. (S. 15)

Einzelhandel: In den ersten zehn Monaten ist der Umsatz der Unternehmen real um 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen, so das Statistische Bundesamt. Höhere Einkommen und das niedrigere Preisniveau werden als Gründe aufgeführt.

NAMEN



Commerzbank: Aufsichtratsvorsitzender Paul Lichtenberg (Foto), einer der „Grand Old Man" der deutschen Kreditwirtschaft, wird morgen 75. 1958 wurde er in den Vorstand des Kreditinstituts berufen und leitete ihn von 1968 bis 1976. 1981 übernahm er als 69jähriger noch einmal für vier Monate dieses Amt, bis Walter Seipp berufen wurde. Er gilt als Architekt der Bankengruppe Europartners.

WER SAGT'S DENN?

Führungskräfte waren früher Würdenträger, heute sind sie Bürdenträger.

Arno Sölter

Zunahme der Beschäftigung findet weitgehend im privaten Sektor statt

IW: Dadurch hält Aufschwung länger an – Arbeitgeber für angebotsorientierte Politik

THOMAS LINKE, **Bonn**

Die Zunahme der Beschäftigung findet im gegenwärtigen Aufschwung weitgehend im privaten Sektor statt. In den Unternehmen der Industrie und des Dienstleistungssektors stieg die Zahl der Beschäftigten zwischen 1983 und 1986 um 455 000. Das sind 95 Prozent der gesamten Beschäftigungszunahme. *Diese Zahlen veröffentlichte jetzt das* arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Untersuchung über „Arbeitsmarkt und Beschäftigung im Aufschwung".

Beschäftigungspolitisch entgegengesetzt lief der Aufschwung 1977/80. Da lag der Schwerpunkt des Beschäftigungszuwachses auf dem öffentlichen Dienst und auf der von öffentlichen Aufträgen stark abhängigen Bauwirtschaft. Je Prozentpunkt Sozialprodukt-Zuwachs stieg die Beschäftigung in den späten siebziger Jahren um 280 000, diesmal hingegen nur um 170 000.

Die Beschäftigungsintensität des Wachstums im Privaten Sektor (ohne Bauwirtschaft) ist in diesem Aufschwung jedoch größer als im Boom vor zehn Jahren. Je Prozentpunkt Produktionszuwachs erhöhte sich die zahl der Beschäftigung seit 1983 um 130 000 – in den Jahren 1977 bis 1980 hingegen nur um 109 000. Begünstigt wurde diese Entwicklung laut IW vor allem durch das Vordringen der privaten Dienstleistungen und durch zusätzliche Arbeitsplätze in den Investitionsgüterindustrien. Das IW sieht in der jetzigen Konstellation vor allem positive Aspekte: „Das privatwirtschaftliche Beschäftigungsfundament bietet heute die Gewähr dafür, daß die positive Arbeitsplatzentwicklung sich über das Jahr 1986 hinaus fortsetzt und nicht – wie 1980 – an den Grenzen des finanzpolitisch Machbaren scheitert."

Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände blickt optimistisch in die Zukunft. Insgesamt schreite der Beschäftigungsaufbau schneller voran als der Abbau der Arbeitslosigkeit. Wenn der eingeschlagene Kurs der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und der flankierenden Arbeitsmarktpolitik beibehalten werde, so sei im kommenden Jahr mit einer Zunahme von weiteren 200 000 bis 250 000 Arbeitsverhältnissen zu rechnen, heißt es im jetzt vorgelegten Jahresbericht 1986.

Morgen und übermorgen findet in Bonn die Jahrestagung des Verbandes statt, auf der ein neuer Präsident der Bundesvereinigung gewählt wird. Das Präsidium hat Klaus Murmann, Vizepräsident der Bundesvereinigung und Vorsitzender der Vereinigung der Schleswig-Holsteinischen Unternehmerverbände, zur Wahl vorgeschlagen. Er soll die Nachfolge von Otto Esser antreten, der sein Amt, das er seit 1977 innehat, auf der Mitgliederversammlung niederlegen wird. Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl werden zu den Mitgliedern der Bundesvereinigung sprechen.

Mit Sorge sehen die Arbeitgeber die gewerkschaftlichen Forderungen nach Erweiterung der Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene bei der Einführung neuer Technologien: „Dabei geht es weniger um den angeblichen Schutz der Arbeitnehmer als um die weitere Absicherung gewerkschaftlicher Macht- und Organisationsansprüche."

Leasing-Geschäft hat sich um zehn Prozent ausgeweitet

Anlagen für knapp 23 Milliarden Mark neu vermietet

adh. **Frankfurt**

Grund zum Optimismus sehen die im Bundesverband Deutscher Leasing-Gesellschaften (BDL) zusammengeschlossenen 54 Leasing-Unternehmen, die einen Marktanteil von rund zwei Drittel halten. Die bereits 1985 für Leasing erkennbare „positive Grundtendenz" hat auch in diesem Jahr angehalten. Am Jahresende wird die Branche Anlagen für insgesamt 22,9 Mrd. DM neu vermietet haben, das sind fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr; der Anteil der Leasinginvestitionen an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen (ohne Wohnungsbau) wird damit auf 8,1 Prozent steigen, erwartet das Ifo-Institut in seiner jüngsten Leasing-Untersuchung.

Stärker noch ist der Anteil des Leasing gemessen an den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungs-Investitionen: Hier kommt Leasing mit einer Steigerungsrate von 10,3 Prozent (und damit deutlich stärker als die gesamten Ausrüstungsinvestitionen) auf 19,95 Mrd. DM bereits auf einen Anteil von 11,7 (i.V. 11,3) Prozent. Mit dieser Quote zählt die deutsche Leasing-Branche zu den führenden in Westeuropa, hält der BDL fest, verweist aber auch auf die deutlich höheren Werte in den USA, die Rückschlüsse auf das Entwicklungspotential der deutschen Leasing-Gesellschaften zuließen.

Der größte Anteil der Leasinginvestitionen entfällt in diesem Jahr erstmals auf Fahrzeuge, die die Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen auf Platz zwei verdrängten. Eine „Tendenzwende" auf niedrigem Niveau registriert der Verband mit einem Plus von 7 Prozent beim Immobilien-Leasing.

EG verabschiedet Banken-Richtlinie

Einheitliche Grundsätze für Bilanzen und Jahresabschlüsse der Finanzinstitute

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Banken und andere Finanzinstitute in der EG müssen ihre Bilanzen und Jahresabschlüsse künftig nach einheitlichen Grundsätzen gliedern. Dies sieht eine Richtlinie vor, die gestern in Brüssel beschlossen wurde. Gleichzeitig einigten sich die Finanzminister der Gemeinschaft auf ein Darlehensprogramm zugunsten von Klein- und Mittelbetrieben. Dafür sollen auf den Kapitalmärkten in zwei Tranchen Anleihen in Höhe von 1,5 Milliarden Ecu (etwa 3,1 Milliarden Mark) aufgenommen werden.

Die Bankbilanzrichtlinie ergänzt die bereits geltenden Vorschriften über den Jahresabschluß von Kapitalgesellschaften (AG, KGaA, GmbH) und über den Konzernabschluß. Sie wurde notwendig, weil die Mitgliedstaaten bisher berechtigt sind, Kreditinstitute von der Anwendung der EG-Bestimmungen auszunehmen. Geregelt wurden in den fünfeinhalbjährigen Beratungen der Experten eine Reihe von branchenspezifischen Besonderheiten, insbesondere Formblätter für die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung.

Dabei gelang es der Bonner Delegation, die von den Spitzenverbänden der deutschen Kreditwirtschaft gewünschte Zulassung stiller Reserven und der sogenannten Überkreuzverrechnung (Verrechnung von Verlusten aus dem Wertpapiergeschäft mit Gewinnen aus dem Darlehensgeschäft und umgekehrt) durchzusetzen. Auch zur Währungsumrechnung kann das in der Bundesrepublik geltende Recht im Wesentlichen beibehalten werden.

Die Fristengliederung muß erst von 1998 an der Praxis der übrigen EG-Staaten (Restlaufzeiten) angeglichen werden. Dafür hat die Bundesregierung auf ihre Forderung, Privatbanken von der Richtlinie auszunehmen, verzichtet. Diese bestreiten nur 1,2 Prozent des Geschäftsvolumens der Kreditinstitute.

Die Darlehen zur Förderung von Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen werden im Rahmen des sogenannten Neuen Gemeinschaftsinstruments (NIC) vergeben. Sie dürften für mittelständische Betriebe in der Bundesrepublik wegen der günstigen deutschen Zinssätze kaum attraktiv sein. Die Bundesregierung hatte den Beschluß monatelang blockiert, da sie der Meinung ist, daß die Aufnahme der Darlehen Sache der Europäischen Investitionsbank und nicht der Kommission sei.

Unnachgiebig blieb Bonn gegenüber dem Wunsch der EG-Partner, die Freimengen für im Lkw-Tank mitgeführten Treibstoff von 200 auf schrittweise 600 Liter (Mitte 1992) aufzustocken. Die Bundesregierung befürchtet Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten des deutschen Transportgewerbes.

Illusion der Töpfe

Wb. – Adieu, Tütensuppe, Dosenfutter, Tiefkühl-Sattmacher! Adieu, als Soße getarnter Tapetenkleister! Die Tage eures Seins in Deutschlands Küchen sind gezählt – Siebeck und Bocuse sei Dank! Nur noch das Beste und Frischeste kommt auf den heimischen Herd! Das kann gar nicht anders sein, glaubt man jenen Stapeln vorweihnachtlich werbender Geschenkeprospekte oder den glitzernden Auslagen der Haushaltswaren-Fachgeschäfte und Kaufhausabteilungen.

Denn wer könnte es wagen, profane Fischstäbchen in der Hochleistungs-Bratpfanne für 100 Mark und mehr zu erhitzen, wer beginge das Sakrileg, eine Fertigsuppenkonserve in den so teuren Supertopf zu entleeren? Die fast totale Abwesenheit weniger edler Geschirre läßt eigentlich nur einen Schluß zu: An deutschen Herden regieren nur noch olympiareife Spitzenköchinnen und -köche.

Sieg der Eßkultur? Emanzipation der Wohnküche zur Cuisine? Der Blick auf die Regale der Lebensmittelgeschäfte und Verbrauchermärkte führt rasch zurück in die rauhe Wirklichkeit: Soßenbinder verschiedenster Provenienz füllen halbe Gondeln, Fertigmenüs in eleganter Kantinenaufmachung erobern sich einen Meter nach dem anderen, und die Reihe der Kälteschränke für all die vorfabrizierten Tiefkühl-Köstlichkeiten wächst fast monatlich. Es scheint, daß die vermeintliche Gourmet-Welle weniger die Kochkunst als die Kochtopf-Preise zu neuer Blüte gebracht hat. Funkelnde Pötte und das Bewußtsein des Teuren als Surrogat für Kreativität und guten Geschmack?

Franc wegen der Unruhen unter starkem Druck

J. Sch. **Paris**

Die Furcht vor einer politischen Ausweitung der französischen Studentenunruhen mit wirtschaftlichen Folgen – ähnlich dem mehrwöchigen Generalstreik vom Mai 1968 – führte die Pariser Börse gestern in die Baisse. Noch am Freitag war der Aktienindex trotz der ernsten Zwischenfälle vom Vortag um 0,04 Prozent gestiegen. Zum Wochenbeginn fiel er um 1,8 Prozent – bis Premierminister Chirac gestern mittag seine Entscheidung bekanntgab, den so scharf attackierten Gesetzentwurf zur Hochschulreform zurückzuziehen. Zum Börsenschluß erreichte der Kurseinbruch aber immer noch 1,34 Prozent.

Auch der Franc stand zunächst gegenüber sämtlichen Währungen unter starkem Abwertungsdruck, obwohl die Notenbank ihren Interventionssatz am Geldmarkt (für siebentägige Schatzwechsel) massiv um einen vollen Punkt auf 8,5 Prozent erhöht hatte. Interventionen am Devisenmarkt scheint sie aber nicht durchgeführt zu haben. Für 100 DM mußten in Paris zuletzt 328 Franc bezahlt werden nach 329 Franc vor der Chirac-Erklärung und 326 Franc am Freitag. Der oberste Interventionspunkt liegt bei 333 Franc. Offenbar beunruhigt auch in internationalen Finanzkreisen die Entwicklung in Frankreich.

AUF EIN WORT

„Die Zukunft des deutschen Films ist gesichert. Insbesondere die Verbesserung der Mittelstandsförderung für die deutsche Theater-Wirtschaft wird eine der wesentlichen Bausteine für eine Belebung des Kinobesuchs in Deutschland sein."

Jürgen Wohlrabe, Berliner CDU-Abgeordneter und Inhaber des ältesten deutschen Filmverleihs. FOTO: DIE WELT

„Big Bang" ließ Aktienumsätze explodieren

Sbt. **London**

Ein großer Erfolg war der „Big Bang" am 27. Oktober, als an der London Stock Exchange die vorher fixe Mindestkommission freigegeben, die personengebundene Mitgliedschaft aufgehoben und ein elektronisches Handelssystem eingeführt wurde. Der Abbau der Barrieren führte zu einer Explosion der Umsätze. Gleichzeitig nahm der Blockhandel, bei dem mindestens 10 000 Aktien den Besitzer wechseln, kräftig zu.

Nach einer Aufstellung der „Financial Times" schoß der gesamte Wertpapierhandel, also auch Renten, im November um 20,1 Prozent auf 55,5 Mrd. *Pfund* (rund *159 Mrd. Mark*) in die Höhe. Am besten schnitten Aktien ab, deren Umsatzvolumen sich sogar um 40,2 Prozent auf 21,5 Mrd. Pfund erhöhte. Von den 936 000 geschlossenen Kontrakten entfielen nahezu neun Zehntel auf Aktien.

Der „Laute Knall" ist auch dem Handel mit Futures und Optionen zugute gekommen. Wie die London International Financial Futures Exchange (Liffe) mitteilte, wuchs die Zahl der Terminkontrakte für langfristige britische Staatsanleihen im November um 24,7 Prozent. Ihr Wert erreichte 18,7 Mrd. Pfund. Ebenfalls gestiegen ist das Interesse an Optionen für derartige Papiere.

Vor Nebelbänken

Von JAN BRECH

Die Lektüre des Jahresberichts des deutschen Reeder-Verbands war selten erbaulich. Während andere Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik zum Jahreswechsel 1986/87 durchweg optimistische Lageberichte geben, paßt die Situationsanalyse der deutschen Seeschiffahrt auch dieses Mal in die neblig-trübe Großwetterlage der Küste. Die seit langem anhaltende Krise hat sich noch verschärft.

Unsicherheit und das Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber Fehlentwicklungen, die selbst nicht beeinflußt werden können, bestimmen das Bild. Verdüsternd steht das Menetekel von den großen Schiffahrtspleiten der letzten Monate am Horizont.

In Fernost sind bislang über jeden Zweifel erhabene Großreedereien in finanzielle Strudel geraten. In den USA mußten die United States Lines die Segel streichen. Besonders die Grundberührung dieser US-Reederei wirkt wie ein Schock. Immerhin steht mit Malcolm McLean ein Pionier der modernen Containerfahrt hinter ihr.

Schon Anfang nächsten Jahres wird zum erstenmal mehr als die Hälfte der Handelsflotte, die im Einflußbereich deutscher Reeder steht, unter fremden, billigeren Flaggen fahren.

In der Bundesrepublik wird die Sicherstellung der Liquidität zunehmend schwieriger. Nach dem Fall der DDG „Hansa" im Jahr 1980 sind große, spektakuläre Schiffahrtspleiten zwar ausgeblieben, doch gibt es inzwischen keine Reederei mehr, bei der nicht alle Mann an den Pumpen wären. Die Verbreiterung des Aktionärskreises bei Hapag-Lloyd, die wachsende Kooperationsbereitschaft, verdeutlichen das Bemühen, die Betriebe noch wetterfester zu machen.

Land ist nirgendwo in Sicht. Von wenigen Ausnahmen abgesehen lastet auf den Schiffahrtsmärkten ein ungeheurer Ratendruck. Kapitalkosten werden kaum noch gedeckt, viele Schiffe fahren nicht einmal die reinen Betriebskosten ein. Die Ursachen sind bekannt. Es gibt zu viele Schiffe und zu wenig Ladung. Für die deutschen Reeder kommt erschwerend der niedrige Dollarkurs hinzu. Da die Frachten auf Dollarbasis abgeschlossen werden, verfallen die Erlöse in D-Mark, mit denen die Betriebsausgaben bezahlt werden müssen.

Diese von externen Faktoren bestimmte Krisenlage hat sich durch die Tarifauseinandersetzungen im Frühjahr dieses Jahres drastisch verschlechtert. Durch die Bestreikung vornehmlich großer Containerschiffe in der termingebundenen Linienfahrt hatten die Gewerkschaften einen Abschluß mit Mehrbelastungen von durchschnittlich zehn Prozent „erkämpft".

Mäßigende Worte, wie sie das Präsidium und die Geschäftsführung des Verbandes als direkte Verhandlungskontrahenten der Gewerkschaften wohl finden müssen, stoßen bei den Mitgliedern auf völliges Unverständnis. In der Reederschaft verstärkt sich die wohl einmalige Forderung, die im Herbst nächsten Jahres anstehende Tarifrunde ausschließlich mit dem Zweck zu führen, Teile der Zusagen vom Frühjahr zurückzunehmen.

Materiell hat der Abschluß dazu geführt, daß viele Reeder im Einvernehmen mit den Seeleuten nicht mehr nach Tarif bezahlen. Ein Zustand, der auf Dauer weder Reeder noch Seeleute befriedigen kann. Die höheren Kosten und die Verbitterung darüber, selbst in Krisenzeiten mit Kampfmaßnahmen überzogen zu werden, haben die Reeder bewogen, den Prozeß der Verlagerung des Geschäfts ins Ausland noch zu beschleunigen.

Die Abwanderung von Schiffen und auch von ganzen Betrieben in „schiffahrtsfreundlichere" Länder hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Schon Anfang nächsten Jahres wird zum erstenmal mehr als die Hälfte der Flotte, die im Einflußbereich deutscher Reeder steht, unter fremden, billigeren Flaggen fahren. Der Zeitpunkt ist abzusehen, an dem die zweitgrößte Handelsnation der Welt nur noch mit einer eigenen Restflotte über die Meere fährt.

Patentlösungen, um die Schiffahrt in sicherere Gewässer zu bringen, gibt es nicht. Weder immer höhere Subventionen, noch verstärkte protektionistische Maßnahmen lösen das Problem. Besserung ist nur möglich, wenn auf der internationalen Ebene die Einsicht reift, daß ein Marktausgleich nur über einen rigorosen Kapazitätsabbau in *der Schiffahrt und bei den Werften* zustande kommen kann.

Die bekanntgewordenen Neubaupläne mancher Reederei und die Gewißheit, daß von der Großflotte der gestrandeten United States Lines kein einziges Schiff vom Markt verschwinden wird, stimmen nicht gerade hoffnungsvoll, daß dies gelingen könnte. Für die deutschen Reeder wäre es vor diesem Hintergrund hilfreich, wenn die nationale Schiffahrtspolitik ihre Zielvorstellungen präzisierte und in praktische Maßnahmen umsetzte.

Finanzielle Hilfen sind zweitrangig. Notwendig sind Standortbedingungen, die eine wettbewerbsfähige Schiffahrt auch an der deutschen Küste erlaubt.

Die Ferne lockt mit kleinen Preisen

Große Veranstalter bieten im Sommer 1987 den Pauschalurlaub kräftig ermäßigt an

HENNER LAVALL, **Villach**

Die Preise für Urlaubsreisen sinken im Sommer 1987 kräftig. So hat die Touristik Union International (TUI), Hannover, der größte Pauschalreiseveranstalter Europas, Preis*senkungen zwischen zwei und drei* Prozent für Flugreisen in die Länder rund um das Mittelmeer und zu den Kanarischen Inseln angekündigt. Die nächstgrößten Anbieter in der Bundesrepublik, NUR und ITS, kündigten als erste Reaktion ebenfalls Preisabschläge in ähnlicher Größenordnung an.

Das für Touristik zuständige Vorstandsmitglied der TUI, Jürgen Fischer, erklärte bei der Vorlage der neuen Programme, Fernreisen und Trips in den Nahen Osten würden „sogar bis zu neun Prozent" billiger. Besonders hohe Preisnachlässe bietet TUI für Reisen nach Israel (minus 14 Prozent), nach Tunesien (minus 13 Prozent) oder in die Türkei (minus zehn Prozent). Bei den Fernreisen sind vor allem Thailand (neun Prozent), die Malediven (acht Prozent), Sri Lanka und Kuba (fünf Prozent) sowie Kenia (vier Prozent) billiger.

Darüber hinaus ermögliche die neue Tarifstruktur der Deutschen Bundesbahn außerordentlich *günstige Preise für Familien mit Kindern*, insbesondere in der Hochsaison. Nur Urlauber, die in der kommenden Saison nach Griechenland und Italien wollen, werden tiefer in die Tasche greifen müssen. Griechenland wird nach den Angaben von Fischer um durchschnittlich sechs Prozent, Italien um rund drei Prozent teurer.

Fischer begründet die Preissenkungen vor allem mit der Stärke der Mark im Europäischen Währungssystem und gegenüber dem US-Dollar, die „voll an den Kunden weitergegeben wird". Dadurch erhoffe man sich zusätzlichen Anreiz für einen noch größeren Kreis der Bevölkerung mit einem der Reiseveranstalter der Gruppe seinen Urlaub zu verbringen. Zur TUI gehören Touropa, Scharnow, Hummel, Dr. Tigges, Twen Tours, Transeuropa, Robinson Club, Hit und Airtours.

TUI hat 5000 Hotels und Pensionen in 65 Zielgebieten der Erde mit 200 000 Betten unter Vertrag. Ferner verfügt das Unternehmen, das *1986/87 (31. Oktober)* rund 2,92 Milliarden Mark Umsatz erzielen will, über 40 000 eigene Betten. Damit werde sich die Gruppe im laufenden Geschäftsjahr (Fischer: „Wie wir hoffen erfolgreich") dem zu erwartenden heftigen Preiswettbewerb am Reisemarkt stellen.

Die Startbedingungen dafür sind gut, denn bei der TUI und den ihr angeschlossenen 2400 Reisebüros haben im abgelaufenen Reisejahr 1985/86 über 2,3 Millionen Menschen Pauschalreisen gebucht. Das sind 25 Prozent aller deutschen Touristen, die das Komplettangebot eines Veranstalters einer Individualreise vorziehen. Im laufenden Jahr 1986/87 sollen nach Fischers Vorstellungen rund 2,5 Millionen Urlauber mit der Touristik Union International reisen.

Absatzrückgang bei HEW

75 Prozent der Stromerzeugung auf Kernenergiebasis

JB. **Hamburg**

Die Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) rechnen im Geschäftsjahr 1986 wieder mit einem befriedigenden Ergebnis. Wie der Vorstandsvorsitzende Roland Farnung in einem ersten Überblick mitteilte, werde dies trotz zurückgehender Erlöse und zusätzlicher Belastungen *aus der degressiven* Halbjahresabschreibung auf den HEW-Anteil am Kernkraftwerk Brokdorf möglich sein.

Vor allem durch den Wegfall der Stromlieferungen nach Schleswig-Holstein wird der HEW-Stromabsatz um rund zehn Prozent zurückgehen. Der Umsatz vermindert sich um rund fünf Prozent auf 2,3 Mrd. DM. Zur Frage der Dividende machte Farnung noch keine Angaben.

Profitiert hat HEW nach Angaben von Farnung von der günstigen Erzeugungsstruktur und der hohen Verfügbarkeit der Kernkraftwerke. HEW hat im Berichtsjahr gut 75 Prozent der Stromerzeugung auf Kernenergiebasis produziert, den Rest fast ausschließlich auf Kohlebasis.

Zu der immer wieder gemachten Behauptung, HEW unterhalte zu teure Überkapazitäten, erklärte Farnung, daß die Kraftwerksleistung zur Deckung der Grundlast mit gegenwärtig 80 Prozent der Höchstlast um zehn Prozentpunkte zu hoch sei. In dem Mittellastbereich werde HEW nach Abschluß der Umrüstungsarbeiten 1988 eine optimale Struktur erreichen. Bei der reinen Reservekapazität werden 500 MW nicht benötigt.

Zu der im Hamburger Senat diskutierten Satzungsänderung, nach der der HEW der Bezug von Strom aus Kernenergie und die künftigen Beteiligungen an Kernkraftwerken verboten werden soll, erklärt Farnung, daß damit komplexe aktienrechtliche Probleme verbunden seien. Auch müsse der Vorstand sorgfältig prüfen, ob Minderheitsrechte betroffen seien, es sei denn, die Stadt als Mehrheitsaktionär stelle alle geschädigten Aktionäree frei.

PERSONALIEN

Dr. **Hans Baur**, Generalbevollmächtigter der Süd-Chemie AG, Münche, vollendet heute sein 65. Lebensjahr.

Dr. med. **Otfried P. Schaefer** (58), Internist aus Kassel, 2. Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, wurde in den Vorstand der Kassenärztlichen Bundesvereingiung gewählt.

Reimund Suda (48), langjähriger Prokurist der RHW P. A. Rentrop, Hubbert & Wagner, Stadthagen, ist seit dem 1. Dezember 1986 Geschäftführer des Unternehmens.

Heinz-Jürgen Johanning, bisher kaufmännischer Leiter bei der Münchener Knürr AG, ist mit Wirkung vom 1. Dezember 1986 in den Vorstand der Gesellschaft berufen worden. Ausgeschieden ist zum gleichen Zeitpunkt Vorstandsmitglied **Alois Knürr**.

Dr. **Bernhard Schareck** (42) wird ab 1. Januar 1987 und Dr. **Roland Delbos** wird ab 1. Juli 1987 stellvertretende Vorstandsmitglieder der DKV Deutsche Krankversicherung AG, Köln. Sie sind Nachfolger von **Jens Kiencke**, der auf eigenen Wunsch zum 31. Dezember 1986 ausscheidet, und Dr. **Horst Gittermann**, der wegen Erreichen der Altersgrenze die DKV verläßt.

Giulio Mazzalupi (45), bisher Leiter der italienischen Verkaufsgesellschaft von Atlas Copco, ist zum Geschäftsführer der Atlas Copco Deutschland GmbH, Essen, bestellt worden. Vorgänger Bergassessor a.D. **Helmut Porbeck** (57) wurde geschäftsführender Direktor der Atlas Copco Holding GmbH, Saarbrücken.

Karsten D. Wick, Geschäftsführer der Untrnehmensberatungsgesellschaft Wick & Zobel International, Hamburg, ist zum Präsidenten der Independant Consultants International gewählt worden. Vizepräsident wurde **Allan D. Percival**.

In Internationalisierung viel investiert

Metallgesellschaft leidet an Verfall der Metallpreise – Erst 1988 „Sprung nach vorn"

INGE ADHAM, **Frankfurt**

„Wenn wir in unserer angestammten Position als großes Rohstoffunternehmen bleiben wollen, müssen wir wieder wie früher auch international eine einflußreiche Rolle spielen, also stärker werden als bisher, und dies bedeutet für die Metallgesellschaft eine Vorwärtsstrategie." Der von Dietrich Natus, Vorstandsvorsitzender der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, energisch betriebene Aufbruch zu neuen Ufern dokumentiert sich im zurückliegenden Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) unter anderem in der engeren Zusammenarbeit mit dem australischen Partner MIM – Mount Isa Mines Holdings Ltd., die durch eine wechselseitige Beteiligung von jeweils gut einem Prozent unterstrichen wird. Einer der großen Anteilseigner bei MIM, die australische Versicherungsgruppe AMP, hat sich zusätzlich mit fünf Prozent an der MG beteiligt.

Gemeinsam mit MIM und der kanadischen Teck Corp. (an der MG beteiligt) hat die Metallgesellschaft das große kanadische Bergbau- und Hüttenunternehmen Cominco übernommen: Damit werde Nachholbedarf beim Zugang zu reichen und kostengünstigen Bergbauvorkommen gedeckt und die MG konkurrenzfähiger, erklärt Natus.

Die Vorwärtsstrategie der MG, gestützt von gut einer Mrd. DM Investitionen 1986 und 1987, wird freilich erst ab 1988 Früchte tragen; dann erwartet der Vorstand einen „Sprung nach vorn, auch im Ertrag". Im gerade zu Ende gegangenen Geschäftsjahr spürte die MG, wie übrigens alle Rohstoffunternehmen, die Folgen der niedrigen Metallpreise und der Kursentwicklung von Dollar und Pfund. Der Weltumsatz stagnierte bei 14,6 Mrd. DM, der preisbedingte Rückgang wurde durch Mengensteigerungen ausgeglichen. Das gelang nicht im Inland, der Konzernumsatz sank um 13 Prozent auf 9,7 (11,2) Mrd. DM.

Beim Ergebnis zeigt sich aber die Ausgleichskraft der verschiedenen Unternehmensbereiche (Rohstoffe, Verarbeitung, Chemie, Anlagenbau – Lurgi –, Transport). „Trotz aller Schwierigkeiten", betonte Natus, „wird es an das befriedigende Vorjahr anschließen." Für 1984/85 hatte die MG nach dreijähriger Pause mit sechs DM die Dividendenzahlung wieder aufgenommen.

Obwohl das operative Ergebnis schlechter als im Vorjahr ist, wird der Konzernjahresüberschuß höher sein, denn die außerordentlichen Aufwendungen sind mit 20 bis 30 Mill. DM deutlich geringer als im Vorjahr. Für eine vom MG-Vorstand ausdrücklich angestrebte Erhöhung der noch nicht befriedigenden Dividende wird es aber nicht reichen.

Gewinne gemacht hätten aber alle Unternehmensbereiche. Gut verdient wurde vor allem im Handel, wo MG mit starker Präsenz auch im pazifischen Raum (Nach New York und London) die Internationalisierung weiter vorangetrieben hat. Auch die Verarbeitung hat gut abgeschnitten. Hier glänzte insbesondere Kolbenschmidt. Schwächer sah es bei Lurgi und im Transport aus. Die Zahl der Beschäftigten im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent auf 21 598 gestiegn.

Saint-Gobain-Aktien stark überzeichnet

J. Sch. **Paris**

Die erste große Privatisierungsaktion der französischen Regierung ist ein „außergewöhnlicher Erfolg", erklärte Wirtschafts-, Finanz- und Privatisierungsminister Balladur zu den vorläufigen Auszählungen der nationalen Zeichnung für Saint-Gobain-Aktien. Mehr als eine Mill. Franzosen – statt erwarteten 500 000 – haben von dem attraktiven Angebot (310 Franc die Aktie und für zehn eine Gratisaktie nach 18 Monaten) Gebrauch gemacht. Die dem Publikum angebotenen 19,6 Mill. Stückaktien wurden weit überzeichnet. Jedoch dürfte die Zusage, für die ersten zehn Aktien auf Zuteilungen zu verzichten, eingehalten werden können. Allerdings machte nur die Hälfte der Saint-Gobain-Belegschaft von dem ihr reservierten Sonderangebot Gebrauch, 2,8 Mill. Aktien zum Vorzugspreis von 295 Franc oder 248 Franc (bei zweijähriger Nichtveräußerung) zu zeichnen.

Auch die im Ausland von Bankenkonsortien übernommenen 5,6 Mill. Aktien sind überzeichnet worden. An der Pariser Börse eingeführt wird die Saint-Gobain-Aktie am 23. Dezember.

Zuckerwirtschaft mit Ergebnis zufrieden

dos, **Hannover**

Trotz der Belastungen, die der Zuckerwirtschaft aus der EG-Quotenregelung erwachsen, sollte dieses Instrument beibehalten werden. Sprecher des Marktverbandes Rübenbau und Zuckerwirtschaft sowie der Zuckerindustrie Nordwestdeutschlands erklärten in Hannover, nur so lasse sich der Zuckermarkt einigermaßen stabil halten. Die derzeit geltenden Regelungen laufen Ende 1988 (Produktionsabgabe) und 1991 (Quotenhöhe) aus.

Mit den Ergebnissen der diesjährigen Rübenernte zeigt sich die Zukkerwirtschaft in Niedersachsen zufrieden. Die Ernte- und Wachstumsbedingungen waren optimal. Obwohl die Anbaufläche um 5000 Hektar auf rund 147 000 reduziert wurde, lasse der hohe Zuckergehalt (18 Prozent) wieder eine Zuckerproduktion von mehr als eine Mill. t erwarten. Dieses „Geschenk der Natur" bereite indes nicht nur reine Freude, weil die über die Quoten hinausreichenden Mengen (rund zwei Mill. t Rüben) zu den „sehr niedrigen Weltmarktpreisen" verkauft werden müssen.

Altana stärkt das Auslandsgeschäft

Wb. **Frankfurt**

Die Quandt-Gesellschaft Altana Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg, verstärkt ihr Südamerika-Geschäft: Die hundertprozentige Diätetik-Tochter Milupa AG hat jetzt die argentinische Kasdorf S. A., Buenos Aires, übernommen, die mit einem Umsatz von rund 10 Mill. Dollar Marktführer bei Baby-Milchnahrung ist. Eine stärkere Position auch auf dem US-Markt soll eine Kooperation mit dem Bristol-Myers-Ableger Mead-Johnson bringen, einem der größten Anbieter von Säuglings- und Kindernahrung in den USA.

Der weltweite Umsatz des Altana-Konzerns ist in den ersten zehn Monaten 1986 währungsbedingt um vier Prozent auf 1,25 (1,3) Mrd. DM zurückgegangen. Dazu steuerten Pharma (Byk-Gulden) 587 Mill. DM, Diätetik 515 Mill. DM, Chemie 98 Mill. DM und Software (DAT) 46 Mill. DM bei. Obwohl die Pharma-Sparte durch den Preisstopp im Inland und durch die Währungsentwicklung im Export belastet ist, erwartet der Konzern insgesamt ein Ergebnis auf Vorjahresniveau.

Investitionsneigung ungebrochen

Mietfinanz beobachtet weiter knappe Eigenkapitalbasis

HANS BAUMANN, **Bonn**

Die deutsche Industrie beurteilt ihre Geschäftsaussichten für 1987 optimistisch. Die Unternehmen der meisten Branchen erwarten ein weiteres stetiges Umsatzwachstum und durchweg eine weitere Steigerung der Erträge. Die Investitionsneigung ist unverändert hoch und in einigen Branchen sogar gewachsen. Exportintensive Betriebe wollen 1987 ihre Auslandsinvestitionen vielfach erheblich erhöhen. Diesen Trend ermittelte die Mietfinanz GmbH, Mülheim/Ruhr, in ihrem Kundenkreis, der für die mittleren und großen Industrieunternehmen repräsentativ ist.

Zuversichtlich schätze das Gros der Unternehmen auch die weiteren Chancen für das Exportgeschäft ein. Die geringeren Zuwachsraten beim Auftragseingang aus dem Ausland als Folge der Dollar-Abwertung beurteilten die meisten Betriebe nicht als Vorzeichen für dauerhafte Einbußen im Export, sondern nur als eine zeitliche Verzögerung eines Teils der Auslandsnachfrage.

Über viele Exportgeschäfte müsse allerdings heute länger verhandelt werden als vor Beginn der Dollar-Talfahrt, sagte Gerd Koenig, geschäftsführender Gesellschafter der Mietfinanz, vor der Presse. Auch rechne man allgemein mit spürbar knapperen Erträgen bei neuen Auslandsaufträgen.

Damit scheint nach Koenig absehbar, daß die Unternehmen auch im kommenden Jahr auf ähnlich knapper Eigenkapitalbasis wirtschaften müssen wie bisher. Der Anteil der Fremdfinanzierungsmittel werde also nicht sinken, sondern eher wachsen.

Die Mietfinanz ist mit ihrer Geschäftsentwicklung 1986 „sehr zufrieden". Die Abschlüsse in den ersten zehn Monaten ließen erwarten, daß das Volumen der neu abgeschlossenen Mietverträge 1986 um mehr als 20 Prozent steigen wird. Besonders lebhaft entwickelten sich nach Koenig die Mietfinanzierungsaufträge für deutsche Investitionsgüter, die ins Ausland geliefert werden. Das Auslandsgeschäft der Mietfinanz wird in diesem Jahr voraussichtlich einen Anteil von 30 Prozent am gesamten Volumen der neuen Mietverträge überschreiten.

Internationale Finanzen

Niederlande: Das Finanzministerium hat 3,5 Mrd. hfl Zeichnungen für die neue Staatsanleihe akzeptiert. Sie läuft acht Jahre und hat einen Kupon von 6,25 Prozent. Der Ausgabekurs liegt bei 100,30 Prozent.

Ecu-Anleihe: 7,875 Prozent beträgt der Kupon der 75 Mill. Ecu-Anleihe der Banque Nationale de Paris. Der Ausgabekurs beträgt 101 Prozent, Fälligkeit ist 22. Oktober 1993.

Nippon Telegraph + Telephone: Mit Fälligkeit 17. Dezember 1993 legt das Unternehmen eine 50 Mrd. Yen-Anleihe mit 5,75prozentigem Kupon und einem Ausgabekurs von 101,375 Prozent auf.

Eurobonds: Die Long-Term Credit Bank of Japan legt mit Fälligkeit 16. Januar 1997 eine 200 Mill. Dollar-Anleihe auf. Sie ist mit acht Prozent verzinst, der Ausgabekurs beträgt 101,625 Prozent.

Wandelanleihe: Bis 31. März 2002 soll die Wandelanleihe über 100 Mill. Dollar der Chiba Bank laufen, die am 22. Dezember 1986 aufgelegt wird. Der Kupon beträgt 2,375 Prozent. Wandelpreis: 830 Yen bei einem Wechselkurs 163,10 Yen/Dollar.

Optionsanleihe: Yodogawa Steel Works legt am 23. Dezember eine 70 Mill. Dollar-Optionsanleihe auf. Der Kupon liegt bei 3,625 Prozent. Laufzeit bis 23. Dezember 1991. Stückpreis je Aktie: 450 Yen bei einem Wechselkurs von 163,25 Yen/Dollar.

Daiwa Overseas Finance: Ihre erste Anleihe im Volumen von 100 Mill. Dollar mit einer Laufzeit von sieben Jahren legt die Hongkonger Tochter der Daiwa Bank auf. Ausgabekurs ist 101,625 Prozent, der Kupon beträgt 7,875 Prozent.

Neuseeland: Schuldverschreibungen über 200 Mill. und 300 Mill. Dollar legt das Land mit Fälligkeit 15. Dezember 1993 bzw. 2006 zu pari auf. Die Kupons betragen 7,70 bzw. 8,75 Prozent.

Japan Airlines: Mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Kupon von 8,125 Prozent legt das Unternehmen eine 100 Mill.-Dollar-Euroanleihe auf.

Nippon Yusen: Am 27.1. wird eine Wandelanleihe über 30 Mrd. Yen begeben. Konditionen nicht fest.

Das Ende für den Mittelstandsbauch

Bei der Steuerreform hat die dauerhafte Entlastung der Einkommensbezieher Prioriät

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Koalitionspartner CDU/CSU und FDP sind sich über das aus ihrer Sicht wichtigste Gesetzesvorhaben der nächsten Legislaturperiode, die Große Steuerreform, in Grundzügen einig. Sie streben einen linear-progressiven Tarif an, so daß die Grenzsteuerbelastung (das ist die Besteuerung der zusätzlich verdienten Mark) künftig gleichmäßig progressiv ansteigt, der Mittelstands- oder Facharbeiterbauch aus dem Tarif verschwindet und die Steuerbelastung für alle Einkommensbezieher nachhaltig und spürbar gesenkt wird. Hinzu kommt eine kräftige Erhöhung des Grundfreibetrags (zur Zeit 4536/9072 jährlich für Ledige/Verheiratete) und der Kinderfreibeträge (2484 Mark je Kind und Jahr).

Schließlich sollen die Unternehmen, nicht zuletzt mit Blick auf konjunkturelle Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit, steuerlich dadurch entlastet werden, daß *man die Körperschaftsteuer ermäßigt* und die betriebliche Vermögensteuer senkt oder abschafft.

Eine solche Reform ist unter brutto 40 Milliarden Mark nicht zu haben. Je nach Ausgestaltung kann es deutlich mehr sein. Eine zentrale Frage ist, wieviel netto an Entlastungen verbleibt. Als gleichsam politische Untergrenze werden 20 Milliarden angesehen, da die Steuersenkung 1986/88 dieses Volumen erreicht. Ein Betrag von etwa 25 Milliarden Mark ist wahrscheinlicher. *Die Differenz soll Zug* um Zug vor allem durch Subventionsabbau hereingeholt werden.

In Detailfragen noch viele Kompromisse erforderlich

Trotz dieser Übereinstimmung im Grundsatz wird es, wenn die Koalition in der Bundestagswahl bestätigt wird, in den anschließend geplanten *Verhandlungen erheblicher Kompro*mißbereitschaft bedürfen, um die Details zu vereinbaren. Finanzminister Stoltenberg will mit Blick auf die Finanzierbarkeit der Reform zunächst die Ausgabe-Risiken abstecken. Sie lauern diesseits und jenseits der Grenzen. Die Ausgabenforderungen der Koalition werden nach fünf Sparhaushalten der Regierung Kohl vernehmlicher, etwa in der Sozialpolitik, so bei der Rentenreform, auch bei dem Thema Trümmerfrauen.

Die EG-Ausgaben wachsen angesichts fehlender durchgreifender Konsolidierungsbereitschaft relativ ungebremst und sorgen beim größten Nettozahler in der Gemeinschaft, also Bonn, für eine gefährliche offene Flanke. Hinzu kommen – auch unter französischem Druck – immer neue Ausgabenwünsche nach Hochtechnologieprogrammen, die Außenminister Genscher massiv unterstützt, obwohl er im Grundsatz die Haushaltsdisziplin hochhält.

Stoltenberg wird in der Festlegung der Details seine Verhandlungsposition voll ausspielen und die Steuerreform nur so dotieren, wie ihm die Zügelung der Ausgabenwünsche gelingt. Er strebt für die nächste Legislaturperiode weiter niedrige Zuwachsraten im Bundeshaushalt an, auch wenn ein zweiprozentiger Durchschnitt wie bei den letzten fünf Etats nicht gelingen dürfte. Insgesamt will er das Schwergewicht stärker von der Haushaltskonsolidierung zur Steuerentlastung verlagern – bis zur Hinnahme eines geringfügigen Anstiegs der Nettokreditaufnahme, nachdem alle anderen Möglichkeiten der Gegenfinanzierung erschöpft sind. Dies hat ihm im Vorwahlkampf den SPD-Vorwurf eingehandelt, er wolle „schlichte Steuersenkungen" auf Pump finanzieren.

Stoltenbergs verhandlungstaktische Position gegenüber den unionsregierten Ländern sieht dagegen nicht so gut aus. Für die Verabschiedung seines Steuerreformpakets benötigt er sie alle im Bundesrat (die SPD-regierten Länder *machen ohne*hin nicht mit). Zwar sind auch die unionsregierten Länder politisch im Obligo. Doch die Diskussionen im Vorfeld der Steuersenkung 1986/88 *haben gezeigt, daß dies nicht so aus*geprägt gilt wie für den Bund. Ihnen sitzt das finanzielle Hemd näher als der politische Rock. Eine Tatsache, die sie in den weniger spektakulär verlaufenden, aber hartnäckigen Verhandlungen über die Verteilung der Einnahmeverluste zwischen Bund und Ländern mit Erfolg auszuspielen vermochten.

Für Stoltenberg kommt erschwerend hinzu, daß er aufgrund des Karlsruher Urteils vom 24. Juni im *kommenden Jahr die* ungemein komplizierte und viele sensible Fragen berührende Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern unter Dach und Fach bringen muß. Diese Aufgabe allein könnte schon ohne Vorbereitung der Steuerreform einen Finanzminister gut auslasten. Hier muß eines seiner Ziele sein, daß ihm nach Verabschiedung des Finanzausgleich-Gesetzes kein unionsregiertes Land bei der Steuerreform die Gefolgschaft verweigert.

Ein wesentlicher Diskussionspunkt in den Koalitionsverhndlungen ist der Fahrplan für die Steuersenkungen. Ohne Zweifel hat die Entlastung in einem Schritt (fast) nur Vorteile: Sie würde am kräftigsten in der Lohntüte spürbar, könnte der Konjunktur nach einem nun schon vier Jahre anhaltenden Aufschwung neue Impulse geben und würde vielleicht die amerikanischen Forderungen nach Bonner Konjunkturmaßnahmen zum Schweigen bringen. Die entscheidende Frage ist aber, ob Stoltenberg angesichts der Einnahmeverluste hierfür die – zwingend erforderliche – Ländermehrheit gewinnt.

Termin des Inkrafttretens ist heftig umstritten

Eng damit verknüpft ist die Frage nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens. Zur Zeit wird viel darüber diskutiert – so auch im Jahresgutachten der Sachverständigen –, ob man gleichsam durch Ansammeln von Finanzreserven eine Reform 1990 für die Staatskassen erträglicher machen könnte als bei einem Inkrafttreten 1989. Alle Erfahrung lehrt jedoch, daß jeder finanzielle Spielraum nur wieder Begehrlichkeiten für Ausgabenwünsche weckt, so daß ein früher Zeitpunkt letztlich von Vorteil sein dürfte.

Dabei ist daran zu denken, daß 1988 die zweite Stufe des Steuerentlastungsgesetzes in Kraft tritt. Stoltenberg selbst hat eine nachträgliche Erhöhung des Grundfreibetrages 1988 ins Gespräch gebracht, ein in jeder Hinsicht richtiger Schritt, vor allem deshalb, weil in den 70er Jahren die *Erhöhung des Grundfreibetrages mit* der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht Schritt gehalten hat, und daher der Grundsatz des steuerfreien Existenzminimums (gemessen etwa am Sozialhileniveau) immer stärker verletzt wurde, andererseits aber jede Korrektur sehr kostspielig ist.

Ein mehr politischer Streitpunkt ist der Spitzensatz in der Einkommensteuer (zur Zeit 56 Prozent). Eine Entscheidung ist vor allem bei der CDU noch nicht gefallen. Stoltenber läßt Tarifmodelle mit 56, 52 und 49 Prozent rechnen. Die Einnahmeausfälle sind nicht spektakulär, aber die Flügelkämpfe in einer Volkspartei könnten es durchaus sein.

Wenn mit Rücksicht auf die Kassen doch die Entscheidung für eine zweistufige Reform fallen sollte, so nicht nach dem Vorbild der Steuerentlastung 86/88, sondern nach dem Motto: Die Entlastung über den ganzen Tarif verteilen. Die Entlastung der Bezieher niedriger Einkommen im ersten Schritt 1986 hat lediglich der Polemik Vorschub geleistet, 1988 sei die Reform für die Reichen.

Die WELT berichtet in loser Folge über wichtige Gesetzesvorhaben in der kommenden Legislaturperiode.

Aufschwung blockiert Verkäufe

Interfinanz: Weniger Unternehmen auf dem Markt angeboten

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die recht angenehme Zusammenarbeit mit einer Reihe von Banken sei zu Ende. Dieses Fazit zieht die Düsseldorfer Unternehmensmaklerfirma Interfinanz GmbH in ihrem „Jahresbericht 1986" aus dem Faktum, daß es inzwischen „kaum mehr eine größere Bank" gibt, die sich nicht mit eigener Abteilung oder Tochter auf dem Beteiligungsmarkt tummelt. Die bisher gepflegte Zurückhaltung, an mögliche Verkaufsinteressenten nicht direkt heranzutreten, müsse Interfinanz nun langsam aufgeben, um nicht in Konkurrenznachteil zu „einigen Großbanken und auch mehreren ausländischen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" zu geraten, die ihre Kunden („und oft nicht nur diese") direkt auf Verkaufs- wie Kaufchancen ansprechen.

Trotz der neuen Lage berichtet Interfinanz zum eigenen Geschäft (Provisionsumsatz im Durchschnitt der letzten Jahre bei fünf Mill. DM) auch für 1986 pauschal von einer guten Entwicklung. Allerdings sei das Angebot an Unternehmen zögerlicher auf den Markt gekommen. Dies einerseits wohl, weil Familienunternehmer vor Verkauf noch die gute Konjunktur mitnehmen wollen. Und andererseits stehe die Konzernbereinigung bei Großunternehmen nicht mehr im Vordergrund, nachdem die Ergebnisse guter Sparten die Verluste der schlechten bei weitem überdecken.

Dementsprechend registrierte die Maklerfirma auch 1986 wieder mehr Kauf- als Verkaufsaufträge. Hohe Nachfrage ohne entsprechende „Erfolgsquote" habe man zum Beispiel weiterhin nach Pharma- und Kosmetik-Markenartiklern, nach größeren Unternehmen der Hochtechnologie und nach Chemie-Spezialisten. In der Abfallwirtschaft, vom Stadtreinigungs- bis zum Recyclingbetrieb, habe sich „für jede Art von Entsorgungsbetrieben" ein besonders hoher „Nachfragestau" eingestellt, desgleichen für Hersteller technischer Gewebe. Ein Übergewicht von Verkaufsaufträgen stellte die Firma auch 1986 bei Maschinenbauunternehmen (15 Fälle) zumal in den Sparten Bau- und Landmaschinen fest, ferner in Wirtschaftszweigen wie Bauwirtschaft, Gießereien und Gesenkschmieden, Möbelindustrie und Zellstoffproduktion.

Kritisches merkt Interfinanz zur Absicht „einiger Parlamentarier" an, die Ermäßigung der Einkommensteuer (Paragraphen 16 und 34) bei Verkäufen über Buchwert zu streichen. Das laufe der Bemühung zuwider, ältere Unternehmer zum Verkauf *zu überreden, solange es dem Betrieb* noch gut geht. Damit werde dann auf neue Impulse durch jüngere Eigentümer verzichtet und bei den Senioren die Neigung bekräftigt, erst dann zu verkaufen, wenn die Reserven aufgezehrt sind. Dann aber erhalte der Fiskus, der sich hier einen Bärendienst leiste, überhaupt keine Steuereinnahmen aus Firmenverkäufen mehr. Die Maklerfirma merkt an, auch bei Fortfall dieser Steuerbegünstigung werde sie um Sondervorteile für den Verkäufer bemüht sein.

Die drei Großbanken stehen vor einem Rekordjahr

Börse zeigt sich von angekündigter Ausschüttung nicht beeindruckt – Gewinnsteigerung nicht mehr so hoch

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die deutschen Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank) haben ein Rekordjahr hinter sich. Das läßt sich klar erkennen, wobwohl die Ergebnisse für die letzten beiden Monate noch ausstehen. Sie haben bereits angekündigt ihre Anteilseigner an der Ergebnisverbesserung mit höheren Dividenden partizipieren zu lassen. Die Börse zeigte sich freilich weder von den zu erwartenden höheren Ausschüttungen noch von den per Ende Oktober vorgelegten Ergebnissen sonderlich beeindruckt.

Zum Teil wurden die jüngsten Zwischenberichte sogar mit Enttäuschung quittiert, weil die Gewinnsteigerungsraten nicht mehr so hoch waren wie zur Jahresmitte, was hauptsächlich daran lag, daß das Wertpapiergeschäft seither nich mehr so gut florierte wie in den ersten vier Monaten der Börsenhausse. Ganz besonders galt das für die Deutsche Bank. Klammert man einmal ihren „Sondergewinn" von knapp 1 Mrd. DM *aus der Flick-Transaktion aus, wartet* sie mit der kleinsten Steigerungsrate beim Teilbetriebsergebnis auf.

Es ist kein Zufall, daß dies mit einer überdurchschnittlichen Geschäftsexpansion zusammenfällt. Wenn man weiß, daß die Ausdehnung des Geschäftsvolumens vor allem im margenschwachen Interbank-Geschäft stattfand und beobachtet hat, daß die Deutsche Bank mit aggressiven Zinskonditionen das Programmkreditgeschäft forciert hat, liegt eine Verlangsamung des aus dem Zinsgeschäft stammenden Ertragszuwachses auf der Hand.

Auffallend ist andererseits, daß die Dresdner Bank trotz Stagnation der Bilanzsumme eine viermal so starke Steigerung des Teilbetriebsergebnisses präsentieren kann wie die Deutsche Bank. Der Hauptgrund: Das margenschwache Interbankgeschäft wurde deutlich reduziert, und die Dresdner hat in stärkerem Maße als ihre beiden Konkurrenten das Hypothekengeschäft, das geringere Margen als das übrige Kreditgeschäft abwirft, an ihre Hypothekenbank-Töchter weitervermittelt. Zudem legte sie im Provisionsgeschäft kräftiger zu. So gelang es der Dresdner als einziger unter den Großbanken, ihre Ertragskennziffern zu verbessern.

Der Abstand zur Deutschen Bank ist jedoch nur unwesentlich geringer geworden. Trotz leichter Rentabilitätsverschlechterung bleibt die Deutsche einsame Spitze. Das zeigt besonders die Aufwandrentabilität, also der im Zins- und Provisionsgeschäft (einschließlich Bonifikationen aus dem Emissionsgeschäft) erzielte Ertrag, der mit dem Einsatz von 100 DM Verwaltungsaufwand erzielt wird. Vor zehn Jahren waren das noch bei allen Großbanken rund 20 DM; heute ist es bei der Deutschen Bank gut das Zweieinhalbfache, bei den beiden anderen gut das Anderthalbfache.

Noch weiter vorn liegt die Deutsche, wenn man ihre Gewinne aus dem Eigenhandel berücksichtigt. Wenn an der Börse für die Aktie der Deutschen Bank ein – am Ertrag je Aktie gemessen – höherer Preis gezahlt wird als für die der Dresdner und der Commerzbank, so nicht nur, weil der Deutschen eine besondere Dynamik zugetraut wird – die einträgliche Flick-Transaktion ist ein Beispiel dafür – sondern vor allem auch wegen ihrer hohen Substanz (Aktienpakete) und ihrer deutlich höheren Absicherungsquote der Risiken aus dem Kreditgeschäft.

(in Mill. DM)	Deutsche Bank AG 31.10.86	Deutsche Bank AG Veränderung in %	Dresdner Bank 31.10.86	Dresdner Bank Veränderung in %	Commerzbank 31.10.86	Commerzbank Veränderung in %
Bilanzsumme	154 232	+ 8,7	98 943	- 0,8	85 363	+ 3.3
Kundenforderungen	77 129	+ 10,9	49 674	+ 2,3	43 664	+ 6,4
Kundeneinlagen	76 347	- 0,4	59 608	+ 2,0	49 384	- 2,5
Konzerngeschäftsvolumen	253 500	+ 4,4	187 600	- 1,3	144 000	+ 2,9
	1.1. bis 31.10.86		1.1. bis 31.10.86		1.1. bis 31.10.86	
Teilbetriebsergebnis***	1584	+ 2,5	758	+ 10,5	659	+ 8,4
in % des durchschnittl. Geschäftsvolumens	1,12	(1,13)	0,75	(0,71)	0,77	(0,78)
Kurs:Tbtr.Erg.je Akt.**	12,1	(14,1)	11,4	(13,7)	8,3	(11,8)
Aufwandsrentabilität*	54	(57)	32	(31)	35	(35)

Die Veränderungen in % beziehen sich bei den Aufwands- und Ertragspositionen auf 10/12 der Vorjahresbeträge; *Überschuß der regulären Erträge (Zins- und Provisionsüberschuß incl. Bonifikationen aus Emissionsgeschäft); **Teilbetriebsergebnis hochgerechnet auf 12 Monate; ***Ertrags- und Aufwandsposten der Deutschen Bank ohne Sonderertrag aus Flick-Transaktion.

Bei Garny deutet sich Kürzung der Dividende an

Wb. Frankfurt

Die Aktionäre der Garny AG, Mörfelden-Walldorf, müssen sich auf eine Dividendensenkung einstellen. Für 1985 hatte das Unternehmen 7,50 DM je Aktie ausgeschüttet. Die trotz steigender Umsätze schlechteren Er*tragsaussichten haben nach Angaben* des Vorstands mehrere Gründe:

- Der starke Preisdruck im Geldschrank- und Tresorbau schwächte sich erst gegen Jahresende ab.
- Die Entwicklung neuer Produkte und die Erschließung neuer Märkte erforderte hohe Aufwendungen.
- Die 1985 begonnene Eingliederung der Pohlschröder Sicherheitstechnik band Management-Kapazitäten und bringt außerordentliche Ergebnis-Belastungen. Zudem wurden die erwarteten Synergie-Effekte noch nicht ganz erreicht.

Bis Ende Oktober stiegen die Umsätze der Garny-Gruppe um sechs Prozent auf 96 (90) Mill. DM. Daran waren die Exporte mit 7,6 (4,6) Mill. DM beteiligt. Zur Steigerung der Auftragseingänge um sieben Prozent auf 102 (95) Mill. DM trug vor allem das Geschäft mit elektronischen Bargeld- und Sicherheitssystemen bei. Der Auftragsbestand von 54 (52) Mill. DM sichert die Beschäftigung der Gruppe mit ihren 586 (565) Mitarbeitern für fast fünf Monate.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Wohin geht Pegulan?

Hamburg (DW.) – Eine Entscheidung, in welcher Form sich die Batig Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Hamburg, von ihrer Mehrheitsbeteiligung an der Pegulan AG, Frankenthal, trennen wird, ist noch nicht gefallen. Die BAT-Holding verhandelt gegenwärtig mit der Swedish Match-Gruppe. Der Preis soll zwischen 200 und 250 Mill. DM liegen. Gleichzeitig hält sich die Batig auch den Weg über die Börse offen. Dem Vernehmen nach haben Banken Interesse bekundet, die Aktien zu übernehmen, um sie dann zu streuen. Eine Entscheidung soll noch vor Weihnachten fallen.

Guter Auftragsbestand

Augsburg (dpa/VWD) – Die Zahnräderfabrik Renk AG, Augsburg, geht mit einem guten Auftragsbestand bei Getrieben für Industrie- und Schiffsanlagen sowie Antriebselementen in das neue Geschäftsjahr. Vor allem durch die Verzögerungen in den weiteren Bundeswehrprogrammen zeichnen sich Auslastungslücken in der Serienfertigung der Fahrzeuggetriebe ab. Im Geschäftsjahr 1985/86 (30. Juni) hat sich der Auftragseingang um 12 Prozent auf 247 Mill. DM erhöht, zu dem das Ausland wieder mit etwa 39 Prozent beitrug. Die Nachfrage nach Schiffsgetrieben stieg dabei um 70 Prozent. Durch die rückläufige Nachfrage nach Fahrzeuggetrieben erreichte der mit 1700 Mitarbeitern erzielte Umsatz von 271 Mill. DM nicht das Vorjahresniveau von 279,4 Mill. DM. Der Exportanteil ging auf 33 (44) Prozent zurück. Das mehrheitlich zum MAN-Konzern gehörende Unternehmen will aus dem unveränderten Jahresüberschuß von 3,5 Mill. DM wieder eine 14prozentige Dividende auf das 25 Mill. DM Grundkapital ausschütten.

Lapitus in neuen Händen

Paris (J. Sch.) – Das Pariser Modehaus Ted Lapitus, das durch den Konkurs seines wichtigsten Lizenznehmers International Cotonnière in finanzielle Schwierigkeiten geraten war, erhält frische Mittel von einer Firmengruppe gegen Abtretung der Kapitalmehrheit – davon 49 Prozent an Emmanuel Roquebrune, sieben Prozent an Pierre Marlin und 18 Prozent an die kanadische Zanimob-Gruppe, die vor einigen Monaten bereits das Modehaus Balmain erworben hat und jetzt auch deren Parfümgesellschaft (zur Zeit in Paribas-Besitz) zurückkaufen will. Der Weltumsatz unter der (Lizenz-)Marke Ted Lapitus erreicht 0,5 Mrd. Franc.

Homag übernimmt

Schopfloch (dpa/VWD) – Der Hersteller von Maschinen zur Holzbearbeitung Homag Hornberger Maschinenbaugesellschaft mbH + Co. KG (Schopfloch) hat den Sägenhersteller Holzma (Calw-Holzbronn) zu 51 Prozent erworben. Homag steigerte 1986 mit 840 Mitarbeitern den Umsatz um 35 Prozent auf 180 Mill. DM.

Airbusse bestellt

Tokio/Toulouse (dpa/VWD) – Die größte innerjapanische Fluggesellschaft All Nippon Airways (ANA) hat 20 europäische Airbus-Flugzeuge vom Kurz- und Mittelstreckentyp A-320 bestellt. Wie die Airbus-Industrie in Toulouse bestätigte, sind zehn dieser Bestellungen im Gesamtwert von einer Mrd. Dollar Festaufträge, die andere Hälfte Optionen. Die ersten Maschinen sollen im September 1990 ausgeliefert werden. ANA will damit ihre alternden Boeing-Maschinen B-737 ersetzen. Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur JiJi-Press sei die Entscheidung für das europäische Flugzeug offensichtlich auch im Hinblick auf die ANA-Pläne für eine Ausweitung des Streckennetzes nach Europa erfolgt. Die Gesellschaft hoffe, die Verhandlungen über Landerechte in der EG durch den Airbus-Kauf erleichtern zu können.

Erdölförderung gesenkt

Riad (AFP) – Mexiko hat die Erdölförderung um zehn Prozent gesenkt, um die Bemühungen der Opec zur Preisstabilisierung zu unterstützen. Dies gab der mexikanische Präsident Miguel de la Madrid bekannt.

Weniger Waschmittel verkauft

Procter & Gamble spürt Diskussion über Umwelteigenschaften

adh. Frankfurt

Die Procter & Gamble GmbH, Schwalbach, hat im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) ihre hohen Abschreibungen nicht verdient und weist einen Verlust von 65,6 Mill. DM aus, nachdem sie im Vorjahr mit 3,3 Mill. DM Überschuß in die Gewinnzone zurückgekehrt war. Insgesamt wurden Anlagen für fast 374 Mill. DM neu in Betrieb genommen, mit entsprechend hohen Anlaufkosten. Dazu kommen „erhebliche Aufwendungen" zum Ausbau des 1984 erworbenen Fruchtsaftgeschäftes, heißt es.

Die Ertragskraft des etablierten Geschäfts habe sich aber „planmäßig" verbessert: Indiz dafür ist auch der um 44 Prozent auf 124,5 Mill. DM gestiegene Cash-flow. Zur Finanzierung ihrer mit 316 (i. V. 327) wieder sehr hohen Sachinvestitionen gab die amerikanische Mutter wiederum ein langfristiges Gesellschafterdarlehen.

Die Investitionen, vor allem zugunsten der Höschenwindel-Produktion, die Procter & Gamble auch für europäische Schwesterunternehmen betreibt, dienen vor allem der Sicherung künftigen Wachstums. In die gleiche Richtung zielen die Bemühungen bei *Dittmeyer, dem 1984* erworbenen Fruchtsaftproduzenten, der zu einem dritten Bein ausgebaut werden soll. In der Branche wird der Dittmeyer-Umsatz (Marken: Valensina, Punica) auf zuletzt rund 100 Mill. DM geschätzt. Erstmals seit zehn Jahren konnte Procter & Gamble im vergangenen Jahr im Waschmittelbereich Preiserhöhungen von durchschnittlich vier Prozent durchsetzen. Insgesamt stieg der Unternehmensumsatz um gut acht Prozent auf 2,06 (i. V. 1,90) Mrd. DM. Eine Aufteilung auf die einzelnen Sparten gibt das Unternehmen nicht an. Der Verbrauch von Wasch- und Reinigungsmitteln sei jedoch im vergangenen Jahr weiter gesunken. Die Diskussion über die Umwelteigenschaften dieser Produkte habe zu ausgeprägten Marktrückgängen geführt. Dabei hat das Unternehmen seine Marktanteile gehalten oder leicht verbessert.

Wachsende Geschäfte werden im Zuge der Umweltdiskussion übrigens bei dem angebotenen flüssigen phosphatfreien Waschmittel registriert. Die deutsche Procter & Gamble GmbH mit 3755 (3475) Mitarbeitern ist die größte europäische Tochter des gleichnamigen US-Konzerns. Die Muttergesellschaft steigerte im vergangenen Geschäftsjahr ihren Umsatz um 14 Prozent auf 15,4 Mrd. Dollar und den Gewinn um zwölf Prozent auf 709 Mill. Dollar.

Aktien uneinheitlich

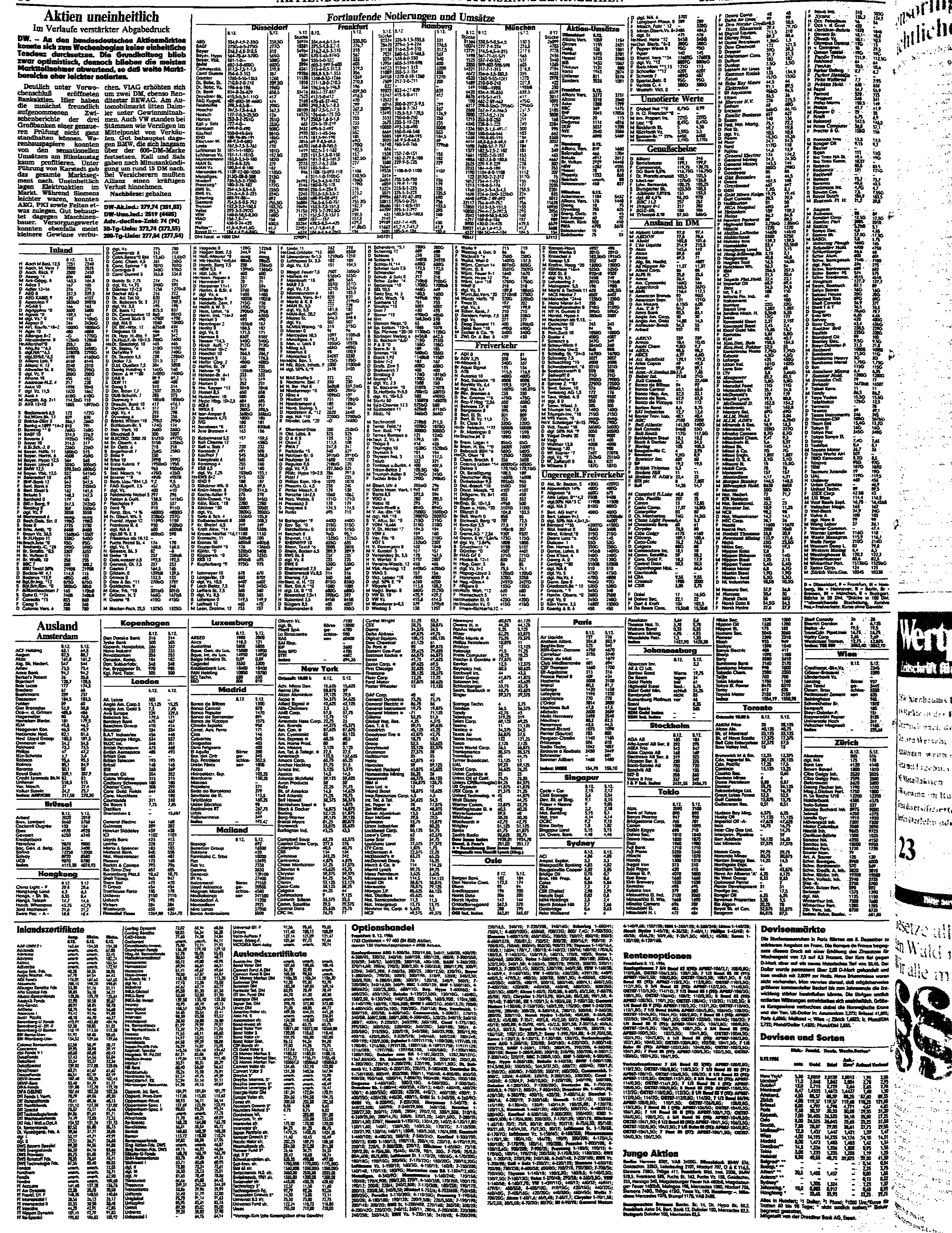
Im Verlaufe verstärkter Abgabedruck

DW. – An den bundesdeutschen Aktienmärkten konnte sich zum Wochenbeginn keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Die Grundhaltung blieb zwar optimistisch, dennoch blieben die meisten Marktteilnehmer abwartend, so daß weite Marktbereiche eher leichter notierten.

Deutlich unter Vorwochenschluß eröffneten Bankaktien. Hier haben die zunächst freundlich aufgenommenen Zwischenberichte der drei Großbanken einer genaueren Prüfung nicht ganz standhalten können. Warenhauspapiere konnten von den sensationellen Umsätzen am Nikolaustag kaum profitieren. Unter Führung von Karstadt gab das gesamte Marktsegment nach. Uneinheitlich lagen Elektroaktien im Markt. Während Siemens leichter waren, konnten AEG, PKI sowie Felten etwas zulegen. Gut behauptet dagegen Maschinenbauer. Versorgungswerte konnten ebenfalls meist kleinere Gewinne verbuchen. VIAG erhöhten sich um zwei DM, ebenso Renditestar BEWAG. Am Automobilmarkt litten Daimler unter Gewinnmitnahmen. Auch VW standen bei Stämmen wie Vorzügen im Mittelpunkt von Verkäufen. Gut behauptet dagegen BMW, die sich langsam über der 600-DM-Marke festsetzen. Kali und Salz gaben nach Minusankündigung um rund 15 DM nach. Bei Versicherern mußten Allianz einen kräftigen Verlust hinnehmen.

Nachbörse: gehalten

DW-Ak.ind.: 279,74 (281,83)
DW-Ums.ind.: 2519 (4485)
Adv.-decline-Zahl: 74 (94)
38-Tg-Linie: 272,74 (272,55)
200-Tg-Linie: 277,54 (277,54)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	8.12.	5.12.
H Aach M Betl. 12,5	2251	2240
H Aach. M. Vers 7	2000	2025
D Aach. Rück. 9	2500	2450
D Aseag *4	606	606
M Ack-Gögg. 8	163,5	164,8
H Adca 3	167	165
D Adler 12+16	276	275
F AEG 0	332,5	329,3
D AEG KABEL 9	420	415T
S Aesculap 9	383bG	390TB
F AGAB 5	166	163
D Agrippina *0	3600	3600

D dgl. Vz.	775	780
D Commerzb 8	312	319
D Cobl.Resta *0 RM	13,6G	13,6bG
D Conc. Chem. 4,5	261	265G
B Conc. Spinne *0	707G	707G
D Contigas 8	340G	335G
D Conti Gummi 5	353,8	354,8
D Dahlb St. 7,75	274	274
D dgl. Vz. 14,75	390G	393
S Daimler 12+2,5	1258	1270+8
M Deckel AG 6	216	222
D Dt. Atl. Tel. 10	820	840T
D Dt. Babcock St. 3	212	209,5
D dgl. Vz. 3,5	195	195
F Dt. Bank 12	825,5	837

Optionshandel

Frankfurt: 8. 12. 1986
1763 Optionen = 97 400 (84 850) Aktien,
davon 130 Verkaufsoptionen = 6900 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 1-300/36, 320/19,80, 340/7; 360/5B, 400/2B; 4-300/45, 320/32, 340/18; 360/15B, 380/12B; 400/8; 7-300/55B; 320/39; 340/32; 360/22B; 380/15B, 400/10B; BASF 1-260/70B; 270/14,60; 280/6; 290/3; 300/2,50; 4-260/25B; 280/17,90; 300/9; 320/6; 340/3,70B, 7-260/36, 280/25, 300/12,50; 320/7G; Bayer 1-280/36G; 290/25; 300/5; 300/19B; 310/9, 320/8; 340/2,50; 350/0,70B; 4-280/51,80B; 300/31; 320/18; 340/9; 360/5; 7-320/28G; 340/16,50; 360/9; BBC 1-300/12B, BHF 1-550/18G, 4-500/62G; 550/25,30G; 600/11G; Bay. Hypo 1-600/6G; 4-600/25G; 650/12G; Bekula 1-120/27,50G; 130/18G, 140/8G; 150/7,50, 4-130/24B; 140/15,80; 150/9B, 160/5,90B; 170/4,50B; 7-140/19B; 160/9B; 170/6,50B; BMW 1-600/37G, 650/13,20; 700/8; 4-600/45G; 650/26,10G; 700/20G, 750/15B; Bay. Vereinsbk. 1-550/15B; 600/5B; 4-600/16G; Commerzbk. 1-300/27, 320/13; 340/5B, 360/2,50B; 380/1,50B; 4-300/40G, 320/25; 340/15; 360/10; 380/7; 400/4; 7-320/37; 340/29B; 360/18B, Conti 1-275/78G, 295/58G; 300/53G; 320/40G; 340/20G; 360/10B; 380/4, 4-300/58G; 315/55G, 320/51B; 340/38B; 360/25,90B; 380/15,90; 400/10; 420/5,05G; 7-320/57B; 340/46B; 360/35B; 380/24B; 400/19B; 420/9,50B; Daimler 1-1097/171B; 1100/30B; 1197/85,10; 1200/85; 1216/88B; 1297/12B, 1300/15B; 4-1097/175B; 1197/112B; 1216/28B; 1297/75B; 1397/58,10B, 1400/58G; 7-1200/190B; 1300/120G; Daimler cum BA 1-1182,30/225, 1282,30/137G; 1367,80/63G. Dt. Babcock St. 1-190/23B, 200/13B; 220/2,80, …

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-108/0,8G; 110/2,5G; OKT87-108/0,8G; 110/3,5G; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-108/1G, OKT87-106/0,3G; 108/2G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-112/0,8G; OKT87-112/1,8G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-114/0,5G; OKT87-114/1,2G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-108/0,5G; OKT87-108/0,8G; 8 Bund 85 (95): APR87-110/0,3G; 112/2G; OKT87-110/0,8G; 112/3G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-112/0,5G; 114/2G; OKT87-112/0,8G; 114/3G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-108/0,3G; 110/1,5G; OKT87-106/0,8G; 108/0,8G, 110/2,8G; 7 Bund 85 I (95): APR87-106/5G; OKT87-104/0,3G; 106/1,8G; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-108/1,7G; OKT87-106/0,5G; 108/2,7G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-104/0,5G; OKT87-104/1,3G; 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-104/1,5G; 106/3,5G; OKT87-102/0,5G; 104/2,5G; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-104/0,8G; OKT87-104/1,5G; 7 Post 85 (97): APR87-106/1,5G; OKT87-104/0,3G; 106/2,5G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 850T, VAB 2450G. Düsseldorf: BMW 576, Goldschm. 235G, Leinkering 210T, Nixdorf 707, O & K 116,5, Siemens 738G, Thüga 411. Frankfurt: BfbL Inst. 350B, BMW 578,5, Frankona 585, Fuchs St. 162, Fuchs Vz. 158, Goldschm. 235, Henoga 540, Magdeburger Feuer NA 480bB, Magdeburger Feuer 1400bB, Maingas 198, Mercedes 1080, Nixdorf 706, Siemens 740G, Thüga 415G, Ymos Vz. 190. Hamburg: –. München: Mercedes 1078, Stumpf 117B, VAB 2480.

Bezugsrechte: Bremen: Bankv. Br. 14, Dt. Hypo Br. 50,2. Frankfurt: Asko 54, Berl. Bank 13, Daimler 100, Mercedes 82,5. Stuttgart: Daimler 100, Mercedes 82,5.

Devisenmärkte

Die Studentenunruhen in Paris führten am 8. Dezember zu stärkerem Angebot an Franc. Die Banque de France begegnete diesem Druck mit einer Erhöhung des Zinssatzes für Wochengeld von 7,5 auf 8,5 Prozent. Der Kurs fiel gegen D-Mark aber auf ein neues historisches Tief von 30,45. Der Dollar wurde permanent über 2,00 D-Mark gehandelt und kam amtlich mit 2,0099 zur Notiz. Neue Erkenntnisse waren nicht vorhanden. Man verwies darauf, daß möglicherweise größerer kommerzieller Bedarf bis zum Jahresende die Entwicklung stärker beeinflußen könnte. Die übrigen amtlich notierten Währungen entwickelten sich uneinheitlich. Größere Kursgewinne verbuchten dabei die Norwegische Krone und der Yen. US-Dollar in: Amsterdam 2,272; Brüssel 41,805; Paris 6,6065; Mailand –; Wien –; Zürich 1,6823; Ir. Pfund/DM 2,722; Pfund/Dollar 1,4205; Pfund/DM 2,855.

Devisen und Sorten

8.12.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wochs. Ank.-Kurs[1]	Sorten[4] Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	2,0059	2,0139	2,0013	1,95	2,05
London[2]	11,0	2,848	2,862	2,804	2,78	2,95
Dublin[2]	12,0	2,715	2,729	2,66	2,63	2,78
Montreal[1]	8,47	1,4535	1,4615	1,4427	1,40	1,50
Amsterd.	4,50	88,57	88,59	88,25	87,60	89,55
Zürich	4,00	119,37	119,57	119,68	118,25	121,00
Brüssel	8,00	4,797	4,798	4,771	4,67	4,85
Paris	9,50	30,37	30,53	30,05	29,55	31,20
Kopenh.	7,00	26,405	26,525	26,18	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,525	26,645	25,65	25,25	27,00
Stockh.	7,50	28,87	29,05	28,61	27,75	29,50
Mailand[3]**	12,0	1,437	1,447	1,421	1,39	1,47
Wien	4,00	14,195	14,235	14,176	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,473	1,483	1,453	1,42	1,54
Lissabon**	14,5	1,336	1,356	1,305	0,95	1,55
Tokio	3,00	1,235	1,235	1,235	1,19	1,25
Helsinki	8,50	40,55	40,75	39,875	39,50	41,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,14	0,54
Budap.* **	–	–	–	–	2,25	3,75
Athen* **	20,5	1,405	1,457	–	0,80	1,55
Ankara* **	–	–	–	–	0,13	0,32
Sydney*	–	1,305	1,324	–	1,25	1,37
Johannbg.*	10,0	0,883	0,917	–	0,68	0,95
Hongkong *	–	25,65	25,95	–	23,25	29,75

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Sponsoring: Mit kleinem Einsatz beachtliche Wirkungen erzielt

Alpirsbacher Klosterbräu sichert seine Markenpolitik durch zusätzliche Aktivitäten ab

LUTZ E. WEIDNER, Bonn

Sponsoringaktivitäten werden sich, so die Einschätzung des Deutschen Kommunikationsverbandes, in den nächsten Jahren sprunghaft entwickeln. Dabei wird es – so war auf der Herbst-Arbeitstagung des Berufsverabandes in der Europen Business School zu hören – nicht so sehr zu einer Verschiebung der klassischen Medien-Etats kommen, zumal mit relativ bescheidenem Einsatz beachtliche Wirkungen erzielt werden können. Damit sind aber zugleich die Voraussetzungen gegeben, um dieses Instrument auch für mittelständische Unternehmen einsetzbar und finanzierbar zu machen.

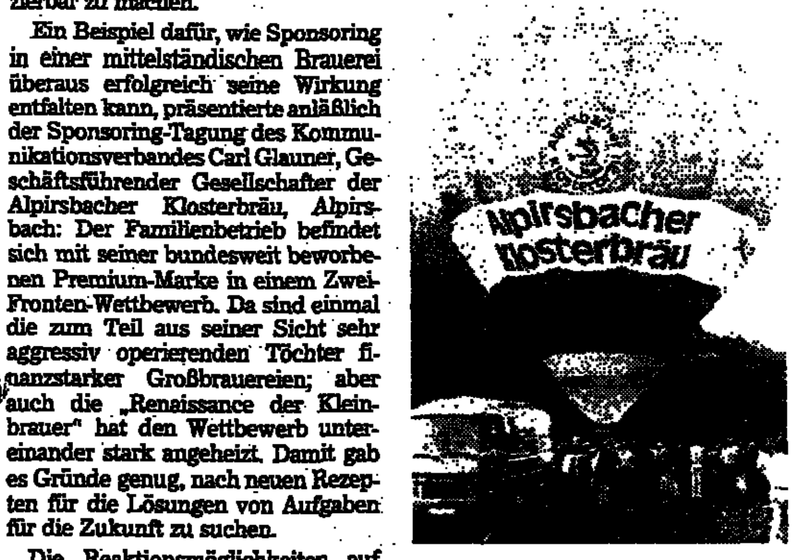
Ein Beispiel dafür, wie Sponsoring in einer mittelständischen Brauerei überaus erfolgreich seine Wirkung entfalten kann, präsentierte anläßlich der Sponsoring-Tagung des Kommunikationsverbandes Carl Glauner, Geschäftsführender Gesellschafter der Alpirsbacher Klosterbräu, Alpirsbach: Der Familienbetrieb befindet sich mit seiner bundesweit beworbenen Premium-Marke in einem Zwei-Fronten-Wettbewerb. Da sind einmal die zum Teil aus seiner Sicht sehr aggressiv operierenden Töchter finanzstarker Großbrauereien; aber auch die „Renaissance der Kleinbrauer" hat den Wettbewerb untereinander stark angeheizt. Damit gab es Gründe genug, nach neuen Rezepten für die Lösungen von Aufgaben für die Zukunft zu suchen.

Die Reaktionsmöglichkeiten auf derartige Wettbewerbs-Situationen sind gerade für mittelständische Unternehmen begrenzt. Die Etatmittel zur Verstärkung klassischer Werbung können nicht beliebig ausgeweitet werden, um Werbedruck gegen die Großen zu entwickeln.

Zum anderen langt heute selbst für das erfolgreichste Unternehmen nicht mehr, so der Alpirsbacher Brauereiunternehmer Carl Glauner, mit hohem Werbeaufwand ein Produkt mit einer Markenwelt zu versehen, ohne gleichzeitig durch entsprechende Mittel und Maßanhmen ein glaubwürdiges Unternehmensbild aufzubauen. Sein Haus hat daher ein Bündel von eigen- und fremdinitiierten Sponsoringaktivitäten entwikkelt, um positive Imageaspekte in Übereinstimmung mit den Unternehmensleitlinien und den übrigen Kommunikationsaufgaben an das Haus zu binden.

Wer allerdings glaubt, mit einigen kurzfristig angesetzten Aktivitäten Erfolge durch Sponsoring erreichen zu können, wird schnell enttäuscht sein. Denn wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung solcher Maßnahmen ist die konzeptorientierte Planung von Sponsoring. Dies bedeutet aber, daß Sponsoringmaßnahmen integrierter Bestandteil des Unternehmens- wie auch des Kommunikationskonzeptes sind.

Bei der Auswahl der Sponsoringbereiche sollte eine sehr sorgfältige



Überprüfung erfolgen, was zu den Unternehmensleitlinien und seinen Produkten paßt. Nur so kann das notwendige Maß der Glaubwürdigkeit erreicht werden. Alpirsbacher hat z. B. ein mehrgliedriges Konzept in den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit und Soziales entwickelt. Die eigeninitiierten Sponsoringmaßnahmen sind die „Alpirsbacher Naturhilfe" und „Alpirsbacher Wandertag". Beide Engagements werden mit dem Ziel betrieben, die Produktpositionierung auch erlebbar zu machen bzw. einen aktiven Beitrag dafür zu leisten, daß diese Positionierung auch morgen noch haltbar ist.

Die Alpirsbacher Naturhilfe organisiert und unterstützt das Zusammentreffen von Unternehmern, Kommunalpolitikern, Forstsachverständigen und anderen Betroffenen zur Informationsaufnahme und zur Bildung von Arbeitsgruppen. Zwischenzeitlich hat sogar die Landesregierung Baden-Württemberg diese Initiative aufgegriffen und sie halbstaatlich weitergeführt. Der Alpirsbacher Wandertag – eine Kooperation zwischen der Sponsoring-Brauerei und dem regionalen Ski-Verein als Organisator – wurde in diesem Jahr bereits zum 13. Mal durchgeführt. Die Kooperation ist bei der Durchführung dieser Veranstaltung unverzichtbar, da das Unternehmen keine personalstarke Marketing- und Kommunikationsabteilung unterhält.

Das Aktionsfeld Kultur wurde geschaffen, um die Premium-Politik der Marken-Brauerei abzusichern und die soziale Bindung von Brauerei und Umfeld aufzubauen. Das Kulturengagement assoziiert die Philosophie solider Gediegenheit und unterstützt den Markenanspruch. Das Aktionsfeld „Kultur" umfaßt drei Institutionen: die Alpirsbacher Galerie, den Photowettbewerb und die Glasbläserei. Für die einzelnen Aktivitäten wurde ein eigenes Logo entwickelt, das sich optisch sehr stark an die Muttermarke bindet. Diese „Zwillingsmarken" helfen bei der Kommunikation. Und sie werden auch bei der Schaffung von Promotion-Material, Prospekten verwendet.

Die fremdinitiierten Sponsorentätigkeiten der Alpirsbacher Klosterbräu beziehen sich auf den Rad- und Ballonsport. So ist es im letzten Jahr gelungen, im Radsport die deutsche Amateurmeisterschaft nach Alpirsbach zu holen; die Finanzierung von zwei Ballonteams bringt eine beachtliche Erhöhung des Bekanntheitsgrades. Zusammen mit den übrigen Marketing- und Kommunikationsaktivitäten werden Umsätze auf hohem Preisniveau abgesichert. Durch einen ständigen Dialog mit dem Verbraucher hat man erreichen können, daß das Unternehmen als aktiv, sympathisch und in Übereinstimmung mit dem Markenanspruch als vital und optisch vorstellbar erlebt wird.

Das Beispiel der Alpirsbacher Klosterbräu zeigt, daß die Einbindung in das Gesamtkonzept, die Erarbeitung eigener Initiativen, die Beschränkung auf Teilbereiche wie Sport, Kultur, Freizeit und Soziales unabdingbare Voraussetzungen für erfolgreiche Sponsoring-Aktivitäten sind.

Steter Tropfen

hg – Steter Tropfen höhlt den Stein: Alle Jahre wieder appelliert die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels an die Geschäftsleute, sie mögen doch das Christuskind aus ihrer weihnachtlichen Werbung herauslassen. Und tatsächlich zeigt der Handel in diesem Jahr Einsicht. Das Christkind ist aus den Läden weitgehend verschwunden.

Statt dessen schmücken Winterlandschaften und Märchenbilder die Szene – und Herden von Plüschtieren. Wie etwa beim Berliner Wertheim-Haus, das in einem seiner Schaufenster am Kurfürstendamm eine Teddybären-Großfamilie versammelte; nicht nur Kinder drükken sich an dieser Scheibe die Nasen platt. So geht es auch. Und es geht ebenfalls ohne die Berieselung durch Weihnachtslieder in den Geschäften, die erfreulicherweise in den meisten Läden abgestellt worden ist.

Geholfen haben die Mahnungen des Handels-Verbandes auch in Sachen Weihnachtsbeleuchtung. Nur noch vereinzelt erstrahlt sie vor dem Totensonntag, und dies lediglich, weil sie ja schließlich auch ausprobiert werden müsse, heißt es bei der Hauptgemeinschaft. Der Verzicht auf alle diese Geschmacklosigkeiten dürfte dem Einzelhandel nicht allzu schwer gefallen sein, denn sie hatten ja nur den einzigen Effekt, sensible Verbraucher zu verscheuchen; auf den Kommerz haben sie sonst keinen Einfluß, denn dann müßte in diesem Jahr das Weihnachtsgeschäft ganz miserabel sein – ohne Christkinder und Weihnachtsglocken. Tatsächlich aber lief es bisher gut.

Und damit wären alle Übel der Weihnachtswerbung beseitigt, wenn es nicht den Ärger mit den Weihnachtsmännern gäbe. Teilweise schon Anfang Oktober bevölkern sie in Scharen die Regale des Lebensmitteleinzelhandels. Entnervte Mütter, die ihren ständig quengelnden Kindern immer wieder klar machen müssen, daß es noch lange nicht so weit ist, wissen, wohin das führt: „Weihnachten hängen die Kerle meinem Sohn schon zum Hals heraus." Denn auch hier gilt: Steter Tropfen höhlt den Stein.

Zum Jahreswechsel kommt das neue Recht gegen unlauteren Wettbewerb

Der Gesetzgeber hat nicht alle Wünsche der Wirtschaft an die Novelle erfüllt

Von MARCEL KISSELER

Die neuen Vorschriften des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb treten am 1. Januar 1987 in Kraft. Sicherlich hat der Gesetzgeber nicht alle Wünsche, die an ihn herangetragen worden sind, erfüllt. Die neuen Vorschriften sind jedoch durchaus geeignet, das Werbeverhalten entscheidend zu verändern.

Das **Verbot der mengenmäßigen Beschränkung** kann nicht nur im Hinblick auf die Lockvogelwerbung gesehen werden, sondern es ist der erste Schritt des Gesetzgebers im Kampf gegen den Verkauf unter dem Einstandspreis. Die mengenmäßige Beschränkung wurde in der Werbung insbesondere dann herausgestellt, wenn die angebotene Ware häufig weit, zumindest aber nicht unwesentlich unter dem Einstandspreis angeboten wurde. Eine solche Werbepraxis steht im Widerspruch zu der sehr strengen Auffassung des deutschen Wettbewerbsrechts zur Wertreklame.

Die mengenmäßgige Begrenzung sollte häufig auch nur eine besondere Preiswürdigkeit vortäuschen, ähnlich wie der Hinweis „kein Verkauf an Wiederverkäufer". Es sollte eine Bezugsscheinmentalität erzeugt werden, obwohl es ein Überangebot an den meisten Waren des täglichen Bedarfs gibt und häufig eben die Preisstellung auch keineswegs so war, daß ein Wiederverkäufer ernsthaft einen Einkauf in Betracht zog.

Die neue Vorschrift erfaßt auch nicht die seriöse Werbung für vertriebsgebundene Werte. Wer jedoch glaubt, obwohl er eine Vertriebsbindung eingegangen ist, er müsse diese in der Regel hochwertige Ware zu Schleuderpreisen auf den Markt bringen, der verhält sich gegenüber dem vertriebsbindenden Hersteller nicht vertragsgerecht.

Das **Verbot der Preisgegenüberstellung** entspricht zwar einem immer wieder vorgetragenen Anliegen, die Wirksamkeit des Verbotes wird jedoch von manchen Kommentatoren schon zerredet, bevor überhaupt die Gerichte Gelegenheit hatten, diese Bestimmung anzuwenden. Niemand sollte vergessen, daß der Gesetzgeber ein Verbot versprochen hat, das dem Verbot der Preisgegenüberstellung während der Saisonschlußverkäufe entsprechen sollte.

Der Gesetzestext läßt sich mit dieser Zielsetzung auch durchaus vereinbaren. Das grundsätzliche Verbot wird im Absatz 1 des Paragraphen 6 e ausgesprochen. Der Absatz 2 derselben Vorschrift kennt zwar einige Ausnahmen, die aber durchaus mit dem früher bekundeten Willen in Übereinstimmung zu bringen sind. Man darf dabei nur nicht dem Irrtum unterliegen, daß das Wort „blickfangmäßig" bei der Preisauszeichnung ähnlich zu verstehen wäre wie bei der sogenannten Blickfangwerbung, sondern man muß aus dem Zusammenhang erkennen, daß die gesamte Zeitungswerbung, Schaufensterwerbung, Flugblattwerbung oder auch Lautsprecherdurchsagen in den Unternehmen als blickfangmäßige Herausstellung angesehen werden müssen.

Dies gilt in besonderem Maße für die Schaufensterwerbung, weil diese auch gerade Anlaß war für das Verbot der Preisgegenüberstellung bei den Saisonschlußverkäufen. Das Schaufenster ist der Blickfang des Unternehmens. Mit dem Hinweis auf die notwendige Preisauszeichnung kann der Wunsch nach einer nun doch wieder zulässigen Preisgegenüberstellung nicht verbunden werden. Dies wird auch aus der besonderen Herausstellung der Versandhandelswerbung als Ausnahme deutlich, denn im Versandhandel wird die Preisauszeichnung durch den Katalog sichergestellt. Wenn die Gegenüberstellung im Rahmen der Preisauszeichnung ohnehin zulässig wäre, hätte es dieser Ausnahmevorschrift nicht bedurft, weil die Ausnahmevorschrift eben im Katalog wiederum nur die blickfangmäßige Herausstellung verbietet.

Das **Sonderveranstaltungsrecht** ist wesentlich gestrafft worden und erfüllt auch in der neuen Fassung die Erfordernisse der Praxis und kann sich dementsprechend auch in der Praxis bewähren. Von manchem wird bedauert, daß dieses Sonderveranstaltungsrecht nur noch auf dem zivilrechtlichen Weg durchgesetzt werden kann. Dies hat jedoch zunächst den Vorteil, daß sich mit diesen Rechtsfragen wie im übrigen Recht des unlauteren Wettbewerbs nun nur noch die Zivilgerichte befassen, die sich auch sonst mit wettbewerbsrechtlichen Fragen befassen und damit eine besondere Sachkunde besitzen, so daß eine einheitliche Rechtsentwicklung, gerade auch durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, für den gesamten Bereich viel eher erwartet werden kann als in früheren Zeiten.

Zugleich kann hierin auch eine Rückbesinnung auf Verantwortlichkeit der Unternehmen für die Einhaltung der wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen gesehen werden. Man muß nur erkennen, daß es eben nicht Gängelung durch Behörden bedürfen sollte, um die Spielregeln des Wettbewerbs durchzusetzen.

Die Neuregelung der **Räumungsverkäufe** in Paragraph 8 des Gesetzes wird für die Praxis zugleich die Bedeutung haben können, daß bei konsequenter Anwendung dieser Vorschriften die Möglichkeit besteht, unzulässige Räumungsverkäufe schon vor ihrem Beginn zu verhindern, so daß sich in diesen Fällen nicht in den ersten Tagen immer die unlautere Werbung lohnt, sondern daß man eben eine solche Werbung insgesamt verhindern kann.

Die Neuregelung der **Klagebefugnis** setzt dadurch Maßstäbe, daß jetzt Ansprüche auf Unterlassung nicht mehr von denen geltend gemacht werden können, die diese Geltendmachung mißbräuchlich handhaben, insbesondere eben dann, wenn sie vorwiegend dazu dienen sollen, gegen den Zuwiderhandelnden einen Anspruch auf Ersatz von Aufwendungen oder Kosten der Rechtsverfolgung entstehen zu lassen. Mit dieser Regelung hat der Gesetzgeber eindeutig die höchstrichterliche Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs anerkannt. Die Verpflichtung zur Abmahnung wurde nämlich von der Rechtsprechung vorgeschrieben, um den Rechtsverletzer vor verhältnismäßig hohen Kosten zu bewahren. Dies führte aber bei der Rechtsverfolgung eben zu erheblichen Zusatzkosten bei denjenigen, die Unterlassungsansprüche geltend machen.

Nicht verkannt werden kann aber eben, daß manch einer sowohl als sogenannter Gebührenverein als auch als angeblich Gewerbetreibender das Klagerecht mißbrauchte. Diesen Mißbräuchen kann nunmehr wirkungsvoll entgegengetreten werden, obwohl die Rechtsprechung ohnehin schon die Maßstäbe gesetzt hatte, um solchen Vereinen und „Unternehmern" das Handwerk zu legen.

Der Verfasser ist geschäftsführendes Präsidialmitglied der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs

Renten knapp behauptet

Die bundesdeutschen Rentenmärkte litten am Montag unter dem weitgehenden Ausbleiben von Käufen ausländischer Großanleger. Auch inländische Anleger hielten sich spürbar zurück. Hier werden Anlageentscheidungen offensichtlich zunächst bis zur – allerdings mit Optimismus erwarteten – Verabschiedung des Geldmengenziels für 1987 durch den Zentralbankrat auf seiner Sitzung am 18. 12. zurückgestellt. Öffentliche Anleihen notierten bis zu 0,15 Prozentpunkte leichter.

Bundesanleihen

			8.12.	5.12.
F	7¾ Bund 76 II	1/87	100,05G	100,15G
F	6½ dgl. 79	1/87	100,05	100,1G
F	6¾ dgl. 77	4/87	100,5G	100,65G
F	6½ dgl. 77	7/87	100,9	100,95
F	6 dgl. 77	10/87	101	101,05
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,25	101,35
F	6½ dgl. 78 I	9/88	102,65	102,65
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,05	103,05
F	6¾ dgl. 79	1/89	103,5	103,4
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	104,5	104,5
F	10 dgl. 81 I	4/89	110,75G	110,25
F	7½ dgl. 79 I	6/89	105,2	105,4
F	8 dgl. 79 I	7/89	106,65	106,65
F	8 dgl. 79 II	8/89	106,8bG	106,8
F	7½ dgl. 79 II	9/89	105,75G	105,75
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	106,8	106,8G
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,05	107,05G
F	10 dgl. 80	4/90	113,9	114
F	5¾ dgl. 78	5/90	102,1	102,4
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	109	109
F	8¼ dgl. 80 II	11/90	109,5G	109,5
F				
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	107,95	107,9
F	9 dgl. 81	2/91	112,9	112,9G
F	7½ dgl. 83 III	6/91	107,95	108
F	10¾ dgl. 81	7/91	118,05	118,05
F	10½ dgl. 81	9/91	120,6	120,6
F	10 dgl. 81 II	12/91	118,55	118,55
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	117,5G	117,5
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	117,4	117,4

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

F	PWA 86/94	109	107
F	Renown Look 86/91	790	825
F	5¼ Rhythm W. 83/88	1375G	1375T
F	dgl. 84/89	580	590
F	3½ RWE 86/96	93	95
F	Ryobi 83	820G	825
F	Salamander 86/96	149	147
F	6¾ Schering 83/90	355,8	357
F	3 Schw. Bankg. 84/89	3190	3200
F	3¼ Schw.Bk.V I 84/89	277	284
F	2½ dgl. II 86/91	164	164
F	Schw.Kredit 85/90	1690	1700

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

F	3¼ dgl. 84/94 oO DM	81,75	82
F	2½ dgl. 86/96 mO DM	105	105,25
F	2½ dgl. 86/96 oO DM	79,5G	79,5
F	4 SKA Fin. 85 mO	132	130,5
F	4 dgl. 85 oO	97,5G	97,5G
F	3 Teijin 85/90mODM	200G	200G
F	3 dgl. 85/90 oO DM	91,5G	92bG
F	3¼ Kenw. 85/90mODM	125G	125G
F	3¼ dgl. 85/90oO DM	94,75G	94,75bG
F	3¼ Toum 84/90mODM	106T	106G
F	3¼ dgl. 84/89oODM	95,6G	95,7
F	4 Yobc 85/93 mO DM	196G	199G
F	4 dgl. 85/93 oO DM	88,46G	88,6

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

9½ dgl. 81/91	114,5	114,5G
9¾ dgl. 82/91	112,25G	112,25
7¾ dgl. 82/97	107,5G	107,6
6¾ dgl. 85/95	105,1	105,25
7¼ dgl. 84/96	105,2	105,15
6¼ dgl. 86/96	99,7	99,75
6¾ Austral IDC 72/87	101G	101G
6¾ Autop. C.E. 72/87	101G	101G
7½ Avon 85/95	102,35G	102,35G
10¾ Banual 82/90	108T	107,25
8½ BNDE 77/87	101,5G	101,5G
9¾ dgl. 80/88	104,5	105T

[illegible]

Düsseldorf

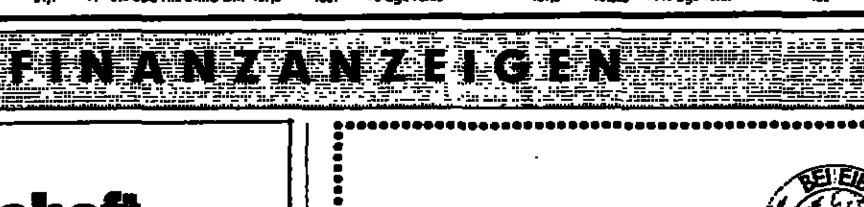
DM-Auslandsanleihen

[illegible]

6¾ Thyssen Carib. 85/95	101,25	101,25bG	
5¾ Trondheim 78/88	100G	100G	
7¾ Unger. Nat. Bk. 85/95	103,25	102,85	
7 dgl. 85/95	100,25	100,25	
7½ dgl. 86/96	101,1bG	100,1bB	
4,817 Unionbk.Fin.86/96	97,75	97,75G	
7¾ Un.Techn.Corp. 84/91	105,5G	105,5	
7¾ Un.Techn.Fin. 82/92	107,5	106,5	
6 Venezuela 78/88	99,75T	99,75T	
6½ dgl. 78/90	99,25T	99T	
9¾ dgl. 80/90	104,25	104,5	
11½ dgl. 81/91	111,1	111bG	

5¾ Tauernaut. 78/93	98,5bG	98,5bG
9¾ dgl. 82/94	115,75G	115,75bG
6 TVO-Kraftw. 78/88	100,6G	100,6G
7¾ Union E.Fenosa 85/92	104,65	104,25

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschuldverschreibung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: [illegible]

[illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) [illegible]

[illegible]

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt, niedriger notierte Kaffee. Uneinheitlich präsentierte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	5.12.	4.12.
Dez.	265,00	265,50
März	281,75-282,00	281,75-281,50
Mai	267,00	265,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1-CW	204,08	204,08
Am. Durum	207,01	201,66

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	95,90	95,60
März	100,40	100,50
Mai	102,40	102,40

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	82,00	82,00
März	81,80	81,50
Mai	81,50	81,30

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	159,00	156,00
März	150,00-150,25	146,75-147,00
Mai	141,00	137,75

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	161,00-160,75	161,00-161,50
März	170,50-170,75	171,50-171,75
Mai	177,24-177,50	177,75-178,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	90,80	89,80
März	85,40	84,80
Mai	84,70	84,40

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	5.12.	4.12.
Dez.	142,75-143,25	148,50-149,25
März	143,15-143,75	149,00-149,25
Mai	145,75	149,74-149,75

KAKAO New York ($/t)	5.12.	4.12.
Dez.	1810-1828	1807
März	1855-1893	1856-1860
Mai	1891-1893	1895-1895
Umsatz	1137	3666

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	6,20	6,35-6,45
März	6,98-6,99	6,92-6,94
Mai	7,09	7,05-7,04
Juli	7,18-7,20	7,10-7,12
Sept.	7,23-7,27	7,16-7,19
Umsatz	5075	–

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	6,17	6,30

KAFFEE London (£/t) Robusta	5.12.	4.12.
Jan.	2075-2080	2070-2075
März	1900-1902	1918-1920
Mai	1890-1895	1910-1915
Umsatz	3889	5777

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1398-1399	1399-1400
März	1443-1444	1440-1441
Mai	1471-1472	1466-1467
Umsatz	2302	4435

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	5.12.	4.12.
März	155,80-156,00	155,00-155,40
Mai	158,80-159,00	158,00-158,40
Aug.	–162,00	160,40-160,80
Umsatz	2020	2416

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	8.12.	7.12.
schw.		
Sarow.spez.	1025,00	1025,00
weiß.Saraw.	1400,00	1400,00
weiß.Munt.	1415,00	1415,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	5.12.	4.12.
Jan.	126,40	124,75-125,00
März	127,75	126,00-126,10
Mai	127,90-128,00	126,00
Juli	127,70-127,80	125,75-125,85
Sept.	128,00	125,85
Umsatz	800	900

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	5.12.	4.12.
	27,50	28,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,25	20,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	15,33	15,37-15,40
Jan.	15,43-15,44	15,49-15,51
März	15,72-15,73	15,80
Mai	15,98-15,95	16,05-16,06
Juli	16,10	16,18
Aug.	16,07-16,15	16,20-16,18
Sept.	16,00	16,05

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk,		
	17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	13,50	13,50
Choise white hog 4 % fr. F.	11,00	10,75

TALG New York (c/lb)		
top white	12,75	12,75
fancy	12,25	12,25
bleichf.	12,00	12,00
yellow max. 10% fr.F	9,50	9,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	56,25-56,32	55,50-55,45
Febr.	52,60-52,50	52,20-52,10
April	47,05-46,90	46,45-46,75

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	72,80-72,60	71,90-71,70
März	71,25-71,10	69,80-70,15
Mai	70,40-70,65	69,00-69,30

HÄUTE Chicago (c/lb)	5.12.	4.12.
Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	63,00-64,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	–

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	497,5-497,25	497,25-497,0
März	500,25-500,8	501,0-500,5
Mai	504,0-505,5	504,75-504,5
Juli	505,5	507,0-506,75
Aug.	505,5-504,0	506,25-506,5
Sept.	497,5	499,0
Nov.	497,25-497,0	500,0-499,25

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	145,5	145,7-145,8
Jan.	145,6-145,7	146,0-146,2
März	146,0-145,9	146,4-146,6
Mai	146,5-146,7	147,1
Juli	147,0	147,5-147,6
Aug.	147,0-147,2	147,8
Sept.	147,2	147,6-147,8

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	5.12.	4.12.
Dez.	217,50	219,00
März	225,50	227,20
Mai	231,00	233,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	5.12.	4.12.
	19,25	18,75

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	8.12.	5.12.
jegl. Herk. cif	535,00B	535,00B

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	330,00B	330,00B

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	285,00B	287,50B

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	73,50B	73,50B

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	425,00B	425,00B

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	5.12.	4.12.
Dez.	54,40	53,90
März	54,70-54,80	54,68-54,75
Mai	55,15-55,20	55,10-55,15
Juli	55,10-55,25	55,10
Okt.	56,15-56,20	56,10-54,80
Dez.	56,60 56,60	56,50-56,60

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	44,25	44,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	8.12.	5.12.
Dez.	570-579	
März	576-578	unerh.
Mai	578-583	
Umsatz	2469	

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	8.12.	5.12.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–
Tendenz: –		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	8.12.	5.12.
Dez.	665,00-680,00	650,00-690,00
März	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	8.12.	5.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	8.12.	5.12.
Dez.	11877	11755
Jan.	11670	11438

KAUTSCHUK London (p/kg)	5.12.	4.12.
spot	63,00-66,00	63,00-66,00
RSS 1 Jan.	61,00-62,00	61,00-62,00
RSS 2 Jan.	60,00-61,00	60,00-61,00
RSS 3 Jan.	59,00-60,00	59,00-60,00
Tendenz: nominell		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	8.12.	5.12.
Jan.	215,00-216,00	215,00-216,00
Febr.	215,50-217,50	215,50-217,50
Nr. 2 Jan.	209,00-210,00	209,00-210,00
Nr. 3 Jan.	205,00-206,00	205,00-206,00
Nr. 4 Jan.	202,00-203,00	202,00-203,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	8.12.	5.12.
BWC	305	305
BWD	305	305
BTC	370	370
BTD	370	370

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	8.12.	5.12.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	228,53-228,67	225,42-225,70
dritt. M.	231,11-231,25	228,42-228,56
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	101,89-102,17	103,99-104,14
dritt. M.	92,44-92,73	94,00-94,14
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	726,95-728,38	725,11-725,68
dritt. M.	740,69-741,26	738,53-739,11
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	144,50-145,26	142,85-145,71
Prod.-Pr.	176,08	174,13
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	8.12.	5.12.
	16,50	17,04

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	8.12.	5.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	275,18-277,19	275,27-277,27
BLEI in Kabeln	109,75-110,75	111,75-112,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	8.12.	5.12.
MS 58, 1.VS	257-261	257-261
MS 58, 2.VS	309-315	309-315
MS 63	290-294	290-291

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	8.12.	5.12.
Leg. 225	238-249	238-254
Leg. 226	240-251	240-256
Leg. 231	275-281	275-286
Leg. 233	285-296	285-301

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	8.12.	5.12.
PLATIN (DM/g)	32,85B	32,55B
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	29298	28842
Rückn.-Pr.	24900	24500
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25770	25490
Rückn.-Pr.	25080	24800
verarbeitet	27040B	26740B
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25250	25000
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	356,60	352,90
Rückn.-Pr.	345,60	342,00
verarbeitet	372,20B	368,40B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	8.12.	5.12.
10.30	390,50	388,60
15.00	389,60	388,50
Zürich mitt.	389,60-390,10	388,20-388,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	83100	81800
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	377,95	375,05
3 Mon.	387,95	384,70
6 Mon.	398,55	395,45
12 Mon.	419,45	416,10
PLATIN (£/Feinunze) London	8.12.	5.12.
fr. Markt	339,00	337,15
PALLADIUM (£/Feinunze) London	8.12.	5.12.
f. Händl.-Pr.	83,15	82,15

New Yorker Metallbörse

	5.12.	4.12.
GOLD H & H Ankauf	388,50	389,25
SILBER H & H Ankauf	539,00	533,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	476,00-482,00	476,00-482,00
Prod.-Pr.	600,00	600,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	116,00-119,00	116,00-119,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Dez.	389,30-390,30	389,00
Jan.	391,40	390,20
Febr.	392,70-393,10	391,50-392,00
April	396,00-396,60	394,50-395,30
Juni	399,20-399,40	398,00-398,80
Umsatz	20000	37000
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	536,00-537,00	535,50-536,00
Jan.	540,00	538,50
März	542,70	541,20
Mai	544,00-546,50	543,00-544,50
Juli	549,00-550,50	549,50
Sept.	556,30	553,00
Dez.	561,90	560,10
Umsatz	8000	11000

KUPFER (c/lb)	5.12.	4.12.
Dez.	60,20-60,25	60,75-60,80
Jan.	60,15	60,75
März	60,65-60,70	61,25-61,30
Mai	61,15-61,20	61,75-61,80
Juli	61,60	62,15
Sept.	61,75	62,40
Dez.	62,20	62,85
Umsatz	6200	4600

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	8.12.	5.12.
mitt. Kasse	798,50-799,00	787,50-788,50
3 Mon.	807,50-808,00	800,50-801,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	356,00-357,00	364,00-365,00
3 Mon.	323,00-324,00	330,00-330,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	943,00-943,50	945,00-945,50
3 Monate	960,00-960,50	958,00-959,00
ab. Kasse	–	957,50-958,00
3 Monate	–	955,50-956,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	909,00-909,50	901,00-903,00
3 Monate	938,50-939,50	929,00-931,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	544,00-544,50	541,00-542,00
3 Monate	544,00-544,50	541,00-541,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	150-160
WOLFRAM-ERZ ($/t-Einh.)	–	35-38

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	5.12.	4.12.
Jan.	44,00-44,15	43,85-43,95
Febr.	44,65-44,80	44,50-44,70
März	43,30-43,35	43,20-43,35
April	41,80-41,85	41,85

GASÖL – London ($/t)	5.12.	4.12.
Dez.	121,00-121,25	120,75-121,00
Jan.	126,00-126,25	125,50-126,50
Febr.	129,25-129,50	128,50-128,75
März	127,75-128,00	126,75-127,00
April	–125,00	122,00-124,00
Mai	120,00-122,00	120,00-121,00
Juni	122,00-124,00	118,00-120,00
Juli	121,00-124,00	119,00-120,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	5.12.	4.12.
Jan.	41,50-41,60	41,30-41,35
Febr.	41,85-41,95	41,85-41,95
März	42,40-42,50	42,50-42,55
April	43,15	43,22
Mai	43,75	43,50

ROHÖL – New York ($/Barrel)	5.12.	4.12.
Jan.	15,11-15,15	15,18-15,22
Febr.	15,25-15,28	15,30-15,32
März	15,24-15,26	15,28-15,31
April	15,21	15,25-15,26
Mai	15,17	15,22

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	5.12.	4.12.
Arabian Lg.	11,75	11,94
Arabian Hv.	11,48	11,71
Iran Lg.	14,50N	14,50N
Forties	14,50	14,40
North Brent	14,70	14,55
Bonny Light	15,15N	15,10

Kartoffeln

London (£/t)	5.12.	4.12.
Febr.	111,00	111,00
April	160,30	157,40
Mai	179,30	176,00
Nov.	87,50	87,50

New York (c/lb)	5.12.	4.12.
–	–	–
März	4,52	4,55
Mai	4,92	4,98
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	5.12.	4.12.
Jan.	184,10	189,00-189,20
März	173,00	177,50-178,50
Mai	168,00	172,50-173,50
Juli	163,90	168,80-169,00

Devisenterminmarkt

Zunehmender Druck auf den Franc führte am 8. 12. zu steigenden Zinssätzen. Die Deports vergrößerten sich daraufhin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,28-0,18	0,67-0,57	1,21-1,11
Pfund/Dollar	0,62-0,60	1,80-1,77	3,68-3,73
Pfund/DM	2,20-0,80	5,10-3,70	9,60-8,20
FF/DM	19-3	43-27	69-53

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8.12. : Tagesgeld 5,25-5,50 Prozent; Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,80 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,83 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8.12. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 8.12. : 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¼-6½	4⅞-5⅛	4¼-4½
3 Monate	6-6¼	4¾-5	4-4¼
6 Monate	5⅞-6⅛	4¾-5	4-4¼
12 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 8.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,50; Verkauf 18,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,75; Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 8.12. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	196,00	251,94	35,14
20 ffr. Napoleon	5,8070	147,00	196,08	33,77
20 sfr Vreneli	5,8070	161,00	212,04	36,51
1 Sovereign Neu	7,3220	171,00	225,44	30,52
1 Sovereign Alt	7,3220	175,00	228,00	31,14
100 Kronen Öster.	30,4880	730,00	900,60	29,54
20 Kronen Öster.	6,0980	145,00	188,10	30,85
10 Kronen Öster.	3,0480	81,00	108,30	35,53
4 Dukaten Öster.	13,7700	342,00	424,08	30,80
1 Dukaten Öster.	3,4420	79,00	110,58	32,13
10 Rubel Tscherw.	7,7423	193,00	248,52	32,10
Krügerrand 1 Uz	31,1035	765,00	912,00	29,32
Krügerrand ½ Uz	15,5517	403,00	482,22	31,01
2 Rand Südafrika	7,3220	168,00	220,02	30,05
1 Rand Südafrika	3,6610	76,00	109,44	29,89
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	795,00	946,20	30,42
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	82,00	104,88	33,72
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	975,00	1259,70	41,86
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	800,00	951,90	30,60
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1005,00	1191,30	38,30
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	180,00	129,96	41,78

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) - 6,00 (4,95) – 7,00 (5,52) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75 , Kurs 100,60, Rendite 5,61 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 8.12.	Rendite in %
BW-Bank 5.69	100,00	1.7.95	58,063	6,55
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,50	6,11
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,40	6,48
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	148,00	8,51
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,55	5,40
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,88	5,40
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,76	6,55
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	53,00	6,86
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,56	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,70	6,70
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,12	6,39
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,82	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,69	6,83
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,24	6,96
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,36	6,84
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,95	6,41
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,20	6,45
WestLB 605	100,00	1.6.01	40,40	7,00
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,15	7,18
WestLB 500	126,86	16.2.89	–	–
WestLB 501	137,01	16.2.90	117,75	4,88
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,85	5,27
WestLB 505	143,24	1.9.92	105,50	5,53
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	115,50	6,58
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,14
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	133,10	8,14
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	134,60	7,57
Prud Realty	$ 100	15.1.99	73,15	8,62
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	79,875	7,28
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	68,25	7,65
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	60,00	10,53
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	66,50	8,16
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	66,125	8,19
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	62,625	7,82
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	53,375	9,11
Penney (A+)	100,00	17.2.94	54,75	8,71
Sears (AA)	100,00	27.5.94	54,375	8,47
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	53,5	8,67
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	52,75	8,05

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	4,90 (4,87)	100,2	101,9	103,7	105,6	107,5	109,3
3	5,20 (5,18)	99,45	101,9	104,6	107,3	110,0	112,8
4	5,48 (5,46)	97,95	101,5	105,0	108,5	112,0	115,5
5	5,70 (5,66)	96,60	100,9	105,1	109,3	113,6	117,8
6	5,93 (5,90)	94,95	100,4	104,8	109,7	114,6	119,5
7	6,23 (6,20)	92,65	98,75	103,7	109,2	114,8	120,3
8	6,53 (6,50)	90,15	96,20	102,3	108,3	114,4	120,4
9	6,65 (6,63)	88,50	95,05	101,7	108,3	114,8	121,4
10	6,68 (6,65)	87,35	94,45	101,6	108,7	115,8	122,9
15	6,98 (6,90)	81,15	90,20	100,2	108,4	117,4	126,5

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,002 (113,107)
Performance-Rentenindex: 251,181 (251,196)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	5. Dez.	5,813
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,95
	60–270 Tage	5.50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,00
	60 Tage	5,95
	90 Tage	5,875
Certificates of Deposit	1 Monat	5,90
	2 Monate	5,85
	3 Monate	5,80
	6 Monate	5,95
	12 Monate	5,95
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,44
	26 Wochen	5,45
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,09
	30 Jahre	7,37
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	24. Nov	711,6 Mrd. $ (-0,8 Mrd $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	144,40	145,80
März	145,05	146,35

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	5.12.	4.12.
9¾ EEC 90	105,75	105,75
11¼ dgl. 90	111,5	111,5
10¾ EIB 95	110,625	110,625
11 dgl. 91	114,125	114,125
11½ dgl. 90	115	115
11¾ dgl. 93	121,625	121,625
12 dgl. 95	124,125	124,125
12½ dgl. 90	117,875	117,875
12¾ dgl. 93	128,125	128,125
13 dgl. 96	120,5	120,5
10¾ Wld Bk 95	114,25	114,25
10¾ dgl. 88	104,75	104,75
10¾ dgl. 90	111,25	111,25
10¾ dgl. 93	116,375	116,375
11 dgl. 92	115,25	115,25
11¼ dgl. 88	108,75	108,75
11¼ dgl. 90	114,375	114,375
11½ dgl. 89	109,25	109,25
11½ dgl. 90	115	115
12 dgl. 93	123,375	123,375
12¼ dgl. 94	126,5	126,5
12¾ dgl. 94	129	129
6¾ Sears 91	105,25	105,125
6¾ Swed.Ex.91	107,875	107,875
7 TRW 94	102,375	102,25
6¾ Un.Tech.92	103	103,125
6¾ W.Disn.96	103,375	103,375
6½ World Bk96	104,875	105
6¾ dgl. 90	104,125	104,25
6¾ dgl. 94	106,125	106,25
7 dgl. 94	108,5	108,75

Euro-Yen

	5.12.	4.12.
6¾ Al.Corp 91	107,375	102,5
6¾ AllSign93	102,75	102,625
7¾ ADB 94	110	109,875
7 Austria 95	107,625	107,5
7 BP 92	106,5	106,625
6¾ Denmark 92	104,875	105,125
7 Denm.Bk. 97	106,125	106,125
7 Dow Chem.94	101,875	102
6¾ EDF 95	106,875	106,875
6½ Eurofima95	103,375	103,375
6¾ dgl. 92	103,5	103,375
6¾ dgl. 93	103,25	103,25
7¾ dgl. 94	106,375	106,375
6¾ Fannie 92	105,375	105,5
6¾ Finl.Rep90	104,375	104,5
6½ GMAC 98	102,625	103
7¾ Goodyear95	103,875	103,625
6¾ dgl. 94	102,75	102,75
6¾ ITT 92	103,625	103,875
6½ McDonal.92	103	103
6¾ Montreal95	105,375	105,625
6½ NordLB 93	103	103,125
6 NIB 91	101,875	101,75
7 dgl. 92	107,25	107,125
5¾ Norway 91	99,375	99,375
6¾ Penney 92	103,5	103,375
6¾ Procter 92	104,125	104,25
6¾ Sallie 92	104	104,25

Lux. Franc Bonds

	5.12.	4.12.
7 Amro 93	98,75	98,75
9¾ Asea 89	101	101
6¾ Asian Dv87	99,75	99,75
10¾ BFG Lux90	102,75	102,75
11 BNP 90	100,75	100,75
9 dgl. 93	106,5	106,5
10 Ceca 90	105	105
10½ dgl 94	106,75	106,75
11 dgl. 92	103,5	103,5
8¾ Conseil 95	104,25	104,75
12½ dgl. 92	101	101
8 Copiel 88	100,75	100,75
8¾ dgl. 89	100,75	100,75
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	100,5	100,5
7½ Den.Mtg 88	100	100
8¾ EEC 95	104,75	104,75
8½ Euratom 89	103	103
10¼ dgl. 96	109,5	109,5
11 dgl. 93	101,25	101,25
8½ Eurof. 89	101	101
9 dgl. 95	105	106
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	105,5	105,5
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	103,25	103,25
9½ dgl. 95	107	107
9¾ dgl. 88	100,25	100,25
9¾ dgl. 93	103,75	105,75
10½ dgl. 94	111	111
11½ dgl. 88	100	100
12¼ dgl. 90	100,5	100,5
8½ Goodyear93	103	103
9¼ Ind.B.F 95	104	104
9¾ Hypo Bk.88	101	101
11 Kredlet.93	105	105
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
12½ dgl. 88	100,5	100,5
10 dgl. 90	103,25	103,25
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	100	100
8¾ Mot.Chin92	103	103
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	99,75	99,75
9 Paribas 92	105,25	105,25
10¼ Paribas89	103,5	103,5
8 Philips 89	100,5	100,5
7¾ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sogenal 91	100,5	100,5
9½ dgl. 92	105,5	105,5
10¼ Solvay 87	100,25	100,25
8 Svenges 88	100	100
9¼ Volvo 87	100,25	100,25
8 WorldBk. 96	103,25	103,25
9¼ dgl. 90	103	103
10¼ dgl 89	100,5	100,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	5.12.	4.12.
8¾ Cop City91	99	99
12¾ dgl 92	101	101
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11¼ Ned. G.88	100,5	100,5
9¼ Queb. P.94	97,5	97,5
8½ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	5.12.	4.12.
7¼ Aegon 95	94,5	94,5
9½ ABN 92	–	–
9 ANA 95	105,875	105,875
9¾ ANZ 92	107,25	107,25
10¼ Austria93	111,25	111,25
10 BNDA 92	104,25	104,25
8¾ B.d.Roma93	100,5	100,375
9 M.-Hope 92	103,75	103,75
9 Bk.Hels.96	100,5	100,75
7½ BNP 93	95,75	95,625
8¾ dgl. 95	104,25	104,25
8¾ Bay Vbk.88	101,375	101,75
8¾ BFCE 93	102,25	102,25
9¾ dgl. 92	108,25	108,375
9¾ dgl. 95	107,5	107,5
9¾ Bell 92	102,625	102,75
9¾ CNT 92	108,625	108,625
9½ dgl. 95	107,5	107,375
8¾ Cargill 95	103,625	105,5
10¾ Ceca 89	107	106,75
9 Chrysl. 92	100,125	100,125
9¼ dgl. 94	100,25	100,125
9 ClubMed 88	103,25	103,25
9 Colgate 91	101,75	101,5
9 Cop Cty 95	101,625	101,875
9¾ CCF 95	105,125	105,25
9¾ CrdNord 91	105,875	105,75
6¾ CrdLyon 92	94,375	94,25
8¾ CrdNat 95	106,25	106,25
10¼ dgl. 94	109,625	109,625
8¾ Creanst.94	104,5	104,375
9¼ Credito 92	105,25	105,25
7¾ Denmark 96	98	98
7¾ EDF 98	94,25	94,5
9 dgl. 97	105,625	106,5
7¾ EEC 91	99,5	99
8¾ EEC 93	105,125	105,125
8¾ ELFAqu. 88	101,75	101,75
9 Enso Gut 91	101,625	101,625
9¾ dgl. 93	101,75	101,625
10 Euratom 97	106,875	107
7¾ dgl. 96	97	97,25
9¾ Eurofima93	104,125	104
7¾ EIB 91	99,25	99
8¾ dgl. 90	104,125	104,125
8¾ dgl. 93	104,375	104,625
8¾ dgl. 92	104	104
9¾ dgl. 95	110,25	110,375
10½ dgl. 94	111,875	111,875
10¾ dgl. 90	109,25	109,25
13¼ dgl. 92	110	110
9 Eutelsat 95	102,875	102,875
6¾ EDC 96	91,75	91,5
8¾ Fiat 90	102,25	102,125
9 IBKFinnl 95	101,75	101,75
8¾ Ford C.93	104,125	104,125
7¾ GIII 93	100,25	100,125
7 Giroz. 95	94,875	94,75
10¾ dgl. 95	109,75	109,75
10 IADB 93	111,875	111,75
8¾ IBM 90	104,5	104,375
6¾ Iceland 96	–	–
9 Imatran 96	102,125	102
9¾ Italie 89	104,375	104,125
10½ dgl. 92	110,375	110,25
9¾ Konsall 92	–	–
9¾ Kbifima 92	103,25	103,25
6¾ KB/Ibl 95	90	90
10¼ Megal 95	106,625	106,5
7 Merrill 90	97,75	97,375
8¾ Mitsu.Tr 93	103	102,875
9 MoetHen.91	104,75	104,625
8¾ Morgan 90	102,875	102,75
8¾ Motorola92	103,5	103,375
9 Nemo 95	102,875	102,875
9¾ N.S.Wal.93	103,875	103,625
9¾ N.Zeal. 90	105,375	105,25
9¾ N.Zeal.92	105,625	105,5
7½ Nissan 96	95,125	95,25
9 Östlbk. 89	103,875	103,75
8¾ Olivetti93	–	–
8¾ Parbel 89	101,75	101,75
10 Pechin.90	105,75	105,75
9¼ Peugeot 90	104,75	104,75
8¾ Phibro 96	101,5	101,375
9 Philips 93	103,5	103,5
9¾ Piaa 97	106	106
10 Prvbk. 92	105,375	105,375
7¾ Rabobk. 96	97,75	97,75
8¾ Reynolds91	104,125	103,875
9 SAS 96	104,875	104,75
9 Sanwa 95	105	104,75
8¾ Secpac 90	102,5	102,5
9 SNCI 95	104	104
8¾ Sumitomo92	104	105,125
9¾ dgl. 93	106,5	106,25
9 dgl. 93	105,625	105,675
6¾ Schweden96	92,125	91,375
9 Unbk Nor 95	103,25	103,125
8¾ Vict 90	104,875	104,75
8¾ WaltD 94	104,25	104,125
9¾ dgl. 95	104,875	104,625
8¾ Washgt 96	102,875	102,875
9¾ Westpac92	105,625	105,75
7¾ Worldbk 97	99,75	99,5
8¾ dgl. 95	104,25	104,25
8¾ dgl. 93	105	104,75
9½ dgl. 92	107,5	107,375
10¼ dgl. 89	107,5	107,625
10¾ dgl. 94	109,875	109,75
11 dgl. 93	108,875	108,75
8¾ Xerox 90	102,875	102,875

ECU-Tageswerte

	5.12.	4.12.
Dollar	1,04196	1,0504
Bfr	43,2857	43,2407
DM	2,09152	2,07931
hfl	2,35202	2,34927
£	0,729409	0,734306
Dkr	7,8543	7,84057
FF	6,81807	6,812
Lira	1441,81	1441,71
I-£	0,765025	0,764501
Sfr	1,73464	1,7332
öS	14,6596	14,6335
Peseta	140,613	140,652
Skr	7,20256	7,23112
Nkr	7,87202	7,97188
Kan-$	1,45791	1,45169
Esc	154,888	155,305
Fmk	5,12072	5,135
Yen	169,475	170,799
Drachme	145,975	145,61

SZR-Wert

	5.12.	4.12.
Dollar	1,40587	1,20878
DM	2,340587	2,39218

Ehrenrettung für einen großen Gelehrten: Rudolf Virchow als Paläontologe

Neandertal kratzte an seinem Ruf

Der Arzt Rudolf Virchow (1821–1902) galt gegen Ende des 19. Jahrhunderts als der angesehenste deutsche Wissenschaftler überhaupt. War er doch u. a. der Begründer der folgenreichen Zellularpathologie und ein Vorkämpfer der Hygiene, der sich für Desinfektion und Kanalisation einsetzte.

Urgeschichtsforscher hingegen sind auf Virchow oftmals noch heute nicht gut zu sprechen. Er hat nämlich zwei der berühmtesten Urmenschenfunde der Erde völlig falsch beurteilt. Den 1856 im Neandertal bei Düsseldorf entdeckten Neandertaler erkannte er nicht als fossilen Menschen, sondern hielt ihn für einen kranken alten Mann aus historischer Zeit, für einen verblödeten Kosaken aus den napoleonischen Kriegen. Und den 1892 auf Java geborgenen Oberschenkelknochen des Frühmenschen Pithecanthropus erectus (heute Homo erectus genannt) deutete er als Rest eines riesigen Gibbon.

Jetzt endlich wird Virchow auch als Paläontologe rehabilitiert. Es erscheint der letzte, abschließende Teil eines dreibändigen Werkes, „Rudolf Virchow als Prähistoriker", in dem der Kieler Medizinhistoriker Christian Andree nach gründlichster Auswertung sämtlicher erreichbarer Publikationen des großen Gelehrten, Kongreßberichten, Zeitschriftenaufsätzen, Tagebüchern, Briefen und anderen Akten, Virchow geradezu als Begründer der neueren deutschen Ur- und Frühgeschichtswissenschaft erscheinen läßt.

Es war, wie Andree nachweist, Virchow, der begann, das bis dahin völlig ungeordnete Wissen, das die wenigen prähistorischen Forscher schon zusammengetragen hatten, zu ordnen, womit er als erster wissenschaftliche Methodik in die Ur- und Frühgeschichte brachte. Virchow ist es außerdem zu verdanken, daß die erstmals in der Schweiz Mitte der 1850er Jahre entdeckten Pfahlbauten auch in Norddeutschland nachgewiesen werden konnten. Virchow war so etwas wie der Vater der Slawenforschung. Den häufig in Ostdeutschland anzutreffenden Burgwällen widmete er seinen Forscherfleiß und unterschied dabei Erd-, Stein- und Brandwälle. Darin stieß er oft auf zwei Schichten. Die tiefer liegende, ältere Schicht nannte er nach einem Fundort Lausitzer Kultur, ein Begriff, der bis heute für eine Kulturstufe um 1100 vor Christus gebräuchlich ist. Die höher liegende, also jüngere



Schicht schrieb er einer slawischen Kultur vom sogenannten Burgwalltypus zu.

Bevor Virchow als Prähistoriker wirkte, wurden bei Ausgrabungen meist nur „schöne" Gegenstände, wie Tongefäße, Bronzen oder Schmuck, gesammelt und aufbewahrt. Skelette oder Teile davon sowie einzelne Scherben oder unscheinbare Beigaben beachtete man kaum. Virchow aber ließ Knochen, Sämereien, Pflanzenreste, Getreide und Metallreste eingehend von bedeutenden Fachgelehrten untersuchen.

Bald wurde ihm bewußt, daß nur eine große Organisation die Aufgaben der neuen Wissenschaft sachdienlich erfüllen könne. Aus diesem Grund initiierte er 1869 die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte und rief im selben Jahr als deren Zweigverein die Berliner Anthropologische Gesellschaft ins Leben. In der von ihm redigierten „Zeitschrift für Ethnologie" formulierte er verschiedene Eingaben an die Regierungen, die die Bergung und den Schutz von prähistorischen Funden betrafen. Sie führten zu Gesetzen zum Schutze von Bodenfunden, die zum Teil noch heute in einzelnen Bundesländern gelten.

Virchow ist es schließlich auch zuzuschreiben, daß der wegen der heftigen Kritik deutscher Wissenschaftler verbitterte Selfmade-Archäologe Heinrich Schliemann (1822–1890), der in Troja und Hissarlik erste Ausgrabungen vornahm, seine Schätze nicht einem Londoner Museum schenkte, sondern an Berliner Museen abgab. All diese Verdienste wurden jedoch von den Experten weitgehend vergessen. Woran sie sich einzig erinnerten, war die Stellungnahme von 1872, in der Virchow den 16 Jahre zuvor entdeckten Neandertalerschädel zwar genau und detailliert beschrieb, ihn aber aus Abneigung gegen vorschnelle Schlüsse nicht einem fossilen Menschen zuschreiben mochte.

Der Finder des Neandertalers, der Realschullehrer und Höhlenforscher Johann Carl Fuhlrott, behauptete aufgrund der Fundumstände von Anfang an ein geologisch hohes Alter des Fundes. Virchow besaß damals aber so große Autorität, daß sich die Mehrheit der Wissenschaftler, die sich zum Teil kein eigenes Urteil bilden konnten, seiner Fehleinschätzung anschloß. Die Strafe der Geschichte für Virchow war hart. Erst heute löst sich der Bann, der über seine Verdienste als Paläontologe verhängt wurde. ERNST PROBST

Christian Andree: „Rudolf Virchow als Prähistoriker". Band 3. Register mit Kommentaren. Böhlau Verlag Köln/Wien. 125 S., 78 Mark.

Willkommen im „Cabaret": J. Savarys Musical-Inszenierung in Düsseldorf

Ein Mephisto aus der Glamour-Welt

Musik von Walter Kollo und Paul Lincke schallt durchs Foyer, S- und Eisenbahn rattern dazwischen: Berlin total findet im im Rundbau am Gustaf-Gründgens-Platz statt. Das Düsseldorfer Schauspielhaus hat sich zum „Cabaret" verwandelt, und es scheint, daß sich Hausherr Volker Canaris mit der rauschhaften Inszenierung Jérôme Savarys endlich den Erfolg auf die Bühne geholt hat.

Was hier der „letzte Magier des Theaters" (Savary über Savary) aus dem berühmten Musical der Autorentrias Masteroff (Buch), Ebb (Songtexte) und Kander (Musik) gemacht hat, braucht Broadway-Maßstäbe nicht zu scheuen. Eine zum größten Teil französische Truppe fegt derart furios über die Bühne, daß man sich unversehens im „Crazy Horse" glaubt und nicht im schäbigen „Kit Kat Klub" Berlins, den der Text eigentlich vorschreibt.

Aber natürlich bleibt dessen Star Sally Bowles der Publikumsmagnet. Ute Lemper in der Rolle der flatterhaften Nachtclub-Sängerin wird wohl genau das für die deutsche Fassung der Savary-Inszenierung werden. Sie ist Kuschelweibchen und ordinäre Diseuse zugleich und verfügt über eine Stimme, die zwischen metallischer Schärfe und warmem Timbre stets den rechten Ton trifft. Darüber hinaus gelingt es „La Lemper" mühelos, mit dem leichtgeschürzten Mädchen-Ballett mitzuhalten. Da kann man in Deutschland, dieser Musical-Diaspora, geradezu ins Jubeln geraten.

Ute Lemper ist Dreh- und Angelpunkt der beiden Spielebenen: den Revue-Szenen im „Kit Kat Klub" und dem Geschehen in der Pension Fräulein Schneiders, die eine recht amorphe Mieterschar um sich gesammelt hat. Z. B. den amerikanischen Schriftsteller Clifford Bradshaw, in dessen Figur viel von Christopher Isherwood steckt, der mit seinen Berlin-Geschichten die Vorlage für das Musical lieferte. Rainer Goernemann spielt ihn sehr zurückhaltend, ganz die distanzierte Rolle Isherwoods annehmend. Selbst bei den Liebesszenen mit Sally, die sich Knall auf Fall in diesen hölzernen Menschen verliebt und zu ihm zieht, bleibt Goernemann eine verschlossene Auster. Da nützt auch nichts der strahlende Sternenhimmel, den Savary hintergründig-kitschig am Bühnenhimmel blitzen läßt.

Neben diesem seltsamen Paar wohnen Fräulein Kost, das sich liegenderweise um die deutsche Marine kümmert (herrlich ordinär: Suzanne von Borsody), und der jüdische Obsthändler Schultz, der Fräulein Schneider auf liebenswert-linkische Art den Hof macht. Wenn Wolfgang Arps und Rosel Zech, der Witwer und das ältliche Fräulein, sich ihre Liebe gestehen wie zwei verschämte Backfische und ihr Glück kaum fassen können, so gehört das zu den anrührendsten Momenten des Abends.

Doch die politischen Zeitläufte lassen wenig Raum für privates Glück, wenn es zwischen einer Arierin und einem Juden blüht. Mit Pomp und Krawall beenden die Nazis die Verlobungsfeier – und prompt wird Savarys Inszenierung angreifbar. Denn auch die Braunhemden geraten ihm zu nichts anderem als überwältigender Schau und werden mit Fahnen, Marschmusik und Hakenkreuz zu einem lautstarken Schützenverein verharmlost. Da soll, scheint's, mit Gewalt nachgeholt werden, was im ersten Teil nur andeutungsweise – der unaufhaltsame Aufstieg Hitlers – erwähnt wurde. Nun gut, das ist eigentlich nicht Savarys Fehler, sondern eine Unterlassungssünde der Vorlage.

Aber wen kümmert schon die große Politik, wenn er im „Cabaret" sitzt und aufgefordert wird, die Sorgen zu Hause zu lassen? In diesem Sündenpfuhl der mit Strapsen und Pailletten knappest gekleideten Damen und vergnügungssüchtigen Herren schwingt der „Master of Ceremonies" das Szepter. Michel Dussarat, ein hintergründiger Mephisto aus der Glamour-Welt, führt augenzwinkernd durch die derbe Vorstellung. Mit diabolisch geschminktem Gesicht, Häme und Zynismus – die Hakenkreuz-Binde wird bei ihm zum wassersprühenden Scherzartikel – entfacht er auf der Bühne des „Kit Kat Klub" ein Show-Feuerwerk, dem allabendlicher Szenenapplaus gewiß ist. Oswald D'Andréa rundet den Abend mit seinen ausgezeichnet disponierten Musikern zu einem knallbunten Theatervergnügen ab. Willkommen im „Cabaret"! RAINER NOLDEN

Nächste Vorstellungen: 11.-16.12., 30.-23.12. tgl., Kartenbestellungen: 0211-369911

Der „ausgestiegene" Prosaschreiber: Wolfgang Hildesheimer wird siebzig

Verzweifelt gelassen im Elfenbeinturm

Wenn er konsequent bleibt, war sein jüngstes Buch auch sein letztes; denn mit Literatur will er nichts mehr zu tun haben. Der 1984 im Suhrkamp Verlag erschienene, bibliophil aufgemachte Band „Endlich allein" enthält 32 abstrakte Collagen des Schriftstellers, der seine künstlerische Laufbahn als Tischler, Innenarchitekt und Maler begonnen hat. Darin erklärt Hildesheimer lapidar: „Wer sagt, daß ich aus der Realität ausgestiegen bin, hat recht."

Die moderne Pest AIDS, das Waldsterben, die Bevölkerungsexplosion, die den Planeten aufs Gerippe ausraube – das sind die apokalyptischen Visionen, die ihm die Einsicht verschafften: „Wir gehen der Endzeit entgegen, die Menschheit und unsere Kultur werden in der Mitte des nächsten Jahrtausends aussterben." Der Autor sucht Zeitvergessenheit in der bildenden Kunst, die ihm die Möglichkeit bietet, „etwas zu tun, was die Wirklichkeit nicht wiedergibt". Ein Mann geht in den Elfenbeinturm nicht aus elitärem Bewußtsein, sondern aus gelassen ertragener Verzweiflung.

Recht betrachtet lief die literarische Entwicklung des Schriftstellers konsequent auf diesen Punkt zu. Er verfügte bereits als Hörspiel- und Bühnenautor über einen Namen, als 1964 „Tynset" erschien; spätestens seit damals grassiert die Mode, bei längeren Arbeiten formal experimentellen Charakters nicht mehr von Romanen, sondern von „Prosa" zu sprechen. Viel „stream of consciousness" ist im Spiel, die Ebenen der Realität werden dreifach verschoben und das phantasiereich verwobene Handlungsgefüge in musikalische Strukturformen gepaßt.

Inhaltlich geht es um einen chronisch Schlaflosen, der sich aus Verbitterung über das reuelose Nachkriegsdeutschland in die Einsamkeit des Gebirges zurückgezogen hat, um dort seine existenziellen Enttäuschungen durch den Zugewinn unverdächtiger Realitäten wie Kursbuchdaten und Telefonnummern zu kompensieren.


Macht nur noch Bildende Kunst: Wolfgang Hildesheimer FOTO: DPA

Acht Jahre später kam „Masante" heraus, wiederum „Prosa" in der Ich-Form, jetzt allerdings eingestandenermaßen als „Abschied von dieser Art des Bücherschreibens". Das folgende Werk, Hildesheimers vielgepriesene „Mozart"-Biographie (1977), schlug denn auch ganz andere Seiten auf; der Genius des Komponisten trat rein ins Bild. Diesem Regreß in die Musikhistorie schloß sich die meisterliche Erfindung des englischen Aristokraten und Goethe-Freundes „Marbot" an (1981), vollends die Absage an eine Beschäftigung mit der schlimmen kontemporären Welt.

Wolfgang Hildesheimer, der heute 70 Jahre alt wird, Sohn eines jüdischen Vaters, der in den 30er Jahren emigrieren mußte, ging in England zur Schule und studierte dort nach einem vierjährigen Aufenthalt in Palästina Malerei und Grafik. Während des Krieges war er als britischer Informationsoffizier wieder in Palästina tätig. Bei den Nürnberger Prozessen arbeitete er bis 1949 als Dolmetscher. Auch in diesem Licht läßt sich sein Satz vom Ende des vergangenen Jahres betrachten: „Ich kann die Wirklichkeit nicht mehr ertragen und zelebriere bewußt die artifizielle."

ALFRED STARKMANN

Eine einzige Schleckerei

egw – Die österreichische Postverwaltung bemüht sich, die Kunst in den Dienst ihrer perforierten Papierchen zu stellen. Sie hat damit unter anderem erreicht, daß häufig kaum zu erkennen ist, um welche Werte es sich denn handelt, weil der Graphiker mit seinem Kunstwerk so prominent auftritt, daß kaum eine Möglichkeit besteht, den Nennwert der Briefmarke deutlich zu machen. Philatelisten bekümmert das selten; denn zu deren Ausrüstung gehört ganz selbstverständlich eine Lupe. Was man vom Postbeamten oder auch nur vom Kunden nicht ohne weiteres sagen kann.

Wie dem auch sei. Die Kunst, so scheint es, steht im Staate hoch im Kurs. Gerade auch moderne Künstler werden von der österreichischen Post in dankenswerter Weise herangezogen. Was nun aber in einem Fall zu einem saftigen Eigentor geführt hat.

Saftig? Nein, vertrocknet, verwesend ist da eine Birne unter die Überschrift „Republik Österreich" geraten, eine faule Birne, deren Bedeutung leider nicht anders auszulegen ist, als von ihrem Erzeuger, Walter Schmögner, gemeint ist. „Der Staat ist marod", das sollte damit seinen Bewohnern bei jedem Markenschlecken vorexerziert werden. Schmögner hofft, damit „Denkanregungen" zu geben, hat aber diese Absicht wohlweislich bis zum Druck geheimgehalten, um sie jetzt mit um so größerem Künstlerstolz zu offenbaren.

Über drei Millionen Marken werden die faule Birne Österreich vorführen. Das gibt eine gewaltige Schleckerei.

Film: „Katzenauge"

Das krude Kabinett des Stephen King

Die kleine Katze kann einem schon leid tun. Denn sie wird nicht nur in einem Eisenkäfig mit Stromstößen traktiert. Nein, sie muß finstere Mafiosi mattsetzen und dolchbewehrte Kobolde entwaffnen. Vor allem aber hat sie durch New York, Atlantic City und North Carolina zu streunen, um die drei Geschichten dieses Episodenfilms wenigstens einigermaßen sinnvoll miteinander zu verknüpfen.

Nur die dritte dieser mehr oder minder schaurigen Begebenheiten hat Amerikas Horrorkönig Stephen King eigens für diesen Film ersonnen. Die anderen steuerte er kurzerhand aus seinem Kurzgeschichtenband „Nightshift" bei.

So schwebt denn dieser Streifen trotz des hübsch getigerten Dauerläufers stets in der Gefahr, in seine Bestandteile zu zerbröckeln. Dabei entpuppen sich die einzelnen Gruselmärchen als durchaus reizvolle Flirts mit dem Makabren. Die erste Geschichte etwa stürzt einen braven Familienvater in die Fänge eines rüden Raucherentwöhnungsclubs, der jeden Griff zum Glimmstengel drakonisch bestraft.

Schleicht die Katze hier noch arbeitslos durchs Horrorkabinett, so muß sie sich am zweiten Schauplatz als Beschützer bewähren. Im Spielereldorado Atlantic City nämlich hat sich ein feister Gangster für den Liebhaber seiner Frau ein besonders abgekartetes Spiel ausgedacht: Er zwingt den ahnungslosen Nebenbuhler zu einer schwindelerregenden Kletterpartie über den Dächern der Stadt. Und während der ersten Story die pechschwarzen Gänsehautgeschichten von Roald Dahl ziemlich auffällig Pate standen, denkt man hier unwillkürlich an die halsbrecherische Hochhausakrobatik des Stummfilmstars Harold Lloyd.

Zu überzeugender Eigenständigkeit findet der Film denn auch erst im letzten Drittel. Inzwischen ist der samtpfotige Held in einer ländlichen Idylle gelandet, die sich bald als trügerisch erweist. Denn im Kinderzimmer eines kleinen Mädchens hat sich ein ebenso winziger wie bösartiger Troll eingenistet, der nachts zu horrenden Untaten aus der Wand tritt. Dieses Minimonster – halb kartoffelköpfiger „E. T.", halb zähnefletschender „Gremlin" – ist zwar unübersehbar aus Hollywoods übervoller Trickkiste gepurzelt, entpuppt sich aber gleichwohl als größte Attraktion des Films.

Und gerade in dieser Schlußepisode erweist sich Regisseur Lewis Teague als ausgesprochen geschickter Verunsicherer, der beruhigende Alltagsgewohnheiten einfallsreich außer Kraft setzt und Dämonen mit teuflischer Tücke ins traute Heim einschleust. Allzu krude King-Verfilmungen wie „Cujo" oder „Kinder des Zorns" läßt dieser leichtfüßig getanzte Gruselreigen denn auch mühelos hinter sich. Nur scheint man manchmal nicht genau gewußt zu haben, ob man nun die Nerven oder das Zwerchfell des Publikums kitzeln wollte.

HARTMUT WILMES

Mailand: Glanzvoller Start der Scala mit „Nabucco"

Der hl. Ambrosius machte das Rennen

Im Dezember vor 40 Jahren wurde Mailands Teatro alla Scala nach seiner Zerstörung im Krieg wiedereröffnet. Man spielte Verdis „Nabucco", und mit „Nabucco" eröffnete das Haus nun auch unter Riccardo Muti als neuem Chefdirigenten die Spielzeit. Muti wird nach Verdis Oper noch drei weitere Werke im Laufe dieser Saison dirigieren: Glucks „Alceste", Bellinis „I Capuleti" und Mozarts „Figaros Hochzeit", außerdem zwei Aufführungen von Verdis Requiem. Er macht zweifellos ernst mit der übernommenen neuen Aufgabe. Er stellt sich ihr und der großen Mailänder Tradition mit Entschiedenheit.

40 Nachkriegsjahre gerade dieses Opernhauses sind tatsächlich ein Grund zum Feiern. Sie haben eine leuchtende Spur in die Geschichte der Stadt, des Landes, der Weltmusik eingegraben. Arturo Toscanini, aus dem amerikanischen Exil heimgekehrt, eröffnete 1946 mit einem Festkonzert das wieder aufgebaute Haus, und auf seinem Programm schon stand als symbolisches Stück dieser Freiheitschor aus „Nabucco", der Italien zur Hymne geworden war, gleich als er erstmals ertönte. Später trug man unter seinen Klängen Verdi zu Grabe. Auch über Toscanini, feierlich aufgebahrt im Atrium des Theaters, klang er bei der Beisetzung hin.

40 Jahre Operngeschichte, zumal in Italien, sind eine Geschichte sehr menschlicher Leidenschaften, und



Der neue Chefdirigent der Scala: Riccardo Muti FOTO: LELLI + MASOTTI

sie sind rings um die Scala längst nicht erloschen. Sie leben auf undurchschaubar geheimnisvolle Art weiter. So warf sich zur großen Überraschung im Haus das Stammpublikum wie auf Verabredung erstmals wieder in den lange verpönten Smoking, als habe es unter der Hand eine Absprache gegeben, die modische Kargheit der letzten Jahre ab sofort wieder aufzuheben. Man trug einen gesunden Schuß Extravaganz zum immer schwerer werdenden Geschmeide, das Bulgari inzwischen seinen Trägerinnen zu wahren Schlagringen zusammenschmiedet.

Erst seit 1951 liegt die traditionelle Saisoneröffnung der Scala auf dem 7. Dezember, dem Festtag von Sant' Ambrogio, dem Stadtheiligen. Bis dahin hatte man am 26. Dezember Santo Stefano den Vorzug gegeben, aber wahrscheinlich hatte der Heilige sich nicht als hinreichend opernfreundlich erwiesen. Denn kaum war man zu Sant'Ambrogio übergeschwenkt, begannen die denkwürdigen Schlachten zwischen Tebaldi-Fans und Callas-Verehrern, die heftig dazu beitrugen, das Operngeschehen aus den Kulturspalten der Zeitungen auf die Titelseiten der Blätter zu bringen.

Was in Mailand singend, oder – besser noch – nicht singend geschah, klang hinfort um die Welt. Strehler und Visconti inszenierten in Mailand. Der junge Zeffirelli verdiente sich hier seine Sporen. Von Karajan bis Abbado (von Bernstein zu schweigen) standen alle bedeutenden Dirigenten am Mailänder Pult. Natürlich kannte die Scala bessere oder schwächere Produktionen, magere Spielzeiten, Schwierigkeiten am laufenden Band. Mal fehlte das Geld, mal das Genie, häufig beides. Institutionen aber bringt das nicht um.

Mit der Produktion des „Nabucco" unter Riccardo Muti scheint eine neue Epoche künstlerischer Ernsthaftigkeit anzubrechen. Orchester und Chor sind grandios, die Solisten sorgfältig ausgesucht. Regie und Ausstattung gehen die alten Wege in ganz neuem Putz. Es ist, als habe die märchenhafte Erzählweise des neuen bildersprühenden Kintopps auf die Bildwelt der Oper übergegriffen. Er setzt eine szenische Fantasia von ebenso befremdender wie künstlerisch stichhaltiger Art.

Was Roberto de Simone als Regisseur, Mauro Carosi als Bühnenbildner und Odette Nicoletti als Couturière erfanden, ist ebenso uralt wie nagelneu: die Wiedergeburt der Oper aus dem Geist der Oper, wo er am phantastischsten ist – und sich dadurch Hollywoods brillanten Phantasiewelten nähert. Die Scala dekretiert schlankweg: Das Musiktheater ist tot. Es lebe die Oper.

Der Aufwand ist kolossal. Die Bühnenbilder sind die stufenreichsten seit Olims Zeiten, die Decors von ausgefeilter Phantastik, durchgezeichnet bis ins Detail. Das ist es, was auf Anhieb am stärksten befremdet: Die Aufführung gibt sich auf ihren Treppenanlagen prachtvoll verstiegen. Die Inszenierung ist bei aller Statik tatsächlich so außergewöhnlich überkandidelt wie ein Film von Steven Spielberg.

Muti dirigiert Verdi entsprechend: vollmundig, ohne jede Kleingläubigkeit. Gleich die Ouvertüre läßt er mit betäubender Fülle der musikalischen Aspekte aufleuchten. Der Freiheitschor muß – und zu Recht – wiederholt werden. Muti trägt ihn mit äußerster Keuschheit des Empfindens, mit desto größerer (und gleichzeitig feinerer) Wirkung vor. Er erspielt sich – und der Scala – einen musikalischen Triumph. Er deckt des jungen Verdi Meisterwerk in seinen fiebrigen Visionen, seinen Übersteigerungen, seiner vielfarbigen Genialität auf. Muti gelingt es, das Zuhören wieder spannend zu machen.

Die Besetzung ist Verdi-erfahren. Sie versteht es, sorgfältig geführt, den eigenen Standard zu übertreffen. Der mörderischen Partie der Abigaile fügt Ghena Dimitrova, nicht gerade ein Kind stimmlicher Traurigkeit, betörende Pianotöne ein, wie man sie bislang von ihr nicht kannte. Renato Bruson in der Titelpartie wird von Akt zu Akt darstellerisch introvertierter, ohne an sängerischer Intensität einzubüßen. Paata Burchuladze, der kaukasische Baß, singt seine Prophezeihungen mit echter Prophetenstimme heraus. Als Tenor zeigt Bruno Beccaria, daß ihm bald die Partien der italienischen Opernhelden bis zum Otello hinauf gehören werden. Die Scala offenbarte sich in diesen vier Stunden von ihrer grandiosesten Seite.

KLAUS GEITEL



Ein Meister der intimen Beschaulichkeit: „Der Löwenhafen mit Löwenbrücke in Rotterdam" (1849) von dem niederländischen Maler Jan Weissenbruch FOTO. KATALOG

Auf dem Wege zum Impressionismus: Dordrecht zeigt Jan Weissenbruch

Auf seiner Palette leuchtet die Sonne

Der Ausflug in die Provinz lohnt sich. Denn wieder einmal hat das kleine, aber rege Dordrechter Museum, das sich seit Jahren intensiv der Erforschung niederländischer Malerei aus dem 19. Jahrhundert verschrieben hat, das Werk eines der schillerndsten Meister jener Tage in Szene gesetzt. Jan Weissenbruch, 1822 in Den Haag geboren, ist eine der Schlüsselfiguren im Übergang von der Romantik zu einer realistischeren Bildsprache, aus der die Haager Schule hervorging. Direkter Anlaß für die Ausstellung bildet das Erscheinen des ersten Standardwerkes über den Maler und Graphiker Jan Weissenbruch: die Monographie mit Œuvrekatalog von Willem Laanstra.

„Ich male ein Genre à part", antwortete im Jahr 1842 selbstbewußt der erst 20jährige Weissenbruch auf die Frage, welche Themen er bevorzugt behandle. Doch sind die Stadtansichten der Anfangsjahre noch tief in der Romantik verwurzelt. Auch die Tradition des 17. Jahrhunderts ist deutlich im frühen Werk zu spüren: Vor allem das delikate Gefühl für Raum und Licht spricht vom Vorbild G. Berckheydes und J. van der Heydens, aus dem sich Weissenbruch bald mit einer höchst eigenen Farbpalette voll leuchtendem Sonnenlicht löst. Für die alten Meister seiner Heimat hegte Weissenbruch so große Bewunderung, daß er immer wieder Radierungen von Ostade und Rembrandt kaufte, von dem er schließlich fast alle graphischen Blätter besaß. Auch Skizzen der Engländer Prout und Harding hatten es dem jungen Weissenbruch angetan. Vor allem Prouts ausgewogene Strukturraster machte er sich zu eigen.

Aus architektonischen Elementen sind die sorgfältig aufgebauten Kompositionen zusammengesetzt, wobei Weissenbruch es mit der Topographie oft nicht allzu genau nahm. Er malte die sichtbare Welt so, wie er sie sah. Der objektiven Wahrheit haftet dabei ein gewisser Illusionismus an, meisterlich in äußerst sorgfältiger und beherrschter Malweise kreiert. Weite Plätze, Häuser an einem Weg, belebte Dorfstraßen, geschäftige Häfen, Stadttore und geruhsame Höfe sind die immer wiederkehrenden Themen. Nach der romantischen Anfangszeit wird Weissenbruchs Werk Anfang der 50er Jahre zunehmend realistischer, die Kontraste werden größer, die Farben härter, bevor gegen Ende der Malerkarriere deutlich impressionistische Elemente durchbrechen.

Die rund 60 Gemälde der Ausstellung atmen eine intime Beschaulichkeit aus. Immer wieder fasziniert die subtile Behandlung des Lichtfalls, wovon das im Sonnenlicht gleißende Dach der St.-Laurenskerk zu Rotterdam schönstes Beispiel ist. Noch mehr als die Gemälde machen die Aquarelle und Graphikblätter deutlich, daß Jan Weissenbruch einer der großen Neuerer in den Niederlanden des 19. Jahrhunderts war. (Bis 11. Januar, Nimwegen: 24. 1. bis 1. 3. 87; Monographie von Willem Laanstra hfl 375)

DOROTHEE von FLEMMING

Schauspielhaus Düsseldorf: Gerlind Reinshagens „Die Clownin" uraufgeführt

Was tun mit dem Müll der Nacht?

Gerlind Reinshagens jüngste Bühnenheldin heißt Dora, ist von Beruf Schauspielerin, nun aber Aussteigerin. Sie leidet. Ihr „Horizont ist verstellt". Wovon? Von der Sinnlosigkeit: „Am Abend gegen den Abfall vom Morgen. Am Morgen gegen den Müll der Nacht. Dann aber plötzlich ein Stück zuviel, und du kommst nicht mehr nach." Das ist die Tragödie. So tief hängt hierzulande die Wäscheleine des Leidens: Der Seelenmüll schleift ständig im Dreck.

Denn natürlich ist auch Doras Mann so ein Müll-Detail. Er ist Theaterdirektor, was immerhin bedeutet, daß er alle Menschen in das Korsett seiner Regieanweisungen preßt. Na, und erst die Eltern – von Selbstverwirklichungsförderung keine Spur. Und gar der Sohn: Halb Punk, halb Rocker, lebt der auch lieber sein eigenes Leben, statt der Mutter das müllgeplagte Händchen zu halten.

Gerlind Reinshagen hat ihr Stück, das jetzt in Düsseldorf uraufgeführt wurde, „Die Clownin" genannt und im Untertitel „Ein Spiel". Das verweist auf Wirklichkeitsbrechung. Die Realität hat sich aus dem Leben der Schauspielerin Dora verabschiedet. Das Stück ist ein großer Monolog, alle „Dialoge" sind fiktiv. Die Partner werden zu Phantasiefiguren, später treten sogar Charly Chaplin und die englische Schriftstellerin Emily Brontë (1818–1848, berühmtester Roman „Die Sturmhöhe") auf. Emily Brontë ist Doras alter Ego. Sie, die ihr Leben weltabgeschieden im Haus eines sonderlinghaften Geistlichen in der Moorlandschaft West Ridings verbrachte und sich dort die Welt ausdachte, sie überredet Dora zur Phantasie, zur Spielexistenz eines weiblichen Clowns, der aber, ach, auch nichts anderes tut als die Schauspielerin: Sie veliebt sich in den Zirkusdirektor. Eine Phantasie-, eine Kunstfigur, die nicht genügt, so lange Mann und Frau getrennte Wesen sind und die Welt eine berechnete ist. Dora begibt sich aufs Drahtseil ihrer Träume von einer neuen Welt und stürzt ab ins Dunkel.

Ein trauriges Leben, ein neuer düsterer Verzweiflungsschrei über die Unvollkommenheit der Welt, speziell für Frauen. Aber die alten Versatzstücke: Theater, Zirkus, Seiltanz. Und die bekannten Klischees: der Ehemann als Lebensdiktator; die Eltern als spießige Hoffnungs-Verenger; die Kinder als mißratene Gleichgültige. Und die ewig wiederkehrenden Notwendigkeiten des Daseins. Kinderfragen? Die leidenden, neurotischen Fragen einer Gesellschaft ohne Herausforderungen?

Die Regie von Ulrich Heising trug wesentlich dazu bei, den neurotischortlosen Grundcharakter des Stücks zu betonen. Er verlegte den Ort der Handlung aus einer persönlichen Wohnung in eine anonyme Manege (Bühne: Kazuko Waternabe). Damit nahm er dem Stück die letzte Rükkendeckung und der Phantasie die notwendige Meßlatte. Aber darauf kam es Heising wohl an: das Kranke der Situation zu betonen.

Daß das Stück trotz seiner offenkundigen Schwächen und Banalitäten zum bejubelten Erfolg wurde, war ausschließlich zwei Schauspielerinnen zu verdanken. Petra Redinger: eine klarsichtige, selbstironische Emily Brontë, schöpferisch aus Mangel. Und Christa Berndl als Dora: neurotisch (da mußte sie mitunter chargieren), kapriziös, verzweifelt und mit der Kraft des Träumens begabt. Sie nahmen der Reinshagen viel von ihrer selbstmitleidigen Larmoyanz.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Der Filmschauspieler Kirk Douglas wird heute 70

Helden sind Antihelden

Mitte der fünfziger Jahre hat ihn einmal eine amerikanische Kritikervereinigung zum schlechtesten Schauspieler des Jahres gewählt. Daß man heute dennoch, 30 Jahre danach, seines 70. Geburtstags gedenkt, läßt auch einen an dem damaligen Urteil natürlich Unbeteiligten kritisch über die Grenzen und Möglichkeiten des eigenen Metiers nachdenken. Dabei ist seine Karriere, von außen her betrachtet, keineswegs geradlinig verlaufen: Für den Oscar hat es nie gelangt, und den letzten wirklich großen Film hat er 1962 gemacht. Aber Kirk Douglas ist unvergessen geblieben.

Daß es so und nicht anders gekommen ist, liegt in seiner Person begründet, die ihn immer wieder gegen die ungeschriebenen Regeln von Hollywood verstoßen ließ. Die Regisseure haben ihn gefürchtet, weil er sowohl Drehbücher wie Regieanweisungen stets sehr kritisch prüfte – und das nicht aus Launenhaftigkeit, sondern aus Interesse an dem Gesamtprodukt.

Am Schluß seiner Laufbahn ist er deshalb auch (erfolglos) selbst Regisseur und (erfolgreich) Produzent geworden. Und als Hollywood es noch liebte, Schauspieler auf einfache Rollentypen festzulegen – auf den Guten und den Bösen als Extreme –, da schuf Kirk Douglas schon den Antihelden. Er wolle, hatte er einmal gesagt, bei den Schwachen die starken Seiten, bei den Starken die schwachen Seiten zeigen. Keiner also, den man lieben oder hassen konnte, über den man vielmehr nachdenken mußte.

1949 gelang Kirk Douglas, geboren als Sohn bitterarmer russischer Einwanderer, der Durchbruch mit dem Boxerfilm „Champion" („Zwischen Frauen und Seilen"). Das war die Geschichte eines Mannes, der über dem Erfolg das Glück verliert, recht ungewöhnlich für den damaligen amerikanischen Puritanismus.

Den gleichen Typ spielte er 1951 in Billy Wilders „Reporter des Satans": einen Journalisten, der wegen seiner großen Story das Leben eines anderen Menschen riskiert. William Wylers „Polizeirevier 21" von 1951: Kirk Douglas als Polizeibeamter, der eine eiserne Moral über die Menschen stellt und daran scheitert. Dafür hätte er schon einen Oscar verdient gehabt, genauso wie für die meisterliche Interpretation des Malers „Vincent van Gogh", den er als Gegenspieler von Anthony Quinn in Vincente Minnellis gleichnamigem Film von 1956 verkörpert hat.

Stanley Kubricks „Wege zum Ruhm" (1957) und David Millers „Einsam sind die Tapferen" (1962),

Vorbild und Rolle: Kirk Douglas als van Gogh FOTO. MGM

das waren die letzten Filme, für die man Kirk Douglas in Erinnerung behalten wird. Und wegen seiner Lebensmaxime, der er immer treu geblieben ist: „Ich habe gute und schlechte Filme gemacht, erfolgreiche und erfolglose, aber mit meinen Filmen haben die Studios niemals Verlustgeschäfte gemacht. Dazu braucht man kein Geheimrezept: Man muß nur selbstkritisch sein und sein persönliches Konzept verfolgen. Eine Zauberformel gibt es nicht. Wichtig ist, daß man seinem Instinkt vertraut und in der festen Hoffnung lebt, recht zu behalten." Die Hoffnung hat ihn nicht oft getrogen.

SVEN HANSEN

Rheinoper: „Die lustige Witwe" unter Matiasek

Endstation Gare d'Orsay

Wie macht man es bloß richtig mit der Operette? Bürstet man sie ein bißchen gegen den Strich, zeigt ihren holden Schwachsinn, dann gibt es zwar gute Chancen, zu einer bedenkenswerten Aufführung zu kommen, aber dann riskiert man auch, das Publikum um seine Seligkeit zu prellen. Gibt man hingegen dem Affen Zucker, dann gleitet die Operetten-Unternehmung schnurstracks in zu seichte Gefilde. Hellmuth Matiasek, der Chef des Münchner Gärtnerplatz-Theaters und als Gast der Deutschen Oper am Rhein im Duisburger Haus Lehárs „Lustige Witwe" inszenierend, hält seine Aufführung gerade noch eben auf Kurs: Prächtig, flott und sinnlich soll seine Operette sein, und dabei doch stets noch den Anschein von Kunst bewahren.

Im Schlußbild sieht es aus, als habe Matiasek doch noch Lust bekommen, total auf Gegenkurs zu steuern: Während im Morgengrauen die lustige Witwe Hanna Glawari und ihr Danilo auf dem Gare d'Orsay den Schlafwagen des Orient-Expresses besteigen, um zur Hochzeit ins heimatliche Pontevedro zurückzureisen, sammeln sich auf einem anderen Perron schon die Rekruten zu Truppentransporten im Vorfeld des Ersten Weltkriegs. Nein, so weit wie Béjart, der Hanna und Danilo Walzer über die Schützengräben hinweg tanzen ließ, geht Matiasek nicht. Er will nur kleine Denkanstöße austeilen mit diesem musiklosen, tristen, trefflich verstörenden Finale. Oder den Krieg als ästhetische Komponente einbringen.

Die Bühne von Jörg Zimmermann (Kostüme: Inge Rahaus) zeigt alle Spielarten von französischer Glas-Eisen-Architektur der Jahrhundertwende. So pariserisch hat Paris auch an seinen schönsten Ecken damals nicht ausgesehen. Das Premierenpublikum japst, so schön ist das anzuschauen. Und die Kostüme! Ja, man hat sogar eine Hanna Glawari, die nicht nur 20 Millionen Goldfrancs in ihre zweite Ehe einbringen kann, sondern auch noch die Figur eines Models. Da wird nicht nur den Herren auf der Bühne heiß.

Daß sie, Trudeliese Schmidt, mit ihrem Mezzosopran musikalisch eine etwas eigenartige Besetzungsalternative für die Hanna darstellt, wird man wohl ebenso in Kauf nehmen wie den etwas zu kurzen Atem von Christian Boesch, dem Danilo. Denn der kann Operette *spielen*, und wer kann das schon heute? Der Dirigent Hans Wallat jedenfalls dürfte sich noch ein paar Rubati einfallen lassen neben seinen Streicherglissandi, um Lehár richtig in die Kurve zu ziehen.

Bth.

Weitere Aufführungen: 11., 14., 20., 26. Dez.; ab 16. Jan. 1987 in Düsseldorf

JOURNAL

Die ersten Exponate für das Historische Museum

dpa, Bonn

Die ersten Ausstellungsstücke sind für das als Geschenk der Bundesrepublik geplante Deutsche Historische Museum in Berlin erworben worden: eine römische Aschenurne, zwei fränkische Fibeln aus dem sechsten Jahrhundert, das Fragment einer kirchenrechtlichen Sammlung aus dem zehnten Jahrhundert, aber auch einige nicht nur kunsthistorisch interessante Porzellan-Exponate. Christoph Stölzl vom Stadtmuseum München, seit knapp zwei Monaten als „Aufkäufer" unterwegs, präsentierte sie jetzt in Bonn bei einer Expertenanhörung der Sachverständigenkommission für das Museum, dessen Grundstein zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 gelegt werden soll.

„DDR"-Schriftsteller auf Besuch im Westen

DW. Bonn

Überraschend haben der Leipziger Schriftsteller Gert Neumann („Die Schuld der Worte", „Elf Uhr") und seine Frau Heide Härtel die „DDR" für eine knappe Woche verlassen dürfen, um an einer Tagung des Arbeitskreises für Literatur und Germanistik in der „DDR" (in Zusammenarbeit mit der Karl-Arnold-Stiftung) teilzunehmen. Die Ausreisegenehmigung für das Ehepaar, dem alle bisherigen Reisewünsche in die Bundesrepublik Deutschland verwehrt worden wahren und das einen 17jährigen Sohn in Leipzig hat, wurde mit großer Verspätung erteilt, so daß Gert Neumann erst am Ende der Tagung lesen konnte. (Ein ausführlicher Tagungsbericht erscheint in der morgigen Ausgabe.)

Rosenzweig-Konferenz in Kassel eröffnet

dpa, Kassel

Zur Eröffnung der internationalen Franz-Rosenzweig-Konferenz in Kassel hat die hessische Wissenschaftsministerin Vera Rüdiger (SPD) zum mahnenden Gedenken an die Ermordung und Vertreibung jüdischer Mitbürger während der NS-Zeit aufgerufen. Die Konferenz, die unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Richard von Weizsäcker steht, findet aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Geburtstages des in Kassel geborenen Religionsphilosophen statt.

Karajan wird im Februar in Berlin dirigieren

AP, Berlin

Der an einer Virusinfektion erkrankte Chefdirigent des Berliner Philharmonischen Orchesters, Herbert von Karajan, hat sich inzwischen soweit erholt, daß er am 1. Februar wieder in Berlin zu einem Brahms-Konzert am Pult stehen will. Das für den 14. Dezember vorgesehene Konzert in Berlin mußte Karajan überraschend absagen. Es soll aber nachgeholt werden. Wegen seiner Krankheit hatte Karajan bereits eine Japan-Tournee der Berliner Philharmoniker im Oktober absagen müssen.

Privatsammlung des Expressionismus

dpa, Darmstadt

Die umfangreiche Privatsammlung eines Mannheimer Zahnarztes mit Werken deutscher Expressionisten wird erstmals im Hessischen Landesmuseum in Darmstadt gezeigt. Das Ehepaar Rudolf und Bertha Frank hatte nach eigenem Geschmack in den 20er Jahren vor allem Gemälde, Aquarelle und Graphiken von Ernst Ludwig Kirchner, Erich Heckel, Otto Mueller, Karl Schmidt-Rottluff und Emil Nolde zusammengetragen.

Papstdenkmal in der Ostseehafenstadt Gdingen

rst. Gdingen

In der Ostseehafenstadt Gdingen wurde ein Denkmal des Papstes Johannes Paul II. enthüllt. Das Denkmal steht auf einer der größten Straßenkreuzungen von Gdingen, an der Światojanska-Straße. Die Statue ist ein Werk des Holzschnitzers Wawrzyniec Samp und stellt den „polnischen Papst", wie er eine Hand zum Segen hebt, in der anderen ein Kreuz hält, dar.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Es war ein Wettlauf zwischen Engländern, Franzosen und Holländern um die Besiedlung des von James Cook entdeckten Fünften Kontinents. Als 1788 mehrere britische Schiffe mit mehr als 100 wegen meist kleiner Delikte verurteilten Männern und Frauen in der Bucht landeten, die heute den Hafen von Sydney bildet, war die Entscheidung gefallen. Der Amerikaner William Stuart Long schildert in seinem Buch, welch ungeheure Schwierigkeiten überwunden werden mußten, ehe die Neusiedler wider Willen im menschenleeren Australien heimisch wurden.

Bo.

William Stuart Long: „Die Verbannten", Goldmann, 316 S., 9,80 Mark.

Die Last der Indizien scheint erdrückend

Mordprozeß gegen Offiziersanwärter der Bundeswehr

PETER SCHMALZ, **München**

Kurz wie die am Hinterkopf und an den Schläfen auf Millimeterlänge gestutzten Haare ist auch der Sprachstil, den der junge Mann auf der Anklagebank pflegt. „Exakt", „richtig", „ja" und „nein" sind die Lieblingswörter, mit denen der 22jährige ehemalige Offiziersanwärter Uwe Helling auf Fragen des Münchner Schwurgerichts reagiert. Oft beginnt er schon den zweiten Satz mit der Floskel „zusammenfassend komme ich zu dem Schluß", sagt manchmal „im Klartext gesprochen" und viele Male die Wörter „offen gestanden".

Nur auf das, was gemeinhin im Strafverfahren das Geständnis genannt wird, warten Richter und Staatsanwalt vergeblich. „Ich bin dieses Mordes und der damit begangenen Nebentaten unschuldig", antwortet Helling auf die entsprechende Frage des Vorsitzenden Richters Manfred Alert. Der Mord, dessen Staatsanwalt Michael Kruse den Angeklagten für überführt wähnt, geschah in der Nacht zum 5. Februar auf dem Gelände der Bundeswehrhochschule Neubiberg bei München: Der zivile Wachmann Heiner Benecke (45) wird während eines Kontrollganges gegen halb vier mit mehreren Messerstichen tödlich verletzt, der Täter raubt Schlüsselbund und Pistole des Sterbenden und probiert die Schlüssel am Arbeitszimmer eines Professors aus. Weil keiner paßt, feuert er vier Schüsse auf das Türschloß ab und stochert auch noch mit dem Tatmesser daran herum. Vergebens.

Zwei Tage später wird Oberfähnrich Helling unter dringendem Tatverdacht festgenommen. Seit nunmehr zehn Monaten bestreitet er seine Schuld, er mußte aber gestern am ersten der sechs Verhandlungstage zumindest zugeben, daß die Ermittlungsakten gefüllt sind „mit einer ganzen Reihe von Ungereimtheiten, Merkwürdigkeiten und glatten Lügen". Viele der erdrückend scheinenden Indizien lassen sich kaum oder nur schwer erläutern.

Warum er gelogen habe, will der Richter wissen. Wer ein gutes Gewissen habe, sage doch am besten die Wahrheit. Der Angeklagte lacht eines der wenigen Male an diesem Tag. So eine kleine Notlüge werde nicht schaden, habe er gemeint. „Es war mein Fehler, daß ich die Sache nicht so ganz ernst genommen habe." Bei einem angehenden Offizier mutet diese angebliche Sorglosigkeit merkwürdig an, denn er wußte von Anbeginn mehr ihn belastende Momente als damals die Ermittler.

Helling, der schon als Kind Soldat werden wollte und zur Panzertruppe ging, „weil sie als die beste der Welt gilt", der den Preußen-General Moltke als sein Vorbild nennt und das Pflichtstudium ablehnt, „weil es lasch macht", besaß eines der seltenen Exemplare des Kampfmessers, das zur Tat verwendet wurde.

In einem Wald in der Nähe seines früheren Wohnortes bei Kempten wurden Pistole und Schlüsselbund gefunden. Und Tage zuvor schon hatte er versucht, in das Professorenzimmer zu gelangen. Denn darin lagen die Arbeiten einer Nachprüfung, der sich auch der bislang als sehr guter Schüler und Student bekannte Sohn eines Chemiedirektors hatte unterziehen müssen.

„Der Angeklagte wollte Einblick in die bereits korrigierten Examensklausuren nehmen und für den Fall, daß seine Arbeit abermals als ungenügend bewertet worden sein sollte, diese an sich nehmen und verbergen oder vernichten", hält ihm der Staatsanwalt vor. So war es nicht, entgegnet Helling, muß aber einen dubiosen Versuch zugeben, die Note vorzeitig zu erfahren: Mit einem angeblich gefundenen Schlüssel fährt er abends quer durch München zur Privatwohnung des Professors und hofft, ihm bei dieser Gelegenheit die Note entlocken zu können. „Zugegeben etwas merkwürdig", meint er gestern.

Auch für die Schmauchspuren an seiner Hand präsentiert er eine seltsame Erklärung: Er habe mit einer Gruppe von Bundeswehrangehörigen private Nachtübungen gemacht und dabei auch geschossen. Zu weiteren Fakten werde er „sehr professionell die Aussage verweigern", um seine Kameraden nicht auszuliefern.

Um seine Note hätte er sich keine Sorgen machen müssen. Am Tag seiner Verhaftung wurde bekannt, daß er die Prüfungen bestanden hat. Inzwischen ist er fristlos aus der Bundeswehr entlassen worden.



Selbst im Transporter mit Hochdach muß Architekt Wilhelm Mörchen seinen Rücken beugen FOTO: KAMPERT

Ein 2,20-Meter-Mann gibt nicht klein bei

SABINE KOBES, **Bonn**

Wenn Wilhelm Mörchen im Hotel übernachtet, schläft er meistens auf dem Boden. Denn selbst wenn er sich diagonal in ein handelsübliches Doppelbett legt, reicht die Länge in der Regel nicht aus: Der Architekt am Staatshochbauamt Recklinghausen ist 2,20 Meter groß, also rund drei Handbreit länger, als ein normaler Türrahmen mißt.

Die ungewöhnliche Körpergröße erfordert ungewöhnliche Ausgaben. Vor einiger Zeit, erzählt der 29jährige mit bedächtiger Baßstimme, habe er deshalb beim Finanzamt angefragt, ob er die Sonderaufwendungen dort geltend machen könne. Die Beamten fanden aber keinen „Größenparagraphen". Der enttäuschende Bescheid: „Wenn Sie für Ihre Anzüge mehr bezahlen müssen, bekommen Sie schließlich auch mehr Stoff."

Den Wachstumsschub über die Zwei-Meter-Grenze erlebte Wilhelm Mörchen als Dreizehnjähriger. Seitdem haben sich körperliche Leiden eingestellt, das ständige Bücken verursacht Rückenschmerzen, die nur orthopädisches Schuhwerk verringern kann. Die Krankenkasse zahlt pro Jahr allerdings nur den Zuschuß für ein Paar in der Übergröße 54.

Neben der Kleidung, die der Lüdinghausener sich in einem Spezialgeschäft in Kassel besorgt, gehen besonders die Möbel (die Arbeitsfläche seiner Küchenmöbel erhöhte er auf 114 Zentimeter) und die Kosten für sein Auto ins Geld. Bei einer Sitzhöhe von 1,20 Meter kann sich Mörchen nur gekrümmt in eine normale Limousine zwängen. Er schaffte sich deshalb einen Transporter mit Hochdach an und bezahlt jetzt für Wartung und Benzin zwangsläufig mehr als für einen kleineren Personenwagen.

„In den meisten Geschäften komme ich mir vor wie der Elefant im Porzellanladen", sagt Wilhelm Mörchen. Warenhäuser mit ihren tiefhängenden Reklameschildern sind ihm ein Greuel. Selbst im „Club der Langen", wo Frauen mindestens 1,80 Meter, Männer mindestens 1,90 Meter groß sein müssen, ist er eine Ausnahmeerscheinung. Diese Art persönlicher Probleme, das weiß er selbst nur zu gut, wird er kaum ändern können.

In Sachen Steuererleichterungen will er aber nicht klein beigeben. Auf 25 Seiten dokumentierte er mit Fotos alle Bereiche, in denen er sich benachteiligt fühlt, und schickte das Kompendium ans nordrhein-westfälische Finanzministerium. Nachdem von hier eine ähnlich enttäuschende Antwort kam wie vom heimatlichen Finanzamt, setzt der Westfale seine letzten Hoffnungen in den Petitionsausschuß des Düsseldorfer Landtags. Seine Bitte: Man möge darauf drängen, daß die Einkommensteuergesetze in seinem Sinne geändert werden.

Allzuviel Zuversicht hat Mörchen allerdings nicht. „Wahrscheinlich", sagt er, „bekomme ich wieder das gleiche zu hören wie schon von den Finanzbeamten: ‚Geben wir es heute den Langen, dann kommen morgen die Kurzen und übermorgen die Dünnen oder Dicken ...'"

Der „komische Vogel" kostet 1200 Mark Strafe

dpa, **Kiefersfelden**

Teuer kamen einen 46jährigen Kaufmann aus Gießen die Beschimpfungen zu stehen, mit denen er Grenzbeamte am Autobahnübergang Kiefersfelden bedachte. Da er die Kontrollen als zu lästig empfand, titulierte er die Beamten als „Idioten" und den ganzen Vorgang „schlimmer als bei den Vopos". Das Amtsgericht Rosenheim quittierte jetzt diese Beleidigungen mit einem Strafbefehl über 3000 Mark. Etwas glimpflicher kam ein 51jähriger Geschäftsführer aus Innsbruck davon. Der Mann mußte 1200 Mark Strafe zahlen, nachdem er zu einem Beamten „du komischer Vogel" gesagt hatte.

Aus Eifersucht getötet

dpa, **Aachen**

In Alsdorf bei Aachen erschoß der 59jährige Vertriebenenfunktionär und ehemalige CDU-Stadtverordnete Siegfried Damas am frühen Sonntagmorgen seine polnische Lebensgefährtin Marianna Zarzycka (42). Sie hatte zuvor bei einem geselligen Abend auch mit anderen Männern getanzt. Die Staatsanwaltschaft beantragte Haftbefehl wegen Totschlags.

Champagner gestohlen

dpa, **Griselles**

Unbekannte haben in dem südfranzösischen Ort Grisolles für Weihnachten vorgesorgt. Sie stahlen in der Nacht zum Sonntag von einem Firmenparkplatz einen Lastwagen mit 3500 Flaschen Champagner und mehreren tausend Tafeln Schokolade.

Den Ehemann überfahren

dpa, **Saarlouis**

Beim Rückwärtsfahren aus der Garage ihres Hauses in der saarländischen Gemeinde Wallerfangen hat eine 44jährige Frau ihren Ehemann aus Versehen überrollt und getötet. Der Mann hatte sie aus der stark ansteigenden Ausfahrt dirigieren wollen.

Auf Pirsch erschossen

dpa, **Saint-Chamas**

Ein Wochenendjäger hat in Südfrankreich seinen 28jährigen Freund auf der Pirsch erschossen. Dieser hatte sich hinter einem Busch versteckt und täuschend echt die Grunzlaute eines Wildschweins nachgeahmt. Da legte der andere an und schoß.

Um die Wette getrunken

rtr, **Frankfurt**

Ein 14jähriger Schüler ist vermutlich an den Folgen einer Wetttrinkens gestorben. Der Junge war nach einer Wochenendfahrt seines Fußballclubs mit 3,78 Promille in ein Krankenhaus eingeliefert worden und lag dort sei einer Woche im Koma.

Schnee in Ägypten

dpa, **Alexandria**

Mit für Ägypten äußerst ungewöhnlichen Begleiterscheinungen ist gestern der Winter am Nil eingekehrt. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wurden aus der Hafenstadt Alexandria Schneefälle gemeldet.

Acht Kinder verbrannt

AP, **Bamberg/South Carolina**

Bei einem Brand in einem Wohnhaus von Bamberg (US-Bundesstaat South Carolina) sind am Sonntag acht Kinder umgekommen, darunter eines, das zuvor drei weitere Kinder in Sicherheit gebracht hatte. Das Feuer ist vermutlich entstanden, als ein Kind versuchte, mit Benzin einen Ofen anzuzünden.

Deutscher will „Garten der Wüste" anlegen

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Die Wüste von Almeria (Südspanien) diente bisher falschen Generalen internationaler Filmgesellschaften und richtigen Generalen spanischer motorisierter Einheiten als „Kriegsschauplatz". Wo bisher Panzerkolonnen und Kavallerieschwadronen Staub aufwirbelten und oft noch Jahre später die Kulissen längst vergessener Westernfilme im Winde klapperten, dort hat jetzt der deutsche Biologe Günter Kunkel der Wüste selbst den Kampf angesagt.

Mit der Unterstützung spanischer wissenschaftlicher Institute will er mit seinem Projekt „Garten der Wüste" versuchen, das langsame, aber unaufhaltsame Vordringen der Wüste durch den Anbau zeitlich und räumlich aufeinander abgestimmter Pflanzenarten aufzuhalten. Wissenschaftler sehen in der immer größer werdenden Wüstenzone im Süden Spaniens ein Übergreifen der Trockenheit aus der afrikanischen Wüstenzone auf Europa.

Nach sechs Jahren Vorarbeit überzeugte Kunkel eine große Zahl von Bürgermeistern und den Kommandeur einer spanischen Division von den Erfolgsaussichten seines Vorhabens. Jetzt stellten ihm die Gemeinden und die spanische Armee große Flächen der Wüste von Almeria für seine Versuche zur Verfügung.

Eine wissenschaftliche Stiftung des Landes will in Zusammenarbeit mit mehreren spanischen Universitäten die nötigen Mittel bereitstellen. Kunkel braucht mehrere Millionen Mark für die nächsten Jahre. Er hofft auf die Mitarbeit europäischer Forschungsinstitute, da sich auf europäischem Boden sonst nirgendwo derartige Studien und Versuche durchführen lassen. (SAD)

Wenn ein Ratsherr seine Kollegen trockenlegen will

EWALD REVERMANN, **Uelzen**

Mit gebührendem Bierernst schreibt das kleine Bodenteich im Kreis Uelzen nahe der „DDR"-Grenze heute abend ein großes Stück Kommunalpolitik. Alkoholverbot während der Ratssitzung ist einziger Tagesordnungspunkt einer eigens einberufenen Sondersitzung. Darüber werden die 15 gewählten Volksvertreter in gewohnter Umgebung beraten – in einer Kneipe.

Daß nach blauem Raucherdunst nun auch alkoholgeschwängerte Luft aus den Sitzungssälen rausgelassen werden soll, dieses kommunalpolitische Novum hat die Bodenteicher Ein-Mann-FDP-„Fraktion" heraufbeschworen. Deren einziger Abgeordneter Dr. Horst-Michael Hintze, seit 13 Jahren als Ratsherr und Landarzt um das Wohl und Wehe der 4500 Ortsseelen besorgt, findet die politischen Gepflogenheiten in Bodenteich wie in Hunderten anderer Kleinparlamenten in deutschen Landen im Prinzip schon liebenswert: Jeder kennt jeden, man duzt sich und versammelt sich ratssitzend in einer der vier Dorfkneipen. Nur daß der Wirt mit Bier und Korn immer dabei ist, das wurmt den liberalen Ortspolitiker nun doch. Im Klartext: Er will nicht, daß bei hoher Politik auch noch öffentlich gebechert wird.

Der 43jährige Polit-Onkel-Doktor geht zwar nicht so weit, daß er seinen vom Volk gewählten Amtsbrüdern vorwirft, in Bodenteich würden wichtige Ratsbeschlüsse nur im Rausch gefaßt. Aber er zieht beispielsweise eine Studie der Universität Göttingen zu Rate, wonach ab 0,8 Promille auch bei Bürger Jedermann eine gewisse „Enthemmung" einsetze und von da an so etwa jene Schwelle eintrete, wo es mit der „Einsichtsfähigkeit" nicht mehr zum besten bestellt sei. Und der FDP-Mann und passionierte Pfefferminzteetrinker sieht sich in guter Koalition mit CDU-Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth in der Kampagne gegen Alkohol am Arbeitsplatz: „Wenn wir im Rat tagen, was ist dann der Sitzungssaal für uns anderes als ein Arbeitsplatz?"

Bodenteichs CDU-Bürgermeister Claus-Dieter Reese (46) allerdings sieht der Abstinenzabstimmung heute abend mit gewisser Bierruhe entgegen. Daß ein gewählter Volksvertreter öffentlich ratssitzend saufe, das sei in Bodenteich noch nie vorgekommen. Ein Gläschen in Ehren, zumal zur politischen Versöhnung nach hitziger Politdebatte – dagegen sei nun wirklich nichts einzuwenden.

Und Reese läßt schon neuen Anlaß zum wohl nötigen Versöhnungsgespräch andeuten: Daß der Doktor von der FDP den Gemeinderat trockenlegen und einfach den Bierhahn abdrehen will, hat auch schon einen von den vier Sozis der Freien Wählergemeinschaft im Rat zum Sturm im Bierglas bewegt: „Ich bin sicher, die meisten bestellen sich Dienstag abend im ‚Braunschweiger Hof' aus Protest ein Bier", meint der Bürgermeister.

Bodenteichs Bürger selbst sehen die bierseligen Ratsprobleme schon seit langem nüchtern auf sich zukommen, hatte doch der FDP-Abstinenzler Hintze bereits zur Kommunalwahl im Herbst auf Handzetteln sein Wahlprogramm auf alkoholfreie Ratssitzungen abgestellt. Das so angezapfte Wahlvolk honorierte es dem Doktor mit 10,7 Prozent Wählerstimmen – ein Ergebnis, wovon andernorts Parteifreunde auch nach mehreren Gläschen nicht zu träumen wagen ...

LEUTE HEUTE

Preis für Praxisnähe

Der „alternative Nobelpreis" der Right-Livelihood-Stiftung ist gestern im Stockholmer Reichstagsgebäude verliehen worden. Den mit 100 000 Dollar (rund 200 000 Mark) dotierten Preis teilen sich in diesem Jahr Dr. **Alice Stewart** (Großbritannien), Dr. **Rosalie Bertrell** (Kanada), **Evaristo Nugkuag** (Peru) und die **Ladakh Ecological Development Group** (Indien). Mit dem Ehrenpreis wurde der Österreicher Prof. **Robert Jungk** (Foto) ausgezeichnet. Alice Stewart und Rosalie Bertrell erhalten den Preis für



ihre Untersuchungen über die Gefahren der radioaktiven Niedrigstrahlung. Evaristo Nugkuag wird für seinen Einsatz im Kampf um die Rechte der Amazonas-Indianer ausgezeichnet. Die Ladakh-Gruppe erhält den Preis für die Entwicklung von kostengünstigen Solarenergieprojekten. Robert Jungk bekam die Ehrung für seine Zukunftswerkstätten in verschiedenen Städten Österreichs und der Bundesrepublik. Der Right Livelihood Award wird seit 1980 jährlich von einer international besetzten Jury an Personen oder Organisationen verliehen, die sich um „praktische und exemplarische Lösungen der größten Probleme unserer Zeit" verdient gemacht haben.

Millionenschaden durch Brand in Sondermülldeponie

Beseitigung des Löschwassers bereitet Schwierigkeiten

AP/rtr, **Waldshut-Tiengen**

In der Sondermüllbeseitigung für den gesamten süddeutschen Raum in Waldshut-Tiengen ist bei einem Brand in der Nacht zum Montag ein Sachschaden in Millionenhöhe entstanden. Wie die Polizei gestern mitteilte, hat ein Anwohner um 2.27 Uhr den Brand im Industriegebiet gemeldet. Polizei und Feuerwehr hätten daraufhin festgestellt, daß der Büro-, Lager- und Labortrakt der Firma Walter Reinger in „hellen Flammen" gestanden habe.

Im Labor des Unternehmens explodierten nach Angaben der Waldshuter Polizei während des Brandes kleinere Behälter mit chemischen Verbindungen. Ein Übergreifen des Feuers auf den gesammelten Sondermüll habe die Feuerwehr durch eine „Wasserwand" verhindern können, sagte ein Polizeisprecher weiter. Dadurch sei eine Evakuierung der Anwohner nicht notwendig geworden.

Allerdings sei ein Polyester-Behälter mit rund 1000 Liter Schwefelsäure geborsten. Die dabei entstandenen Dämpfe seien durch einen „Löschwasserteppich" zu Boden gedrückt und abgesaugt worden. Gegen halb fünf sei das Feuer gelöscht gewesen. Gefahr für die Bevölkerung habe nicht bestanden.

Ungeklärt ist nach Polizeiangaben noch die Entsorgung des Löschwassers. Die rund 700 Kubikmeter waren nicht in die Wutach, einen Nebenfluß des Rheins, geleitet, sondern im firmeneigenen Auffangbecken sowie in der Regen-Überlaufanlage der Kläranlage von Wutöschingen gesammelt worden. Experten des zuständigen Wasserwirtschaftsamtes prüfen zur Zeit die verschiedenen Möglichkeiten zur Beseitigung des Brandwassers.

Der Sachschaden beträgt nach einer ersten Schätzung der Polizei rund fünf Millionen Mark. Allein die Laboreinrichtungen seien mehr als drei Millionen Mark wert gewesen. „Zur Brandursache können wir noch nichts sagen", erklärte ein Polizeisprecher. Eine Sonderkommission sei mit der Auswertung der Hinweise beauftragt worden.

WETTER: Unbeständig

Lage: Der Ausläufer eines Tiefs über der Nordsee überquert im Tagesverlauf Deutschland von Nordwesten her und erreicht am Abend die Alpen. Er führt etwas kühlere Meeresluft heran.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden des Landes am Vormittag Durchzug eines Regengebietes, im Süden nachmittags zeitweise Regen. Höchsttemperaturen 6 bis 9, nachts im Norden Abkühlung auf 3 bis null Grad. Im Süden Tiefstwerte 5 bis 3 Grad. Im Süden schwacher, im Norden mäßiger Westwind.

Weitere Aussichten: Nur im Küstengebiet einzelne Schauer, sonst niederschlagsfrei, wenig Temperaturänderung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.16 Uhr*, Untergang: 16.14 Uhr; **Mondaufgang:** 13.34 Uhr, Untergang: 1.50 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 9. Dez., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Berlin	4	bd
Bielefeld	11	he
Braunlage	6	bd
Bremen	10	he
Dortmund	11	he
Dresden	6	he
Düsseldorf	12	he
Erfurt	12	bw
Essen	13	he
Feldberg/S.	6	he
Flensburg	7	bd
Frankfurt/M.	10	he
Freiburg	9	he
Garmisch	7	wl
Greifswald	3	bd
Hamburg	7	bw
Hannover	11	he
Kahler Asten	5	IW
Kassel	10	he
Kempten	12	wl
Kiel	7	Sp
Koblenz	13	he
Köln-Bonn	12	he
Konstanz	6	he
Leipzig	10	bw
List/Sylt	7	bw
Lübeck	6	bd
Mannheim	14	he
München	9	wl
Münster	13	wl
Norderney	10	he
Nürnberg	10	he
Oberstdorf	9	wl
Passau	3	wl
Saarbrücken	12	he
Stuttgart	11	he
Trier	12	he
Zugspitze	-4	he

Ausland:

Algier	19	he
Amsterdam	-	-
Athen	14	he
Barcelona	13	bw
Belgrad	-1	bd
Bordeaux	10	R
Bozen	7	wl
Brüssel	13	bw
Budapest	-1	bd
Bukarest	5	he
Casablanca	21	bw
Dublin	7	R
Dubrovnik	17	he
Edinburgh	7	R
Faro	17	he
Florenz	13	bw
Genf	5	Ne
Helsinki	-2	he
Hongkong	19	bw
Innsbruck	5	he
Istanbul	10	bw
Kairo	19	he
Klagenfurt	-4	Ne
Konstanza	4	he
Kopenhagen	4	bd
Korfu	17	bw
Las Palmas	22	wl
Leningrad	-8	wl
Lissabon	13	he
Locarno	7	wl
London	13	bw
Los Angeles	15	wl
Luxemburg	11	he
Madrid	7	Sp
Mailand	8	wl
Malaga	13	Sp
Mallorca	19	he
Moskau	-10	wl
Neapel	16	he
New York	6	bd
Nizza	13	bw
Oslo	6	bw
Ostende	12	bw
Palermo	16	he
Paris	13	bw
Peking	-	-
Prag	3	he
Rhodos	18	bw
Rom	12	he
Salzburg	9	he
Singapur	28	bw
Split	15	he
Stockholm	4	bd
Straßburg	7	Ne
Tel Aviv	17	he
Tokio	14	bw
Tunis	16	he
Valencia	12	bw
Varna	7	bw
Venedig	6	wl
Warschau	2	wl
Wien	-3	bd
Zürich	5	Ne

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; - = keine Angabe

Wesentlich mehr zur Vorbeugung getan

Gespräch mit dem Aids-Forscher Martin Hirsch vom Massachusetts General Hospital

VERA ZYLKA, **Boston**

Die Kombination der Substanzgruppe Azidothymidin mit Interferon ist bei der Bekämpfung von Aids-Viren in Laborversuchen wirkungsvoller als seine alleinige Verabreichung. Zu diesem Ergebnis gelangte eine Forschungsgruppe des Virologischen Instituts des Massachusetts General Hospital in Boston (USA). Dessen Leiter, der Aids-Experte Professor Martin Hirsch, schränkte in einem Gespräch mit der WELT ein: „Die positive Wirkung in Zellkulturen bedeutet nicht zwangsläufig, daß dies beim Patienten auch der Fall ist."

Erhebliche Nebenwirkungen

Seiner Meinung nach ist Azidothymidin von allen bisher verfügbaren Substanzen heute das für Aids-Kranke am besten geeignete Medikament. Hirsch: „Wir haben vor 16 Wochen eine Studie mit 283 Patienten gestartet und recht erfreuliche Ergebnisse bezüglich der Wirsamkeit gesehen. Allerdings sollte man diesen Effekt nicht zu optimistisch bewerten, da wir noch nicht wissen, was in sechs Monaten, ein oder zwei Jahren aus den Patienten geworden ist."

Nicht zu unterschätzen seien allerdings die erheblichen Nebenwirkungen des Azidothymidins, da diese Substanz die Bildung der roten Blutkörperchen stört. Dadurch wird ihre Zahl im Blut in einem Maße vermindert (Anämie), daß bei einem Drittel der Patienten wöchentliche Bluttransfusionen erforderlich sind und die Therapie zeitweise unterbrochen werden muß. Ungeklärt sei auch noch die Frage, ob man Aids-infizierten, aber noch gesunden Personen Azidothymidin zur Vorbeugung verabreichen sollte.

Für Hirsch stellt Aids zur Zeit das größte Gesundheitsproblem in den USA dar (27 500 Aids-Kranke mit schweren Krankheitserscheinungen und schätzungsweise 1,5 bis zwei Millionen Infizierte). Um ein Vielfaches größer sei das Problem in Zentralafrika: Hier sind rund 60 Prozent der Gesamtbevölkerung mit dem Aids-Virus verseucht. Eine Studie des Roten Kreuzes rechnet in den nächsten zehn Jahren mit einer Million Aids-Toten allein auf dem afrikanischen Kontinent, darunter zunehmend Säuglinge. In Europa und den USA ist die Infektion zumindest zur Zeit noch im wesentlichen auf die Risikogruppen beschränkt.

Um in den Vereinigten Staaten eine ähnliche Entwicklung zu verhindern, müsse, so Hirsch, bereits in den Schulen auf die Gefahren hingewiesen werden. Er glaubt, daß in Europa auf diesem Gebiet wegen größerer Freiheit der sexuellen Aufklärung bereits wesentlich mehr zur Vorbeugung geleistet worden ist als im „puritanischen" Amerika.

Was Erziehung und Information über Aids angeht, weist Hirsch auf die hervorragende Arbeit der Selbsthilfegruppen von Homosexuellen in den USA hin. Aufgrund ihrer Bemühungen sei die Zahl der Neuinfizierten in San Franzisko im letzten Jahr zum ersten Mal gesunken. „Die zahlreichen Informationen und ihre Umsetzung im täglichen Leben bringen in dieser Risikogruppe nun die ersten Früchte", so Professor Hirsch, „leider ist eine solche Entwicklung bei den stark gefährdeten Fixern nicht festzustellen. Bei ihnen ist eine Zusammenarbeit wegen der Sucht weitaus schwieriger zu erreichen, ja sie wird häufig sogar vollkommen abgelehnt."

In USA und Europa getestet

Auf die Frage, wann mit einer Schutzimpfung gegen Aids gerechnet werden kann, sagt Hirsch: „Sowohl in den USA als auch in Europa sind einige Substanzen entwickelt worden, die als Impfstoffe getestet werden. Es wird allerdings noch Jahre dauern, um festzustellen, ob sie für eine wirkungsvolle Anwendung beim Menschen geeignet sind."

Das Massachusetts General Hospital in Boston ist die größte interdisziplinäre Forschungsstätte für Aids in den USA. Hier werden jährlich Investitionen von 60 Millionen Dollar für Studien im Bereich der Molekularbiologie, Biochemie, Klinik, Psychologie und Vorbeugung eingesetzt, um die heimtückische Krankheit in den Griff zu bekommen.

ZU GUTER LETZT

Die Berichterstattung in den Medien über sein Verhältnis zu seinem Gegner Boris Becker kritisierte Ivan Lendl laut Deutscher Presse-Agentur (dpa) mit den Worten: „Manchmal liest es sich so, als ob ich meine Hunde auf ihn hetze, wenn ich ihn auf der Straße treffe." Der Sport Informations Dienst (sid) hatte offensichtlich Übersetzungsprobleme. Dort ist zu lesen: „Wenn ich ihn auf der Straße treffen würde, dann ginge ich auf ihn zu, um ihn zu bitten, meine acht Schäferhunde anzusehen."

Wer least, schont 40 Prozent

Wie selbstverständlich mietet man das Telefon, das Taxi und das Haus. Durchaus nicht selbstverständlich aber ist es, sich in einem gemieteten Auto fortzubewegen. Auto ist immer noch Statussymbol, und ein solches ist Teil der vermeintlichen Persönlichkeit. Das hat man, das leiht man nicht.

Diese Haltung ist typisch für alle Bevölkerungsschichten. Typisch für die Haltung eines Vermieters ist aber auch, daß er sich den Mieter sehr genau anschaut – vor allem, wenn er ihm mit einem Automobil einen beachtlichen Wert anvertraut, der zwar im Besitz der Verleasers bleibt, aber im Kraftfahrzeugschein dem Mieter überzeichnet wird.

Da bleibt es nicht aus, daß mancher Verleaser ein Mietbegehren eines Kunden abschlägig bescheiden muß. Seine Bonität muß sonnenklar sein, das Risiko für den Vermieter also so klein wie möglich.

Doch diese Haltung kennt der Mieter schon von seiner Bank, bei der er sich bisher mit einem Kredit für den Wagen bediente. Da wird ein strenger Vertrag formuliert – und der Kraftfahrzeugbrief bleibt bei der Bank. Die Regel ist ungebrochen: Wer Geld will, muß die Taschen umstülpen.

Daraus zu schließen, daß Autoleasing bei Privaten nur bei höheren Einkommen sinnvoll sei, ist falsch. Auch Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen leasen ihre Fahrzeuge, sie sind sogar in der Überzahl.

Die Betuchteren kaufen sich in der Regel ihre Autos, soweit sie sie nicht zusammen mit gewerblich geleasten Fahrzeugen mieten. Denn daran ist nicht zu zweifeln: Gegen bar kauft man nach wie vor am günstigsten.

Aber genau da liegt auch wieder die große Chance des Leasings. Beim gekauften Auto fährt man oft jahrelang sein Kapital über die Straßen. Erst wenn man den Wagen als gebrauchten versetzt, fließt Kapital zurück, das man in der Regel für die Anzahlung eines neuen oder für dessen Finanzierung generell nutzt.

Bei Leasing ist das anders. Man bezahlt nur für die genutzten Kilometer, nachdem man vorher eine Anzahlung von in der Regel 20 Prozent des Listenpreises geleistet hatte (eine Sicherheitsprämie für den Vermieter sozusagen). Faustregel ist, daß das geleaste Fahrzeug nach zwei oder drei Jahren zurückgegeben wird, und daß dann etwa 40 Prozent des Listenpreises als Gebrauchtwagenpreis erlöst werden.

Diese 40 Prozent wurden nicht finanziert, sie konnten für andere Zwecke „geschont" werden, ebenso wie die einzelnen Monatsraten, die ja über 36 Monate bei dreijähriger Vertragslaufzeit fällig wurden.

Natürlich haben Leasing-Gesellschaften nichts zu verschenken. Aber gerade für das Privatleasing lagen die Raten nie so günstig wie zur Zeit.

Das verdankt der Markt dem heißen Wettbewerb, an dem sich neuerdings auch Banken beteiligen, die Leasing über den Bankschalter anbieten. Daß sie bei weitem nicht den Service bieten können wie etwa die Produzentenverleaser mit ihrem großen Servicenetz, liegt auf der Hand. Doch sie versuchen, mit dem Mittel des Leasings ihr traditionelles Kreditgeschäft zu retten. Was schwer sein sollte.

HANS BAUMANN

Analysen und Statistiken haben es nun deutlich belegt: Das Leasen spricht immer weitere Kreise an, jetzt ist in der Bundesrepublik Deutschland auch der Privatmann auf diese Art „Kraftfahrzeugbesitz" positiv aufmerksam geworden. Die neuen Leasing-Kunden rekrutieren sich zum überwiegenden Teil aus dem Kreis ehemaliger Kreditkäufer. – Die Branche war in diesem Jahr sehr zufrieden und ist davon überzeugt, auch 1987 ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Fahrzeug-Leasing war 1985 mit einem wertmäßigen Zuwachs von 20 Prozent die expansivste Leasing-Sparte und avancierte erstmals zum bedeutendsten Produkt der Leasing-Gesellschaften: Mit einem Anteil von einem Drittel an dem Gesamtinvestitionen verdrängten Straßenfahrzeuge die Büromaschinen und EDV-Anlagen vom angestammten ersten Platz.

Eine Branche zeigt Optimismus – auch für das nächste Jahr



Peter Schneider, Geschäftsführer der V.A.G Leasing, Braunschweig

Mietkäufe beleben den Automarkt

Von PETER SCHNEIDER

Autoleasing verzeichnet im Vergleich zu vielen anderen Branchen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren wesentliche Steigerungsraten. Das gilt insbesondere auch für das Jahr 1986.

In zunehmendem Umfang machen Privatleute und Gewerbetreibende von der Möglichkeit der Automobilnutzung Gebrauch. Nach Schätzungen von Experten fahren heute etwa 800 000 bis 850 000 Leasingfahrzeuge auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland.

Etwa 60 Prozent der Fahrzeuge werden gewerblich genutzt, vom Freiberufler über den Handwerksbetrieb und den Einzelhandel bis hin zum Großunternehmen, und 40 Prozent der geleasten Fahrzeuge werden bereits von Privatpersonen eingesetzt.

Die Rasanz der Entwicklung und der Erfolg der Branche wird unter anderem auch dadurch verdeutlicht, daß allein in diesem Jahr etwa 460 000 neue Fahrzeuge – also bereits jedes sechste Automobil – im Wege des Autoleasing ausgeliefert wird.

Die günstigen Rahmenbedingungen – wie steigende Realeinkommen, zunehmende Beschäftigung, stabile Preise, ein gutes Produktprogramm der Hersteller und vor allem eine verstärkte Nachfrage nach Automobilen – haben der Autoleasingbranche 1986 einen neuen Aufschwung beschert. Gute Autojahre sind eben auch gute Autoleasingjahre.

Daß dieser Erfolg eine Vielzahl von Newcomern auf den Plan gerufen hat und damit die Anzahl der Autoleasinganbieter gegenüber den Vorjahren anstieg, ist nicht verwunderlich. Leasing am Bankschalter ist eine relativ neue Facette im Angebotsspektrum, um bisherige Finanzierungskunden nicht endgültig zu verlieren. Und dabei ist gerade Autoleasing eben doch mehr als eine Finanzierung.

Die Entwicklung des Autoleasing in der Bundesrepublik Deutschland hat nämlich gezeigt, daß im Zuge wachsender Anforderungen potentieller Autoleasing-Kunden die Serviceleistungen der Leasinggeber immer umfassender werden.

Die großen, etablierten Leasinggesellschaften verfügen über ein komplettes Serviceangebot, das kaum mehr Wünsche offen läßt.

Sie bieten die Übernahme der Kosten an für:

- Wertung und Verschleißreparaturen,
- Ersatz von Sommer- und Winterreifen,
- Kfz-Versicherung und Schadenabwicklung,
- Rechtsschutz- und Insassenunfallversicherung,
- Kfz-Steuer,
- Mietwagengestellung für die Reparaturzeit,
- Rundfunkgebühren und
- Betriebskostenabrechnung und -analyse für Fuhrparks.

Neben der umfangreichen Dienstleistungspalette erwartet der Leasinginteressent eine Beratung und eine intensive Betreuung, die insbesondere von den herstellergebundenen Leasinggesellschaften im Zusammenwirken mit ihren Vertriebsorganisationen geboten wird.

Denn gerade die Aufgabenteilung zwischen dem Markenhändler vor Ort und einer in das Vertriebs- und Kundendienstsystem des Herstellers integrierten Autoleasinggesellschaft garantiert dem Kunden einen in allen Teilen fachgerechten Service.

Diesen Aspekten kommt nach Einschätzung von Insidern deshalb neben kundenfreundlichen Leasingbedingungen und dem umfassenden Leistungsspektrum eine immer größere Bedeutung zu. Unabhängige Leasinggesellschaften sind auf diesem Gebiet gegenüber den herstellergebundenen Leasinggesellschaften im Nachteil.

Nach dem Erfolg im Jahr 1986 erwartet die Branche auch für 1987, gestützt auf die Prognosen maßgeblicher Wirtschaftsinstitute, sowohl im Privatauto- als auch im Geschäftsfahrzeugleasing wieder eine überdurchschnittliche Zuwachsrate. Die teilweise aufgehobenen Barrieren des Güterkraftverkehrsgesetzes werden darüber hinaus auch dem Nutzfahrzeugleasing zusätzliche Impulse geben.



Gerhard Kaiser, Geschäftsführer ALD AutoLeasing D,Hamburg

Niedrigere Rate als guter Anreiz

Von GERHARD KAISER

Wie die gesamte Autobranche im abgelaufenen Geschäftsjahr, so kann auch ALD AutoLeasing D über gutes Geschäft berichten. Zum Jahreswechsel können wir über 90 000 Fahrzeuge auf der Straße registrieren. ALD hat seine Position als bedeutendstes markenunabhängiges Leasingunternehmen in der Bundesrepublik damit nicht nur behauptet, sondern ausgebaut.

Der Gesamtmarkt in der Bundesrepublik wird auf jetzt 850 000 Leasingfahrzeuge geschätzt, das bedeutet eine Steigerung um 50 000 Fahrzeuge innerhalb des vergangenen Jahres. Bei näherem Hinsehen zeigt sich indessen, daß im Autoleasing nicht alles eitel Sonnenschein ist.

Im Privatleasing, das in den vergangenen Jahren bei ALD einen besonders hohen Anteil hatte, blieben die Steigerungsraten 1986 aus, wobei wir allerdings davon ausgehen können, daß unser Anteil privater Leasingkunden noch immer fast 50 Prozent ausmacht. Um es mit einem Modewort zu sagen: Wir haben hier annähernd Stagnation zu verzeichnen, allerdings auf gutem Niveau.

Der Grund dafür, daß sich Verbraucher verstärkt der Finanzierung zugewandt haben, ist darin zu suchen, daß Hersteller und Importeur die zuvor in das Leasing geflossenen Subventionen zurückgenommen haben. Ob dem Fahrzeughandel allerdings mit einer Abwendung vom Privatleasing gedient ist, darf bezweifelt werden. Denn der besondere Vorteil des Leasing für den Fahrzeughandel liegt in der intensiven Bindung des Kunden an seinen Händler und damit auch des Fabrikates. Eine Bindung, die bei der Finanzierung leicht verlorengehen kann. Ich komme nicht an der Feststellung vorbei, daß uns der „Superzins" in diesem Jahr zu schaffen gemacht hat. Daran werden auch Versuche wie das in diesem Jahr verschiedentlich propagierte „Leasing ohne Anzahlung" nichts ändern. Mit dem Wegfall der Mietsonderzahlung geht dem privaten Leasing nämlich eine seiner Attraktionen verloren: die gegenüber einer Finanzierung mit Anzahlung wesentlich niedrigere Monatsrate. Ganz zu schweigen von den damit entstehenden Bonitätsproblemen. Aus Kundenbefragungen wissen wir übrigens recht genau, daß die niedrige Leasingrate stets ein besonderer Anreiz ist, sich für das Privatleasing zu entscheiden.

Ein wenig Sorge bereiten uns die immer noch nicht ganz ausgerotteten Vorurteile, Leasing sei für den Privatmann nicht attraktiv und wegen zweifelhafter Verträge „mit Vorsicht zu genießen". Im Gegenteil, Leasing kann alles leisten, was man von der Finanzierung erwartet. Was die Verträge anbetrifft: Wir haben alle dazugelernt. Und man kann sagen, daß die seriösen Unternehmen Verträge bieten, die dem Kunden alle ihm zustehenden Rechte einräumen.

Erfreulich stellt sich auch in diesem Jahr wieder das gewerbliche Leasing dar, ein von ALD traditionell besonders intensiv gepflegter Bereich. Ein Plus von 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zeigt uns dies:

- die allgemeine wirtschaftliche Situation wird insgesamt wieder optimistischer betrachtet,
- der Leasinggedanke wird im gewerblichen Bereich insgesamt stärker beachtet als je zuvor.

Für ALD hat sich in diesem Jahr zweierlei ausgezahlt. Zum einen bewährt sich unsere Hinwendung zu Großabnehmern und das dabei ständig verbesserte Leistungsangebot, das wir mit dem Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung vorbereitet haben. Zum anderen machte sich die Spezialisierung im Bereich Full Service positiv bemerkbar. Eine zunehmende Kundenzahl nimmt dieses Dienstleistungsangebot in Anspruch.

1986 brachte eine Gesetzesänderung, die sich allerdings erst 1987 auswirken wird: die Freigabe des Leasing im Güterfernverkehr. ALD hat die ersten Anfragen interessierter Großunternehmer registriert und entsprechende Programme entwickelt.

Der Ausbau der EDV wird eine wesentliche Rolle in unserem Unternehmen spielen. ALD als Leasinggesellschaft des Autohandels – mit zehn Niederlassungen im Bundesgebiet arbeiten wir mit rund 2000 Vertragspartnern zusammen – wird hier ihren Händlern Verbesserungen in der Zusammenarbeit bieten.

Entsprechend der Erwartung, daß auch 1987 mit einem Zuwachs im Neuwagengeschäft zu rechnen ist, gehen wir von einer allgemeinen Belebung des Leasingmarktes aus. Allerdings ist auf dem Markt nicht mehr mit den enormen Steigerungsraten früherer Jahre zu rechnen, dazu ist der Wettbewerb zu scharf geworden. Jetzt zahlen sich vielmehr Erfahrung und vorausschauende Planung aus. ALD sieht sich dafür gut vorbereitet. Sicher ist, daß sich das Autoleasing auf dem Automarkt der Bundesrepublik durchgesetzt hat und seinen Anteil in den nächsten Jahren weiter erhöhen wird.



Gregor von Loock, Geschäftsführer Mercedes-Leasing, Stuttgart

Durch den Service gut im Geschäft

Von GREGOR VAN LOOCK

Für das Geschäftsjahr 1986 wird sich bei der Mercedes-Leasing-GmbH, Stuttgart, im Vergleich zum Vorjahr bei Fahrzeug-Neuzugängen ein weiteres Wachstum von nahezu 15 Prozent ergeben. Der Schwerpunkt des Leasinggeschäftes liegt, wie auch schon zuvor, im gewerblichen Bereich. Was die Spartenaufteilung angeht, so verteilt sich das Leasingneugeschäft mit etwa 70 Prozent auf Pkw und etwa 30 Prozent auf Nutzfahrzeuge. Im einzelnen ergeben sich bei der voraussichtlichen Entwicklung des Leasinggeschäftes der Mercedes-Leasing-GmbH (auch im Vergleich zum Vorjahr) folgende Grunddaten:

Umsatz 1986: 474 Millionen Mark (im Vorjahr 406 Millionen Mark);

Fahrzeug-Neuzugänge 1986: 10 600 Einheiten (im Vorjahr 9400 Einheiten);

Fahrzeugbestände per 31. Dezember 1986: 27 000 Einheiten (im Vorjahr 24 700 Einheiten).

Die seit dem 1. Oktober wirksame Aufhebung des Leasingverbotes für Fahrzeuge des gewerblichen Güterfernverkehrs hat wegen der Kürze der

● Fortsetzung Seite II

Leasen statt besitzen – Änderung im Kaufverhalten zeichnet sich ab

Jetzt steht es fest, daß das private Auto-Leasing kein auf Sales-Promotion-Aktionen der Hersteller beruhendes Strohfeuer der Jahre 1983 und 1984 war. Von dem damaligen Erfolg bei der, mit beträchtlichen Marketingaktivitäten umworbenen, neuen Zielgruppe waren selbst die Leasing-Manager überrascht. Frühere Bemühungen um den privaten Leasing-Kunden scheiterten regelmäßig an der hohen Eigentumspräferenz, die das Gros der Deutschen bei ihrem emotional geprägten Verhältnis zum Automobil hatte.

Die neuen Leasing-Nehmer rekrutierten sich zum überwiegenden Teil aus dem Kreis ehemaliger Kreditkäufer. Die plötzliche Akzeptanz des Leasings bei diesem Personenkreis kann jedoch kaum – wie oft behauptet – nur auf die im Automobil-Leasing offerierten Sonderkonditionen zurückzuführen sein, denn die Kreditbanken der Autohersteller und -importeure boten auch bei ihren Kreditfinanzierungen Zinssätze an, die weit unter dem allgemeinen Marktniveau lagen.

Das Privat-Leasing florierte auch, weil der Begriff „Leasing" gegenüber dem etwas antiquiert klingenden Instrument „Abzahlung" oder „Teilzahlung" eine deutliche Imageverbesserung erlebte. Etwas pointiert formulierte ein großer Autohändler: „Leasing ist in – Teilzahlung ist out".

Straßenfahrzeuge sind jetzt die Nummer 1

Wie die neueste Erhebung des Ifo-Instituts in der Leasing-Branche zeigt, hat das Privat-Leasing maßgeblich dazu beigetragen, daß das gesamte Fahrzeug-Leasing im Jahre 1985 mit einem wertmäßigen Zuwachs von über 20 Prozent die expansivste Leasing-Sparte blieb und erstmals auch zum bedeutendsten Produkt der Leasing-Gesellschaften avancierte.

Mit einem Anteil von knapp einem Drittel an den gesamten Leasing-Investitionen des Jahres 1985 – in der Höhe von 20,8 Milliarden Mark – verdrängten die Straßenfahrzeuge die Büromaschinen und EDV-Anlagen, die seit über 20 Jahren unangefochten die Nummer eins im Leasing waren, auf den zweiten Platz.

In diesem Jahr wurde in der Ifo-Umfrage erstmals auch nach den Stückzahlen der neu verleasten Fahrzeuge gefragt. Dabei stellte sich heraus, daß die meisten der bisherigen Schätzungen von verschiedenen Stellen zu niedrig angesetzt waren. Denn die Zahl der neu „vermieteten" Straßenfahrzeuge belief sich 1985 auf 430 000, davon waren 392 000 Pkw und Kombi sowie 38 000 Lkw, Busse, leichte Nutzfahrzeuge und Anhänger. Damit erreichten die geleasten Pkw 1985 einen Anteil an den gesamten Neuzulassungen von 16,5 Prozent (1984: 14,4 Prozent), die geleasten Lkw, Busse und Anhänger einen Marktanteil von 24 Prozent (1984: 21 Prozent).

Von den Finanzierungs-Leasing-Gesellschaften wurden 140 000 Straßenfahrzeuge neu vermietet, im Bereich des Hersteller-Leasing 290 000. Das bis zum Jahre 1982 völlig unbedeutende private Auto-Leasing erreichte 1985 bereits einen wertmäßigen Anteil am gesamten Fahrzeug-Leasing von 35 Prozent; nach Stückzahlen gerechnet liegt dieser Wert sogar noch höher.

Auch im laufenden Jahr wird das Fahrzeug-Leasing, nach den Ergebnissen der neuesten Ifo-Umfrage, die expansivste Sparte in der Anlagenvermietung bleiben. Wie die Meldungen derjenigen Gesellschaften, die sich nur mit dem Fahrzeug-Leasing befassen, erkennen lassen, dürfte das Auto-Leasing 1986 eine Zuwachsrate von 15 bis 20 Prozent erzielen. Dieser Erfolg ist wohl weniger der am 1. Oktober in Kraft getretenen Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes (GÜKG) zuzuschreiben, die jetzt auch geleaste Lkw von über vier Tonnen Nutzlast im Güterfernverkehr zuläßt, sondern wiederum dem Pkw-Leasing, insbesondere mit Privatpersonen. Das Privat-Leasing floriert also auch ohne die in der Periode 1983/84 offerierten Sonderkonditionen weiter.

Für 1987, dem fünften Jahr des Konjunkturaufschwungs, sind die Rahmenbedingungen für das Leasing ähnlich günstig wie im laufenden Jahr. Das Fahrzeug-Leasing wird wohl auch 1987 wieder maßgeblich zum Wachstum der Leasing-Branche beitragen.

Wenngleich die Zahl der Zulassungen neuer Straßenfahrzeuge nicht mehr in dem Maße zunehmen wird wie 1986, so dürfte das Auto-Leasing seinen Marktanteil im nächsten Jahr nochmals steigern.

Investitions-Erwartungen vom Mittelstand

Dies gilt sowohl für Pkw, als auch für Lkw und Anhänger, denn die Leasing-Gesellschaften haben hinsichtlich des Angebots zusätzlicher Dienstleistungen für ihre Kunden noch einige Trümpfe in der Hand und können jetzt endlich im Marktsegment der schweren Lastkraftwagen des Güterfernverkehrs für ihre Investitionsalternative werben. Noch nicht durchringen konnten sich die deutschen Behörden dazu, auch Lastkraftwagen über vier Tonnen Nutzlast und Zugmaschinen mit einer Leistung über 55 kW (75 PS) im Werksverkehr für eine Leasing-Finanzierung freizugeben. Hier müssen sich die Leasing-Gesellschaften also noch in Geduld üben.

Für das gewerbliche Fahrzeug-Leasing dürfte es von Vorteil sein, daß das Investitionswachstum des Jahres 1987 vor allem von den mittelständischen Unternehmen aus den verbrauchsnahen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes, des Handels, des Baugewerbes und der Dienstleistungsbranche getragen wird, bei denen Fahrzeuginvestitionen einen relativ hohen Anteil des gesamten Investitionsbedarfs ausmachen.

Für das Privat-Leasing dürfte es im nächsten Jahr noch gute Entwicklungschancen geben, denn in den USA sind heute bereits etwa 30 Prozent aller neu zugelassenen Privatautos Leasing-Fahrzeuge; von diesem Wert ist das private Auto-Leasing in der Bundesrepublik Deutschland noch weit entfernt.

ARNO STÄDTLER

Erst die Elektronik schaffte den Durchbruch

Die Nutzung hochmoderner Technik ermöglicht überschaubare und günstige Konditionen

Für einen Hersteller oder Händler, der sich um den Absatz seiner Erzeugnisse bemüht, genügte es früher, seine Kunden auf die besondere Beschaffenheit oder die technischen Vorzüge seiner Produkte hinzuweisen. Mit solch einer Argumentation gelang es ihm in der Regel, sein Produkt vom Wettbewerb abzuheben. Diese Zeiten sind jedoch längst vorbei. Angesichts ständig wachsender Ansprüche der Kunden nach umfassenden Problemlösungen müssen sich immer mehr Hersteller oder Händler dazu entschließen, ihren Kunden neben der Produktberatung und einem Wartungsangebot günstige Möglichkeiten der Finanzierung aufzuzeigen.

Dazu gehören zum Beispiel der Lieferantenkredit und der Warenwechsel.

Beim Lieferantenkredit wurde dem Kunden ein Zahlungsziel von ein bis drei Monaten eingeräumt, zuweilen auch bis zu sechs und mehr Monaten. Bis zum Zahlungseingang behielt sich der Händler das Eigentum an dem gelieferten Gegenstand vor. Die Zinsbelastung, die durch das Zahlungsziel entsteht, ist im Warenpreis kalkuliert und wird somit vom Abnehmer bezahlt.

Der Warenwechsel ist eine besondere Form des Lieferantenkredites. Meistens „zieht" der Lieferant einen solchen Wechsel auf den Abnehmer, das heißt, er erteilt diesem auf der Urkunde die Anweisung, zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Geldsumme zu zahlen. Der Abnehmer seinerseits akzeptiert die Anweisung durch Unterschriftleistung auf der Urkunde. Der Lieferant kann dann den Wechsel an die Hausbank verkaufen, die den Betrag unter Abzug einer Zinsvergütung für den Zeitraum bis zur Fälligkeit gutschreibt.

Neben dem Lieferantenkredit besteht seit etwa 20 Jahren die Möglichkeit, daß der Kunde den ihm angebotenen Gegenstand nutzt, ohne ihn erst kaufen zu müssen. Das nennt man Leasing. Dies ist natürlich nur bei leasinggeeigneten Wirtschaftsgütern möglich.

Wenn der Hersteller oder Händler den Absatz ausdehnen möchte, indem er Kunden die mietweise Nutzung seiner Erzeugnisse oder Waren anbietet, so bietet sich dazu das Vertriebsleasing an mit dem Ziel: Förderung des Absatzes durch das Anbieten der Nutzung von Wirtschaftsgütern auf der Basis längerfristiger Mietverträge/Leasingverträge. Im folgenden werden die Begriffe Miete und Leasing gleichbedeutend verwendet.

Diese Form des Leasings gibt es in den Vereinigten Staaten bereits seit 1877, als die Bell Telephon Company (eine der großen amerikanischen Telefongesellschaften, die auf privatwirtschaftlicher Basis arbeiten) sich entschloß, ihre Telefone zu vermieten statt zu verkaufen.

Wirtschaftliche Bedeutung erlangte das Vertriebsleasing jedoch erst mit der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung, sowohl auf dem amerikanischen als auch später auf dem deutschen Markt. Dem heutigen Marktführer IBM wäre sicher nicht eine derart starke Marktposition gelungen, wenn er nicht seine – ursprünglich relativ teuren – Computer von Anfang an zur Miete angeboten hätte: Leasing ermöglicht dem Anwender die Nutzung hochmoderner Technik zu überschaubaren, günstigen Konditionen.

Während der Ursprung des Vertriebsleasings in der Vermietung von Wirtschaftsgütern durch den Hersteller selbst lag, wuchs besonders in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik die Bedeutung der Vermietung von Wirtschaftsgütern durch spezielle Leasinggesellschaften, die mit verschiedenen Herstellern zusammenarbeiten.

Vorteil für den Hersteller/Händler: Wenn er mit einer Leasinggesellschaft zusammenarbeitet, kann im Verkaufsgespräch zusätzlich oder anstelle des Verkaufspreises der (wesentlich niedrigere) monatliche Mietpreis genannt werden. Ist der Kunde interessiert, so wird ihm ein Mietantragsformular des Vertriebspartners zur Unterzeichnung vorgelegt. Darin sind die genaue monatliche Belastung, die Vertragsdauer und die übrigen Bedingungen enthalten, zu denen der Kunde den Mietgegenstand nutzen kann. Wenn der Kunde den Gegenstand bestellt, geht der Antrag und die Auftragsbestätigung an die Leasinggesellschaft. Nachdem diese den Antrag angenommen hat, bestätigt sie den Eintritt in die Bestellung des Kunden. Zum gleichen Zeitpunkt erhält der Kunde, der nun auch Kunde der Leasinggesellschaft ist, von dieser eine Bestätigung über die Vertragsannahme.

Die Auslieferung der Ware erfolgt nicht an die Leasinggesellschaft, sondern an den Kunden selbst. Dieser nimmt den Gegenstand für die Gesellschaft ab, indem er seine Übereinstimmung mit der Bestellung sowie die volle Funktionsfähigkeit des Gegenstandes prüft und dem Hersteller oder Händler die Übernahmebestätigung unterzeichnet.

Wenn er diese Bestätigung zusammen mit der Rechnung an die Leasinggesellschaft schickt, erhält er sein Geld vom Vertriebspartner, der sich dann um alles weitere kümmert.

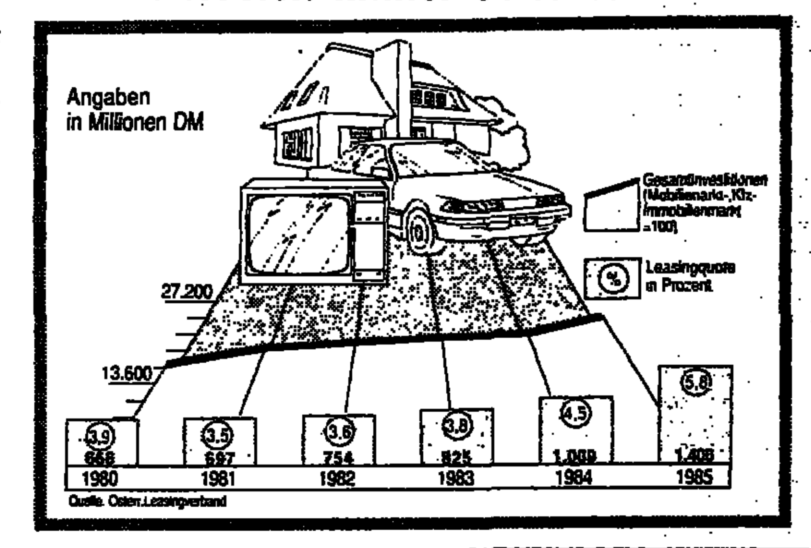
(K.-P. O.)

Aus: Der Erfolgsberater. Verlog Norman Rentrop, Theodor-Heuss-Straße 4, 5300 Bonn 2.

Leasing auch in Österreich immer beliebter

Zunehmender Beliebtheit erfreut sich Leasing auch in Österreich. 1985 wurde auf dem Mobilien-, Kraftfahrzeug- und Immobiliensektor eine Leasingquote von 5,8 Prozent verzeichnet. Dieser Anteil entspricht umgerechnet einer Summe von 1,4 Milliarden Mark. Der Anteil privater Kunden konnte vor allem im Bereich des Kraftfahrzeug-Leasing auf ein Leasingvolumen von umgerechnet 498 Millionen Mark gesteigert werden.

Für den Immobiliensektor findet die Form der Leasingfinanzierung noch nicht so häufig Anwendung wie in der Bundesrepublik Deutschland; hier erreichte im Nachbarland Österreich das Leasingvolumen umgerechnet 369 Millionen Mark.



GRAFIK: SCHOELLERBANK

Eine Branche zeigt Optimismus – auch für 1987

● Fortsetzung von Seite I

Zeit noch keine nennenswerten Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung des Jahres 1986.

Das Dienstleistungsleasing mit Einbeziehung von Wartungsleistungen, Reparaturen, Versicherungen hat inzwischen einen Anteil von etwa 25 Prozent erreicht.

Die Gesellschaft plant für 1987 ein weiteres Wachstum im Fahrzeugleasinggeschäft. Sie bewegt sich in einer mittelfristigen Wachstumslinie von 15 Prozent p. a. Diese Zielsetzung orientiert sich wiederum vornehmlich am gewerblichen Bereich beziehungsweise dem dort liegenden Wachstumspotential.

Von der Liberalisierung des gewerblichen Güterfernverkehrs verspricht sich das Unternehmen neue Impulse für eine Wiederbelebung der in den letzten Jahren leicht retardierenden Wachstumsraten des Nutzfahrzeuggeschäftes.

Die LHS-Gruppe gehört zu den renommierten deutschen Automobilleasinggesellschaften, die mit ihrem Wissen und ihren technischen Möglichkeiten in besonderer Weise das Full-Service-Leasing mit gewerblich genutzten Automobilen betreibt. So hat sie auch 1986 die Dienstleistung für Wagenparkbesitzer als wesentlichen Teil ihrer Geschäftspolitik betrachtet und damit Erfolg gehabt.

Meint man, daß die Abstammung der Gesellschaft auf ein bestimmtes Automobilfabrikat schließen lassen müßte, ist das weit gefehlt. Wagenparkbesitzer richten ihren Kfz-Bedarf allein nach Nutzungserwägungen aus. Hinzu kommen innerbetriebliche Strukturen, die nicht immer reinrassig von einem Fabrikat erfüllt werden. So muß zwangsläufig die ganze Palette der in Deutschland vertretenen Fabrikate von den LHS-Mitarbeitern beherrscht werden.

Der umfassende Abrechnungsservice der LHS hält Flottenbesitzer von zeitraubenden Organisations- und Rechnungsarbeiten frei. Das schließt neben der Abwicklung von Wartungsarbeiten und Reparaturen ebenso die Treibstoffabrechnung, die Kfz-Versicherung und die Schadenabwicklung ein.

Zum guten Ergebnis des Jahres 1986 tragen ebenfalls die vielen privaten Leasingnehmer bei, die als neue Kunden gewonnen werden konnten. In diesem Segment betrug der Zuwachs im Auftragseingang satte 50 Prozent gegenüber 1985.

Obgleich die Hersteller in 1986 eine ganze Reihe besonders attraktiver Finanzierungsprogramme offeriert haben und damit naturgemäß Leasing eine heftige Konkurrenz liefern, läßt sich aus den Zuwachszahlen ablesen, daß gerade die LHS-Gruppe den Sinneswandel beim privaten Verbraucher hin zum „genutzten", also geleasten, Automobil und weg vom als Eigentum erworbenen Fahrzeug, durch attraktive Vertragsgestaltung gefördert hat.

Voraussetzung für das gute Privatleasinggeschäft war ebenso die partnerschaftliche Kooperation mit Automobilhändlern, die in Süddeutschland neu für das Automobilleasing begeistert werden konnten.

Zweibahnig ist also die Marschrichtung, die die LHS-Gruppe verfolgt. Einmal wendet sie sich mit dem Angebot umfassender Dienstleistung an die Flottenbesitzer und zum zweiten unterstützt sie die Absatzbemühungen von Automobilhändlern in deren privaten Kundenbereich durch ihre kombinierte Leasing- und Handelserfahrung. Was nicht zuletzt auch im Firmennamen der Gesellschaft sichtbar zu Ausdruck kommt.

Der private Autoleasingmarkt in Deutschland verlief dagegen eher differenzierter. So hatte mancher Anbieter Mühe, seine Vertragsbestandszahlen zu halten. Anschlußgeschäfte mit privaten Leasingnehmern werden nicht wie im gewerblichen Bereich automatisch erneuert. Ein großer Teil der Privatkunden entschließt sich nach Auslauf des Leasingvertrages zum Anschlußkauf, insbesondere dann, wenn er sein Auto gepflegt und gewartet hat. Ihn zwingen auch derzeit keine hohen Refinanzierungszinsen, Abstriche bei anderen Anschaffungen zu machen.

Das Gebrauchtwagengeschäft hat 1986 bei den LHS-Gesellschaften einen Umsatzanteil von 34 Prozent erreicht.

Die Vermarktung der zurückfließenden Fahrzeuge erfolgt professionell. Es stehen drei große Märkte zur Verfügung. Gegenüber den üblichen GW-Angeboten des Automobilhandels, der überwiegend ältere Fahrzeuge mit relativ niedriger Laufleistung absetzen muß, sind die gepflegten und, weil gewerblich genutzt, auch technisch gewarteten Fahrzeuge im Durchschnitt nur 30 bis 33 Monate alt. Sie haben zwar ihre 60 000 bis 80 000 Kilometer auf dem Tacho, bieten aber ausstattungsmäßig durchweg alle Optionen an, die das Autofahren sicher und bequem machen.

Der professionelle Absatz der gebrauchten Leasingfahrzeuge bildet eine wesentliche Voraussetzung, wenn nicht überhaupt die erste, um die Leasingraten für neue Fahrzeuge konkurrenzfähig zu kalkulieren.

Dieser Vorteil sichert auch den spezialisierten Automobil-Leasingfirmen ihre immer größer werdende Marktbedeutung gegenüber institutionellen Leasinganbietern, die vorwiegend aus dem Bankenbereich kommen.

Am 1. Oktober ist die „Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Einsatz von Ersatzfahrzeugen im Güterkraftverkehr" in Kraft getreten. Paragraph 3 hebt das bisherige Leasingverbot für Nutzfahrzeuge mit mehr als vier Tonnen Nutzlast im gewerblichen Güterfernverkehr völlig auf.

Diese Verordnung öffnet zwar den Leasingmarkt für Speditionen, bildet aber keine Freigabe für Leasingfahrzeuge, die mit einer Nutzlast von über vier Tonnen im Werkverkehr eingesetzt werden. Bekanntlich ist der Werkverkehr das größere Potential.

Die Automobilleasinggesellschaften werden mit gebotener Vorsicht und Zurückhaltung den Markt mit den im Güterfernverkehr tätigen Unternehmen angehen. Hierbei sind Risiken zu beachten, die nicht allein von der Vermögensseite der Leasingnehmer zu beurteilen sind, sondern es spielen branchenspezifische Belastungen eine Rolle, die deutsche Spediteure gegenüber ausländischen Transporteuren erheblich benachteiligen.

Beim Leasing mit Lastkraftwagen, die überwiegend im Werkverkehr eingesetzt sind, sähe die Sache anders aus. Hierfür kämen den Autoleasinggesellschaften Erfahrungen zugute, die sie aus dem bisherigen Geschäft mit Flottenbesitzern aus dem Effeff kennen.

Und die Aussichten für 1987?

Die Leasing- und Handelsgesellschaften sehen weiterhin große Absatzmöglichkeiten. Man will sich vom liebgewordenen Maßstab jährlicher Umsatzzuwächse in zweistelliger Höhe nicht trennen. Gegenüber einem Fahrzeugbestand von 26 Millionen Einheiten in Deutschland nimmt sich der Leasingbestand von unter fünf Prozent auch noch recht bescheiden aus. So gesehen, dürften sich die Erwartungen realisieren lassen. Es ist noch viel Markt für die spezialisierten Automobilleasinggesellschaften in Deutschland vorhanden.



Hugo Wieske, Geschäftsführer Leasing- und Handelsgesellschaft Schwaben, Stuttgart

Kooperation statt Konkurrenz

Von HUGO WIESKE

Die Gruppe der Gesellschaften, die aus der Leasing- und Handelsgesellschaft Schwaben mbH in Stuttgart sowie aus den Leasing- und Handelsgesellschaften mbH in Hannover und in Düsseldorf besteht, kann wiederum mit dem Geschäftsverlauf des fast abgelaufenen Jahres 1986 zufrieden sein. Automobil-Know-how, Leistung und Service der LHS führten zu einer Umsatzausweitung, die per Ende des Jahres mit knapp 20 Prozent gegenüber dem Ausweis des Vorjahres erwartet wird.

Damit verlief die Entwicklung der Umsatzerlöse parallel zu den Neuzulassungen von Pkw und Pkw/Kombi in Deutschland. 1986 wird offensichtlich ein besonders gutes Jahr für die Automobilwirtschaft. Experten erwarten einen Zulassungsrekord von Neuwagen mit einem Anstieg von etwa 16 Prozent über dem Vorjahr.



Siegfried K. Sengteller, Vorsitzender der Geschäftsführung BMW Leasing GmbH, München

Wettbewerb reguliert die Raten

Von S. K. SENGTELLER

Die Leasingbranche hat in diesem Jahre ihre Wachstumschancen genutzt. Das gilt ganz besonders für das Mobilien-Leasing und hier speziell beim Automobil.

Am Ende des Jahres 1986 fahren etwa 850 000 geleaste Autos auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet eine Steigerung um 30 Prozent innerhalb von zwei Jahren. Die Zahl der geleasten Pkw wächst viel schneller als die Zahl der insgesamt zugelassenen Autos.

An dieser positiven Entwicklung hat die BMW Leasing voll teilgenommen. Derzeit werden 50 000 BMW mit einem Anschaffungswert von mehr als einer Milliarde Mark von den Kunden im Leasing genutzt. Dabei sorgt der scharfe Wettbewerb für vorteilhafte Leasingraten.

Neben den Leasing-Nutzern aus Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben gibt es immer mehr Privatleute, die sich für Leasing entscheiden. Sie erkennen, daß die monatliche Leasingrate in der Regel niedriger ist als die Kreditrate bei voller Finanzierung. Außerdem braucht man sich am Vertragsende um den Verkauf des Gebrauchtwagens nicht zu kümmern, sondern steigt in das neue Automobil um.

Für 1987 sehen sich die Automobil-Leasinggesellschaften weiter im Aufwind und erwarten nochmals Wachstum – wenn auch nicht mehr so stark wie in den letzten Jahren. Die Leasing-Anbieter bemühen sich, noch mehr auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Kunden einzugehen. Daher wird die Gestaltung der Leasing-Verträge voraussichtlich noch flexibler werden.

So werden kleine Transporter zu Lasteseln

Ob im Kundendienst täglich TV-Geräte zu transportieren sind, der Teppichverleger rasch zum Kunden fahren will – die Kleintransporter haben ihren festen Platz als unentbehrliche Helfer im Alltag. Zahlreiche Autohersteller bieten preiswerte Fahrzeuge an, die phantasievoll für den Gebrauch als „Lastesel" umgerüstet wurden.

Um nur einige Beispiele zu nennen: VW hat den Golf-Umbau „Caddy" als Pritsche oder mit Hochdach; Opel hat mit dem „Combo" eine Kastenheck-Version des Kadett und Fiat den „Fiorino" auf der Basis des Fiat 127. Sie alle haben sich im gewerblichen Leasing bewährt.

Die meisten Automodelle dieser Größe sind auch in einer Ausführung mit Dieselmotor auf dem Markt. Dieser Antrieb spielt seine wichtigsten Vorteile – geringer Verbrauch und Dauerhaltbarkeit – vor allem im Kurzstreckenverkehr aus. Glaser, Bäcker, Bauhandwerker, Zeitungsverkäufer und Gebäudereiniger bedienen sich dieser Fahrzeuge. In zunehmender Zahl im Leasing, weil dies die modernste Form der Fahrzeugnutzung im Gewerbebetrieb ist.

Dazu der Geschäftsführer eines markenunabhängigen Leasingunternehmens, das alle derartigen Fahrzeuge anbietet: „Wenn der Gewerbetreibende erst einmal Abschied genommen hat vom Besitzdenken, entdeckt er rasch die Vorteile, die das Leasing ihm bietet. Unser Wahlspruch lautet ‚nutzen statt besitzen'. Er hat zum durchschlagenden Erfolg des Autoleasings beigetragen."

Dienstleistungsgewerbe steht an der Spitze

In der Bundesrepublik rollen zur Zeit schon mehr als 800 000 Leasingfahrzeuge auf den Straßen, die überwiegende Zahl im gewerblichen Leasing. Transporter spielen die wichtigste Rolle; noch ist Leasing von Fahrzeugen über 7,5 Tonnen Gesamtgewicht (mit Ausnahme des Güterfernverkehrs) untersagt.

Zu den wichtigsten Vorteilen des Autoleasings für den Gewerbetreibenden zählen Leasingexperten:

- Der Leasingkunde finanziert nicht das gesamte Fahrzeug, sondern nur dessen Nutzung in seinem Betrieb. Das damit freiwerdende Kapital kann für andere, wichtigere Zwecke eingesetzt werden.
- Sämtliche Kosten für das Leasingfahrzeug sind von der ersten Miete an sofort steuerlich wirksam.
- Das Leasingunternehmen berät bei der Anschaffung des jeweils benötigten Fahrzeugs, so daß im Betrieb stets das neueste und wirtschaftlichste Modell gefahren werden kann.
- Die Autohändler, über die zum Beispiel das Geschäft abgewickelt wird, übernehmen nach Ablauf der Vertragszeit die Vermarktung des Fahrzeugs.

Für die Abwicklung von Fuhrparks auf Leasingbasis wurden Full-Service-Programme entwickelt, die bis zur Abrechnung des Treibstoffs reichen und bargeldlose Reparaturen per „Credit Card" in sehr vielen Ländern Europas erlauben.

Möglich war dies erst mit dem Einsatz der Datenverarbeitung, die sehr wesentlich zum Durchbruch des Autoleasings beigetragen hat. Sie hat zum Beispiel einem Hamburger Unternehmen ermöglicht, die Struktur der Kundschaft zu durchleuchten: Wer least in der Bundesrepublik?

Das für die gesamte Branche interessante Ergebnis: Den größten Anteil an den gewerblichen Leasingkunden hat mit 41 Prozent das Dienstleistungsgewerbe (zum Beispiel Installateure und Gebäudereiniger); es folgt der Handel mit 37 Prozent und hier vor allem die Nahrungsmittelbranche; auf dem dritten Platz folgt die Produktion mit 22 Prozent und hier liegt die Chemie auf Platz eins.

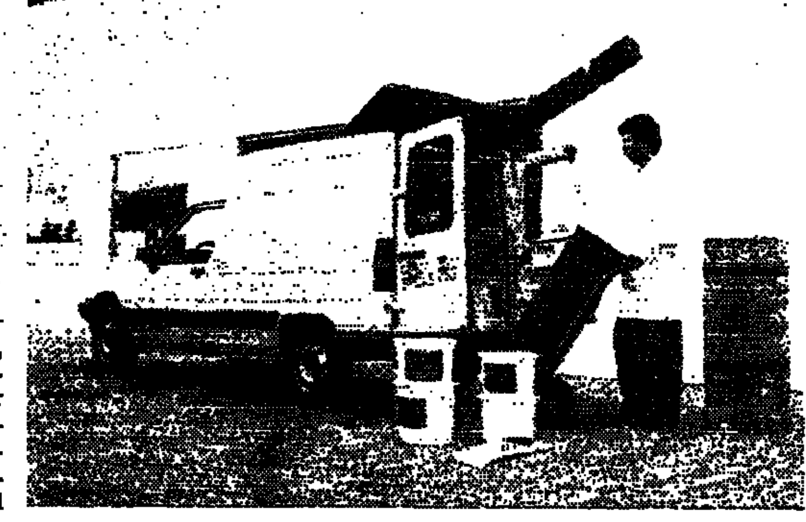
Diese Kundschaft hat seit anderthalb Jahrzehnten Erfahrungen mit dem Autoleasing gesammelt; sie ist seither ständig gewachsen, ein sicherer Beweis dafür, daß die Vorteile der „Langzeitmiete", wie der in den USA geprägte Begriff Leasing am besten zu übersetzen wäre, in vollem Umfang erkannt woren sind.

Also alles eitel Sonnenschein? Nicht ganz, wie die Erfahrung lehrt. So kann es zu Meinungsverschiedenheiten kommen, wenn der Leasingnehmer ein paar grundsätzliche Probleme nicht sieht. Dazu zählen Leasing-Fachleute die Verwertung der nach Vertragsende zurückgegebenen Fahrzeuge: „Rücksichtsloser Umgang und Überziehen der Laufleistung haben automatisch eine Minderung des ursprünglich ins Auge gefaßten Restwerts zur Folge. Der vernünftige Umgang mit dem Leasingauto ist meistens eine Frage der Erziehung, auf jeden Fall hilft er Kosten sparen", berichtet Leasingexperte Michael Thomas in Hamburg. Welche Bedingungen sind beim Abschluß eines Leasingvertrages zu erfüllen? „Wir müssen auf die Bonität unserer Kunden achten und holen deshalb, selbstverständlich mit deren Einverständnis, eine entsprechende Bankauskunft ein. Denn auch das muß klar gesagt werden: Für Unternehmen ohne Kapital kann Leasing keine Krücke sein", so Thomas.

Was Kunden zahlen müssen

Wie Kleintransporter im Leasing behandelt werden, zeigen die folgenden Beispiele; die Zahlen verdeutlichen, mit welchen Kosten der Gewerbetreibende zu rechnen hat, der sich für das Leasing eines Kleintransporters entscheidet. Für die Berechnung der monatlichen Belastung wurde jeweils Vertragsdauer von 36 Monaten, Laufleistung von 60 000 Kilometern und Fahrzeugrestwert von rund 25 Prozent zugrunde gelegt; die Auswahl beschränkte sich auf Ausführungen mit Dieselmotor:

- Fiat Fiorino Diesel: 1,3 Liter, 33 kW/45 PS, Neupreis 12 750 Mark, monatliche Leasingrate 300 Mark;
- Renault Rapid Transporter Diesel: 1,6 Liter, 40 kW/55 PS, Neupreis 14 050 Mark, monatliche Leasingrate 331 Mark;
- Opel Kadett Combo Diesel: 1,6 Liter, 40 kW/55 PS, Neupreis 17 105 Mark, monatliche Leasingrate 403 Mark;
- VW Caddy Pritsche Diesel: 1,6 Liter, 40 kW/54 PS, Neupreis 16 020 Mark, monatliche Leasingrate 393 Mark (alle Preisangaben zuzüglich Mehrwertsteuer). GEORG WEDEN



Renault Rapid Transporter – bei einer Vertragsdauer von 36 Monaten und 60 000 Kilometer ergibt sich eine monatliche Rate von 331 Mark.



Fiat Fiorino – bei gleicher Vertragsdauer und Laufleistung beläuft sich die monatliche Leasingrate auf 300 Mark.



VW Caddy Pritsche – und für diesen Wagen beträgt die Rate, wiederum bei gleichen Voraussetzungen, 393 Mark. FOTOS: G. W.

Wie japanische Firmen neue Märkte anzapfen

Japanische Leasingfirmen verfolgen eine Praxis bei Kreditvergaben im Ausland, die immer umstrittener wird, vor allem bei japanischen Geschäftsbanken. Durch das Vorgehen – „Kagonuke-Arrangements" genannt – haben die Unternehmen einen Weg gefunden, um Auslandskredite als Leasinggeschäfte zu tarnen. Damit wird es ihnen mit Hilfe von US-Banken gestattet, staatliche Beschränkungen des Kapitalexports zu umgehen. „Kagonuke" ist der Begriff für das Kunststück, aus einem Käfig zu entkommen.

Wie die Zeitung „Wall Street Journal/Asia" schreibt, hat diese „Kagonuke"-Praxis seit ihrem Beginn 1983 erheblich zugenommen. Ihr Umfang wird auf drei bis vier Milliarden Dollar geschätzt. Über 20 Schuldner – darunter Thailand, Südkorea, Ungarn, Griechenland – haben bisher davon profitiert, sogar der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hat einen „Kagonuke"-Kredit in Anspruch genommen. Japanische Banken betrachten diese Art von Kreditvergabe als ungerechtfertigten Einbruch in ihre Domäne, zumal sie sich verstärkt international orientieren, seitdem die inländische Kreditnachfrage schleppend verläuft. Sie verweisen vor allem darauf, daß die Leasingfirmen die Meldepflicht für Auslandskredite umgehen.

Mit einer solchen Finanzierung für Malaysia haben Leasingunternehmen japanische Banken bei den Konditionen unterboten. Der Kredit über 30 Milliarden Yen wurde über die Tokioter Niederlassung der Citicorp von etwa 20 Leasinggesellschaften zur Verfügung gestellt. Das Angebot der Banken wurde von Malaysia unberücksichtigt gelassen, nachdem die Leasingfirmen eine lange Tilgungsperiode von 20 Jahren eingeräumt hatten. Banken ist verboten, Laufzeiten von zehn oder 15 Jahren zu überschreiten.

Technisch gesehen wurde die malaysische Finanzierung nicht als Kredit klassifiziert, sondern als Leasinggeschäft, und zwar in etwa so:

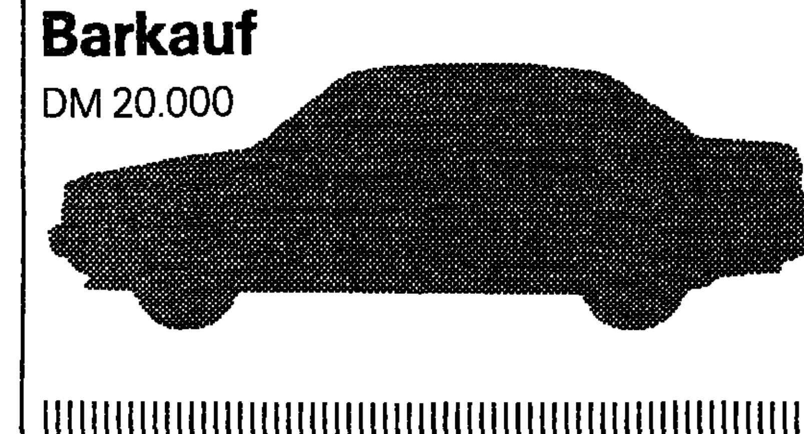
Eine auf den britischen Kanalinseln registrierte Citicorp-Tochter hat an japanische Leasinggesellschaften eine Pkw-Flotte verkauft, die die Autos direkt zurückverkauft haben. Beim Ankauf zahlten die Unternehmen bar, beim Verkauf vereinbarten sie eine 20jährige Tilgungszeit. Diese 20jährige Finanzierung wurde dann von Citicorp an Malaysia weitergegeben. Die Pkw wurden dabei nur auf dem Papier hin- und hergeschoben, und die Leasinggesellschaften haben keine Forderungen gegenüber ihnen. In einem separaten Vertrag mit den Firmen verpflichtet sich Malaysia zur Zahlung, womit Citicorp in den Genuß der Gebühren kam und ohne Verpflichtungen verblieb.

Neben Pkw dienen auch Flugzeuge und Goldbarren als Transaktionsmedium für „Kagonuke"-Kredite. Außer der Citicorp fungiert die Chase Investment Bank häufig als „*Leasingpartner*", aber auch Bankers Trust Co und Merril Lynch International waren schon tätig. Die US-Banken bestehen bei den Vereinbarungen stets darauf, daß keine japanischen Gesetze verletzt werden. Genutzt werden die Banken wegen ihres weiten Niederlassungsnetzes, wobei sie nicht nur als Umgehungshilfe, sondern auch als „Aufspürer" tätig sind. Interessierte Kreditnehmer werden von ihnen dann an die Leasingfirmen vermittelt. Daneben bieten sie Hilfe bei der Nutzung von Steueroasen für gewisse Transaktionen außerhalb Japans an. Die von Citicorp und Chase damit eingenommenen Provisionen werden auf mehrere Millionen Dollar geschätzt.

US-Banken haben in hohem Maße dazu beigetragen, daß die japanische Leasingbranche international expandiert hat, die mit Flugzeugleasing begann. Das Wachstum war so *hoch, daß zwölf japanische Leasingfirmen* mittlerweile zu über einem Viertel von Auslandsgeschäften abhängen. Der größte Teil des Geschäfts entfällt auf Leasekauf-Vereinbarungen, bei denen die Firmen Ausrüstungen finanzieren und das Gerät dem Nutzer überstellen, der in Raten zahlt und nach Ende der Ratenzahlungen Eigentümer wird. Seit 1982 haben japanische Unternehmen für 15 Milliarden Dollar Leasingverträge im Ausland abgeschlossen, von denen elf Milliarden Dollar über Auslandsbanken abgewickelt wurden. (VWD)

Barkauf

DM 20.000



Beim Barkauf zahlen Sie den vollen Kaufpreis, und zwar sofort.

Finanzierung

DM 4.000 Anzahlung · DM 16.000 Tilgung

Bei der Finanzierung zahlen Sie ebenfalls den vollen Kaufpreis (plus Zinsen), und zwar durch eine Anzahlung und monatliche Finanzierungsraten.

Leasing

DM 4.000 Sonderzahlung · DM 12.000 Gebrauchtwagenwert nach Vertragsende · DM 4.000 Tilgung

Beim Leasing zahlen Sie nur den Wertverlust (plus Zinsen), und zwar durch eine Sonderzahlung und monatliche Leasing-Raten.

Die drei Wege zum neuen Auto

Beim Leasing zahlt der Kunde nur, was sein Auto während der Vertragszeit an Wert verliert, plus Zinsen. Also nicht den vollen Kaufpreis wie beim Barkauf. Das bedeutet: Geldmittel bleiben frei für andere wichtige Anschaffungen. Und je wichtiger diese Anschaffungen für den Kunden sind, desto günstiger ist Leasing. Der Vorteil gegenüber der Finanzierung liegt darin, daß Leasing-Raten niedriger sind als Finanzierungsraten, weil der im Leasingvertrag angesetzte Gebrauchtwagenwert nicht getilgt werden muß. GRAFIK: V.A.G

Restwert – was ist das eigentlich?

Was Kunden über ihre Verträge wissen müssen – Händler sollen sich festlegen

Das als Langzeitmiete oder Miete auf Zeit definierte Leasing hat seine eigene Sprache entwickelt, die nicht jedem verständlich ist. Ein Beispiel dafür ist im Autoleasing der Restwert. – Was hat sich der Autofahrer darunter vorzustellen, wie wird der Restwert ermittelt, wie ist es möglich, daß Verträge auf ihn aufgebaut werden?

Im Gegensatz zur Finanzierung wird beim Leasing nicht das gesamte Fahrzeug, sondern nur die Abnutzung plus Zinsen und Verwaltungsgebühr bezahlt. Beim Abschluß eines Leasingvertrages interessieren den Kunden wohl meistens die Fragen: Wieviel ist das Auto wert, wenn der Vertrag ausläuft? Was zahlt mir der Händler dafür?

Der verbleibende Wert des Autos – in der Leasingsprache „der Restwert" – ist mitbestimmend für die Höhe der monatlichen Leasingrate.

Im Fahrzeughandel werden Restwerte aufgrund von Gebrauchtwagen-Preislisten festgelegt. Ihnen liegen Wertermittlungen durch Sachverständige zugrunde, die sich mit Händlerbefragungen und mit dem Studium von Anzeigen über die Marktlage der Fahrzeuge orientieren. Benutzt werden prinzipiell zwei verschiedene: die Schwacke-Liste der Eurotax in Frankfurt und der DAT-Marktspiegel der Deutschen Automobil Treuhand in Stuttgart.

Der Gebrauchtwagenwert richtet sich nach Baujahr, Laufleistung und Zustand des Fahrzeuges. Zuschläge gibt es in den ersten beiden Jahren für Sonderausstattungen. In der Zeit danach schlagen noch teure Einbauten wie Automatik, Klimaanlage und Schiebedach (neuerdings auch der Katalysator) mit Zuschlägen zu Buche.

Diese Wertermittlungen gelten als recht zuverlässig und werden vom Handel durch eigene Schätzungen ergänzt. Ganz allgemein kann man in den Listen feststellen, daß im Inland hergestellte Fahrzeuge gegenüber den meisten Importen auf dem Gebrauchtwagenmarkt teurer gehandelt werden, also höhere Restwerte aufweisen.

Ausnahmen bestätigen die Regel: Der auf dem deutschen Gebrauchtwagenmarkt verhältnismäßig seltene, aber vor allem bei jungen Leuten beliebte japanische Geländewagen Suzuki SJ 413 erzielt Restwerte, wie sonst nur besonders interessante deutsche Fahrzeuge.

Das System der ermittelten Gebrauchtwagenpreise ist eingespielt und erlaubt es, die zu erwartenden Restwerte über längere Zeit im voraus festzulegen.

„Die überwiegende Zahl unserer Kunden im Privatleasing bevorzugen die Form des Restwertvertrages. So wird ein fester Rücknahmebetrag zum Bestandteil des Vertrages", so Michael Thomas, Hamburger Niederlassungsleiter des größten markenunabhängigen Leasingunternehmens mit rund 90 000 Fahrzeugen; „der Händler, über den das Geschäft abgewickelt wird, kann den Rücknahmepreis allerdings nur bestätigen, wenn der Kunde eine bestimmte Kilometerleistung nicht überschreitet und das Auto so pfleglich behandelt, als wäre es sein eigenes."

Leasingfachleute betonen deshalb, daß sich diese Geschäfte nur auf einer Basis des gegenseitigen Vertrauens abwickeln lassen, also niemand versucht, den anderen zu übervorteilen. Die Festlegung auf einen Rücknahmepreis hat sich, wie die Erfahrungen mit dem Autoleasing zeigen, in der Praxis bewährt.

Zu Meinungsverschiedenheiten kann es kommen, wenn das Fahrzeug bei Vertragsende wesentlich mehr Kilometer auf dem Tacho hat als ursprünglich vereinbart. Denn eine höhere Laufleistung hat fast zwangsläufig den Rückgang des Restwertes zur Folge.

Viele Kunden im Privatleasing interessieren sich für die Möglichkeit, den Restwert bei Vertragsabschluß niedriger anzusetzen, als er tatsächlich zu erwarten ist. Damit zahlen sie dann eine etwas höhere monatliche Rate: Bei Vertragsende wird der erzielte Überschuß an die Kunden zurückgegeben, die damit dann die Anzahlung für das nächste Leasingauto finanzieren. GEORG WEDEN

Katalysator hilft Kosten sparen

Autohersteller und -importeure bieten zunehmend Fahrzeuge mit Katalysator an; im Fahrzeugleasing wird der Katalysator bereits als Bestandteil des Neuwagens angesehen. Damit ist vielen Autofahrern die Unsicherheit bei der Beschaffung des Neufahrzeugs genommen worden. Seither steigen die Zulassungszahlen wieder, vor allem in der Zwei-Liter-Klasse, die von der Unsicherheit besonders betroffen war.

Ob Kleinwagen, Mittelklasse- oder Luxuslimousine: Der Katalysator setzt sich auf der ganzen Linie durch. Autofahrer fanden schnell heraus, daß der Katalysator ein Kostenfaktor ist, der in die Kalkulation eingezogen werden muß.

Dazu Michael Thomas, Leiter der Hamburger Niederlassung eines markenunabhängigen Leasingunternehmens: „Wir kommen nicht daran vorbei, den Katalysator als Bestandteil des Fahrzeugs anzusehen und ihn entsprechend zu berücksichtigen. Dies ist in der Zwei-Liter-Klasse besonders wichtig, weil die Unsicherheit über die Zukunft großer Fahrzeuge in der Vergangenheit wie eine Bremse wirkte."

Geschenk an Zweitbesitzer

Der Katalysator schlägt in dieser Klasse, je nach Fahrzeuggröße und Marke, mit 950 bis 1500 Mark zu Buche; im Opel Omega 2,0i Kat ist er in den 2350 Mark „versteckt", die als Aufpreis für diesen Motor gegenüber der 1,8-l-Version gefordert werden. Der Restwert des Fahrzeugs steigt entsprechend. Thomas: „Wir rechnen damit, daß der Katalysator bei der Bewertung des gebrauchten Autos ähnlich berücksichtigt wird wie zum Beispiel die Getriebeautomatik und das Schiebedach."

In den Gebrauchtwagen-Preislisten ist Zubehör dieser Größenordnung mit Aufschlägen von drei bis fünf Prozent auf den jeweiligen Zeitwert berücksichtigt. Mit ähnlichen Werten ist auch für den Katalysator zu rechnen. Wer heute ein entsprechend ausgerüstetes Fahrzeug least, muß nicht damit rechnen, daß er den kostspieligen Katalysator als Geschenk an den Zweitbesitzer weiterreichen muß.

Auf dem Gebrauchtwagenmarkt liegen noch keine Erfahrungen mit der Lebensdauer von Katalysatoren vor. Aufgrund der Angaben führender Autohersteller wird mit Fahrleistungen von etwa 80 000 Kilometern gerechnet, bis am Katalysator ernsthafte Störungen oder Nachlassen seiner Wirksamkeit festzustellen sind.

Zwei Modellrechnungen

Die für Autofahrer und Hersteller besonders attraktive Zwei-Liter-Klasse profitiert von der damit wiedergewonnenen Sicherheit, wie das Beispiel des neuen Opel Omega zeigt. Dieses Modell kommt bei den Autokäufern in der Bundesrepublik auf Anhieb gut an. Zwei von ALD Autoleasing in Hamburg erstellte Modellrechnungen verdeutlichen am Beispiel des Omega, wie der Katalysator ins Leasing einbezogen wird:

Privatleasing (Restwertvertrag): Omega GL Kat 2,0i, 115 PS, Neupreis 28 392 Mark (einschließlich Mehrwertsteuer, ohne Fracht und Zulassung), Mietsonderzahlung 5000 Mark, Laufleistung 45 000 Kilometer, Laufzeit 36 Monate, Restwert etwa 40 Prozent oder 11 356,80 Mark. Monatliche Leasingrate 445 Mark.

Gewerbliches Leasing (Kilometervertrag): Omega GL Kat 2,0i, Neupreis 24 905,26 Mark (plus Mehrwertsteuer, Überführung und Zulassung), Laufleistung 50 000 Kilometer, Laufzeit 24 Monate. Monatliche Leasingrate 647,38 Mark plus Mehrwertsteuer. (G. W.)

Wenn der Privatmann wie ein Unternehmer handelt

Mangelndes Verständnis für privates Leasing führte zu Vorurteilen oder gar Ablehnung

Von UDO SCHÜLKE

Bei der Beschreibung der Vor- und Nachteile des Autoleasings als Alternative zu Barkauf und Finanzierung – hier insbesondere für den Privatmann – treten häufig mißverständliche Deutungen auf. Unbestritten sind die wesentlichen Argumente für den Markterfolg des gewerblichen Autoleasings: keine Kapitalbindung, verringerter Verwaltungsaufwand, Steuererleichterungen und konstante, klare Kostengrundlagen.

Mangelndes Verständnis für das private Autoleasing führt zu Vorurteilen oder gar Ablehnung. Das überrascht auf den ersten Blick um so mehr, weil doch Leasen = Mieten für den Privatmann eigentlich gar nichts Neues ist. Wohnungen werden seit eh und je gemietet, ebenso Telefone und viele andere Dinge.

Jedem Autoleasing-Interessenten ist zu empfehlen, sich die Leasinggesellschaft genau anzusehen, mit der er einen Vertrag abschließen will. Leasing ist nicht gleich Leasing, und das Unheil steckt häufig im Detail, also im Kleingedruckten, den „Allgemeinen Geschäftsbedingungen". Wie so oft gibt es auch in dieser Branche schwarze Schafe, die sich in einem expansiven Markt ein Stück vom Kuchen abschneiden wollen.

Namhafte Leasinggesellschaften sind es ihren Kunden aber schuldig, faire Geschäftsbedingungen zu verfassen. Aufhebbare Verträge ohne Haken und Ösen sollten dabei ebenso selbstverständlich sein wie eine individuelle Vertragsgestaltung, die auf die Wünsche des Kunden Rücksicht nimmt.

Steht die Überlegung „Ein neuer Wagen muß her . . ." an, wird sicherlich als erstes Bilanz gezogen: Stand der Sparkonten und -verträge, monatlich verfügbares Einkommen. Als zweiten Schritt sucht sich der Interessent sein Auto nach den Gesichtspunkten Typ, Farbe, Ausstattung und Motorleistung aus. Je höher die jährliche Fahrleistung ist, um so eher wird der Fahrer dabei auf Komfort in Form von Sonderausstattungen und Zubehör achten.

Sind diese Überlegungen abgeschlossen, bleibt die Gretchenfrage: Barkauf, Finanzierung oder Leasing? Unternehmerisches Denken ist in dieser Phase gefragt. Steht das Geld auf dem Konto zur Verfügung, wird die Entscheidung einfach sein, der Kaufpreis geht bar über den Tisch. Es wird zwar das Konto geplündert, aber da keine zusätzlichen Kosten, nämlich Zinsen, anfallen, ist dieses zweifellos die günstigste Alternative. Hier sollte aber eine andere Überlegung einsetzen: Stehen im Moment andere Anschaffungen an, die mindestens ebenso wichtig sind, in Haus oder



Udo Schülke, Geschäftsführer der V.A.G Leasing, Braunschweig

Garten, für Hobby oder Freizeit, und die zur Zeit nicht realisiert werden können, weil das Geld für das Auto ausgegeben werden soll?

Beim Leasing – das ist der wesentliche Unterschied zu Barkauf und Finanzierung – wird nicht der volle Fahrzeugwert bezahlt, sondern nur der Wertverlust durch laufende Nutzung plus Zinsen, in Form einer Sonderzahlung und monatlicher Leasingraten. Dies wird erreicht, indem der Gebrauchtwagenwert, also der Restwert nach Ablauf der Leasingzeit, beispielsweise 36 Monate, von vornherein bei der Kalkulation der Leasingraten berücksichtigt wird. Der Restwert muß nicht mitbezahlt werden, da der Wagen im Eigentum der Leasinggesellschaft bleibt. Bei Abschluß der Leasingvereinbarung ist darauf zu achten, daß dieser Restwert realistisch angesetzt wird, um böse Überraschungen in Form von Nachzahlungen zu vermeiden. In Höhe des Gebrauchtwagenwertes bindet der Privatleasingkunde keine Geldmittel, ein Liquiditätsvorteil, der für andere Anschaffungen zur Verfügung steht.

Eine vereinfachte Faustregel der Leasinggesellschaften für einen Vertrag mit drei Jahren Laufzeit und 25 000 Kilometer jährlicher Fahrleistung lautet: 20:40:40; das heißt: 20 Prozent vom Kaufpreis als Sonderzahlung bei Vertragsabschluß, für die auch ein Gebrauchtwagen in Zahlung genommen werden kann, 40 Prozent werden durch laufende Leasingraten bezahlt, es verbleiben 40 Prozent als Restwert, die nicht getilgt werden müssen.

Soll der Wagen finanziert werden, ist ebenfalls eine Anzahlung zu leisten sowie monatliche Finanzierungsraten. Die Finanzierungsraten sind aber wesentlich höher als die Leasingraten, da der gesamte Kaufpreis getilgt werden muß.

Nach Feststellung der Leasinggesellschaften sind folgende Personenkreise typische Kunden für das Privatauto-Leasing:

- Familien, in denen ein Zweitwagen gefahren wird;
- Leute, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen: Sie haben ein relativ gutes Einkommen, aber noch keine Ersparnisse bilden können;
- Familien, die bauen oder eine Eigentumswohnung gekauft haben;
- Angestellte, die Kilometergeld für ihren Wagen bekommen: Die Leasingraten können mit dem Kilometergeld bezahlt werden.

Als Fazit bleibt, daß die Entscheidung pro oder kontra Autoleasing nicht allein mit dem berühmten spitzen Bleistift, mit der Rechnung auf Mark und Pfennig getroffen werden kann. Der Liquiditätsvorteil, das für andere Dinge verfügbare Kapital, eingesetzt für Lebensqualität, in Hobby oder Freizeit, läßt sich nicht in Mark und Pfennig ausrechnen. Diesen Vorteil muß jeder für sich selbst individuell bewerten, wenn er vor der Entscheidung Barkauf, Finanzierung oder Leasing steht.

Bald ist jeder fünfte Pkw ein Diesel

Katalysatoren steigern den Wiederverkaufswert der Kraftfahrzeuge

Die Entwicklung des Automarktes in der Bundesrepublik Deutschland eröffnet dem Leasing große Chancen. Bei einem Pkw-Bestand von rund 26 Millionen zum Ende des Jahres ist der Leasing-Anteil von immer noch unter fünf Prozent eher bescheiden. Doch vor einem Jahr betrug er erst 2,5 Prozent. Das Wachstum war also rasant.

Die Autokonjunktur aber hält ungebrochen an. Die Deutsche Shell rechnet mit 29,6 bis 30,6 Millionen Pkw im Jahre 2000 – und das bei abnehmenden Bevölkerungszahlen. Wenn aber die Zahl der Autos steigt, so erhöht sich auch der Anteil der geleasten Fahrzeuge, wie die Vergangenheit bewiesen hat.

Mehr Geld für Freizeit und Auto

Aber auch die Einkommen der Bürger steigen, und die verfügbaren Mittel erhöhen sich. Die Haushalte der Familien sind durchweg voll ausgestattet, die Bauwelle ist verebbt. Schon im kommenden Jahr werden in deutschen Familien rund vier Millionen Kinder weniger zu versorgen sein als 1970. Bis 1993 soll dadurch in der Bundesrepublik die private Belastung der Bevölkerung für diesen Bereich um 40 Prozent niedriger sein als 1970. Damit steht mehr Geld für Reisen, Freizeit und Auto zur Verfügung, wie sich aus der Zunahme der Zulassungen bis zum Jahr 2000 ableiten läßt.

Der Zweit- und Drittwagen kommt also. Und mit ihm die Chance für das Leasing. Denn viele Zweitwagen werden heute schon geleast. Die Frauen fahren viel weniger Kilometer als die Männer.

Folglich ist die Abnutzung des geleasten Zweitwagens erheblich geringer als die des Erstwagens. Der Restwert des Zweitwagens ist also höher – und damit das Leasen des Zweitwagens sinnvoller.

Wie sich der Pkw-Bestand bei uns entwickelt, zeigt die Prognose von Shell. Kommen zur Zeit auf 1000 erwachsene Westdeutsche und West-Berliner 540 Wagen, so werden es zur Jahrhundertwende 615 bis 636 Kraftfahrzeuge sein.

Und dabei winken dem Diesel-Fahrzeug die größeren Chancen. Sein Anteil am Pkw-Bestand liegt zur Zeit bei zwölf Prozent. Bis zum Jahr 2000 soll er auf über 20 Prozent davongefahren sein. Und weiter: Jeder fünfte Personenkraftwagen wird dann ein Diesel sein. Immer wieder wird gefragt, ob man nun ein Fahrzeug mit Katalysator leasen soll. Nicht nur vom Benzinpreisvorteil läßt sich diese Frage bejahen. Jedes achte Auto ist bei den großen Markengesellschaften bereits ein Kat-Auto – im Leasing.

Der Trend hält an, denn es ist erwiesen, daß sich der Katalysator beinahe voll im Restwert des geleasten Autos wiederfindet – und damit auch im Wiederverkaufserlös.

Neue Impulse für die Branche

Unbeantwortet bleibt die Frage an die Automobilhersteller, ob die am 1. Oktober in Kraft getretene teilweise Befreiung des Güterfernverkehrs vom Leasing-Verbot dem Markt des Leasings neue Impulse gegeben hat. Die Zeit ist noch zu kurz, um schon jetzt eine umfassende Auskunft erteilen zu können.

Die Leasing-Gesellschaften sind jedoch sicher, daß das Geschäft mit Lkw für den Güterfernverkehr nach der Verordnung des Bundesrates spätestens im kommenden Jahr anspringen wird. (WR)